

Peer Pasternack (Hrsg.)

---

**IV. Hochschulreform**

---

**Wissenschaft und Hochschulen in  
Ostdeutschland 1989/90**

---

**Eine Retrospektive**

---



Leipziger Beiträge zur  
Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik

ISSN 0944-7997  
ISBN 3-929031-12-4

Leipziger Universitätsverlag

Peer Pasternack (Hrsg.)

**4. Hochschulreform**

Die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft 1989/90

Eine Retrospektive

Leipziger Beiträge zur  
Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik

Peer Pasternack (Hrsg.)

---

**IV. Hochschulreform**

---

**Wissenschaft und Hochschulen in  
Ostdeutschland 1989/90**

---

**Eine Retrospektive**

---



Leipziger Universitätsverlag 1993

## Inhalt

Vorbemerkung 9

### INNENANSICHTEN

Hermann Klenner  
Entstehung und Tätigkeit des RUNDEN TISCHES der weiland  
Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/1990) 13

Horst Klinkmann  
Absturz in die Zukunft - Die Akademie der Wissenschaften der  
DDR in der Wendezeit 1989/90 26

Christian Dahme / Helmut Haberlandt  
Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches 38

Peer Pasternack  
Studentisches Bewegtsein in der DDR / in Ostdeutschland 1989/90 57

Georg Nolte  
Maßnahmen - Im Abwicklungssemester 1990/91 als  
Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig 70

Günter Eiselt  
"Gewerkschaft Wissenschaft" - ein Modell für Deutschland?  
Die vertane Chance einer gebündelten Gewerkschaftsvertretung  
für den Bereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung 81

### DIE MINISTER

Interview mit Hans-Heinz Emons,  
DDR-Bildungsminister von November 1989 bis April 1990 101

Hans Joachim Meyer  
Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht 116

ISBN 3-929031-12-4

ISSN 0944-7997

© für diese Ausgabe: Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1993  
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird gefördert aus Mitteln des Stifterverbandes für  
die Deutsche Wissenschaft.

## Vorbemerkung

### DRAUFSICHTEN

Christian Füller Über Bedingungen politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenenschaft 1989/90	139
Uta Starke Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit	152
Matthias Middell Überstanden? Einige Nachbetrachtungen zur "IV. Hochschulreform" der DDR aus der Perspektive des Jahres 1993	161
Auswahlbibliographie: Wissenschaftsumbau in Ostdeutschland 1989 - 1993	181
Autoren	191

1992 hatte die Redaktion der Leipziger Zeitschrift *hochschule ost* Akteure und Beobachter des Umbaus der DDR- bzw. ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft eingeladen, ihre Sicht der diesbezüglichen Ereignisse zwischen Herbst 1989 und dem Jahresende 1990 zu formulieren. Hintergrund dessen war die Beobachtung, daß die seinerzeitige Rasanz der Entwicklungen kaum Zeit ließ zu einer tiefgründigeren Reflexion der ablaufenden Prozesse. Aus dem Abstand von zwei Jahren, so die Erwartung, könnten sich nun jedoch die Ereignisse dieser Monate mit einem objektivierenden Blick betrachten und bewerten lassen. Jene in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen sollten zumindest nicht verloren gehen. Die daraufhin entstandenen Beiträge erschienen als Artikelserie 1992 und 1993 in *hochschule ost* und werden hiermit gesammelt vorgelegt, ergänzt um eine ausführliche Nachbetrachtung und eine Auswahlbibliographie.

Der Titel, unter dem dies zusammengefaßt ist, versteht sich in einem dreifachen Sinne: Zum einen fanden sich seltsamerweise alle Akteure - was sie sonst auch immer lautstark trennen mochte - zusammen in ihrem ablehnenden Bezug auf die III. Hochschulreform in der DDR Ende der sechziger Jahre. Also zumindest das negative Identifikationspotential dieses seinerzeitigen Abbruchs wesentlicher akademischer Traditionslinien wirkte erstaunlich integrativ. Wer es nur gewesen war, mit dem zusammen die Einheitspartei damals die Wissenschaftseinrichtungen auf vermeintlich sozialistische Verwertungsbedingungen zugerichtet hatte, blieb 1990 immer merkwürdig offen. Zum anderen: Die "IV. Hochschulreform" hob sich von den vorangegangenen dadurch ab, daß sie nicht zu Ende geführt wurde, ohne abgebrochen worden zu sein. Das entsprach den Intentionswandlungen innerhalb der Abläufe und den schließlichen inhaltlichen Zielsetzungen. Zum letzten: Das Jahr 1990 lief größtenteils im Stil emotional aufgeladener Glaubenskämpfe ab. Die Auseinandersetzungen ließen vielfach eine gelegentliche gedankliche Distanzierung - Voraussetzung rational bestimmter Betrachtung - vermissen. Hatte die DDR-Gesellschaft in den endachtziger Jahren in

bestimmten Milieus gleichsam eine Qualifikation als *Ironischengesellschaft* erworben, so fiel auch die 1990 der überhitzten Atmosphäre zum Opfer. Es muß dies ein wenig verwundern: Ist doch gerade Ironiefähigkeit Indikator für Distanzierungsfähigkeit, mithin für Souveränität, die ja soeben eindrucksvoll auch im Außenverhältnis der Bürgerinnen und Bürger durch diese selbst errungen worden war. Wenigstens dieses Manko jener Zeit zumindest verbal und im Nachhinein zu beheben, sei mit dem Titel versucht. Womit er sich zugleich selbst ironisiert.

Die Form der Betrachtungen war der Autorin und den Autoren freigestellt. Entsprechend unterschiedlich fielen sie aus. Dies hat einen beachtenswerten Vorzug: Die gewählten Darstellungsformen geben nicht zuletzt auch Auskünfte über subjektive Verarbeitungsarten der in Rede stehenden Ereignisse. Erwähnung finden muß auch, daß nicht alle Angesprochenen sich in der Lage sahen, der Einladung zu folgen. Ein Beitrag zum Wirken der DDR-Rektorenkonferenz, die sich zum Jahresende 1989 konstituiert hatte, fehlt ebenso wie ein Artikel zur Industrieforschung. Insofern kann die hier vorgelegte Sammlung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, jedoch darauf, zumindest eine Reihe wesentlicher Aspekte des Themas abzudecken.

Leipzig, im Oktober 1993

*Peer Pasternack*

## **INNENANSICHTEN**

## **Entstehung und Tätigkeit des RUNDEN TISCHES der weiland Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/1990)**

Die Existenzkrise, in die seit geraumer Zeit der real experimentierende Sozialismus ökonomisch, politisch, kulturell und nicht zuletzt auch moralisch geraten war, und die sich als ein ungeheurer Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in nahezu allen Sphären der Gesellschaft zunehmend explodierend offenbarte, erfaßte im Spätherbst 1989 auch die Akademie. Man kann deren Umgestaltungsprozesse, beginnend mit dem Infragestellen und dem sich anschließenden Aufbrechen der autoritären Leitungsstrukturen nur auf dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Umbruchvorgänge verstehen. Das unter den Mitarbeitern und Mitgliedern der Akademie (natürlich ungleich verteilt!) angesammelte Protest- und Destruktionspotential, die Bereitschaft zu extralegalem bis hin zu illegalem Handeln war Bestandteil entsprechender Denk- und Verhaltensweisen allüberall im Lande. Die Veränderungsnotwendigkeit der Gesellschaft kontrastierte freilich mit der Reformunwilligkeit, ja -unfähigkeit der für die untragbaren Zustände Verantwortlichen. Damit war der Nährboden für einen Umbruch gegeben. Wie die Dinge lagen, konnte dieser Umbruch nicht von oben kommen. Also kam er von unten.

Im Gründungsauftrag der Bürgerbewegung Neues Forum vom 10. September 1989, die sich selbst als politische Plattform für die ganze DDR verstand, um es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen zu ermöglichen, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Probleme in diesem Land zu beteiligen, werden "Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft (...), geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung" gefordert, Schutz vor Gewalt, aber kein Staat von Bütteln und Spitzeln, Erhaltung des Bewährten, doch Platz für Erneuerung; gebraucht werde ein Dialog selbst- und gemeinschaftsbewußt handelnder Menschen über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. In einer Flugschrift der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt vom 12. September 1989, in der offen das "Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die

staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformierung der Gesellschaft und die Entmündigungen der Bürgerinnen und Bürger“ angeprangert wird, lauten die nach vorn hinlenkenden Sätze, daß der Sozialismus nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden müsse, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll, und er dürfe nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß; die demokratische Umgestaltung in der DDR sei als eine Weiterführung der in der Verstaatlichung stehengebliebene sozialistische Revolution zu verstehen, die einen nicht vormundschaftlichen, sondern auf dem Grundkonsens der Gesellschaft gegründeten Staat brauche; die Deutschen in der Bundesrepublik aber werden auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken eingeladen, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte, damit sich schließlich beide Staaten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren. - Im Aufruf der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR vom 26. September 1989 heißt es, daß die notwendige Demokratisierung der DDR die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruches der herrschenden Partei zur Voraussetzung habe und das Ziel einer zu bildenden sozialdemokratischen Partei in einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie mit sozialen, kulturellen und politischen Grundrechten der Bürger, mit Rechtsstaat, strikter Gewaltenteilung, parlamentarischer Demokratie und Parteienpluralität, mit sozialer Marktwirtschaft und striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht, mit Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht bestehe.

Ist es ein Zufall, daß in den voranstehend genannten (und anderen vergleichbaren) Forderungsprogrammen aus der Frühphase der Umbruchsbewegung im Herbst 1989 die "Wissenschaft" (im Unterschied zu "Ökonomie", "Politik" und "Kultur") keine Rolle spielt? Das zweifellose Manko möge hier nur festgestellt und auch nicht hinterfragt werden, in welchem Verhältnis sich in solchen Katalogen Naivität und Klarsicht, Strategie und Taktik mischten. Stimmt Gesagtes und Gemeintes überein? Wußte man, was man sagte? Nicht hier ist der Ort einer Antwort. Schließlich sind ein Politikum und ein Szientifikum zwei gar sehr verschiedene Dinge. Was hingegen zu berichten ist: in diese sogenannte friedliche Revolution hat sich die Akademie der Wissenschaften der DDR nur zögernd, und halbherzig überdies, eingebracht. Dabei ging es um zwei ihrem Wesen nach identische, in ihrer Konkretion aber durchaus unterscheidungsbedürftige Vorgänge, nämlich:

a) um das Einbringen der wissenschaftlichen Autorität sowie des Erfahrungs- und des Intelligenzpotentials der Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie in den unumgänglich gewordenen gesamtgesellschaftlichen Umwälzungsprozeß, und  
b) um den nicht weniger erforderlichen Wandlungsprozeß innerhalb der Wissenschaftsakademie selbst.

Auch hier kontrastierten Anspruch und Wirklichkeit, Sollen und Sein. Gemäß ihrem Statut (§ 1) definierte sich die Akademie der Wissenschaften der DDR als deren doppelläufiges Wissenschaftszentrum, und zwar als Gelehrten-gesellschaft der Akademiemitglieder einerseits und andererseits als Institutsverbund mit seinen Akademiemitarbeitern. Die etwa 150 Ordentlichen und etwa 90 Korrespondierenden Akademiemitglieder der Gelehrten-gesellschaft sowie die etwa 18.000 in der Forschung tätigen Akademiemitglieder des Institutsverbundes stellten nicht nur 17% des Forschungspotentials der DDR dar, sondern beanspruchten zugleich eine führende, zuweilen auch eine dominierende Rolle zumindest in der Grundlagenforschung. Ihrer damit verbundenen wissenschaftspolitischen Verantwortung ist die Akademie als Ganzes im Herbst 1989 jedenfalls nicht gerecht geworden.

Wie überall im Lande wurde auch an der Akademie die Reformbewegung nicht von ihrer Leitung, dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Präsidium, dem Kollegium, den Sekretären für die Wissenschaftsgebiete, den Institutsdirektoren auch nicht vom Plenum und den Klassen der Gelehrten-gesellschaft getragen, geschweige denn von den SED- und Gewerkschaftsleitungen, auch wenn es in den genannten Gremien einzelne Persönlichkeiten gab, die sich für die überfälligen Reformen innerhalb wie außerhalb der Akademie einsetzten oder zumindest dem Aufbrechen der verkrusteten Strukturen keinen oder wenigstens wenig Widerstand leisteten.

Entscheidend war jedoch - besonders ausgeprägt in der Anfangsphase - der Druck von unten. Die Reform- und Demokratiebewegung, die Wissenschaftswende an der Akademie hatte ihre Basis, den ständigen Zustrom neuer Ideen und Forderungen bei den Mitarbeitern in den Instituten. Spontan hatten sich in den Akademieinstituten informelle Gruppen gebildet, die, von den Proteststimmungen innerhalb wie außerhalb der Dienstgebäude getragen, sich zu etablieren begannen, kategorisch eine Demokratisierung der bisher auf Einzelleitung und "demokratischen Zentralismus" angelegten Akademiestrukturen verlangten sowie eine eingreifende "Positionierung" (wie das wenig schöne Schlagwort damals hieß) der Gelehrten-gesellschaft und des Akademie-Präsidiums in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit.

Die Akademiemitarbeiter agierten, die Akademieleitungen reagierten. Wenn aber diese - endlich, endlich! - reagierten, waren jene längst bei radikaleren Forderungen angelangt, so daß die inzwischen eingenommene Leitungseinsicht als Schnee von gestern erschien, erscheinen mußte, und also der Ablehnung verfiel. Wenn die Erklärung des Akademie-Präsidiums vom 31. Oktober 1989 vier Wochen früher so verfaßt worden wäre, hätten sich vermutlich in ihr die Akademiemitarbeiter in ihren Auffassungen, Hoffnungen und Zielen wiedererkannt. Ende Oktober aber erschien sie als Anpassungs- und Abwiegungspapier. In dieser Erklärung wurde unter anderem:

- die im Lande (aber eben nicht von der Akademie) eingeleitete Wende begrüßt und "nachdrücklich" unterstützt;
- von einer bevorstehenden ZK-Tagung der SED (aber eben nicht von der Akademie selbst) ein wesentlicher Beitrag erwartet, um die Gesellschaftskrise zu analysieren, die Verantwortlichen zu benennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen;
- kritisches Nachdenken über die Grundwerte des Sozialismus für erforderlich gehalten;
- verlangt, die Ausübung leitender Funktionen in Politik und Staat (aber nicht in der Akademie!) auf zwei aufeinanderfolgende Wahl- bzw. Berufsperioden zu begrenzen;
- leitende Kader verpflichtet, auch die Auffassungen ernsthaft prüfen zu lernen (!), die ihrer eigenen Meinung entgegen gesetzt sind;
- das wissenschaftliche Leistungsvermögen der Akademie in die Erarbeitung und Verwirklichung einer erneuerten Gesellschaftsstrategie einzubringen ebenso für bedeutsam erklärt wie die Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften in die politischen Entscheidungsprozesse. - Soweit der Erkenntnisstand im höchsten Beratungsgremium des Akademie-Präsidenten am letzten Oktobertag von 1989, als Massendemonstrationen das ganze Land erschütterten.

Aber abgefahrenen Zügen ihren Fahrplan hinterherzurufen lohnt sich nicht. So kam es, wie es kommen mußte: Die Präsidiumserklärung vom 31. Oktober 1989, die gegen Ende noch auf die in den Arbeitskollektiven der Institute entbrannte leidenschaftliche Diskussion um alle Fragen der gesellschaftlichen Erneuerung verwiesen hatte, wurde rascher beantwortet, als deren Autoren es vorgesehen hatten. Vor allem inhaltlich anders und überdies aus anderer Richtung; nicht gut gefiltert und angemessen entschärft auf dem Weg durch die diversen Instanzen, sondern direkt durch das Akademievolk. Die genannte "leidenschaftliche Diskussion" hatte sich nämlich längst extralegal zu institutionalisieren und damit als Gegenmacht von unten gegen die Officialmacht von oben zu bilden begonnen: Bereits am 3. November 1989 rief eine locker strukturierte, immerhin aber bereits

mit vier gewählten Sprechern versehene "Initiativgruppe Wissenschaft", ohne übrigens auf die Präsidiumserklärung von drei Tagen zuvor überhaupt Bezug zu nehmen, zu einer Kundgebung am 10. November um 18 Uhr auf dem Platz der Akademie auf. Zu dieser öffentlichen Kundgebung lud die "Initiativgruppe" auch das Präsidium der Akademie, den Minister für Wissenschaft und Technik, den Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft sowie Vertreter der SED-Bezirksleitung ein.

Von der Einsicht getragen, daß in der Vergangenheit Wissenschaftler als Nachvollzieher beschlossener Maßnahmen mißbraucht worden seien, in der Gegenwart jedoch nur wenige der Prominenten unter ihnen sich mit eigenen Ideen und Aktivitäten der Massenbewegung für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft angeschlossen hätten, was nicht der tatsächlichen Bereitschaft innerhalb der Forschungsinstitute entsprach, sollten und wurden auf dieser emotionsgeladenen Kundgebung inner- und außerakademische Forderungen erhoben, die insgesamt als eine Weichenstellung charakterisiert werden können. Sichtbar (und hörbar!) handelte es sich dabei um eine Einbettung des zu vollziehenden Wissenschaftswandels an der DDR-Akademie in den sich vollziehenden Gesellschaftswandel in der DDR. Wie auf anderen Demonstrationen allüberall im Lande wurde also auch am 10. November am Platz der Akademie eine Offenlegung der ökonomischen und ökologischen Gesamtsituation, eine Aufklärung des Wahlbetrugs vom 7. Mai 1989, eine Bestrafung der für die Übergriffe der Sicherheitsorgane gegenüber der protestierenden Bevölkerung Verantwortlichen wie auch der korrupten Politiker, die Bildung freier Gewerkschaften, die Auflösung der Kampfgruppen, die Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit verlangt, darüber hinaus aber eine Neubestimmung des Platzes der Wissenschaft und der Wissenschaftler in der Gesellschaft, eine Akademiereform sowie die Rehabilitierung von Robert Havemann.

Die folgenreichste Konsequenz dieser Kundgebung aber bestand darin, daß deren Initiatoren, eben die "Initiativgruppe Wissenschaft", sich als Keimzelle eines durch geheime Wahl in den Forschungseinrichtungen der Akademie zu bildenden Rates der Institutsvertreter verstand, und dessen Marschroute für die nächsten drei Monate von vornherein auf einem Forderungsdekalog basierte, der auf eine Permanenzerklärung von Veränderungen hinauslief. Er enthielt unter anderem:

- Anerkennung des Rates der Institutsvertreter als Vertretungsorgan der Akademiemitarbeiter gegenüber der Akademieleitung;
- Teilnahme dieses Rates an den Präsidiumssitzungen der Akademie;

- Anerkennung der sich bildenden Institutsräte als Instrumente demokratischer Mitbestimmung an den Instituten;
- Auflösung der SED-Grundorganisationen an der Akademie;
- Offenlegung der Ökonomie, des Devisenhaushalts und der Kaderunterlagen innerhalb der Akademie;
- keine Einschränkung der Handlungsfähigkeit künftiger Akademieleitungen durch Verabschiedung langfristiger Konzeptionen;
- Auflösung der Bereiche des Ersten Vizepräsidenten und des Generalsekretärs der Akademie sowie des Direktorats Kader und Bildung.

Auch wenn die konstituierende Sitzung des Rates der Institutsvertreter erst am 19. Dezember 1989 und die von diesem einberufene Tagung zur "Wissenschaftsstrategie der DDR" erst am 17. Januar stattfanden - beide übrigens bei Anwesenheit mindestens je eines Präsidiumsmitgliedes der Akademie -, spätestens seit der Novemberkundgebung waren die statutenmäßigen Leitungsorgane der Akademie in der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Entscheidungen in Folge der virulenten Präsenz der Initiativgruppe limitiert. Diese Initiativgruppe und der sich daraus entwickelnde Rat der Institutsvertreter hinwiederum limitierte seine Aufgaben nicht im herkömmlichen Sinne auf eine Mitwirkung beim Tätigwerden der "eigentlich" zuständigen Organe, ließ sich nicht bloß "einbeziehen" in die Entscheidungsfindung der Oberen, sondern dachte und plante als genuin selbständiges, originär-demokratisches Organ.

Wir groß aber die Unterschiede, ja Gegensätze im Gesellschafts-, Demokratie- und Wissenschaftsverständnis zwischen Akademieleitung und den Institutsvertretern auch sein mochten, in einer Fundamentalfrage gab es Übereinstimmung: der erforderliche Wissenschaftswandel an der Akademie konnte und sollte die Sache derer sein, die an dieser Akademie forschten und arbeiteten. Wir wissen, was notwendig ist, und wir wollen das, was notwendig ist, selber in die Tat umsetzen (in der radikalen Sprechweise der Institutsvertreter: "unsere Fesseln wickeln wir selber ab!") - das, und nichts anderes war die opinio communis der ganzen Scientific community in Berlin und in Dresden, in Leipzig und in Jena. Diese Gemeinsamkeit verband die Otto-Nuschke-Straße 22 mit denjenigen, die an der Basis in allerschönster Aufbruchstimmung Sturm liefen gegen die zentralistischen und bürokratischen Wissenschaftsstrukturen, gegen ideologische Reglementierungen, gegen inkompetente Leiter und deren Bevormundungen, gegen Zensur und Reiseverweigerungen. Zwischen etwas wollen und es können liegen wie zwischen etwas können und es dürfen freilich zuweilen Welten. Wir werden sehen.

Knapp eine Woche nach der weichenstellenden Kundgebung der Akademiemitarbeiter tagte am 16. November 1989 tumusgemäß das Plenum der Akademiemitglieder. Auf der stürmisch verlaufenden, auf eine Reform der Akademie an Haupt und Gliedern drängenden Beratung wurde zunächst der Philosoph Ernst Bloch (1885-1977), Ordentliches Mitglied seit 1955, ausgeschlossen vom Plenum der Ordentlichen Mitglieder am 26. 10. 1961, ebenso wie der Chemiker Robert Havemann (1910-1982), Korrespondierendes Mitglied seit 1961, post mortem rehabilitiert, indem die seinerzeitigen Ausschlüsse annulliert wurden. Eine Analyse der höchstwahrscheinlich nicht nur immoralischen, sondern auch illegalen Ausschlußvorgänge fand weder statt noch wurde sie wenigstens in die Wege geleitet; auch wurden weder die seinerzeit Verantwortlichen genannt noch zu einer Stellungnahme veranlaßt.

Eines der langjährigen Akademiemitglieder forderte das Akademiepräsidium in toto zum Rücktritt auf, und ein anderes Ordentliches Mitglied ersuchte den Akademiepräsidenten, den Sekretär des Wissenschaftsbereichs (vormals Leiter des Forschungsbereichs) Gesellschaftswissenschaften, zugleich einer der Akademievizepräsidenten, abzurufen. Beidem wurde, um einen leitunglosen Zustand an der Akademie zu vermeiden, nicht stattgegeben. Doch wurde durch die Ordentlichen Akademiemitglieder in einer geheimen Abstimmung auf dem Dezember-Plenum dem Präsidenten, den Vizepräsidenten (außer dem für die Gesellschaftswissenschaften zuständigen, für den nur eine kleine Anzahl votierte) und dem Generalsekretär das Vertrauen zur Weiterführung der Amtsgeschäfte bis zur Klärung der mit der Neuformierung der Akademieleitung verbundenen Fragen, d.h. für die Dauer von voraussichtlich drei Monaten ausgesprochen.

Hingegen gab es kein Wenn und Aber, was die Reformbedürftigkeit der Akademie und die Notwendigkeit, ein neues Akademiestatut auszuarbeiten, betraf. Auch der Akademiepräsident stimmte sofort der vorgetragenen Auffassung zu, daß das alte Akademiestatut wegen des immanenten autoritären Gehalts schlechthin nicht reformfähig sei. Auch darüber, daß die im noch geltenden Statut in der Präambel und den §§ 3 und 29 enthaltenen Bezüge auf die SED und den Marxismus-Leninismus schon vorab zu streichen seien, herrschte Einmütigkeit, jedenfalls in den geäußerten Meinungen. (Übrigens hat dann die am 2. Dezember 1989 stattfindende SED-Delegiertenkonferenz die Entflechtung von Partei und Wissenschaft von ihrer Seite aus beschlossen sowie über den Rundfunk an das SED-ZK appelliert, sofort zurückzutreten, was dann ja auch am 3. Dezember unter dem Eindruck entsprechender Demonstrationen geschah.)

Wie wirr und widersprüchlich auch immer das Novemberplenium der Akademie-mitglieder im einzelnen verlief - jedenfalls bildete es die Grundlage, auf der Präsident und Präsidium der Akademie sich legitimiert fühlten, sich auf die Forderungen der Akademiebasis zuzubewegen. Auch wenn weder der "Offene Brief des Präsidiums der AdW der DDR" vom 28. November 1989 mit den unteretzten Behauptungen,

- a) Die Akademie trägt den Erneuerungsprozeß mit;
- b) Die Akademie tritt für die Freiheit der Wissenschaft ein;
- c) Die Gesellschaftswissenschaften stehen in neuer Verantwortung;
- d) Die Akademie gestaltet ihre Arbeit demokratisch;
- e) Die Akademie erhöht die Selbständigkeit ihrer Institute;
- f) Die Akademie internationalisiert ihre Forschung

noch auch die von einem Ausschuß des Akademieplenums für die künftige Arbeitsweise der Gelehrten-gesellschaft und der Forschungsgemeinschaft Mitte Dezember 1989 vorgelegten Vorschläge im entferntesten an die Vorstellungswelt der Radikalreformer in den Akademieinstituten heranreichten, so handelte es sich jedenfalls in beiden Fällen um Gedanken, die einem Miteinander derer von oben und derer von unten nicht im Wege standen, sondern es, von beiden Seiten aus gesehen, als sinnvoll erscheinen lassen mußten.

Das wird exemplarisch deutlich in dem Orientierungs-Brief des Akademiepräsidenten an die Vizepräsidenten, die Sekretäre für die verschiedenen Wissenschaftsgebiete und die Institutsdirektoren vom 4. Januar 1990. Ausgehend zwar vom geltenden Recht (dieses jedoch als in Bewegung begreifend), wird unter ausdrücklicher Erwähnung von Diskussionen mit der "Initiativgruppe Wissenschaft", deren Ergebnisse eingeflossen seien, empfohlen (nicht etwa angewiesen!), daß in allen Akademie-Instituten Institutsräte zur Vertretung der Mitarbeiter und zur Mitbestimmung im Leitungsprozeß (einschließlich der Gesamtentwicklung des Instituts, nicht etwa nur in Personalfragen) sowie Wissenschaftliche Räte gebildet werden sollen, die teils vom Direktor zu berufen, teils aber in geheimer Abstimmung von den Mitarbeitern zu wählen seien; beiden Räten wird das Recht zugebilligt, gegen Entscheidungen des jeweiligen Institutsdirektors beim Akademiepräsidenten zu intervenieren. Ferner wird, und auch das geht auf Gedanken der "Initiativgruppe Wissenschaft" zurück, eine "Versammlung der Institutsvertreter" gebildet, die, selbst in geheimer Wahl von den Mitarbeitern der Institute gewählt, ihrerseits einen Sprecher wählt, der gleichberechtigt an den Beratungen des Akademiepräsidenten und -kollegiums teilzunehmen eingeladen wird. Mit diesen Veränderungen der Entscheidungsmechanismen wurde zwar die bisherige Präsidialstruktur nicht ausgehebelt, wohl aber das geltende Akademiestatut mehr als nur ausgeschöpft. In manchen Instituten wurde die

Brisanz dieser Maßnahmen nur zögernd begriffen, in anderen hingegen noch radikalisiert.

Weitere zehn Tage später erarbeitete die Abteilung Forschungsplanung der Akademieleitung eine detaillierte Antwort auf den oben erwähnten Forderungskatalog der "Initiativgruppe Wissenschaft" vom November 1989, und noch Ende Januar übergab der erste Vizepräsident der Akademie dem Sprecher der "Initiativgruppe Wissenschaft" eine Übersicht über die Ausgaben/Einnahmen der Akademie für das Jahr 1990 zur Kenntnis; zugleich eröffnete er ihr auch Einblick in die Gesamtheit der Plandokumente für das laufende Jahr.

Die Zeit war reif für eine neue Phase des Wissenschaftswandels an der Akademie. Diese neue Phase begann am 8. Februar 1990 in den Räumen des Instituts für Pathologische Anatomie der Humboldt-Universität, und zwar mit einem Paukenschlag.

Als sich nämlich an jenem Tag und Ort die etwa 20 Beratungsteilnehmer mehrheitlich in der Meinung einfinden, als Arbeitsgruppe des Akademiepräsidiums die Anleitung einer erst zu bildenden Expertengruppe für die Ausarbeitung eines neuen Akademiestatuts zu übernehmen, wurden sie mit einem mündlich vorgetragenen und schriftlich vorgelegten Positionspapier der anwesenden Mitglieder des Rates der Institutsvertreter konfrontiert, wonach es sich bei der anstehenden Beratungsrunde nicht um eine Arbeitsgruppe des Akademiepräsidiums handele, sondern um einen Runden Tisch. Das Selbstverständnis dieses Runden Tisches, so wurde vorsorglich definiert, bestehe darin,

- daß der Akademiepräsident Vorschläge für grundsätzliche Entscheidungen dem Runden Tisch vorlegt;
- daß die Beschlüsse des Runden Tisches gelten, wenn dieser den Vorschlägen des Akademiepräsidenten die Zustimmung versagt;
- daß die Beschlüsse des Runden Tisches ohne Verzug zu Entscheidungen des Akademiepräsidenten führen;
- daß der Rat der Institutsvertreter durch Abstimmung dann endgültig entscheidet, wenn der Akademiepräsident den Beschlüssen des Runden Tisches nicht zu folgen bereit ist. - Die sich von vornherein als Delegierte des Rates der Institutsvertreter zum Runden Tisch der Akademie verstehenden Mitarbeiter stellten überdies sogleich den Antrag: "Der Akademiepräsident wird aufgefordert, zurückzutreten".

Naturgemäß erklärten die anderen Beratungsteilnehmer, die vom Plenum der Gelehrten-gesellschaft in einem Selektionsverfahren gewählten Akademiemitglieder sowie die beauftragten Vertreter der verschiedenen Wissenschaftsgebiete

te und des Präsidiums, daß sie keine Vollmachten hätten, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen. Gleichzeitig bot der Präsidiumsvertreter einen späteren Termin für einen zu bildenden und mit welchen Zuständigkeiten auch immer zu versehenden Runden Tisch an, und ein Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder signalisierte, daß man völlig offen sei, was die Gestaltung des künftigen Akademiestatuts betreffe.

So fand denn also die konstituierende Sitzung des Runden Tisches am 16. Februar 1990 statt. Seine am gleichen Tag angenommene Geschäftsordnung legte u.a. fest,

- daß sich seine Teilnehmer aus Vertretern der Akademieleitung [a) Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, b) Vertreter der Wissenschaftsgebiete, c) Vertreter des Präsidiums] und Vertretern der Akademiemitarbeiter [a) Sprecher des Rates der Institutsvertreter, b) Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft, c) Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft] zusammensetzen;
- daß weitere Gruppierungen berechtigt sind, ihre Zulassung zum Runden Tisch zu beantragen;
- daß beim Votieren stimmenmäßige Parität zwischen den Vertretern der Akademieleitung und den Vertretern der Akademiemitarbeiter herzustellen ist (später wurde vereinbart, daß bei Abstimmungen das Prinzip der einfachen Mehrheit und die Versagung durch mehr als die Hälfte der Stimmen der Leitungs- oder der Mitarbeitervertreter als Veto gilt);
- daß der Akademiepräsident oder die von ihm benannten Vertreter dem Runden Tisch Vorschläge für grundsätzliche Entscheidungen vorlegen;
- daß die Vorschläge neu zu verhandeln sind, sofern diesen der Runde Tisch seine Zustimmung versagt;
- daß der Runde Tisch berechtigt ist, Entscheidungsvorschläge im Akademiepräsidium und -kollegium einzubringen;
- daß die Institutsdirektoren verpflichtet sind, das von jeder Beratung des Runden Tisches angefertigte Protokoll ihren Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen.

Damit trat die Akademie in die Phase einer durch wechselseitige (nichtrepressive) Toleranz temperierten Doppelherrschaft ein. Diese verstand sich von Beginn an bis zu ihrem Ende als Übergangsregime. Es galt eine den Erfordernissen der Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung gemäße Akademiekonzeption auszuarbeiten und eine dieser Konzeption entsprechende Leitungsstruktur auf demokratische Weise zu etablieren. Dieser Wissenschaftswandel erforderte als Blick zurück eine selbstkritische Analyse der vorangegangenen Leistungen und Fehlleistungen sowie als Blick nach vorn ein Einbringen des intellektuellen Potentials von etwa 50 Forschungsinstituten in das Wissenschaftsgefüge eines sich vereinigenden Deutschlands. In einem Atemzug also: Schadensabwick-

lung nach hinten, Wissenschaftsaufwicklung nach vorn! Das war nur möglich, wenn der Runde Tisch sich nicht als Beratungsorgan einer in ihrer Entscheidung souveränen staatlichen Leitung verstand, sondern als ein dieser Leitung in allen Grundsatzüberlegungen und -entscheidungen gleichberechtigtes Organ originär-demokratischer Willensbildung agierte. Seinem Demokratieverständnis widersprach es aber auch, sich selbst als Embryo einer künftigen Akademieleitung zu verstehen und sich allmählich in deren Funktion hineinzumanövrieren. Ein solches An-die-Macht-Schleichen wäre ein tödlicher Schlag gegen die Idee des Runden Tisches gewesen. Hier galt es von vornherein Barrieren zu setzen.

Es ist hier nicht der Ort, um die Beratungen und Beschlußfassungen des Runden Tisches der Akademie der Wissenschaften nachzuzeichnen. Unter dem Vorsitz eines einstimmig hierfür gewählten (nicht nur moderierenden, sondern auch mit abstimmenden) Ordentlichen Akademiemitgliedes (der als frischgewählter Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates eines Instituts zugleich auch Akademiemitarbeiter war) tagte der Runde Tisch in den Folgewochen in der Zusammensetzung: 5 Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, 2 Vertreter des Akademiepräsidiums, 9 Vertreter der Wissenschaftsgebiete, 2 Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft, 2 Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft und - last but without any doubt not least - 7 Delegierte des Rates der Institutsvertreter. Beraten und beschlossen wurde vom Runden Tisch in jeweils nichtöffentlicher Sitzung zu unter anderem folgenden Tagesordnungspunkten:

- Empfehlungen zur Ausgestaltung einer Gesprächskonzeption der Akademieleitung mit DDR-Ministerpräsident Modrow am 19. Februar 1990 (Sozialvertrag für die Wissenschaft; Bildung eines nationalen Wissenschaftsrates; Erarbeitung eines Wissenschaftsgesetzes; deutsch-deutsche Wissenschaftskommission);
- Bericht des Akademiepräsidenten über die Kontakte der Akademieleitung zu Wissenschaftseinrichtungen in der BRD und Westberlin;
- Etablierung einer "Initiativgruppe Forschungsgemeinschaft der AdW" zur Konzipierung eines künftigen Forschungsprofils der Akademieinstitute;
- Erfordernis, daß in allen Akademieinstituten die bisherigen Direktoren nach einem vom jeweiligen Wissenschaftlichen Rat bzw. den Mitarbeitervertretungen zu entscheidenden Modus die Vertrauensfrage zu stellen haben (worauf etwa die Hälfte aller Direktoren abberufen wurde);
- Wissenschaftsgesetz;
- Auflösung der ehemaligen Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle zum 31. 12. 1989;
- Tarifliche Regelungen.

Die mit Abstand problemgeladene und zeitaufwendigste Beratung und Beschlußfassung aber war naturgemäß dem Grundkonzept für die Neuprofilie-

rung und Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften sowie der einem auszuarbeitenden und demokratisch legitimierten Akademiestatut gemäßen Wahl der akademischen Entscheidungsinstanzen gewidmet. Doch konnte der Runde Tisch bereits am 16. März 1990 mit 21 Stimmen bei 2 Gegenstimmen den Entwurf eines neuen Akademie-Statuts verabschieden, der nach entsprechender Diskussion unter den Akademiemitarbeitern und -mitgliedern (auch Akademiepräsidium und -kollegium hatten dem Entwurf am 28. März prinzipiell zugestimmt) am 26. April 1990 vom Konsilium der Akademie als "Provisorisches Reglement" auch angenommen wurde.

Dieses Konsilium, das erste seiner Art in der Berliner Akademie-Geschichte, vereinigte in drei getrennten Wahlblöcken die Akademiemitglieder, den Wissenschaftlichen Rat der Forschungsgemeinschaft (die Direktoren und die Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Räte der Akademieinstitute) und die Mitarbeitervertretungen. Eröffnet wurde dieses Konsilium vom Vorsitzenden des Runden Tisches in dessen Auftrag, zugleich aber auch im Auftrag des Akademiepräsidiums (dem er nicht angehörte) mit einem Gedanken aus der ersten Fassung des Akademieprojekts von Leibniz: Hoffnung sei ein Glaube des Zukünftigen gleichwie der Glaube eine Hoffnung des Vergangenen sei, doch beide seien gegründet auf Erkenntnis. Die Erkenntnis des Konsiliums, aus Vergangenheitserfahrungen gespeist und auf Zukunftsgestaltung gerichtet, war ein eindeutiges Credo. Dieses Credo bezog sich vor allem auf:

- das Selbstbestimmungsrecht der Akademie, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter (Freiheit als Grundvoraussetzung von Kreativität);
- das Miteinander von Natur- und Geisteswissenschaften, also auf den enzyklopädischen Charakter der Akademieforschung;
- das Miteinander der Gelehrtengesellschaft der Akademiemitglieder und des Institutsverbundes der Akademiemitarbeiter;
- die sich aus den voranstehenden Wissenschafts- und Demokratieerfordernissen abzuleitende Gliederung und Leitungsstruktur der Akademie.

Entsprechend den Festlegungen des vom Konsilium angenommenen "Provisorischen Reglements" fanden dann die jeweiligen Wahlen statt, vor allem die des Senats der Akademie, die des Vorstandes der Forschungsgemeinschaft, die der Klassensekretäre und - am 17. Mai durch das Konsilium - die des Akademiepräsidenten. Ihnen waren hearings vorausgegangen, um die grundsätzlich als Auswahl unter mehreren Kandidaten gestaltete geheime Wahl demokratischen Gepflogenheiten gemäß vorzubereiten. Am Leibniztag, dem 29. Juni 1990 wurden dann - endlich, endlich - durch Frank Terpe, Minister für Forschung und Technologie, die Mitglieder der alten Akademieleitung einschließlich des

seit Juli 1979 amtierenden Akademiepräsidenten Werner Scheler aus ihrer Funktion abberufen und entsprechend einem Beschluß der DDR-Regierung de Maizière der vom Konsilium bereits im ersten Wahlgang Auserkorene, das Ordentliche Akademiemitglied Horst Klinkmann zum Akademiepräsidenten berufen.

Nach der Machtübergabe und -annahme an und durch die nach dem "Provisorischen Reglement" Gewählten hatte aber auch der Runde Tisch seine wichtigste Aufgabe, eine von Demokratie und Kompetenz getragene Legitimation der Leitungsgremien der Akademie herbeiführen zu helfen, erfüllt und damit sich selbst überflüssig gemacht. Die Selbstauflösung des Runden Tisches als extralegaler Organisationsform der Akademie war mit der Erkenntnis verbunden, daß, wie auch beim großen Runden Tisch der DDR, nicht alle seine Blütenträume gereift sind. Immerhin hatte er dazu beigetragen, daß die gesellschaftlich verursachten und individuell verständlichen Destruktionspotenzen nicht überhandnahmen und in ein vertretbares Verhältnis zu den dringendst erforderlichen Konstruktionspotenzen gerückt wurden. Das Selbstwertgefühl vor allem derer, die auch persönliche Risiken auf sich genommen hatten, um den Wissenschaftswandel an der Akademie offiziell werden zu lassen, indem sie ein von "unten" legitimates "Oben" etablieren halfen, war mit einer zukunftssträchtigen Erfahrung verbunden: nur der erhält und verdient sich die Freiheit, der sie zu erstreiten auch bereit ist.

Freilich: Die vom Runden Tisch auf den Weg gebrachte Freiheit der Wissenschaften in Gestalt eines ausgeübten Selbstbestimmungsrechts der Wissenschaftler der Akademie war nur von kurzer Dauer. Im Ergebnis des sich "Einigungsvertrag" nennenden Übereinkommens zwischen der BRD und der DDR vom 31. August 1990, das tatsächlich der Beginn einer Einverleibung, einer occupation pacifica war, wurde eine flächendeckende Evaluation und Devaluation akademischer Forschungsstrukturen, Forschungsinstitute und Forschungsmitarbeiter in die Wege geleitet, die ihresgleichen sucht in der Wissenschaftsentwicklung eines Landes. Das Selbstbestimmungsrecht der Wissenschaftler wurde, nunmehr im Widerspruch zu Artikel 3, 5 und 33 des Grundgesetzes, systematisch verletzt und die Akademie-Institute zuhauf abgewickelt.

In seiner Präambel erwies der sogenannte Einigungsvertrag denjenigen "dankbaren Respekt, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben." Letzteres kann der Runde Tisch für sich wohl in Anspruch nehmen. In seinem Wirkungskreis ist allerdings das Ergebnis dieser Freiheitswahrnehmung längst liquidiert worden. Von außen. Eine Akademie der Wissenschaften gibt es seit dem 1. Januar 1992 in Ostdeutschland nicht mehr.

## **Absturz in die Zukunft Die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Wendezeit 1989/90**

Der Rückblick auf eine im Zeitraffertempo abgelaufene, heute sicher bereits historische, aber doch nur kurzzeitig zurückliegende Periode kann berichtend oder aber kommentierend erfolgen - man kann aber von einem Beteiligten nicht erwarten, daß Subjektivität und Emotion völlig ausgeschlossen sind, ich bitte dafür einleitend um Verständnis.

Eine zweite Einschränkung, die ich machen muß, ist die festzustellende Tatsache, daß die Vorgänge in der und um die Akademie vor dem Mai 1990 von mir nur sehr begrenzt, aus der Sicht eines interessierten Unbeteiligten und aus der Entfernung einer Mecklenburger Universität wahrgenommen wurden, so daß ich in vielem auf Aussagen und Berichte direkt Beteiligter angewiesen bin.

Einer der Hauptbeteiligten, unser Ordentliches Akademiemitglied Hermann Klenner, Vorsitzender des "Runden Tisches" der Akademie in der aktuellsten Phase des Umbruchs, zitiert in seinem Bericht über diese Zeit Leibniz, unseren Gründer, mit den Worten "die Gegenwart mit der Zukunft schwanger gehend, bleibt mit der Vergangenheit beladen!" - ein Zitat, das offenbar zeitlosen Charakter hat.

In der Rückbetrachtung der im Herbst 1989 und zu Beginn 1990 abgelaufenen Ereignisse muß heute zwar kommentierend, aber noch nicht endgültig wertend festgestellt werden, daß der Faktor Wissenschaft im Unterschied zu Politik, Kultur und Ökonomie in der öffentlichen Wende-Auseinandersetzung eine untergeordnete Rolle spielte. Die Wissenschaft, das ist bereits heute möglich zu konstatieren, hat von sich aus aktiv auch nur wenig unternommen, um sich in die Ereignisse mit einzubringen, geschweige denn, sie mitzugestalten.

Daß trotzdem die Wissenschaftswende in der DDR zuerst viel deutlicher an der Akademie als an den Universitäten sichtbar wurde, ergab sich wohl

daraus, daß die AdW nach der 3. Hochschulreform mit ihrer - für die Universitäten der ehemaligen DDR einschneidenden, ja fast tödlichen - Aufgabenänderung und Ideologisierung als Zentrum der Wissenschaftsentwicklung, aber auch als Instrument der Realisierung von Wissenschaftspolitik gefördert wurde und gemäß ihrem Statut von 1984 fest in das politische Herrschaftsgefüge eingebunden war. Sie war - wie oft mit einem neidvoll spöttischen Unterton gesagt wurde - der "Volkseigene Betrieb Forschung" der DDR, in dem der eigentliche Kern des akademischen Gedankens, nämlich die Gelehrten-gesellschaft zunehmend an Einfluß verloren hatte und überwiegend nur noch als äußere Garnierung benutzt wurde und sich auch dazu benutzen ließ.

Dies führte zur zunehmenden Distanzierung, ja Entfremdung zwischen den beiden Teilen der Akademie, deren Zusammenwirkung von Leibniz als das Bedeutendste am Akademiegedanken in seinem Leitmotiv "theoria cum praxi" ausgedrückt ist. Es führte auch zur berechtigten kritischen Betrachtungsweise des Wirkens und damit des Sinns der Gelehrten-gesellschaft in dieser Zeit. Die Ereignisse des Herbstes 1989 an der Akademie sind sicherlich nur zu deuten im Rahmen der überall im Lande aufgebrochenen Widersprüche, in der weltweiten Existenzkrise des, wie jetzt oft gesagt wird, real experimentierenden Sozialismus mit seinem ökonomischen, politischen und moralischen Verfall.

Aus der Sicht der Akademie ist es sicherlich eine traurige, beschämende, aber auch notwendige Feststellung, daß die Akademie als Ganzes ihrer wissenschaftspolitischen Verantwortung, der sie sich selber in ihrem Statut verpflichtet fühlte, im Herbst 1989 nicht entsprochen hat. Auch darin widerspiegelt die Akademie die Gesamtsituation in der Ex-DDR, daß die Wissenschaftswende an der Akademie mit ihren Reform- und Demokratiebewegungen nicht von den verantwortlichen Leitungsorganen ausging, sondern ihre Basis hatte in den Mitarbeitern ihrer Institute, dort, wo sich spontan Gruppen gebildet hatten, die von der Leitung der Akademie, aber auch von der Gelehrten-gesellschaft, Positionen erwarteten. Am 31. Oktober 1989 wurde dann - endlich - erstmals vom Akademiepräsidium eine Erklärung verabschiedet, deren Inhalt aber von allen Dingen dadurch bemerkenswert war, daß er den Tagesereignissen hinterherhinkte. So konnte man beispielsweise darin lesen, daß "leitende Kader sich verpflichtet fühlen sollten, auch die Auffassungen ernsthaft zu prüfen, die ihrer eigenen Meinung entgegengesetzt sind und daß es an der Zeit wäre, in ein kritisches Nachdenken über die Grundwerte des Sozialismus einzutreten."

Von einer Anfang November aus den verschiedensten Mitarbeitern der Institute dann sich gründenden "Initiativgruppe Wissenschaft" wurde zu jener Kundge-

bung am 10. November um 18 Uhr auf dem Platz der Akademie aufgerufen, die sicherlich zu dieser Zeit einen Markstein in der weiteren Entwicklung der Akademie mit setzte. Eine Beschreibung dieser emotionsgeladenen Kundgebung in kurzen Sätzen würde der Bedeutung dieses Datums Abbruch tun. Es sei nur darauf hingewiesen, daß hier erstmalig öffentlich eine Einbettung des Wissenschaftswandels in den sich vollziehenden Gesellschaftswandel nicht nur gefordert, sondern auch eingeleitet wurde.

Von hier aus ging dann, zwar mit Zeitverzug, der Weg weiter bis zur konstituierenden Sitzung des Rates der Institutsvertreter am 19. Dezember 1989 und einer von dieser Gruppe aus organisierten Tagung zur generellen Wissenschaftsstrategie der DDR am 17. Januar 1990.

Ich möchte betonen, daß zu diesem Zeitpunkt alle diese Aktivitäten, soweit sie von der Basis inauguriert oder mit ihr koordiniert waren, ihre gemeinsame Grundlage darin hatten, daß das Wissenschaftssystem in diesem Teil Deutschlands zu reformieren, nicht aber, daß es in seiner Gesamtheit in ein anderes Wirtschaftssystem einzupassen war. Als Vorgabe dieser Handlungen galt unwidersprochen und ganz eindeutig, ein neues, besseres, demokratisch legitimates Wissenschaftssystem anzustreben und dieses auch als Empfehlung bei den Verhandlungen für eine zukünftige gemeinsame deutsche Wissenschaftslandschaft mit einzubringen.

Das in dieser ganzen Phase zu beobachtende Reagieren statt Agieren des Präsidiums, meistens zudem mit beträchtlichem Zeitverzug, war in seiner Wirksamkeit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Es gab letztlich nur eine einzige Übereinstimmung zwischen Akademieleitung und den Trägern der Veränderung in der Akademie: Der erforderliche Wandel an der Akademie sollte nur die Sache derer sein, die an der Akademie selber arbeiteten und forschten.

Tunusgemäß tagte in diesem Zusammenhang dann am 16. November 1989 das Plenum der Akademiemitglieder, also die Gelehrten-gesellschaft. Die in dieser Plenarsitzung zu beobachtende Bewegung war in Anbetracht der personellen Zusammensetzung und des bisherigen Verhaltens der Gelehrten-gesellschaft durchaus bemerkenswert. Es gab keine Gegenstimmen zu der Frage der Reformbedürftigkeit der Akademie und der dringenden Notwendigkeit, ein neues Statut auszuarbeiten. Die Widersprüchlichkeit der Situation und des Handelns widerspiegelte sich auch in dem Vorgang der Rehabilitierung des Philosophen Ernst Bloch, ausgeschlossen vom Plenum am 26. Oktober 1961, und der Rehabilitierung des Chemikers Robert Havemann, Korrespondierendes Mitglied seit 1961, niemals ausgeschlossen von diesem Plenum, sondern illegal

aus der Akademie entfernt. Die Gelegenheit, anhand einer Analyse zu diesen unmoralischen und ungesetzlichen Ausschlüssen Stellung zu beziehen zur grundsätzlichen Verhaltensweise des Plenums wurde aber nicht genutzt. Die Forderung einzelner Mitglieder aus dem Plenum nach dem sofortigen Rücktritt des gesamten Akademiepräsidiums wurde von der Mehrzahl der Mitglieder des Plenums skeptisch betrachtet. In einer geheimen Abstimmung im Dezemberplenum wurde dann dem Präsidium und einigen Vizepräsidenten das Vertrauen zur vorläufigen Weiterführung der Amtsgeschäfte bis zur Klärung der mit der Neuformierung der Leitung der Akademie notwendigen Fragen ausgesprochen, wobei von einer Amtsdauer von voraussichtlich drei Monaten ausgegangen wurde. Der beginnende Dialog zwischen Akademiepräsident und "Initiativgruppe Wissenschaft" in dieser Zeit führte zur Empfehlung des Akademiepräsidenten, an den Instituten Institutsräte zur Vertretung der Mitarbeiterschaft und zur Mitbestimmung im Leitungsprozeß zu bilden, sowie wissenschaftliche Räte zu etablieren. Die Durchsetzung dieser Maßnahmen an den einzelnen Institutionen war jedoch außerordentlich unterschiedlich.

Es war der 8. Februar 1990, als etwa 20 Mitarbeiter und Mitglieder der Akademie in den Räumen des Instituts für Pathologische Anatomie der Humboldt-Universität sich zusammenfanden, um als Arbeitsgruppe des Präsidiums nachzudenken über die Ausarbeitung eines neuen Akademiestatuts. Auf dieser Sitzung inaugurierten die Vertreter des Rates der Institutsvertreter die Idee, und hier ist sicherlich der Ausdruck "revolutionär" angebracht, daß sich die Gruppe als "Runder Tisch" der Akademie verstehen sollte. Dieser, für einen Teil der Anwesenden, vor allem für einen Teil der Plenumsmitglieder, sehr überraschende Vorstoß löste Bewegung aus und führte nach kurzer Diskussion letztlich zur konstituierenden Sitzung des "Runden Tisches" am 16. Februar 1990. Damit begann auch an der Akademie wie vorher schon an so vielen Stellen im Lande eine "Doppelherrschaft". Auch hier war es noch das Ziel, eine neue Akademiekonzeption auszuarbeiten im Hinblick auf den Wissenschaftswandel und eine dieser Konzeption entsprechende Leitungsstruktur auf demokratische Weise zu etablieren. Unter dem Vorsitz eines Ordentlichen Akademiemitgliedes, der auch gleichzeitig frischgewählter Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates eines Instituts und damit auch gleichzeitig Akademiemitarbeiter war, fanden sich am "Runden Tisch" fünf Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, also der Gelehrten-gesellschaft, zwei Vertreter des Präsidiums, neun Vertreter der Wissenschaftsgebiete, zwei Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft, zwei Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft und sieben Vertreter des Rates der Institutsvertreter zusammen.

Es würde den Zeitrahmen sprengen, wenn ich auch nur in Ansätzen versuchen würde, all jene Probleme zu skizzieren, denen sich der "Runde Tisch" zuwandte. Es bleibt nur rückhaltlose Bewunderung für geistige und zeitliche Leistungen in einer Zeit, in der so vieles an ungeahnter Kreativität, Drang nach Neuem, Begrüßung des freiheitlichen Denkens und großen Idealen formuliert wurde, von dem heute leider schon wieder so vieles, nach so kurzer Zeit, in Vergessenheit geraten ist. Dennoch sei mir erlaubt, in Auswahl einige wenige Aktivitäten, quasi als Dokumentation, hier in unsere Erinnerung zurückzurufen.

So wurde unter anderem eine Gesprächskonzeption der Leitung der Akademie mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow für jenes am 19. Februar 1990 stattgefundene Gespräch ausgearbeitet. Es wurde eine "Initiativgruppe Forschungsgemeinschaft" zur Konzipierung des zukünftigen Forschungsprofils der Akademieinstitute - immer noch als Bestandteile einer weiterexistierenden Akademie gedacht - etabliert. Es wurde der Grundzug eines Wissenschaftsgesetzes diskutiert sowie die Auflösung der ehemaligen, so ungeliebten Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle festgelegt. Vom "Runden Tisch" mitgetragen wurde die Forderung, daß in allen Akademieinstituten der bisherige Direktor die Vertrauensfrage stellen sollte, in deren Ergebnis dann über 50% aller Direktoren abberufen wurden. Hauptaugenmerk des "Runden Tisches" galt aber naturgemäß der Neuprofilierung und Neustrukturierung der Akademie in ihrer Gesamtheit. Am 16. März 1990 verabschiedete der "Runde Tisch" den Entwurf eines neuen Akademiestatuts, das dann am 26. April 1990 vom Konsilium der Akademie als sogenanntes "Provisorisches Reglement" angenommen wurde.

Dieses am 26. April 1990 durchgeführte Konsilium war das erste seiner Art in der fast 300jährigen Geschichte der Berliner Akademie. Es war getragen vom Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Akademie, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter, und es war ein eindeutiges Bekenntnis zum Miteinander von Natur- und Geisteswissenschaft. Es war aber auch ein eindeutiges Bekenntnis - es sollte das letzte in dieser Form sein - zum Erhalt der Struktur der Akademie im Sinne des Miteinanders der Gelehrten-gesellschaft und des Institutsverbundes, als Grundlage immer von der Selbständigkeit dieses deutschen Staates ausgehend, der sich anschickte, die Fesseln der Vergangenheit abzuwerfen und sich eine neue, demokratische Ordnung zu geben. Diesem grundsätzlichen Anliegen entsprach dann auch das "Provisorische Reglement". Es bewährte sich als vorübergehendes Leitungsinstrumentarium, nachdem dann am 17. Mai 1991 erneut durch das gesamte Konsilium in Vertretung der 24.000 Mitarbeiter der Akademie ebenfalls erstmals in der 300jährigen Geschichte der

Akademie die entsprechenden Wahlen zum Senat der Akademie, zum Vorstand der Forschungsgemeinschaft und des Akademiepräsidenten stattfanden. Niemals zuvor in der Geschichte der Akademie waren Leitungsorgane durch die Gesamtheit der Mitarbeiter gewählt worden. Allen diesen Wahlen waren Anhörungen vorausgegangen, damit die Auswahl unter den Kandidaten - für die Position des Akademiepräsidenten waren es fünf - für alle transparent und verantwortlich erfolgen konnte.

Der mit der Mehrheit aller drei Wahlblöcke bereits im 1. Wahlgang gewählte neue Akademiepräsident machte es bereits direkt nach der Wahl sehr klar, daß er sein Amt nicht unter den Gegebenheiten des alten Statutes und auch nicht hauptamtlich in der Amtsführung antreten werde. Er verlangte von der Regierung der DDR, damals bereits unter Lothar de Maizière, ein Außerkraftsetzen des alten Statutes und die Anerkennung des "Provisorischen Reglements" sowie die Zustimmung zur ehrenamtlichen Ausübung des Präsidentenamtes. Diese Position führte bereits vier Stunden nach der Wahl zu deutlichen Irritationen zwischen der Regierung und der neugewählten Akademieleitung, da erstaunlicherweise die unter Ministerpräsident de Maizière ebenfalls demokratisch gewählte neue Regierung auf der Beibehaltung der durch das alte Statut vorgegebenen Leitungskonzeption der Akademie mit direkter Einflußnahme und Berufung des Präsidenten durch die Regierung beharrte und ebenso darauf bestand, daß der neuberufene Präsident Teil dieser Regierung wurde. Wir konzedierten damals, daß die Regierung in dieser Zeit wichtigere Fragen zu entscheiden hatte, dennoch war diese Haltung für die Mitarbeiter der Akademie und für die freigewählten Leitungsorgane in dieser Phase schwer verständlich. Nach insgesamt fast zwei Monaten gelang es dann, in einem Gespräch in engstem Kreise zu später Stunde mit dem damals arbeitsmäßig völlig überlasteten Ministerpräsidenten eine Einigung zu erreichen, die in der Aufhebung des alten Akademiegesetzes - und damit der Akademiestatuten - durch den Ministerrat der DDR und in der Verabredung einer Verordnung des Ministerrates bestand, die dann am 27. Juni 1990 beschlossen wurde. In ihm wurde der Akademie eine Selbständigkeit mit Dienstaufsicht zuerkannt und der Präsident als einzelverantwortlicher Leiter bestätigt. Deshalb war es dann auch möglich, daß Professor Dr. Frank Terpe, der damalige Minister für Forschung und Technologie, am 29. Juni 1990, an einem von Kundgebungen und Emotionen gekennzeichneten Leibniz-Tag, die alte Akademieleitung abberief und den neuen Präsidenten einsetzte.

Mir der Übernahme der demokratisch gewählten Leitungsorgane hatte der "Runde Tisch" seine Aufgabe erfüllt. Die historischen Dimensionen seines

Wirkens werden sicherlich erst aus der Perspektive des zeitlichen Abstandes in vollem Umfang zu würdigen sein. Bereits heute ist aber die Feststellung unumstößlich, daß der "Runde Tisch" und seine Aktivitäten das wesentliche Instrumentarium in der Wissenschaftswende an der Akademie in einem zeitlich außerordentlich begrenzten, aber historisch außerordentlich weitreichenden Zeitraum war.

Die nächsten drei, vier Tage nach dem Leibniz-Tag waren gekennzeichnet von einer brisanten Zuspitzung der Situation, deren Bedeutung sicher auch heute noch nur sehr begrenzt zu überblicken ist. Hatten wir uns schon gewundert, warum die demokratisch gewählte Regierung der DDR sich gegenüber der Akademie so verhalten hatte, warum man der Eigenverantwortung und der freiheitlichen Gestaltung der Akademie in ihren Leitungsprozessen doch nicht so ganz entsprechen wollte, so muß man wohl sagen, daß die Weigerung der de Maizière-Regierung, die Autonomie der Akademie, wie sie in dem "Provisorischen Reglement" des "Runden Tisches" konzipiert war, anzuerkennen, von tieferer Bedeutung war. War es damals auch noch unverständlich und wurde vielfach mit Kopfschütteln oder als Entschuldigung mit Arbeitsüberlastung der Regierung begründet, so ist es vielleicht erlaubt zu sagen, daß der auf Selbstbestimmung beruhende strukturelle und personelle Erneuerungsprozeß unter Betonung der Erhaltung der Forschungskapazitäten der Akademie bereits in seinen Ansätzen hier im Lande und von den sich zur Übernahme der DDR bereitmachenden Institutionen der alten Bundesrepublik nicht nur argwöhnisch betrachtet, sondern dann letztlich auch ignoriert wurde.

Mit vertrauensvoller Blauäugigkeit gingen DDR-Wissenschaftsminister und Akademiepräsident dann am 3. Juli 1990 in jenes "Kamingespräch", zu dem das Bundesministerium für Forschung Spitzenvertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft der beiden deutschen Teilstaaten eingeladen hatte. Vielleicht ist dieses Datum deshalb so bedeutend, weil hier im Gegensatz zu den revolutionären Veränderungen am Beispiel der Wissenschaft erstmals deutlich gemacht wurde, daß der Weg zu einer einheitlichen Gestaltung der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft, wie das damals als Schlagwort überall verbreitet wurde, nicht als ein gleichberechtigtes Zusammenfügen, sondern als eine Einpassung in bestehende Strukturen der alten Bundesrepublik gedacht war. Den mit überzeugender Beredsamkeit vorgebrachten Begründungen dieser Entwicklung unter Betonung der Effizienz der Forschungsstrukturen der alten Bundesrepublik war von seiten des Akademiepräsidenten nur der vage Einwurf entgegenzusetzen, daß doch wohl ein Nachdenken über gemeinsame neue Strukturformen im Ergebnis der Vereinigung und damit des Kamingesprä-

ches möglich sein sollte. Dieser Einwurf weckte Aufmerksamkeit, wurde mit nachsichtigem Zweifel zur Kenntnis genommen, ernstgenommen hat ihn wohl nur die DDR-Seite. Auch der Wissenschaftsminister hat in Gesprächen danach immer wieder mir gegenüber betont, daß er sich letztlich der ganzen Auswirkung nicht bewußt war, die sein Antrag an den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik beinhaltete, die Akademieinstitute zu evaluieren. Dieser Antrag, der auch ein Antrag des Akademiepräsidenten war, sollte eine faire Evaluierung unserer Institute für uns und für die Welt ermöglichen. Professor Terpe hatte mit Leidenschaft und mit der Gewißheit, einem guten Zweck zu dienen, seine Idee vom Moratorium für die DDR-Akademie unter anderem dadurch belegt, daß den Akademieinstituten Zeit gegeben werden sollte für die Umorientierung einer sozialistisch geleiteten Forschungsstruktur auf die Bedingungen der Marktwirtschaft.

Letztlich spricht es auch für die politische Unerfahrenheit des neugewählten Akademiesenates und des Vorstandes der Forschungsgemeinschaft, daß sie lange davon überzeugt waren, die demokratische Umgestaltung dieser Forschungsregion zu leiten. Ich habe mich selber gefragt, wann wohl das Nachdenken über diese fehlerhafte Einschätzung bei mir selber eingesetzt hat. Ich muß ihnen persönlich diese Antwort schuldig bleiben.

Jedenfalls war es dann so, daß der mit viel emotionaler Beteiligung, hohem Intelligenzeinsatz und Zeitaufwand hergestellte Satzungsentwurf der "Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin" am 18. Juli 1990 im Senat behandelt wurde. Und er sollte nach einer Diskussion als Grundlage einer unabhängigen, vom Staate getrennten Akademie vom Akademiekonsilium am 27. Juli beschlossen werden.

Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Ungefähr 24 Stunden vor der Durchführung des Konsiliums kamen Signale aus dem Ministerium für Wissenschaft und Technik, unter gar keinen Umständen diesen Satzungsentwurf zur Abstimmung zu stellen, und die Telefonate gingen bis in die Morgenstunden des nächsten Tages. Die Frage, warum dies nicht sein sollte, wurde damals so beantwortet, daß in der Phase der Ausarbeitung des Einigungsvertrages eine solche Festschreibung von Strukturen hinderlich wäre. Professor Terpe hat mir persönlich dann gesagt, daß er überrascht war, mit welcher Vehemenz die in seinem Ministerium tätigen Berater aus dem Westen sich gegen die Abstimmung zu diesem Satzungsentwurf gestellt haben. Die weitreichenden Folgen dieser letztlich doch vom Ministerium für Forschung und Technologie der de Maizière-Regierung zu verantwortenden Blockierung der Annahme dieses Satzungsentwurfes waren wohl den wenigsten von uns zu diesem Zeitpunkt bewußt.

Grundgedanke dieses Satzungsentwurfes war die Überführung der Akademie in eine Art Holding-Gesellschaft, in der sich die Gemeinschaft der Akademie-mitglieder in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt unter einem Dach vereinigen sollte. Die inzwischen bekannt gewordenen Passagen des sich in der Ausarbeitung befindlichen Einigungsvertrages untersetzten die Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung der Akademie und den Verlust ihrer Individualität dadurch, daß im Entwurf zum Artikel 38 dieses Vertrages die Trennung der Forschungsinstitute von der Gelehrten-gesellschaft festgeschrieben wurde. Dem hätte eine Festlegung des Konsiliums im Sinne des Satzungsentwurfes eindeutig entgegengewirkt. In Kenntnis und auch in persönlicher Verehrung der integeren Persönlichkeit des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Dieter Simon bin ich gewiß, daß die maßgeblich von ihm beeinflussten und formulierten zwölf Empfehlungen zur Gestaltung der Wissenschaftslandschaft nach der Vereinigung, die am 6. Juli 1990 publiziert wurden, seine ehrliche Meinung enthielten, daß auch die Bundesrepublik die Chance einer selbstkritischen Prüfung erhalten sollte, um damit einen Qualitätssprung des deutschen Wissenschaftssystems insgesamt zu ermöglichen. Das wurde, wie wir heute genau wissen, gründlich verpaßt.

Wir stehen jetzt kurz vor dem Auslaufen des Moratoriums, deshalb auch kurz vor jenem 1. Januar 1992, an dem Tausende von Mitarbeitern der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR sich mit dem Resultat der Abwicklung im eigenen Bereich sachlich und individuell konfrontiert sehen. Ich kritisiere hier nicht die große Leistung des Wissenschaftsrates an sich mit seinen sicherlich differenziert zu sehenden Begutachtungsvorgaben. Ich kritisiere auch nicht - ich möchte sogar ausdrücklich dafür danken - die Bemühungen der Abwicklungsstelle KAI-AdW, an deren Spitze sich ein "Wessi" teilweise zum "Ossi" entwickelte, ich stelle einfach an Hand des Beispiels Wissenschaftswandel fest, daß auch in der Wissenschaft, wie auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens, kein Zusammenwachsen mit der Möglichkeit eines Qualitätssprunges erfolgt ist, sondern ein Einpassen in bestehende Strukturen, deren Vorteile den Einpassenden durchaus zugute kommen, deren Nachteile aber weiterbestehen. Dadurch wurden die Vorteile, die sich die Einpassenden mitbringen wollten, rigoros ausgelöscht.

In der sich im Besitz der Akademie befindlichen, 1779 erschienenen "Oeconomischen Encyclopädie" von Johann Georg Krünitz steht unter der Rubrik "Gelehrte": "Der Einfluß, den die Gelehrten auf die innere Ruhe und den äußeren Wohlstand des Staates haben, ist sehr mannigfaltig, insonderheit tragen die Wissenschaft und Künste viel zur Bevölkerung bei, und daher muß

ein Regent dieselben beschützen." Den möglichen Einfluß der von Ideologie und Zentralismus befreiten Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR im Rahmen ihrer heimatlichen Umgebung auf den Wohlstand des Staates hat man sicherlich vertan zugunsten der Tätigkeit einer selbstgefälligen Ministerialbürokratie der Forschung, gegen die zunehmend kritische Stimmen laut werden. Aber was hilft ein Bedauern über vergebene Chancen, wenn diese unwiederbringlich vorbei sind.

Zum Ende des Staates DDR und damit zum Ende seiner Amtsperiode als Ministerpräsident dieses Staates übertrug Lothar de Maizière dem gewählten Akademiepräsidenten als Person die volle rechtliche Verantwortung für diese Gelehrten-gesellschaft bis zu einer im Einigungsvertrag vorgesehenen landesrechtlichen Regelung. Die Brisanz dieses kurzen Briefes war mir als seinem Empfänger in keiner Weise bewußt, sie hat aber ihre Dimensionen gerade in den letzten Monaten geometrisch gesteigert. Wenn wir uns jetzt in der gebotenen Kürze der Entwicklung und dem Schicksal der Gelehrten-gesellschaft in diesen Zeiten zuwenden, dann darf ich erinnern an den Beginn dieser Ausführungen, in denen die Rolle der Gelehrten-gesellschaft und ihr Anteil an der Wissenschaftswende außerordentlich kritisch beleuchtet werden mußte. Es ist der Aufmerksamkeit und vielleicht auch dem Verantwortungsgefühl für notwendige Schadensbegrenzung einiger Weniger aus dem Führungskreis der Akademie und dem damaligen Ministerium für Forschung und Technologie zuzuschreiben, daß zwei Buchstaben in der Auseinandersetzung um die Gelehrten-gesellschaft der Akademie zum Mittelpunkt wurden. In dem Entwurf der Fassung des Artikels 38 des Einigungsvertrages stand zu lesen: "...die Entscheidung, OB und WIE die Gelehrten-gesellschaft fortgeführt wird, wird landesrechtlich getroffen". Vielleicht gab es kein anderes so kurzes Wort in diesem Einigungsvertrag, um das so viel gerungen wurde, für das so viele Zusatzreisen an den Rhein erforderlich waren und das dann letztlich in Anerkennung seiner Bedeutung aus dem Einigungsvertrag gestrichen wurde, als dieses Wörtchen ob. Damit hat der Einigungsvertrag das prinzipielle Fortbestehen der Institution Gelehrtensozietät zugesagt. Das ist bekanntlich heute Gegenstand unterschiedlicher Rechtsauffassungen und Positionen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses von mir heute geforderten historischen Rückblicks auf die Tage der Wende, eine Situationsbeschreibung der Gegenwart zu gestalten. Eine kurze Skizzierung der wesentlichen Etappen der Handlungen der Gelehrtensozietät in diesen schicksalsträchtigen Monaten scheint mir aber eine notwendige Ergänzung zu sein. Mit Vehemenz vortragene Vorwürfe aus der Öffentlichkeit - in ihrem Kern absolut notwendig

und anzuerkennen, in ihrer Form variierend und destruktiv -, eine Vergangenheitsaufarbeitung innerhalb der Gelehrtensozietät nicht eingeleitet zu haben, ließen dem Präsidenten der Akademie letztlich nur zwei Chancen: entweder ein individuelles Inquisitionsverfahren anzugehen oder eine Schuld des Plenums der Mitglieder insgesamt für nicht wahrgenommene Verantwortung und geübter willfähriger Lethargie und Anpassung zu akzeptieren. Akademien, die sich als Inquisition mißbrauchen lassen zur Verfolgung Einzelner, haben schon im Ansatz ihre Glaubwürdigkeit verloren, ist doch das Institut in seiner Gesamtheit Verantwortungsträger und kann diese Verantwortung billigerweise nicht auf Einzelpersonen abwälzen. Die im Namen oder zumindest stiller Duldung der Akademie begangenen Verfehlungen Einzelner sind immer gemeinsame Schuld, wenn nicht dagegen Protest in geeigneter öffentlicher Form zur rechten Zeit und am rechten Platz erhoben wird. Die Notwendigkeit der Einsetzung eines Ehrenausschusses stellte sich das Plenum bereits in früher Phase. Erstaunlich war jedoch die geringe Resonanz, die dies in der Öffentlichkeit fand. Auch die Senatssitzungen waren geprägt von emotionsgeladenen, aber außerordentlich verantwortungsvollen Debatten über die generellen Möglichkeiten zur Aufarbeitung der Vergangenheitsbelastung im Rahmen des Plenums und über den Weg dahin.

Diesem Rechnung tragend, stellte ich im Septemberplenum 1990 den Antrag, daß in Anerkennung der Mitverstrickung und in Vorbereitung auf eine differenzierte Aufarbeitung der Verantwortung des Einzelnen im Verbund des Ganzen alle Akademiemitglieder ihre Mitgliedschaft zur Disposition stellen sollten mit dem vorläufigen Status einer ruhenden Mitgliedschaft. Nach teilweise heftig und kontrovers geführter Debatte im Plenum lehnte dann das Plenum den Vorschlag des Präsidenten mehrheitlich ab. In vielfacher Form wurde mir dann später vorgeworfen, daß ich zu diesem Zeitpunkt als Reaktion auf die Nichtbefolgung meines Vorschlages hätte zurücktreten müssen. Prinzipiell und aus der politischen Situation heraus wäre dieser Schritt ein notwendiges Zeichen gewesen. Aber in Kenntnis der Situation und der bevorstehenden individuellen Verantwortungsübertragung für die Akademie nach der deutschen Vereinigung, in Kenntnis der Verantwortung für den Besitz der Akademie, für Archiv, Bibliothek, Kustodie usw., aber vor allem auch in Kenntnis, daß eine Vertretung dieser Akademie bei ihrer landesrechtlichen Fortführung laut Einigungsvertrag notwendig ist, hatte ich mich damals anders entschlossen. Das blieb und bleibt bis heute eine von vielen mißbilligte und nicht verstandene Einzelentscheidung. Die Fortsetzung der Diskussion zur eigenen Vergangenheit in den Klassen, die öffentliche Diskussion über die Akademie und ihre Mitglieder, aber vor allem aber auch die in jeder Plenarsitzung jetzt üblich gewordenen

Informationen und offenen Problemaussprachen führten dann in der Plenarsitzung im Januar 1991 zu dem vom Plenum einheitlich gebilligten Vorschlag des Präsidenten, die Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften der DDR als mit dem Bestehen der DDR ausgelaufen zu betrachten, sich aber eine Anwartschaft auf Mitgliedschaft in der neuen Berliner Akademie auf Wunsch dadurch zu erhalten, einer Evaluierung von außen zuzustimmen und dieses Anliegen an den Präsidenten heranzutragen. Hiermit war und ist aus meiner Sicht der Weg freigemacht für die Neugestaltung einer Berliner Akademie, in die hinein die Institution der nunmehr fast 300jährigen Leibnizakademie frei vom Ballast überkommener individueller Mitgliedschaften gehen kann.

Das in Berlin proklamierte Verneinen der Identität dieser Institution als Fortsetzung des Erbes der Brandenburgisch-Kurfürstlichen, später Preussischen und dann Deutschen Akademie in dem östlichen Teil Deutschlands fügt sich ein in das allgemeine Bild der Abwicklung dieser Tage. Es erfüllt schon mit Trauer, aber auch ein wenig mit Trotz, daß eine der ältesten europäischen Wissenschaftsinstitutionen, die sich durchaus ihrer historischen Gleichheit mit dem englischen und französischen Pendant bewußt und darauf stolz ist, nun - da sie mit dem Kainszeichen DDR versehen war - zur Disposition gestellt werden soll. So wird es wohl die letzte Aufgabe des derzeitigen Präsidenten sein, diesem so offensichtlichen Zuwiderhandeln gegen Vernunft und Einsicht öffentliche Meinung und rechtliche Mittel entgegenzusetzen.

Daß diese öffentliche Meinung zu einem deutschen Wissenschaftserbe sich zur Zeit mehr außerhalb Deutschland artikuliert als in dem Lande selbst, das sich so gern als Heimat der Dichter und Denker bezeichnet, sollte uns zu denken geben. Aber es sei auch die Frage erlaubt: Braucht Wissenschaft in der heutigen Zeit eine nationale Heimat, ist sie nicht überall dort zu Hause, wo Widerspruch, Gegensätze, Streit von Meinungen und Suche nach Neuem das Leben bestimmen? Wir sollten aufpassen, daß nicht in so historisch kurzer Zeit sich jenes wiederholt, was unser Mitglied Immanuel Kant vor 200 Jahren so umschrieben hat: "...daß man sich durch den Besitz der Gewalt das freie Urteil verderben lasse!"

## Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches

### 1. Entstehung der Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches

In den Diskussionen des Runden Tisches hatten die Fragen der Wissenschaft nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Zusammenhang mit der Diskussion der Vorlage 14/51 "Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern in Wirtschaft und Verwaltung" des NEUEN FORUMS auf der 14. Sitzung des Runden Tisches am 26.02.90 wurde eine Arbeitsgruppe "Wissenschaftsreform" des Runden Tisches angeregt.

Am 7. März 1990 konstituierte sich die Arbeitsgruppe u.a. mit folgenden Vorstellungen:

- Sie sieht sich in der Perspektive als unabhängiges Beratungsorgan für den zu bildenden Volkskammerausschuß "Wissenschaft und Forschung".
- Durch die Arbeit dieser Arbeitsgruppe sollte die gesellschaftspolitische Bedeutung der Wissenschaft unterstrichen werden.
- Sie will die Reform der Wissenschaft fördern und begleiten.

An dieser konstituierenden Sitzung waren Vertreter folgender Parteien und politischen Organisationen beteiligt: IFM, Demokratie Jetzt, Neues Forum, SPD, CDU, DBD, PDS, Grüne Partei, Gewerkschaft Wissenschaft.

Am 12. März 1990 wurde auf der 16. Sitzung des (zentralen) Runden Tisches im Zusammenhang mit der Diskussion des Antrages des Neuen Forums (erweiterte Vorlage Nr.14/51, Vorlage Nr. 16/ "Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern" - in dem nun auch explizit auf die Wissenschaft eingegangen wird) beschlossen, daß diese auch nach Beendigung des Runden Tisches weiterarbeiten sollte.

### 2. Die Zeit bis zum 3. Okt. 1990

Ein erstes wesentliches Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist das Memorandum zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR. Es wurde am 20.4.90 fertiggestellt und spiegelt die Vorstellungen in bezug auf eine Reform der Wissenschaft einschließlich der damit verbundenen Hoffnung, daß diese möglich ist, wider.

---

#### Memorandum der Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR an die Volkskammer und die Regierung

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen setzt laut Beschluß des Zentralen Runden Tisches vom 12. März 1990 ihre Arbeit zur Reform der Wissenschaft fort. Sie wendet sich in einer Situation, in der es um den Fortbestand der Wissenschaft in der DDR geht, mit Vorschlägen an die Volkskammer und die Regierung, um gravierende Mängel in der konzeptionellen Arbeit und bei der Überwindung administrativer Strukturen, die Kreativität behindern, beheben zu helfen.

Die Innovationskraft der Wissenschaft bestimmt maßgeblich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes.

#### 1. Freiheit der Wissenschaft und Demokratie

Wissenschaft ist frei. Der Staat sichert die Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Wissenschaftler haben durch die technologischen und sozialen Folgen ihres Tuns Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Die Wissenschaften müssen ausschließlich humanen, friedlichen, lebens- und umwelterhaltenden sowie zukunftsverträglichen Zielen dienen. Es sind entsprechende Bedingungen für eine effektive und an den genannten Zielen orientierte Entwicklung der Wissenschaft zu schaffen. Wissenschaftliche Einrichtungen öffentlichen Rechts sichern die Bedingungen für wissenschaftliche Tätigkeit nach den Regeln der demokratischen Mitbestimmung.

Fachliche Kompetenz, moralische Integrität müssen entscheidende Kriterien für die Berufung von Wissenschaftlern (Hochschullehrern, Professoren, Forschungsgruppenleitern u.dgl.) sein. Rektoren, Präsidenten, Dekane, Direktoren und deren Stellvertreter müssen demokratisch legitimiert sein. Der genannte Personenkreis sowie Akademiemitglieder und Personalleiter müssen eidesstattlich erklären, daß sie keine hauptamtlichen oder informellen Mitarbeiter des MfS waren.

Zu unrecht gemäßregelte Wissenschaftler müssen rehabilitiert werden. Verantwortung für die Behandlung der beiden zuletzt genannten Aufgaben sollen Vertrauensausschüsse tragen.

## 2. Reform von Forschung und Lehre

Die Herausbildung effizienter Wissenschaftsstrukturen muß den Erfordernissen zukünftiger Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung genügen. Diese Strukturen müssen dem einzelnen Wissenschaftler ermöglichen, allein oder in Gemeinschaft frei seine Fähigkeiten zur Erneuerung der Wissenschaft einzusetzen zu können.

Die Profilierung der Forschungspotentiale muß zugleich auf die deutsch-deutsche und die internationale Forschungszusammenarbeit ausgerichtet sein. Die Forschungsförderung ist entsprechend auszurichten.

Insbesondere bedarf die Akademie der Wissenschaften einer Reform, die vor allem eine Abtrennung der Industrieforschung und die Förderung der Grundlagenforschung zum Inhalt hat.

Um Mittelmäßigkeit an den Hochschulen zu überwinden, sind Bedingungen zu schaffen, die die Herausbildung eines leistungsfähigen wissenschaftlichen Nachwuchses ermöglichen. Gleichzeitig geht es auch um die Neubestimmung des Verhältnisses der AdW zur Lehre und Forschung an den Hochschulen.

Entsprechendes gilt für die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Geeignete Maßnahmen hierzu sind u.a.:

- Erarbeitung von Kriterien für Berufungen, Umberufungen und Überprüfung vorhandener Berufungen (einschließlich von Formen der Befristung);
- öffentliche Ausschreibung von Lehrstühlen, Präsidenten-, Direktoren- und Projektleiterstellen;
- internationale Besetzung Wissenschaftlicher Räte der Institute;
- Gewinnung profilbestimmender Gastwissenschaftler in Forschung und Lehre;
- Bildung einer deutsch-deutschen Wissenschaftskommission (DDW) zur Bestimmung einer künftigen deutschen Wissenschaftslandschaft sowohl aus globaler als auch aus fachspezifischer Sicht;
- Durch Arbeitsgruppen ist die Arbeit der DDW zu unterstützen (z.B. deutsch-deutsche Forschungskooperation, Länderbeziehungen, Berlin-Berliner Wissenschaftskommission);
- Einbindung von Forschungsvorhaben in westeuropäische und EG-Projekte (z.B. EUREKA, ESPRIT II, BRIDGE, ERASMUS);
- Förderung von gemeinsamen ost-westeuropäischen Forschungsvorhaben (unter Nutzung traditioneller osteuropäischer Beziehungen der DDR). Das erfordert gesetzliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Es wird empfohlen, einen Regierungsbericht über den Stand der Wissenschaftsreformen und den Leitlinien künftiger Wissenschaftspolitik der Volkskammer vorzulegen.

## 3. Finanzierung

Die Grundfinanzierung der hier genannten wissenschaftlichen Institute ist durch den Staat zu sichern. Drittmittelfinanzierung ist zu ermöglichen.

Die besondere Verantwortung des Staates für die Wissenschaft erfordert für die Übergangsperiode eine Konzeption.

Ebenso ist ein Paket sozialer Maßnahmen, welches die Spezifik der Wissenschaft in der DDR berücksichtigt, auszuarbeiten. Das schließt eine Neuorganisation der Gehaltsstrukturen ein.

## 4. Zusammenarbeit mit Regierung und Volkskammer

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft bietet den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft sowie für Forschung und Technologie und den entsprechenden Ministerien ihre Unterstützung an.

Berlin, den 20.04.1990

Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien  
und politischen Organisationen

Dieses Memorandum wurde mit einem Anschreiben an über 50 Institutionen in der DDR aber auch in der BRD verteilt. In dem Anschreiben wurde u.a. folgendes hervorgehoben: "Wir überreichen Ihnen in der Anlage ein Memorandum ... in einer Situation, in der es um den Fortbestand der Wissenschaft im östlichen Teil Deutschlands geht. Wir wenden uns in erster Linie an die Abgeordneten der Volkskammer und die Mitglieder der Regierung - aber auch an alle, denen die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaft und Forschung am Herzen liegt."

Der Versuch, das Memorandum zu veröffentlichen, ist nicht so erfolgreich. Es erscheint nur eine kommentierte Fassung im ND.

Die Arbeitsgruppe tagt zu dieser Zeit zwei- bis dreimal im Monat im Haus der Demokratie, Redaktionsgruppen noch häufiger.

Das Memorandum sollte dann durch verschiedene weitere Papiere (Akademie-reform, Hochschulreform, deutsch-deutsche Wissenschaftsintegration u.dgl.) untersetzt werden. Dazu werden Untergruppen gebildet.

Im April 90 werden dem Minister für Bildung und Wissenschaft "Vorstellungen zu einigen Aspekten einer Hochschulreform", die in der Arbeitsgruppe nicht durchgängig Zustimmung fanden, übergeben.

## Vorstellungen zu einigen Aspekten einer Hochschulreform

Die Innovationskraft und damit die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft eines Landes hängt maßgeblich von der Auswahl geeigneter Wissenschaftler und der Gewährleistung entsprechender Forschungsbedingungen ab. Formen der Befristung sind ein Mittel, um geeignete Wissenschaftler herauszufiltern.

Ausgehend von dem im Memorandum "zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR" gemachten Aussagen werden hier Vorstellungen für ein Modell, das sich insbesondere auf Formen der Befristung wissenschaftlicher Mitarbeiter an Universitäten und Hochschulen bezieht, entwickelt.

Ein solches Modell sollte den Anspruch haben,

- a) mindestens genauso leistungsfähig wenn nicht sogar leistungsfähiger als das im Hochschulrahmengesetz der BRD formulierte und dabei gleichzeitig sozialer zu sein
- b) gleichzeitig auch eine Übergangsregelung zu ermöglichen
- c) dem Hochschulrahmengesetz der BRD sehr nahe zu kommen (d.h. kaum Abweichungen).

### 1. Zum Verhältnis von befristeten und unbefristeten wissenschaftlichen Mitarbeitern

Befristungen wirken sich positiv auf die Innovationskraft einer wissenschaftlichen Einrichtung aus.

Unbefristete sichern (gewährleisten) die Forschungs- und Lehrfähigkeit.

Es ist daher ein ausgewogenes Verhältnis, welches langfristig die Effektivität von Forschung und Lehre sichert (ermöglicht), anzustreben.

(Zu viele Unbefristete [typisch für Hochschuleinrichtungen in der DDR] lähmen die Forschung und fördern Mittelmäßigkeit in Forschung und Lehre. Zu wenig Unbefristete [z. T. typisch für Hochschuleinrichtungen in der BRD] gefährden die Forschungs- und Lehrfähigkeit.)

Es wird vorläufig (in erster Näherung) davon ausgegangen, daß ein solches ausgewogenes Verhältnis bei 50% Befristungen und 50% Unbefristeten liegen könnte.

(Entspricht etwa der Mitte zwischen der Situation in der DDR und der BRD. Eine solche Proportion stellt auch ein günstiges Verhältnis für eine Übergangsperiode dar.)

Dieses Verhältnis bezieht sich auf folgenden wissenschaftlichen Personenkreis:

- a) Wissenschaftliche Mitarbeiter, die sich akademisch qualifizieren wollen. Solche Mitarbeiter sind (generell) befristet einzustellen (diese Befristung kann nach Fachgebiet differieren):

für Promotion: 4 Jahre

für Habilitation: 6 Jahre

b) Hochschullehrer (Professoren)

Wissenschaftliche Mitarbeiter, die zu Hochschullehrern berufen werden, sind in der Regel für 5 Jahre befristet einzustellen.

Nach 4 Jahren (entspricht etwa der Laufzeit eines Projekts sowie der Zeit, in der ein Lehrgebiet neu aufgebaut werden kann) kann jener auf Grund seiner Leistungen und Fähigkeiten in Forschung und Lehre (Assistierung) insbesondere bezogen auf das berufene Gebiet in ein unbefristetes überführt werden. Andernfalls ist die Stelle neu auszuschreiben.

(Nach weiteren 4 bis 8 Jahren kann dann, wenn entsprechende Leistungen vorliegen, eine weitere Höherstufung erfolgen.)

Geht man davon aus, daß i. allg. einerseits die Kreativität und Leistungsfähigkeit mit dem Alter abnimmt, andererseits die Erfahrungen zunehmen, ergibt sich, daß mit zunehmenden Alter sich das Interessensgebiet eines Wissenschaftlers wandeln wird. Von der harten Projektforschung über die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs zur Beratung. Dabei werden übergreifende Fragen sowie das Reflektieren immer mehr in den Mittelpunkt rücken.

Diesem Prozeß ist durch Änderung des Aufgabenprofils des Hochschullehrers Rechnung zu tragen.

(Um die Kontinuität in Forschung und Lehre nicht durch die Änderung des Aufgabenprofils eines solchen Hochschullehrers zu gefährden, sollte ein jüngerer Hochschullehrer berufen worden sein, der diesen Anteil übernehmen kann, jenem [häufig ein Ordinarius bzw. ein C4] in gewisser Weise zugeordnet ist und später dann [in der Regel] auch dessen Stelle übernehmen wird.

Auf diese Weise wird die Forschung selbst effektiver und für den älter werdenden Wissenschaftler sozialer.

Hiermit ist auch eine spezifische Form einer "Vorruhestandsregelung für Hochschullehrer" angedeutet.)

c) wissenschaftliche Mitarbeiter, die vorwiegend Dienstleistungen in Forschung und Lehre durchführen

Wissenschaftliche Mitarbeiter, die Dienstleistungen zur Gewährleistung (Sicherheit) von Forschung und Lehre durchführen, sind dem Selektionsdruck der Forschung nicht unmittelbar auszusetzen und daher in der Regel unbefristet einzustellen.

Ihre Qualifikation (akademischer Grad) muß der durchzuführenden Dienstleistung entsprechen.

### 2. Zu den Übergangsbedingungen in Hochschuleinrichtungen der DDR

a) Unbefristete Assistenten-, Oberassistenten-, Dozentenstellen sollten ab-

geschafft werden (entspricht dem HRG der BRD).

b) Die Dozentenstellen sollten in Professorenstellen (etwa C3) umgewandelt werden.

c) Ein Teil neuer Professorenstellen (etwa C2) sollte eingerichtet werden, um die sich habilitierte Oberassistenten und Assistenten bewerben können (dieser Anteil könnte etwa 1/3 der Professorenstellen insgesamt betragen).

d) Promovierte, jedoch nicht habilitierte Assistenten und Oberassistenten haben folgende Möglichkeiten:

- sich um eine befristete Stelle mit dem Ziel einer Habilitation zu bewerben,

- sich um eine unbefristete Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters mit Dienstleistungsaufgaben zu bewerben,

- eine andere Arbeitstätigkeit aufzunehmen.

Die letzten beiden Möglichkeiten treffen auch für die in c) genannten Personen zu.

e) Umberufungsanträge sind wie (Neu)Berufungen zu handhaben.

f) In den nächsten 1 1/2 Jahren sollten in der Regel vorrangig DDR-Wissenschaftler bei Berufungen berücksichtigt werden.

Diese Berufungen sind in der Regel befristet auszusprechen.

---

Am 20.6. ist die Stellungnahme zur Akademie der Wissenschaften der DDR fertig. Sie stellt das zweite wichtige Papier dieser Arbeitsgruppe dar.

---

Stellungnahme der Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien  
und politischen Organisationen  
zur Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR  
für die Volkskammer und die Regierung

Die Akademie der Wissenschaften der DDR kann nicht so bleiben wie sie ist

#### A. Forschungsgemeinschaft

##### 1. Ausgangspunkt und angestrebtes Ziel

Die Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) sind das größte außeruniversitäre Forschungspotential der DDR. Viele Arbeitsgruppen haben trotz erheblichen ökonomischen Drucks ein eigenes Forschungsprofil aufgebaut. Dieses konnte sich wegen politisch motivierter Vorgaben meist nicht voll entwickeln. Das Wissenschaftspotential kann nur in neuen, flexiblen Strukturen produktiv werden. Daher darf es nicht länger administrativ verwal-

tet werden und in zentralen Strukturen gefangen bleiben.

Es darf auch nicht denjenigen überlassen werden, die für die gegenwärtige Misere der Wissenschaft in der DDR wesentlich mitverantwortlich sind. Der begonnene Prozeß der Demokratisierung muß in der Wissenschaft gefördert werden. Eine kurzfristige starke Reduzierung des Personalbestandes ist zunächst zu vermeiden, da diese die alten Strukturen nur festigen würde.

Die Reform der heutigen Forschungsgemeinschaft muß zu einer leistungsstarken und vielfältigen Forschungslandschaft in der zukünftigen Länderstruktur der DDR führen, die auch in einem geeinigten Deutschland überlebensfähig ist.

Der Auftrag der neuen, strukturell veränderten und personell reduzierten Forschungsgemeinschaft muß Grundlagenforschung und allgemein interessierende angewandte Forschung sein. Die Grundlagenforschung gehört zur Kultur einer modernen Gesellschaft und bildet zugleich das Innovationspotential für deren geistigen und materiellen Reichtum. Um der Freiheit der Wissenschaften willen muß sie vorwiegend aus den öffentlichen Haushalten und aus leistungsfördernden Drittmitteln finanziert werden.

Die Wissenschaft muß sich von ihren Themen und Vorhaben her selbst organisieren können.

Die Keime der Selbstorganisation müssen förderungswürdige Projekte der Wissenschaftler sein.

Das stürmische Innovationstempo vieler moderner Techniken führt dazu, daß angewandte Forschung und industrielle Entwicklung immer enger zusammenwachsen. Die Industrie ist auch im Gebiet der heutigen DDR zunehmend auf eine breite und leistungsfähige Vorlaufforschung angewiesen. Die Finanzierung einer produktbezogenen Forschung liegt im Interesse der Industrie. Einrichtungen mit einer solchen Forschung können eine eigene Gesellschaft analog zur FhG bilden.

Die einseitige Orientierung und die apologetische Deformation in den Gesellschaftswissenschaften erschweren erheblich einen pluralistischen Ansatz in den Sozial- und Geisteswissenschaften von innen heraus. In diesen Wissenschaftsgebieten müssen drastische Verkleinerungen der bisherigen Institute und Neugründungen erwogen werden. Das muß mit Ausschreibungen und Neuberufungen verbunden sein.

Bei der Neuordnung der Forschungslandschaft sind territoriale Besonderheiten zu berücksichtigen. Dazu gehören die zukünftige Länderstruktur und die starke Konzentration des Potentials der Forschungsgemeinschaft im Raum Berlin. Durch ein verändertes Verhältnis der Forschungsgemeinschaft zu Hochschulen und Universitäten können sich die Beziehungen von Forschung, Lehre und Ausbildung neu gestalten. Darüberhinaus enthält das große Forschungspotential in Berlin Chancen für die deutsche und für die europäische Wissenschaftsentwicklung.

## 2. Organisation des Übergangs

2.1 Voraussetzungen für das Entstehen effizienter Wissenschaftsstrukturen ist die objektive Bestandsaufnahme des Forschungspotentials der Institute und dessen fremdgutachterliche Bewertung. Das von der Wissenschaftssenatorin vorgeschlagene und vom Minister für Forschung und Technologie unterstützte haushaltsfinanzierte Moratorium wäre eine gute Voraussetzung für eine sich selbst regulierende Neuordnung der Wissenschaft.

Gleichzeitig muß jedoch der zentrale Verwaltungsapparat der AdW stark reduziert werden. Eine Trennung von Forschungsgemeinschaft und Plenum der AdW ist zu erreichen.

2.2 Eine Projektgruppe beim Ministerium für Forschung und Technologie (MFT), die sich aus Vertretern zugehöriger Volkskammerausschüsse, der Regierung, der gesellschaftlichen Kräfte, der anderen Akademien und Forschungseinrichtungen, der Industrieverbände, der Banken, eines gesamtdeutschen Wissenschaftsrates und Mitarbeitern der Forschungsgemeinschaft zusammensetzt, muß die Reform der AdW begleiten. Aus dieser Gruppe kann sich ein Kuratorium für eine reformierte Forschungsgemeinschaft bilden.

2.3 Die wissenschaftlichen Räte der Institute veranlassen umgehend eine umfassende Leistungsanalyse ihrer Institute als objektive Bestandsaufnahme des Forschungspotentials. Dazu müssen die erreichten wissenschaftlichen Ergebnisse ebenso herangezogen werden wie die internationalen Maßstäben gerecht werdende wissenschaftliche Arbeit. Fremdgutachten sollten mit Hilfe des MFT eingeholt werden. Die Gutachtersysteme der MPG, der FhG und der DFG sind dabei zu Rate zu ziehen. Durch die Gutachten sind tragfähige Forschungsthemen und mögliche Partnerschaften zu anderen Forschungseinrichtungen zu ermitteln. Die Ergebnisse der Analysen sind der Projektgruppe mitzuteilen.

2.4 Große und heterogen zusammengesetzte Institute sollten entflochten werden, weil für verschiedene Bereiche unterschiedliche Perspektiven bestehen können. Es sind rechtliche Rahmenbedingungen für die Aufteilung von Instituten und für das Ausscheiden aus der Forschungsgemeinschaft zu schaffen.

Einrichtungen, die gewinnorientiert arbeiten können, müssen umgehend aus der Forschungsgemeinschaft ausgegliedert werden, wobei diese Gesellschafter in den neu entstehenden Betrieben und Instituten sein könnten. Zu diesen Einrichtungen gehören das Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau, das Akademieprojekt, die Druckereien und Verlage, die Isotopenproduktion, die Kraftfahrzeug-Leitwerkstatt u. a.

Produkt- und verfahrensorientierte Forschung sollte ausgegliedert werden und der entstehenden mittelständischen Industrie z. B. durch Einbindung

oder in Form von Innovations- und Technologiezentren zur Verfügung stehen. Die Ministerien für Wirtschaft und für Finanzen sollten dazu steuerliche und finanzielle Hilfe leisten.

Auch die Kopplung einzelner kleiner Forschungseinrichtungen an Hochschulen und Universitäten ist zu erwägen.

2.5 Während des Moratoriums sollte der größte Teil der Haushaltsfinanzierung über Projekte für kleinere Gruppen erfolgen. Wird dabei ausgeschlossen, daß sich Wissenschaftler gleichzeitig für mehrere Projekte der Grundfinanzierung bewerben, so erhöht das für viele, die außerhalb der bisherigen Leitungsstruktur stehen, die Chance sich zu profilieren. Projektbewerbungen für Drittmittel können nach bewährten Verfahren erfolgen.

Das begünstigt strukturelle und personelle Veränderungen in den Instituten. Auch Gastwissenschaftler sollten projektbezogen und mit Unterstützung ihrer Heimatinstitute in der Forschungsgemeinschaft wirken können.

Es wäre auch hilfreich, wenn das Territorialprinzip der DFG durch eine Zusatzvereinbarung zum Staatsvertrag generell auf das Gebiet der DDR ausgedehnt würde.

Durch Entsendung von Vertretern des MFT in die Direktorien der EG könnten Voraussetzungen für die Bewerbung von DDR-Wissenschaftlern für EG-Projekte geschaffen werden.

2.6 Alle wissenschaftlichen Führungspositionen in den Instituten sind während des Moratoriums zur Neubesetzung auszuschreiben.

Berufungen müssen dem wissenschaftlichen Profil entsprechen, wobei genehmigte Projekte ein wichtiges Kriterium bilden.

Im Zusammenhang mit der Einführung neuer Tarife muß eine gehaltliche Bewertung aller Wissenschaftler ohne Berücksichtigung früherer Gehälter erfolgen.

2.7 Bleiben diese Maßnahmen wirkungslos, dann muß auch an die Gründung einer neuen Forschungsgesellschaft, die die leistungsfähigsten Gruppen aufnimmt, gedacht werden.

### B. Die Gelehrten-gesellschaft

Die Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft ist ein Ergebnis der Kaderpolitik der SED. Das Plenum kann in seiner Gesamtheit nicht den Anspruch erheben, die große Tradition der von Leibniz gegründeten Akademie in Würde und Ansehen fortgesetzt zu haben.

An der demokratischen Erneuerung der DDR hatte das Plenum keinen Anteil. Damit die Leibnizsche Tradition, die in diesem Jahrhundert von Max Planck und Albert Einstein geprägt wurde, nicht verloren geht, sollte eine Neuformierung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Mitwirkung der Projektgruppen erfolgen.

Berlin, den 21. Juni 1990

Von der Arbeitsgruppe werden auch noch Positionen zur deutsch-deutschen Wissenschaftsintegration erarbeitet (letzte Fassung 8.6.90), was dann aber nicht weiter verfolgt wird.

Ein Interesse der Arbeitsgruppe bestand darin, mit wissenschaftspolitisch verantwortlichen Persönlichkeiten als Gäste der Arbeitsgruppe ins Gespräch zu kommen. Gäste der Arbeitsgruppe waren u.a.: Staatssekr. Prof. Dr. Herrman (MWT), Prof. Kallenbach (MfBW), Prof. Unangst (Vors. des Forschungsrates), Prof. Nowak (Vizepräsident der AdW), Prof. Bulle (MfBW), Prof. Fink (Rektor der HUB), Prof. Hass (Vorsitzender der Rektorenkonferenz in der DDR), Prof. Klinkmann (Präsident der AdW), Dr. Weber (MfFT), Dr. Haempel (Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung).

Am 13.6. nehmen mehrere Vertreter der Arbeitsgruppe an der Berliner Wissenschaftskonferenz teil. Hier werden zum Teil unterschiedliche Interessen und Bewertungen von Ost und West deutlich.

Am 27. April werden drei Mitglieder der Arbeitsgruppe von Prof. Terpe, Minister für Forschung und Technologie, zu einem Gespräch empfangen. Es fand in offener und sachlicher Atmosphäre statt. Am 12. Juli kommt es erneut zu einem Gespräch, in dem die Stellungnahme zur Akademiereform übergeben wird. Der Minister bedankt sich für die konstruktive Hilfe der Arbeitsgruppe.

Am 9.7. wandte sich die Arbeitsgruppe mit einem Brief an Minister Meyer.

---

Sehr geehrter Herr Minister

Mit großer Besorgnis müssen wir feststellen, daß der Demokratisierungsprozeß an den Hochschulen und Universitäten kaum voranschreitet. Das betrifft auch die Neuberufungen.

Aus folgenden Gründen sollten daher die Neuberufungen im Herbst nicht vorgenommen werden.

1. Die Anträge für die Dozenten stammen in der Regel aus der Zeit vor dem Oktober 1989

(Daher sind diese Anträge in der Regel mit der Kaderpolitik der SED belastet!)

2. Die Ausschreibungen (Dozenturen und Lehrstühle sowie außerordentliche Professuren) erfolgten in den seltensten Fällen nach internationalen Maßstäben (Rechtzeitige öffentliche Ausschreibung, Dreieuvorschlag, Fremdvorschläge u.dgl., sowie entsprechenden Kriterien [Fachliche Kompetenz und persönliche Integrität]).

3. Mit der Neu- bzw. Umberufung von Lehrstühlen, die sich nicht auf eine mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR verbundene dringende

notwendige Neuausrichtung von Lehre und Forschung orientiert, wird eine zu überwindende Struktur in Lehre und Forschung über längere Jahre festgeschrieben.

Dadurch werden die Universitäten in der DDR noch schlechtere Startbedingungen in einem zukünftigen Deutschland haben.

Der Prozeß der notwendigen Neuausrichtung ist von den Universitäten noch zu leisten und hat gerade erst begonnen.

4. Durch die Aussetzung der Berufungen ist die Lehre und Forschung im Prinzip nicht gefährdet, da es sich überwiegend um "Hausberufungen" handelt.

5. Den Mitarbeitern der Universität wurde der Modus, den Sie in Ihrem Brief an die Rektoren in bezug auf die Berufung in diesem Jahr vorgeschlagen haben, nicht (bzw. nicht ausreichend) bekannt, um entsprechend darauf reagieren zu können.

Wir fordern daher, die Berufungen auszusetzen und sofort durch die Universitäten die öffentliche Ausschreibung entsprechend der Neuorientierung zu veranlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Klaus Sieber

Dr. Christian Dahme

---

Am 18.7. findet gemeinsam mit dem VdWi ein Gespräch bei Minister Meyer statt. Ein zweites folgt am 21.8. Minister Meyer spricht sich für eine maßvolle Berufung aus. Die vorgetragenen Bedenken gegen eine Berufung (siehe auch Brief) kann er so nicht teilen.

Schon im Gespräch mit Minister Terpe am 12.7., es fand eine Woche nach dem sogenannten Kamingespräch statt, wurden die Zwänge, die sich mit der Vereinigung ergeben werden, deutlich. Dieser Eindruck verstärkt sich noch im Gespräch mit Minister Meyer am 21.8. Er verweist mehrmals darauf, daß sie in Verhandlungen zum Einigungsvertrag stehen und daher ...

### 3. Die Zeit nach dem 3. Okt. 1990

Seit Sept. 90 beobachtet die Arbeitsgruppe aufmerksam die Evaluierung der AdW. Andererseits beschäftigt sie sich weiterhin mit der Hochschulreform und stellt fest, daß in den Hochschulen der ehemaligen DDR kaum etwas passiert.

Von der Aufbruchsstimmung, von der sie noch in der ersten Hälfte des Jahres 1990 ausgegangen war, die sich im Memorandum niedergeschlagen hat, ist immer weniger übrig. Existenzängste verbunden mit Mißverständnissen, Zwängen, Ohnmacht u.dgl. beginnen immer mehr in den Vordergrund zu drängen. Am 6.01.1991 wandte sich daher die Arbeitsgruppe mit einem Brief an den Wissenschaftsrat.

---

Arbeitsgruppe Wissenschaft  
der Parteien und politischen Organisationen (der ehemaligen DDR)

An den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Prof. Simon  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Sommer des vergangenen Jahres begann mit der Verteilung der Fragebögen zur Evaluation von Instituten der Akademien im Osten Deutschlands der Prozeß der Neustrukturierung der außeruniversitären Wissenschaft.

Als Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen, hervorgegangen aus der entsprechenden Arbeitsgruppe des zentralen Runden Tisches, haben wir schon zu Beginn unserer Arbeit einen solchen Prozeß gefordert. Heute können wir feststellen:

Die Evaluation wurde und wird von den Betroffenen als Notwendigkeit und Chance des Neubeginns verstanden, sowohl für die individuelle wissenschaftliche Entwicklung als auch für die Zukunft der Wissenschaft unseres Bereichs insgesamt.

Wir wissen um die Mühe, die dieser Prozeß allen, besonders den Mitgliedern der Evaluierungskommissionen abverlangt. Dafür möchten wir unseren Dank aussprechen. Wir möchten Sie aber auch auf einige Probleme aufmerksam machen, die sich aus unserer Sicht aus dem Evaluationsprozeß ergeben.

1. Die Evaluation braucht Zeit, in erster Linie wohl aus der Sicht der Evaluatoren. Den Betroffenen aber läuft die Zeit davon. Je länger die Ungewißheit andauert, um so drängender wird die Frage, ob es nicht besser wäre, die eigene Chance anderweitig zu nutzen. Besonders junge und kreative Wissenschaftler werden sich mehr und mehr dafür entscheiden. Der Zerfall produktiver Arbeitsgruppen ist dann nicht mehr aufzuhalten. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist Transparenz in allen Phasen der Entscheidungsfindung notwendig.

Dazu gehört, daß die Evaluierung, so weit es irgend möglich ist, im fortlaufenden Dialog mit den Instituten durchgeführt wird, damit Korrekturen in den Konzeptionen möglich werden und den Betroffenen deutlich wird, daß ihre Meinung gefragt ist.

2. Bei den Institutsbesuchen war es nicht immer möglich, alle im jeweiligen Institut bearbeiteten Sachgebiete durch Experten in den Kommissionen zu erfassen. Auch konnten bei weitem nicht alle Arbeitsgruppen oder Teileinrichtungen besucht werden. Das hat erhebliche Unruhe und Kritik unter den Betroffenen ausgelöst. Es wäre hilfreich, wenn klargestellt werden könnte, daß solche Fachbereiche durch zusätzliche Gutachten beurteilt werden.

3. Die Überlegungen und Bemühungen von Wissenschaftlern aus den Instituten, ihre Forschung neu zu orientieren und zu strukturieren, können nicht losgelöst von ihren künftigen Aufgaben und möglichen Organisations- und Finanzierungsmodellen angestellt werden. Gerade darüber aber herrscht große Unklarheit. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn der Wissenschaftsrat über das Spektrum der gegebenen, insbesondere aber auch über denkbare neue Möglichkeiten der Forschungsorganisation und -förderung informieren würde.

4. Eine wichtige Möglichkeit ist die Angliederung von Forschungsgruppen aus AdW-Instituten an Universitäten und Fachhochschulen. Da sich aber die Universitäten und Hochschulen (einschl. Fachschulen) ebenfalls neu formieren müssen, ist zu fordern, daß diese Neuformierung von vornherein mit Rücksicht auf eventuelle Angliederungen vollzogen wird. Dieses ist auch bei der Neugründung von Universitäten und Fachhochschulen zu beachten. Die Neuformierung und Angliederung muß zu einem verstärkten Austausch zwischen Wissenschaftlern führen. Deshalb sollte auch die Anbindung kleinerer Forschergruppen an westdeutsche und (West-)Berliner Universitäten erwogen werden.

Das Modell der An-Institute sollte an die besonderen Probleme der Angliederung von Forschungspotentialen aus der ehemaligen AdW angepaßt werden.

5. Bei einer Anhörung von Vertretern aus AdW-Instituten im Schöneberger Rathaus wurde deutlich, daß die Angliederung an Universitäten und Hochschulen nicht der einzige Weg der Neustrukturierung sein kann. Es muß auch über die Gründung einiger Fraunhofer-Institute hinaus Möglichkeiten außeruniversitärer Institutsbildungen geben.

6. In der augenblicklichen Situation der neuen Bundesländer sind Übergangslösungen notwendig, weil Wissenschaftsförderungs-Modelle einer stabilen Gesellschaft nicht ohne weiteres in einer Umbruchsphase funktionieren

können. Beispielsweise könnte an die Gründung zeitweiliger Institute zur Ausformung neuer Forschungsvorhaben gedacht werden, die dann unter Umständen auf die blaue Liste kommen können.

7. Es ist unumstritten, daß die innovative Kraft der Wissenschaft für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung unerläßlich ist. Die neuen Bundesländer werden diese Kraft brauchen, wenn sie den ökonomischen Standard der alten Bundesländer erreichen sollen. Es ist evident, daß die neuen Bundesländer einschließlich Berlins aus ihrem zunächst noch viel zu geringen Steueraufkommen das für eine gedeihliche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung erforderliche Forschungspotential nicht finanzieren können. Eine entsprechende Forschungsförderung aus Bundesmitteln und Beiträgen der alten Bundesländer ist daher eine effektive und unabdingbare Hilfe zur Selbsthilfe für die neuen Bundesländer. Mit ihrer Bereitschaft, dieses Forschungspotential zu unterstützen, entscheiden die alten Länder mit darüber, wie lange Steuermittel in die neuen Länder fließen müssen. Wir sind daher der Auffassung, daß die neuen Bundesländer und Berlin für eine begrenzte Zeit dringend eine schrittweise abnehmende institutionelle Forschungsförderung aus dem Bundeshaushalt und Mitteln der alten Bundesländer benötigen. Solche Regelungen sollten in der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung zwischen Bund und Ländern vorgesehen werden.

Der Umbruch der Wissenschaftsorganisation in den neuen Ländern ist eine Chance für die Verbesserung des Forschungsförderungssystems in ganz Deutschland, indem modifizierte oder neue Formen in den neuen Ländern erprobt werden.

Vielleicht waren das alles nur Gedanken, die Sie sich bereits gemacht haben, vielleicht passen unsere Vorstellungen auch gar nicht in das föderale Konzept der Wissenschaftsorganisation, vielleicht gehen diese auch weiter als die Kompetenz des Wissenschaftsrates reichen und die Vorschläge gehören in die Bund-Länder-Kommission.

Weil das nur wenige in den neuen Bundesländern genau wissen, wäre es gut, wenn auch in diesen Fragen ein Dialog zustande käme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Dahme für das Neue Forum	Dr. Hans-Jürgen Fischbeck für Demokratie Jetzt	Dr. Klaus Sieber für die CDU
---	---	---------------------------------

Von verschiedenen Stellen erhielten wir Antworten, nur vom Wissenschaftsrat selbst nicht.

Am 18.2.91 wandte sich die Arbeitsgruppe an Prof. Erhardt, Wissenschaftssenator von Berlin.

Sehr geehrter Herr Prof. Erhardt

Mit großem Interesse hat die Arbeitsgruppe Wissenschaft (hervorgegangen aus der entsprechenden Arbeitsgruppe Wissenschaft des zentralen Runden Tisches) Ihre ersten Äußerungen zur Wissenschaftspolitik in Berlin (u.a. im Tagesspiegel, in der Berliner Zeitung, im Pressedienst Berlin und an der Humboldt Universität am 12.2.) zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen es, daß Sie

- Qualität zum obersten Maßstab der Reorganisation von Forschung und Lehre machen wollen,
- Entscheidungen "in engster Fühlungnahme mit den Repräsentanten der Hochschulen" treffen wollen,
- die Hochschulautonomie entschieden befürworten,
- leistungsfähige Forschungsteams aus den AdW-Instituten an die Universitäten überführen wollen und
- über eine Zwischenorganisation als Träger von Instituten zur Herausbildung endgültiger Lösungen nachdenken.

Sie kommen damit - namentlich mit dem Letztgenannten - unseren Überlegungen nahe, die wir in einem Brief an den Wissenschaftsrat vorgeschlagen haben (siehe Anlage).

Wir möchten Sie jedoch auch auf einige aus unserer Sicht wesentlichen Probleme aufmerksam machen:

1. Die Senatsentscheidung zur Teilabwicklung der HUB ist problematisch, weil die Ungleichbehandlung der Fachbereiche nur vordergründig berechtigt ist. In Wahrheit hat die SED-Kaderpolitik in den überführten Fachbereichen nicht weniger gewirkt als in den von der Abwicklung betroffenen.

2. Vergangenheitsbewältigung ist eine schwierige, aber notwendige Aufgabe. Sie kann nur von innen heraus, aber nicht durch Abwicklung bewältigt werden. Administrative Neustrukturierung könnte als Kaderpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen gedeutet werden. Sie würde das Trauma der Fremdbestimmung und Entmündigung erneuern, das wir überwunden glaubten. Das ist ein wesentlicher Grund für den Studentenprotest, der nicht mißachtet werden sollte.

Die Erneuerung der Universitäten und Hochschulen ist wesentlich auch eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Nur wenn diese gelingt, gewinnt die Erneuerung auch eine ethisch-moralische Dimension.

3. Wenn Sie Qualität zum obersten Grundsatz der Struktur- und Personalpolitik in der Wissenschaft machen, berufen Sie sich auf westdeutsche Maßstäbe und wollen die Berufung auswärtiger - vermutlich westdeutscher - Gründungsdekane als überregionales Signal, "daß an der HUB in allen Fachbereichen bald eine qualitativ hochwertige Ausbildung angeboten werden kann", verstanden wissen (Pressedienst Berlin, 28.01.91). Dies kann leicht mißverstanden werden.

Gegenüber einem solchen, von Ihnen sicher nicht gewollten Mißverständnis möchten wir betonen, daß auch ostdeutsche Wissenschaftler sehr wohl wissen, was Qualität ist und dazu "westdeutscher Maßstäbe" eigentlich nicht bedürfen.

Wir meinen, daß auch ostdeutsche Wissenschaftler durchaus Signale hochwertiger Ausbildung setzen können, und weisen darauf hin, daß an ostdeutschen Akademie- und Universitätsinstituten trotz widrigster Umstände und gegen die wissenschaftsfeindliche Politik der SED beachtliche wissenschaftliche Leistungen erbracht wurden.

In einem Gespräch wäre es sicher möglich, unseren Standpunkt zu solchen Fragen ausführlicher darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Dahme für das Neue Forum	Dr. Hans-Jürgen Fischbeck für Demokratie Jetzt	Dr. Klaus Sieber für die CDU
---	---	---------------------------------

Daraufhin fand am 24.4.91 ein erstes und am 30.8.91 ein zweites Gespräch beim Senator statt. Beide Gespräche verliefen sachlich und waren vom Bemühen gekennzeichnet, die dargestellten Probleme zu verstehen. In bezug auf die Bewertung ergaben sich jedoch Differenzen.

Am 26.6.91 schrieb die Arbeitsgruppe erneut an den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Prof. Simon.

---

Sehr geehrter Herr Prof. Simon

Mit Sorge wenden wir uns erneut an Sie. Es gibt Anlaß zu der Befürchtung, daß in einzelnen gewichtigen Fällen die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates die eigentlichen Intentionen der Evaluation der Akademie-Forschung konterkariert.

Den Sinn der Evaluation verstehen wir so, daß gute Forschungsgruppen mit

entwicklungsfähigen, für die deutsche Forschungslandschaft wichtigen Forschungsvorhaben ermittelt werden. Für diese Forschungsgruppen sind dann Empfehlungen zu geben, wie diese Gruppen und ihre Vorhaben in neue Strukturen, die dem System der Forschungsförderung der Bundesrepublik entsprechen, eingebunden werden können. So haben wir den Verlauf der Evaluation in unserem Umkreis erfahren.

In diesem Sinne äußerte sich auch Senator Erhardt in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Berliner Abgeordnetenhauses am 29.04.1991. Soweit die Empfehlung auf Eingliederung in die Hochschulen hinauslaufe, so sagte er, beziehe sich das auf eine bestimmte Arbeitsgruppe.

Dann müsse mit der betreffenden Hochschule verhandelt werden, in welchem Umfang, auf welchem Weg, mit welchen Wirkungen diese Gruppe eingegliedert werde. Es werde folglich keine Stellenausschreibung geben, sondern es gehe eben um die Aufnahme einer bestimmten Gruppe in einem mit der Hochschule ausgehandelten Umfang.

Bei der Konstituierung des biomedizinischen Zentrums in Berlin-Buch scheint das Gründungskomitee einen anderen Weg gehen zu wollen, der sich uns wie folgt darstellt:

Ein neues Konzept wird ohne Rücksicht auf das vorhandene Angebot an positiv evaluierten Forschungsvorhaben erstellt.

Für alle dieser Konzeption entsprechenden Stellen werden fachöffentlichkeitsweite Ausschreibungen gemacht, für die sich die Bucher Kollegen bewerben dürfen, ohne daß ein Nachteilsausgleich vorgesehen ist.

Wir befürchten, daß ohne einen solchen differenzierten Nachteilsausgleich die SED-bedingten objektiven und subjektiven Handikaps den Bucher Kollegen gegenüber der internationalen Konkurrenz erneut zum Nachteil werden. Andererseits befürworten wir insbesondere die völlig offene Ausschreibung für die Direktor-Funktionen, meinen aber, daß positiv evaluierte Forschungsvorhaben in neue Strukturen übernommen werden sollten.

Wir bitten Sie, unsere Besorgnisse der Umsetzungsdelegation mitzuteilen. Wir erlauben uns, dieses Schreiben auch den Wissenschaftsministern in den fünf neuen Bundesländern sowie dem Wissenschaftssenator von Berlin zur Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll

Dr. Christian Dahme  
für das Neue Forum

Dr. Klaus Lommatzsch  
für die SPD

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck  
für Demokratie Jetzt

Dr. Klaus Sieber  
für die CDU

Am 6.9.91 findet die letzte Veranstaltung der Arbeitsgruppe, ein Gespräch mit den Rektoren bzw. Präsidenten der Berliner Universitäten, zum Thema: "Schwierigkeiten bei der Annäherung - gemeinsame Interessen - Möglichkeiten der Kooperation" statt. Es kann als ein Versuch der Annäherung gesehen werden.

**Peer Pasternack**

## **Studentisches Bewegtsein in der DDR / in Ostdeutschland 1989/90**

### **0. Einleitung**

Studentisches Bewegtsein in Ostdeutschland war in dem Zeitraum vom Herbst 1989 bis heute vorrangig geprägt durch folgende Entwicklungen:

Zunächst die Emanzipation von den Wertvorstellungen und Institutionen des surreal-sozialistischen Systems. Dieser Prozeß war naturgemäß *auch* geprägt durch Verhaltensformen und Affinitäten, die zu dem gehörten, von dem es sich zu emanzipieren galt.

Dann konstituierte sich die Studierendenschaft sukzessive als soziale Gruppe. Als Gruppe, die Ansprüche an die Gesellschaft hatte, diese formulierte und deren Erfüllung von der Gesellschaft einforderte. D.h. es bildete sich erstmals ein Eigenbewußtsein der Studierenden von sich selbst als Gruppe mit gemeinsamen Interessen, die gemeinsam zu vertreten waren. Dies geschah im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verteilungskämpfen - war insofern zunächst auch fremdverursacht - und blieb von daher weitgehend beschränkt auf soziale Interessen.

Schließlich geschah dies alles im Umfeld eines rasanten und nicht in jedem Falle nachvollziehbaren Struktur- und Wertewandels.

Dabei entwickelten die studentischen Vertretungs"eliten" in kürzester Zeit eine z.T. bemerkenswerte Sachkompetenz und zeigten sich in diesem Punkt wesentlichen Teilen der ProfessorInnenschaft gegenüber überlegen.

Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein fand in diesen Abläufen relativ schnell zu westdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung ist mittlerweile Sache einiger weniger.

Durchbrochen wurde und wird dies allerdings durch eine immer wieder zu beobachtende Selbstmobilisierungsfähigkeit größerer Teile der Studierendenschaft zu hochschulweiten Protestaktionen. Ihren Anlaß fanden diese jedesmal

in diversen Umstrukturierungsmaßnahmen und allzu deutlichen Eingriffen in die Hochschulautonomie, die den Hochschulen durch eine inkompetent agierende Ministerialbürokratie verordnet werden.

### I. StudentInnen im Herbst

In der Kernphase des Umbruchs in der DDR verhielten sich die Studierenden wie die WissenschaftlerInnen und die Hochschulen insgesamt sowohl differenziert als auch widersprüchlich. Unterschieden werden muß zwischen dem Verhalten der Institutionen, von Gruppen und der Individuen.

Die wissenschaftlichen *Institutionen* einschließlich der Hochschulen glänzten - obwohl es auch in ihnen gährte - während des Umbruchs vor allem durch Disziplinierungsversuche gegenüber ihren Angehörigen. Erst relativ spät schalteten sie sich in den sog. Dialog ein. Treibende Impulse gingen von den Institutionen als solchen kaum aus.

Die *Gruppen* an Hochschulen und Instituten wurden *als Gruppen* während der Anfangsphase des Umbruchs kaum aktiv. Das Verhalten der meisten Professorinnen war vor allem durch Ängstlichkeit geprägt. Die Studierenden durchbrachen als erste Gruppe an den Hochschulen tradierte Muster: Sie griffen das herrschaftlich angemaßte Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an, organisierten die Bildung eigenständiger studentischer Interessenvertretungen (StudentInnenRäte) und setzten diese durch.

*Individuell* beteiligten sich mehr Hochschulangehörige an den zusammenbruchsfördernden Demonstrationen, als dies übliche Klischees vermitteln. So waren z.B. zirka dreißig Prozent der Leipziger Studierenden an wenigstens einer Leipziger Montagsdemo in der Kernphase des Umbruchs beteiligt, ohne daß sie dort *als Gruppe* der StudentInnen aufgetreten wären.

Geprägt waren die Verhaltensweisen von Hochschulangehörigen und die Diskussionen an den Hochschulen in dieser Zeit besonders stark von dem damals vorherrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens: Das, was angestrebt wurde, sollte in irgendeiner Weise eine solidarische Gesellschaft werden, eine wirkliche Alternative zum kapitaldominierten Gesellschaftsmodell des entwickelten Westens des Nordens. In den vorhandenen Grundstrukturen der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Dominanz des (formal) vergesellschafteten Eigentums wurde eine strukturelle Ausgangsbedingung für eine tatsächlich emanzipatorische Entwicklung gesehen.

### II. Die Diskussionen um ein studentisches Vertretungsmodell und dessen Durchsetzung

In der vorherbestimmten DDR hatte das studentische Vertretungsmonopol die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Das hieß zunächst: hauptamtliche FunktionärInnen. Zwar organisierte die FDJ als Staatsjugendorganisation, basierend auf dem Prinzip der Individualmitgliedschaft, den größten Teil der DDR-Jugend, so auch 95 % der Studierenden. Doch ging deren Vertretung durch die hauptamtlichen FunktionärInnen oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der StudentInnen vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit den jeweiligen Hochschulparteileitungen sowie Rektoraten. Und sie konnte infolgedessen - selbst bei auch vorhandenem guten Willen einzelner FunktionärInnen - den administrativ und durch das Selbstverständnis als "Kampfreserve der Partei" gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.

Folglich bestimmte die Negation zunächst die Positionen: Gründungskonzepte für eine neue studentische Interessenvertretung wurden vor allem in dezidiert abgegrenzter Form von der FDJ formuliert.

Ein anfänglicher Diskussionspunkt bestand darin, ob ein neuer Verband für Studierende bzw. neue Verbände zu gründen seien, oder ob ein Rätemodell zu favorisieren sei. Zugleich bestand ein wesentlicher Kritikpunkt an der FDJ in folgender Tatsache: Diese FDJ gab immer alle Studierenden - unabhängig von weltanschaulicher und politischer Orientierung - zu vertreten vor. Sie vertrat jedoch gleichzeitig immer nur eine ganz bestimmte politische Linie: die der jeweiligen Partei- und Staatsführung. Derartiges sollte für die Zukunft ausgeschlossen werden. Desweiteren ging es darum, ein StudentInnenvertretungsmodell zu entwickeln, das bei den Studierenden überwiegende Akzeptanz erfährt. Das hatte zweierlei zur Folge.

Zum einen setzte sich das Rätemodell als vorzuschlagende Basisstruktur studentischer Vertretung durch. Studentische Verbände wurden als nichtkonkurrierende Strukturen einer anderen Ebene betrachtet. Zum anderen gab es aufgrund der Akzeptanzfrage Diskussionen um die Selbstdefinition der StuRä als "gewerkschaftlich", "unpolitisch", "quasigewerkschaftlich", "ausschließlich soziale Interessen vertretend" und dgl. Diese Diskussionen spielen bis heute eine Rolle. An den einzelnen Hochschulen wird dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt. Die gesellschaftlichen Entwicklungen freilich zwangen in der Folgezeit oftmals auch den sich eher "quasigewerkschaftlich" verstehenden StuRä eine gewisse Politisierung ihres Handelns auf.

Kurze Erwähnung soll finden, daß sich auch einige studentische Verbände bildeten, die allerdings meist lokal beschränkte Gruppen blieben (z.T. auch nicht mehr sein wollten). So gründete sich in Leipzig der "Studentenbund Leipzig", dessen Aktivitäten sich in zwei Presseerklärungen erschöpften. In Halle/S. wurde der "Bund Sozialdemokratischer Studenten" gebildet, der später in den Juso-Hochschulgruppen aufging. Noch heute existiert in Jena die seinerzeit entstandene "Studentische Linke". Ein größerer Teil von Studierenden gehörte zu den GründerInnen und AktivistInnen des "Marxistischen Jugendverbandes 'Junge Linke'", der mittlerweile mit den westdeutschen Jungdemokraten fusioniert ist.

Eine Besonderheit der diesbezüglichen Entwicklungen stellten Versuche dar, innerhalb der FDJ einen Studierendenverband zu bilden. Anfangs war dies das einzige, worüber die FDJ überhaupt diskutieren wollte. Dann schlug sie eine Struktur vor, in der die StudentInnenRäte integriert sein sollten. Ihr praktisches Hauptproblem dabei war allerdings, daß es kaum jemanden gab, der mit ihr darüber diskutieren wollte. Schließlich favorisierten einige FDJ-FunktionärInnen die Bildung eines neuen Verbandes außerhalb der FDJ. Dies wurde auch realisiert: In Berlin gründete sich der Sozialistische Studentenbund (SSB), der dann aber auf Berlin beschränkt blieb.

Im Laufe des Jahres 1990 gab es schließlich auch Versuche westdeutscher parteipolitischer Studierendenverbände, an den ostdeutschen Hochschulen Fuß zu fassen. Das kann im wesentlichen als fehlgeschlagen bezeichnet werden. Die Ursachen dafür freilich sind primär dieselben, die auch zum Abflauen der Mitarbeit in den StuRä führten: Rückzug aus politischen Zusammenhängen, Individualisierung und vorrangige Orientierung auf Herstellung persönlicher Arbeitsmarktfähigkeit.

Die FDJ-Leitungen an den Hochschulen benötigten bis Dezember 1989/Januar 1990, um zu begreifen, daß ihre Zeit abgelaufen ist. Dann beschäftigten sie sich mit ihrer eigenen Abwicklung. Es dauerte großteils noch bis Februar 1990 oder länger, ehe sich die FDJ-Strukturen an den Hochschulen aufgelöst hatten.

Die StudentInnenRäte kämpften währenddessen intensiv um ihre Anerkennung als legitimierte Interessenvertretungen. Es gab dabei sowohl vorbehaltlose Anerkennungen seitens einzelner Sektions(Fachbereichs-)DirektorInnen wie auch zögerliche Haltungen vor allem bei Hochschulleitungen. Letztere beriefen sich dabei auf die ungeklärte Rechtslage. Anfang Dezember legte das Ministerium für Bildung der DDR einen Verordnungsentwurf "Demokratische Mitbestimmung der Studenten" vor. In diesem wurden Regelungen für die Arbeit der StuRä

formuliert. Zum Erlaß einer solchen Verordnung kam es dann infolge der sich 1990 überschlagenden Ereignisse nicht mehr. Die StuRä setzten sich naturwüchsig durch.

Hatte sich der erste StudentInnenRat an der Karl-Marx-Universität Leipzig bzw. an der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober bzw. November 1989 gegründet (es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die spontane Bildung eines Vorläufigen Rates oder die Konstituierung eines uniweit gewählten Rates den Anspruch auf die Ehre des Ersten begründet), so entstanden in der Folgezeit bis etwa Februar 1990 an nahezu allen DDR-Hochschulen StuRä.

Eine Besonderheit stellte in der DDR die Existenz von rund 250 Fachschulen dar (in Westdeutschland waren aus ähnlichen Einrichtungen zum Ende der 60er Jahre die ersten Fachhochschulen entstanden). Für ihren Besuch war kein Abitur, meist jedoch eine Berufsausbildung erforderlich. Ein Studium dort dauerte im Regelfall drei Jahre. Vom Status her waren die dort Lernenden gleichfalls Studierende. An den Fachschulen hielt sich die FDJ besonders renitent und verteidigte ihre behauptete Interessenvertretungsrolle. Es dauerte dort folglich relativ lange, ehe sich StudentInnenRäte durchgesetzt hatten - zum nicht geringen Teil schließlich auch nur durch Metamorphosen der bisherigen FDJ-Leitungen.

Interessanterweise waren zwar die Verbindungen zwischen den StudentInnenschaften der verschiedenen Hochschulen in dieser Aufbruchphase eher lose, doch wurden überall sich ähnelnde Strukturmodelle für die StuRä entwickelt. Sie gingen alle einerseits von der Fachschaftsverankerung aus und versuchten andererseits einen Kompromiß zwischen repräsentativ- und basis-demokratischem Modell. Die Fachschaften wählen auf Vollversammlungen ihre SprecherInnen, die sie im StuRa - mit einem imperativen Mandat ausgestattet - vertreten. Es finden also Personen- und keine Listenwahlen statt. Neben dieser SprecherInnenversammlung sind in den Strukturen nebengeordnete Arbeitsgruppen (vergleichbar etwa mit Autonomen Referaten) vorgesehen. Diese kann jede/r StudentIn bilden, um zu einem bestimmten Projekt oder Thema zu arbeiten und darüber ggf. Einfluß auf die StuRa-Tätigkeit zu nehmen. Daneben haben Urabstimmungen als höchste Entscheidungsinstanzen der StudentInnenschaften einen großen Stellenwert - zumindest in den Satzungen. Mittlerweile gibt es in Auswertung gesammelter Erfahrungen vor Ort an einigen Hochschulen modifizierte Strukturen.

Die Konstituierungsprozesse der StuRä banden erhebliche Kräfte der Aktiven. Geleistet werden mußte freilich mehr. Zusammengefaßt können fünf Dinge

genannt werden, die parallel zu bewältigen waren: 1. die Klärung der Struktur und Arbeitsweise der StuRä, 2. die Interessenvertretung der Studierendenschaften, 3. die Durchsetzung der Akzeptanz der StuRä bei den Hochschulleitungen (und das hieß zuvorderst gegen die FDJ), 4. die Erarbeitung der Akzeptanz bei den jeweiligen Studierendenschaften sowie 5. die Herstellung und Wahrnehmung lokaler und überregionaler Kontakte und Koordinierungen - die zahllosen Einladungen an westdeutsche Hochschulen etwa waren in den ersten Monaten schlicht nicht mehr bewältigbar.

Die Außenwirkung der Studierendenschaften wurde als sehr wichtig angesehen. Ein erster Höhepunkt in dieser Beziehung war die StudentInnen demo am 17. November 1989. Etwa 4000 Studierende von zahlreichen DDR-Hoch- und Fachschulen forderten dort Mitbestimmungsrechte für die sich bildenden StudentInnen Räte und eine grundlegende Studienreform.

Zwei wesentliche Ereignisse waren auch die beiden DDR-BRD-StudentInnenkongresse. Der erste fand im Januar 1990 an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf statt, veranstaltet von den Asten der Unis Düsseldorf und Bonn und dem StuRa der KMU Leipzig. Das Thema: "Wider die Vereinigung - unser Haus heißt Europa". Dort waren etwa 200 TeilnehmerInnen zu verzeichnen. Der zweite wurde vom StuRa der Karl-Marx-Uni Leipzig mit Unterstützung der Uni-Asten aus Frankfurt/M., Düsseldorf und Bonn in Leipzig durchgeführt. Das Thema dort - schon Reflex auf die politischen Entwicklungen -: "Grenzen - lose Zukunft statt nationaler Vereinnahmung". Mit 800 TeilnehmerInnen, davon 600 aus der Bundesrepublik, eine durchaus große, inhaltlich zwar recht hilflose, jedoch unterm Happening-Gesichtspunkt ganz amüsante Veranstaltung.

### **III. Die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 und ihre Auswirkungen auf studentische Interessenvertretungsarbeit**

Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnen Räte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Der Niedergang der von einer breiten Basis getragenen emanzipatorischen Bewegung in der DDR mit den damit einhergehenden Desillusionierungen spiegelte sich dann auch an den Hochschulen und innerhalb der Studierendenschaft des Landes:

Die Regierung begann die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für den DDR-Anschluß an die Bundesrepublik zu schaffen. An den Hochschulen wurde

(unter dem Stichwort der Deutschlandkompatibilität der notwendigen Veränderungen) versucht, die Ordinarienmajorität durchzuboxen. - Westdeutsche Ratschläge und Berater begleiteten bereits jede Entscheidungsvorbereitung der DDR-PolitikerInnen. Zur gleichen Zeit ermahnte etwa der WRK-Präsident Seidel (Hannover) den Senat der Karl-Marx-Uni Leipzig: Man solle bei der Gestaltung neuer Universitätsstrukturen "nicht in Überdemokratisierung verfallen".

Die DDR-Gesellschaft ging jeglichen Selbstbewußtseins verlustig. Auch die Studierendenschaft war dann, in ihrer Gesamtheit betrachtet, durchaus reif für den Anschluß: Insofern, als sie sich von der Masse ihrer westdeutschen KommilitonInnen in der (Nicht-)Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Mandats nicht mehr unterschied. - Die ganze Gesellschaft erschien in der sich selbst reflektierenden Retrospektive als ein einziges Widerstandsnest im stalinistischen Sumpf. An den Hochschulen wußten plötzlich eine ganze Reihe von DozentInnen und ProfessorInnen von ihren Konflikten mit der alten Macht zu berichten. Doch die wollten oft so gar nicht zu studentischen Erinnerungen an deren vorausseilenden Gehorsam passen.

In der Gesellschaft sahen sich die Impulsgeber und Träger des Aufbruchs '89 an den politischen Minoritätsrand verdrängt. An den Universitäten waren die wenigen auch früher schon konfliktfähigen HochschullehrerInnen die einzigen ihrer Gruppe, denen ein demokratisches Wissenschaftsverständnis unvereinbar schien mit professoralen Gremienmehrheiten. - Die Gesellschaft verdrängte ihren strukturellen Opportunismus der Vergangenheit mit postparanoidem Stasi-Haß. An den Hochschulen trieb der projizierte Selbsthaß ob des eigenen Mitgemachthabens zahlreiche NaturwissenschaftlerInnen zu dem Vorwurf an die GesellschaftswissenschaftlerInnen, diese seien die "geistige Stasi" gewesen. - Vermiedene Parteimitgliedschaft wurde allerorten zum Zeugnis des Widerstandskämpfertums. Früher politisch unauffällige Mathematik-Professoren in Leipzig - so unauffällig, daß ihr Bereich niemals zum "ideologischen Schwerpunkt" erklärt wurde, wie den Partei-Akten zu entnehmen ist - beförderte die F.A.Z. plötzlich zum "Unruheherd" der Leipziger Uni.

Der Elitenwechsel spülte in Größenordnungen Mittelmaß und Inkompetenz auf die Spitzenplätze der Gesellschaft (sofern und solange noch kein Westdeutscher zur Verfügung stand). Qualifiziert war dieses Personal in der Regel durch BLOCKendes Engagement beim Aufbau des Sozialismus. Auch an den Hochschulen setzte die Invasion der Grauen Mäuse auf die Chefsessel ein. Dort sitzen sie nun als ideenlose Pragmatiker: Durch nichts anderes qualifiziert, denn durch Sich-aus-allem-Heraushalten in der alten DDR. Mit anderen Worten: Durch einen wirksamen Beitrag zur Pervertierung der damaligen Verhältnisse.

Im übrigen galt in der Gesellschaft wie an den Hochschulen sehr frühzeitig: Das beste Mittel, den diversen Abwicklungen zu entgehen, ist, bei denjenigen zu sein, die sie anordnen. (Ausnahmen bei all dem seien immer zugestanden und müßten das Bild komplettieren. Sie änderten aber nichts am Kern der Diagnose).

Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 mit dem überwältigenden Wahlsieg der die schnelle deutsche Vereinigung anstrebenden vormaligen Blockpartei CDU markierte bei der Desillusionierung eine entscheidende Zäsur. Deutlicher, meinten viele, könne das Streben nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Entwicklung nicht torpediert werden. Der resignative Rückzug vieler politischer AktivistInnen war die Folge. Das bekamen auch die StudentInnenRäte zu spüren.

Die Verbleibenden freilich versuchten, sich in ihrer Arbeit situationsadäquat zu orientieren. Das hatte zwei Gründe: Zum einen sollte dem sich verbreiternden Desinteresse relevanter Teile der Studierendenschaft entgegengewirkt werden. Zum anderen war die Situation durch die allgegenwärtige Gefahr einer Paralyse des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet. Das beschwor insbesondere bei sozial schwachen bzw. wenig sozialmächtigen Gruppen existentielle Verunsicherungen herauf. Dem gegenzusteuern wurde durch eine verstärkte Orientierung auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Studierendenschaft versucht. An zahlreichen Hochschulen gab es Aktionstage für die Fortsetzung und Verbesserung der sozialen Absicherung der Studierenden.

Der Höhepunkt dessen war die große studentische Protestaktion, die die Volkskammersitzung am 7. Juni 1990 begleitete. Auf dieser sollte - die nahende Währungsumstellung warf ihre Schatten voraus - ein Stipendium unterhalb des Existenzminimums und die Aufhebung seiner Elternunabhängigkeit beschlossen werden. Mehrere tausend StudentInnen durchbrachen die Bannmeile um den Tagungsort, erzwangen die Verlesung einer Erklärung der Studierenden vor dem Plenum durch den vorsitzführenden Volkskammer-Vizepräsidenten, ein Gespräch mit diesem und Bildungsminister Meyer und setzten die Aktion mit einem anschließenden einwöchigen Hungerstreik fort. Sie konnten einiges von den politischen Strukturen begreifen, als am Ende dieser Woche ein nur geringfügig höherer Stipendienzatz als der ursprünglich vorgesehene beschlossen wurde.

Die studentische Beteiligung an den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen war in dieser Zeit Sache einiger weniger. Diese freilich hatten sich unter dem Druck der Umstände zu ExpertInnen entwickelt. Es gab durchaus vielfältige innerhochschulische Reformbestrebungen. Sie bezogen sich sowohl auf inhaltliche wie strukturelle wie personelle Erneuerungen. Die Aktivitäten verzeichne-

ten auch durchaus Erfolge. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Struktur- und inhaltliche Vorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung eignete vielfach eine an deutschen Universitäten ungekannte demokratische Substanz. Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. FunktionsträgerInnen wurden verpflichtet, gegenüber MitarbeiterInnen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Die Hochschul-Verfassungsdiskussionen waren über weite Strecken durchaus emanzipatorisch geprägt und zeichneten sich z.T. durch eine bemerkenswerte Originalität aus.

Zugleich gab es gegenläufige Tendenzen. Strukturelle Erneuerung wurde - professoral dominiert - vielfach als konservative Modernisierung betrieben. Inhaltliche Neuorientierungen trugen oftmals einerseits zum nicht geringen Teil den Ballast tradierter Befangenheiten in sich. Oder sie waren andererseits lediglich auf möglichst vollkommene Anpassung an die in Westdeutschland dominierenden Trends gerichtet. Die personelle Selbstreinigung der Hochschulen wurde von unterschiedlichen Seiten hintertrieben. Als treibende Motive bzw. Ursachen können ausgemacht werden: sowohl soziale Besitzstandswahrung der Betroffenen wie die Angst der Regierenden vor allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber einer - dann wieder schwer zu zügelnden - Basisbewegung wie auch die Protektion alter FunktionsträgerInnen durch westdeutsche Wissenschaftsgremien.

Letztlich zeigte sich bereits damals, was auch westdeutsche Erfahrung ist: Hochschulen sind zu sehr in sich selbst verankert, als daß sie sich aus sich selbst heraus erneuern könnten. Ohne das Zusammentreffen von innerhochschulischen und außerhochschulischen Erneuerungsimpulsen muß das Unterfangen notwendig in Ansätzen steckenbleiben. Seitens der politischen Administration gab es kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der vorhandenen Hochschulen. Dieses nicht vorhandene Interesse verweist auf ein Charakteristikum der Situation:

Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen und Instituten stellte angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zuvorderst einen Anachronismus dar. Dieser Versuch hätte nur gelingen können, wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergangenheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür gab es weder ein gesellschaftliches Interesse noch ein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung und Abrechnung geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Hochschulen diesem situativen Druck hätten entziehen können.

In solchem Zusammenhang mußten die Ergebnisse hochschulpolitischer Arbeit der studentischen AktivistInnen unbefriedigend bleiben. Eine beeindruckend auffällige Koalition von altlastigen Profs und neudemokratischer Ministerialbürokratie peitschte die frühzeitige Orientierung auf westdeutsche Hochschulstrukturen und das westdeutsche Hochschulrahmenrecht durch. Bei der Umgestaltung der Hochschulstrukturen setzt sich dies bis in die Gegenwart fort.

#### IV. Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaft in der DDR/in Ostdeutschland

An dieser Stelle ein Schnitt in der Chronologie: Während der zuletzt geschilderten Abläufe war bereits ein landesweites (was damals hieß: DDR-bezogenes) Koordinierungsgremium sehr aktiv; der Republiksperrerrat der Konferenz der Studentenräte der DDR. - Wie war es zu dessen Bildung gekommen?

Bereits im November 1989 gab es den ersten Versuch, die bis dahin gebildeten StudentInnenRäte miteinander zu vernetzen. Zwölf Einzelpersonen von verschiedenen Hochschulen verfaßten in Berlin einen Aufruf zur Bildung einer "Autonomen Studentenunion" (ASU). Der Aufruf war verbunden mit einer Einladung zu einem Treffen am 11. November 1989 mit dem Ziel der Bildung dieser ASU. In den StuRä an den Hochschulen wurde das zum einen als profilierungsneurotischer Ausfluß gewertet und zum anderen abgelehnt, da mensch augenblicklich genug an der jeweiligen Hochschule zu tun habe.

Im Dezember trafen sich VertreterInnen von 60 Hoch- und Fachschulen in Berlin, um den vom Ministerium für Bildung vorgelegten Verordnungsentwurf zur "Demokratischen Mitbestimmung der Studenten" zu diskutieren. In ihrer Stellungnahme forderten sie vom Ministerium für Bildung (!) u.a. eine studentische Interessenvertretung auf Republiksebene, die beim Ministerium für Bildung angesiedelt sein sollte.

Für das erste Februar-Wochenende 1990 lud der StuRa der Humboldt-Uni zu einem "Landesweiten Arbeitskreis 'Interessenvertretung von Studenten im neuen Hochschulgesetz'" nach Berlin ein. VertreterInnen von 27 Universitäten und Hochschulen reisten dazu an. Sie erklärten ihr prinzipielles Nichteinverständnis mit dem ministeriellen Papier zur "Demokratischen Mitbestimmung der Studenten", erarbeiteten einen "Entwurf zu einer Verordnung über Studentenräte", schickten dieses an Bildungsminister Emons und wählten "als legitimierten Partner für Ihr Ministerium" einen sechsköpfigen "Arbeitsausschuß Hochschul-

recht der DDR-Studentenräte" (der sich u.a. mit folgendem Satz vorstellte: "Der Arbeitsausschuß behält sich vor, weitere Mitglieder zu kooptieren").

Im März 1990 schließlich kam es dann zur ersten "Nationalen StudentInnenRätekonferenz" an der TU Karl-Marx-Stadt. Es versammelten sich VertreterInnen von 31 StuRä. Dort wurden Forderungspapiere zu verschiedenen Bereichen erarbeitet, ein vorläufiger achtköpfiger Republiksperrerrat gewählt und die Absicherung von dessen Arbeit durch das Ministerium für Bildung gefordert (u.a. durch Zurverfügungstellung von 160.000 Mark pro Jahr, 2 Computern, 2 Kopiergeräten, 3 elektronischen Schreibmaschinen, 4 Telefonen, 2mal Büromöbiliar, je einem Büro in Berlin und Leipzig sowie 6 Unterkünften in Berlin). Der Hintergrund dafür war, daß das Ministerium einen von der FDJ übernommenen Zentralen Studentenfond mit erheblichen finanziellen Mitteln verwaltete.

Einen Monat darauf, im April, fand an der TU Dresden unter Beteiligung von 124 StudierendenveterInnen die zweite StuRä-Konferenz statt. Es wurden die Konferenz der Studentenräte der DDR konstituiert, eine Satzung verabschiedet, eine "Sozialcharta der Studenten" erarbeitet, die finanziellen Forderungen an das Ministerium für Bildung zur Alimentierung der Konferenz präzisiert, ein sechsköpfiger Republiksperrerrat (RSR) gewählt u.a.m.

Die Satzung der Konferenz wies dem Republiksperrerrat weitgehende Kompetenzen zu. Das entsprach der in der Studierendenschaft durchaus noch recht stark vorhandenen Orientierung auf genau abgestufte Kompetenzhierarchien. Infolgedessen wurde die Rolle des RSR in der Folgezeit recht dominant innerhalb der Konferenz. Der RSR arbeitete ziemlich schonungslos sich selbst gegenüber. Die Tätigkeit war weitgehend pragmatisch und auf "Beeinflussung von Regierungspolitik" orientiert. Inhaltlich war sie vor allem auf eines gerichtet: für die Studierenden so viel als möglich zu retten an sozialer und Studiensicherheit in den sich exponentiell beschleunigenden Prozessen hin zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit. Konzeptionelle Vorstellungen wurden insbesondere zur elternunabhängigen Studienfinanzierung und zum Hochschulrecht entwickelt. Westlicherseits bemühten sich insonderheit die Jusos um - neutral gesagt - gute Beziehungen zum RSR. Die (unterschiedlich interpretierte und von einigen StudentInnenRäten scharf kritisierte) Unterschrift des RSR unter die Gründungserklärung des noch recht unscharfen Projekts BAS war dann eine Folge davon.

Seit dem Sommer 1990 gab es neben der DDR-StuRä-Konferenz verschiedene Initiativen auf Länderebene. Sie waren darauf gerichtet, die Weiterbildung der Länder mit dem entsprechendem Übergang der kultushoheitlichen Kompetenzen durch adäquate studentische Vertretungsstrukturen zu begleiten. Im Laufe

des Jahres 1990 wurden dann in allen ostdeutschen Ländern unterschiedlich intensiv arbeitende LandesprecherInnenräte bzw. StuRä-Landeskonferenzen gebildet.

Ende Oktober 1990 fand an der Karl-Marx-Uni Leipzig die 3. MV der Konferenz der Studentenräte der DDR statt. Der Name war durch den zum 3. Oktober vollzogenen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik anachronistisch geworden. Deshalb wurde die Namensänderung in "Konferenz der StudentInnenenschaften (KdS)" beschlossen.

Die Neutralität des Namens hatte freilich noch einen anderen Grund: Nach kontroverser Debatte war mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, die Konferenz für westdeutsche StudentInnenvertretungen zu öffnen. Das führte angesichts der gerade sehr intensiven Dachverbandsdebatte im Westen zu widersprüchlichen Reaktionen. Nach dem Bundes-Asten-und-StudentInnenRätetreffen (BAST) im November 1990 in Bremen wurde die Öffnung dann als "fauler Trick" denunziert. Wer sich um eine situationsgerechte Betrachtungsweise bemüht, kann freilich feststellen: Die Öffnung der KdS für westdeutsche Studierendenvertretungen bezog ihr deutliches Abstimmungsergebnis vor allem aus einer für Ostdeutsche durchaus selbstwertgefühlsteigernden Faszination: das Beitrittsgebiet konnte damit umgekehrt werden. Zudem spielte eine wesentliche Rolle das ostdeutsche Unverständnis gegenüber den westdeutschen Streitigkeiten und Empfindlichkeiten, die bei den Dachverbandsdiskussionen eine übermächtige Rolle spielten und spielen. Dies wiederum ist durch den gänzlich anderen Erfahrungshintergrund der ostdeutschen StudierendenvertreterInnen begründet.

Die folgende MV der KdS im Dezember 1990 in Halle nahm den Öffnungsbeschluss - aufgrund der durch ihn ausgelösten Diskussionen und wegen fehlender positiver Reaktionen inform von Aufnahmeanträgen - wieder zurück. Damit bewies die KdS eine unter bundesdeutschen Studierendenvertretungen nicht alltägliche Flexibilität.

Damit sind wir wieder in der Chronologie angelangt.

## V. Abwicklungen

Mitte Dezember 1990 kamen die sog. Abwicklungsbeschlüsse über die ostdeutschen Hochschulen, vorläufig vor allem über deren sozial- und geisteswissenschaftliche Fachbereiche. Die Reaktionen unter den Studierenden waren spontan und unterschiedlich. Sie reichten von euphorischer Begrüßung (ostdeutsche

Evangelische Studentengemeinden) über billigende Inkaufnahme (vor allem an Technischen Hochschulen) bis hin zu massivem Protest (zuerst in Rostock, dann vor allem in Leipzig, Berlin und Halle).

Der Protest hatte primär drei Ursachen. Zum einen war er hervorgerufen durch beeindruckende Ungeschicklichkeiten der politischen Administrationen. Zum anderen war er eine Folge der mittlerweile ziemlich deutlichen aversiven Grundstimmung im Land gegenüber der allgemeinen Entmündigungstendenz. Und zum dritten sahen viele Studierende unmittelbar den Fortgang ihres Studiums gefährdet.

Die Protestaktionen zum Jahreswechsel 1990/91 brachten die Studierenden und die Hochschulen wochenlang in die Medien. Je näher die jeweiligen Redaktionen an den Orten der Geschehnisse waren, desto differenzierter wurde im Regelfall berichtet. Wer weiter war, meinte nur, über die "roten Studenten, die ihre roten Professoren an ihrer roten Uni" retten wollten, berichten zu können.

Die Gemeinsamkeit des Handelns ostdeutscher Studierender erreichte eine bislang ungekannte Intensität. Deutlichster Ausdruck dafür waren der siebentägige Fußmarsch gegen die Abwicklung von Berlin nach Leipzig und die fünftägige Fahrraddemo von Leipzig nach Berlin. Erreicht wurden einige - für die einzelnen Studierenden nicht unwichtige - Vereinbarungen mit den Ministerialbürokraten.

Im Ganzen freilich wurden die ostdeutschen Hochschulen mit den Abwicklungen endgültig zum Objekt ihrer eigenen Entwicklung. Der Vorgang kennzeichnete für den Hochschulbereich, was andernorts bereits erledigt war: das Scheitern der ursprünglichen Intentionen der Demokratiebewegung in der DDR.

## Maßnahmen - Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig

Im Wintersemester 1990/91 war jeder ein Außenseiter. Die meisten nahmen aber an, daß die anderen eingeweiht waren. "Alte Seilschaften" standen "neuen Kolonialherren" gegenüber und noch niemand wußte "die anderen" recht einzuschätzen. Später zeigte dann die Ministerialbürokratie, wer wirklich Herr im Haus gewesen war. Als Gastdozent konnte man beobachten, aber nicht alles sehen, geschweige denn begreifen. Der Bericht bleibt deshalb subjektiv, relativ, intuitiv.

### 1. Motive

Am Max-Planck-Institut für Völkerrecht in Heidelberg hatten wir seit Gorbatschows Perestroika über die Wiedervereinigung diskutiert. Ausländische Kollegen hatten das weniger abwegig gefunden als die meisten Einheimischen. So fand uns die Öffnung des eisernen Vorhangs nicht völlig unvorbereitet. Wir gingen nach Moskau, Vilnius, Leipzig und Schwerin. Vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatten wir gewettet, mein Tip eines klaren Sieges der "Allianz für Deutschland" wurde belächelt. Als Berliner Abiturienten und Studenten berührte mich das Ereignis der vergehenden DDR und des entstehenden neuen Deutschland sehr. Im Juni 1990 landete die Ausschreibung für das Gastdozentenprogramm des DAAD auf meinem Schreibtisch. Sie kam wie gerufen. Nötig war jetzt nur noch eine Einladung von drüben.

### 2. Erste Kontakte

Es war nicht lange her, da hatten erstmals Reisekader vom "Institut für internationale Studien" (IIS) an der Karl-Marx-Universität Leipzig unser Institut besucht. Hier war ein Anknüpfungspunkt. Eine erste schriftliche Anfrage wurde freundlich aber unpräzise beantwortet. Meine plötzliche Anwesenheit in Leipzig stiftete

Verwirrung. Die freundlich Antwortenden erwiesen sich als Betonfraktion. Der Professor für "Staatsrecht bürgerlicher Staaten" witterte den Konkurrenten, obwohl ich doch nur im Europarecht, einem Fach ohne eingesessene Interessen, unterrichten wollte. Er log, man habe dutzende entsprechender Anfragen. Später hörte ich, er habe befürchtet, ich wolle seinen Posten übernehmen. Grotesk.

Die Einladung verdanke ich zuvor verborgen gewesenen Rivalitäten und ersten Auflösungserscheinungen. Das IIS war gegen Ende der sechziger Jahre aus der Sektion Rechtswissenschaft der Universität ausgegliedert worden und hatte seitdem privilegierten Zugang zu den Machthabern genossen. Das hatte Resentiment in der Sektion hervorgerufen. Aber auch ein Professor der Sektion hatte Heidelberg besucht. Als ich mich bei ihm meldete, kam ich offenbar wie gerufen. Rücksicht auf den Kollegen vom IIS wurde nicht mehr genommen. Wir verabredeten, daß ich eine Vorlesung im Europarecht halten und seine Vorlesung im Staatsrecht durch die Leitung von Arbeitsgemeinschaften begleiten sollte.

### 3. Erste Eindrücke

Montag, der 1. Oktober 1990. Der erste Tag an der selbstherrlich und unwirksam in "Juristenfakultät" zurückbenannten Sektion. Der Leiter der Studienabteilung nimmt mich in seine Obhut. Er erzählt, er sei stellvertretender Leiter der Kampfgruppen der Universität gewesen. Den Zusammenbruch der DDR führt er auf Faulheit und mangelndes Engagement zurück. Er deutet an, so etwas wie eine graue Eminenz gewesen zu sein. Weiß er noch nicht, was die Stunde geschlagen hat, oder ist er nur ein Angeber? Tatsächlich hat er wohl insbesondere die Zulassungsentscheidungen maßgeblich, d.h. subjektiv rational und objektiv willkürlich beeinflußt. Jetzt ist er Mädchen für alles, immer noch Aktivist. Mir ist auch heute, nach längerer Zusammenarbeit, noch nicht klar, ob ich ihn als respektablen Altkommunisten, Untertan oder als Arbeitswütigen betrachten soll. Wir fahren in seinem Trabant zum Wohnheim für ausländische Studenten (!). Dort hat er für mich das beste Zimmer reserviert: Statt Linoleum liegt filzige Auslegware auf dem Fußboden. Unten donnern die schweren Straßenbahnen vorbei. Er ist enttäuscht, als ich um ein einfaches Zimmer nach hinten heraus bitte.

Dienstag, der 2. Oktober 1990. Am letzten Tag der DDR halte ich meine erste Vorlesung. Vielleicht ist sie sogar die erste europarechtliche Lehrveranstaltung in der DDR überhaupt. Zur Einführung habe ich mir etwas Besonderes ausgedacht: "Was verbindet Leipzig mit dem Europarecht?" frage ich die Studenten des 3. und 4. Studienjahres und antworte mit der Lebensgeschichte des Leipziger Doktoranden und sächsischen Unternehmervertreters Gustav Stresemann. Sie stehe stellvertretend für den Weg des deutschen Bürgertums nach Europa. Am

Ende wird freundlich, aber nicht begeistert geklopft. Später erfahre ich, daß ich besser "gleich zur Sache" gekommen wäre. Von Darstellungen des "Ur-schleims" habe man die Nase voll, so habe auch Biedenkopf den Hörsaal leergepredigt.

Abends sind viele Menschen auf den Straßen. Auf dem Marktplatz wird Rockmusik gespielt. Zuletzt tritt die Gruppe "Renft" auf. Sie war 1975 verboten worden, nachdem sie vom kleinen Otto gesungen hatte, der nach Norden gegangen und bei Wittenberge auf einen Elbekahn gesprungen war. Kurz vor Mitternacht zieht eine Rote Skins durch die panisch zurückweichende Menge, einige der langsameren Zeitgenossen werden zusammengeschlagen. Wie ich heute weiß, war das eine Begegnung von Vergangenheit und Zukunft. Minuten später hat sich der Spuk in Wohlgefallen aufgelöst. Raketen steigen gen Himmel, der Karl-Marx-Platz heißt wieder Augustusplatz, Deutschland ist wiedervereinigt.

Mittwoch, der 3. Oktober 1990. Kaiserwetter am Tag der deutschen Einheit. Ich laufe durch die Straßen und lasse die Stimmung auf mich wirken. Gestern hatte ich unter den zumeist fein gemachten Menschen eine schäbige Erscheinung geboten. Heute ziehe ich mich deshalb besser an. Die Stimmung ist noch so gelöst und heiter wie gestern abend, ein wenig feierlich dabei, von Taumel aber keine Spur. Wüst geht es nur im DSU-Zelt am Zentralstadion zu, wo "unser lieber Theo" (Waigel) eine Stunde auf sich warten läßt und die Menge solange erneut mit "den Roten" abrechnet. Ich gehe weiter durch das Waldstraßenviertel. An diesem schönen Herbsttag kann man ahnen, daß das im Krieg nicht so stark zerstörte Leipzig seine selbstbewußt-bürgerliche Ausstrahlung wiedergewinnen kann.

Donnerstag, der 4. Oktober 1990. Man hat mich gebeten, die Vorlesung im Europarecht doppelt zu halten. Für die Studenten des zweiten Studienjahres seien zuwenig Veranstaltungen vorgesehen. Ich wundere mich, sage aber zu. Heute weiß ich, daß damals schon, lange vor der Abwicklung, die Abwanderung der qualifizierten Mitarbeiter begonnen hatte. Juristen werden gesucht, egal ob östlich oder westlich ausgebildet. Ein "Aus" an der Universität führt nicht in die Arbeitslosigkeit. Vielleicht wollte man mit der Bitte aber auch studentischer Unzufriedenheit über die ungleiche Verteilung der westlichen Gastdozenten auf die einzelnen Studienjahre zuvorkommen.

#### 4. Karl-Marx-Universität?

In der zweiten Semesterwoche erwacht das politische Leben. Die Frage, ob die Karl-Marx-Universität ihren Namen ändern soll, bewegt die gut zweihundert, die zur Podiumsdiskussion kommen. Der hauseigene Philosoph Okun plädiert für die

Beibehaltung als "Pfahl im Fleisch der Gesellschaft", der Mannheimer Philosoph Sukale findet, Marx sei ein großer Philosoph gewesen, und Studentenvertreter Pasternack will alle Angehörigen der Universität, nicht nur die Mitglieder des Konzils über die Frage abstimmen lassen. Die Befürworter einer Umbenennung haben keinen leichten Stand. Logiker Kreiser erntet verdienten Hohn für seine Warnung, ohne Umbenennung würde kein Geld aus Dresden mehr fließen. Chemiker Weiss, später Rektor, rückt paranoide Behauptungen über einen "umgekehrten Stalinismus" mit einem persönlichen Erfahrungsbericht aus einem sowjetischen Lager zurecht. Ich verblüffe mit dem Gedanken, weder Konzil noch Unimitglieder sollten entscheiden, sondern, wie in einer Demokratie üblich, die Volksvertretung. Dann wären auch diejenigen besser vertreten, welche sich vergeblich um eine Zulassung an der Karl-Marx-Universität bemüht hätten. Die Verblüffung weicht bald herablassender Abwehr: das Volk sei doch primitiv, es habe Birne und Bananen gewählt. Die anwesenden Studenten engagieren sich für Marx - bis die Abwicklung andere Prioritäten diktiert. Im März 1991 beschließt das Konzil ohne weitere studentische Anteilnahme, daß die Universität ihren jahrhundertealten Namen zurückerhält.

#### 5. Kollegen

Mein Verhältnis zu den hiesigen Kollegen ist kompliziert. Ich bin der einzige Westdeutsche an der Sektion, der in Leipzig wohnt und deshalb auch ständig anwesend ist. Heute weiß ich, daß viele nicht ausgeschlossen hatten, daß ich ein Agent des Bundesnachrichtendienstes sei. Das erklärt manche Zurückhaltung. Auch sonst bin ich schwer einzuordnen, denn einerseits komme ich von einer respektierten Institution, andererseits bin ich formell noch nicht promoviert. Trotz meiner anfänglichen energischen Proteste spricht man mich beharrlich mit "Dr. Nolte" an. Ich protestiere bald nicht mehr, da mir klar wird, daß es für die Mitarbeiter der Sektion zumindest eine Frage der Fassade gegenüber den Studenten ist, wenigstens nur promovierte Wissenschaftler Vorlesungen halten zu lassen. Ich selbst würde gern die Veranstaltungen der eingesessenen Kollegen besuchen, doch ich weiß, daß mir niemand das rein persönliche Interesse glauben würde. Ich will dem Mißtrauen keine zusätzliche Nahrung geben. So bleibt zunächst Distanz. Privat nach Hause werde ich bis zum Ende meines Jahres in Leipzig lediglich von einer Kollegin und zwei Mitgliedern des Rektorats eingeladen. Diese Zurückhaltung hat sicher nicht an mangelndem Entgegenkommen meinerseits gelegen, wohl auch nicht nur am Mißtrauen allein. Man sagt mir, private Einladungen über den engen Freundeskreis hinaus seien schon vor der Wende unüblich gewesen. Bei anderen Fakultäten war das aber wohl anders.

## 6. Stilfragen

In der dritten Semesterwoche beginnen die beiden Arbeitsgemeinschaften für Erstsemester. Sie begleiten die Vorlesung zum Staatsorganisationsrecht. Hier kann ich mit den je dreißig Studenten reden, nicht nur, wie in der Vorlesung, zu ihnen. Außerdem sind sie als Erstsemester der erste Jahrgang, der verhältnismäßig frei zugelassen wurde. Einige Leichen hat man aus dem Keller geholt, so etwa Jochen Lässig, den langjährigen Außenseiter und Sprecher des Neuen Forums Leipzig aus dem Herbst 1989. Noch bevor es richtig losgeht, muß ich stutzen: Es regt sich Protest bei einer Studentin als ich sie, getreu westdeutschem Kommet, mit "Frau XYZ" anrede. Das sei ihre Mutter. Sie möchte mit "Fräulein XYZ" angesprochen werden, besser noch mit "Katja" und "Sie". Als ich diese Grundsatzfrage zur Abstimmung stelle, ergibt sich kein klares Meinungsbild. Ich laviere und tendiere zum Fräulein. Andere Studenten sind weniger feinfühlig. Bei ihnen kommt das dumpfe Ressentiment der Eltern zum Ausbruch. So etwa wenn eine Studentin voll Inbrunst behauptet, BND und MfS sei doch genau das gleiche. Ich atme tief durch und weiß, daß sie mich jetzt genau beobachten.

## 7. Wohnen

Das Zimmer im Wohnheim stößt mich ab. Nicht weil es über Dusche und Kochecke hinaus wenig Komfort bietet. Es ist eine so offenkundig provisorische Unterbringung. Höhere Preise als in Heidelberg, noch dazu zur Untermiete, will ich aber nicht bezahlen. Der Zufall hilft: Die einzige etwas gastfreundliche Kollegin erwähnt beiläufig, sie sei umgezogen. Nein, die alte Wohnung würde ich sicher nicht wollen. Ich schaue sie mir trotzdem an: 3 Zimmer, Altbau, Kohleheizung, weder Dusche noch Bad, noch zwei von sechs Wohnungen im Haus sind bewohnt, von unten zieht die Feuchtigkeit hoch, der Schornstein ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Sie zeigt ein Schreiben vom Rat der Stadt aus dem Jahr 1985, wonach das Haus bald abgerissen und die Wohnungen deshalb nicht mehr vermietet würden. Gegen eine Nutzungsentschädigung von M 20,- könnten "die Mieter" allerdings "bis auf weiteres" wohnen bleiben. Ich deute dies als fortgeltende Duldung, zahle DM 400,- Abstand und freue mich, an einer Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, gegenüber dem Haus der Familie Liebknecht, Quartier bezogen zu haben. Das Heizen verändert den Lebensrhythmus. Aber die damit verbundenen Einschränkungen sind gering im Vergleich zu den Wohnbedingungen der Studenten: zu zweit bis viert hausen sie in kleinen Zimmern im Wohnheim. Kein Wunder, daß sie über das Wochenende immer nach Hause fahren. Ideale Bedingungen für den Überwachungsstaat, aber auch gute Bedingungen für das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. In der Umbruchsphase hat das manchen sicher Halt gegeben.

## 8. Wiederaufbau?

Mich beeindruckt die Geschichte der Universitätskirche. Sie war die schönste Kirche Leipzigs gewesen, hatte den Krieg unbeschadet überstanden und ihre Rosette war das Juwel des riesigen Platzes vor der Oper gewesen. 1968 wurde sie gesprengt, um dem neuen Hauptgebäude der Universität Platz zu schaffen. Genauer: damit an der gleichen Stelle das spätere Wahrzeichen der Karl-Marx-Universität, das große Marx-Relief, aufgestellt werden könnte. Ich spreche Studenten darauf an, frage, was sie von einem Wiederaufbau hielten. Alle reagieren gleich: Es gibt Wichtigeres zu tun, das wäre Geldverschwendung. Die gleiche Antwort, wenn das Gespräch auf die Dresdner Frauenkirche oder das Berliner Stadtschloß kommt. Zunächst bin ich enttäuscht und sage mir: typische DDR-Denkweise, aus dem Mangel geboren und ohne Sinn für Symbolik. Doch die Studenten wehren sich auch dann, wenn ich private Finanzierung vorschlage. Sie wehren sich wohl, weil sie das Gefühl haben, die Westdeutschen interessieren sich mehr für die Begegnung mit der eigenen Vergangenheit als für die Ostdeutschen. Der gleiche Eindruck wenn es um die Umbenennung von Straßen geht. Sogar Gegner der Ex-DDR möchten wenigstens ihre Karl-Liebknecht- und Rosa-Luxemburg-Straßen behalten. Zugegeben, auch ich habe mich im Laufe des Jahres an meine Liebknecht-Straße gewöhnt. Trotzdem, ich bin weiterhin für Wiederaufbau, plädiere aber jetzt für Verschiebung. Es ist noch zu früh.

## 9. Mitdenken oder Mitschreiben?

Glücklicherweise bin ich ohne bestimmte Erwartungen nach Leipzig gekommen. Sonst wäre ich vielleicht zunächst enttäuscht gewesen. Eine Begeisterung für Europa konnte ich bei den älteren Studenten jedenfalls nicht feststellen oder wecken. Dabei hätte sie angesichts des Ressentiments der meisten gegenüber dem konkreten Vollzug der Wiedervereinigung ("Anschluß", "Kapitulation") doch zumindest als Kompensationsmechanismus nahegelegen. Die Studenten schrieben manches mit, hörten zu und stellten sogar gelegentlich kritische Fragen. Es wurde mir aber doch bald deutlich, daß ich ihnen Europa über das Europarecht nicht wirklich würde nahebringen können. Dies obwohl ich mir Mühe gab, aktuelle Anknüpfungspunkte zu finden (Rücktritt Frau Thatcher, EG-Regierungskonferenzen, Uruguay-Runde des GATT). Ich wußte natürlich, daß ich nicht als Missionar auftreten durfte. Prediger hatten sie genug gehabt. Andererseits sollte es sich aber auch nicht in einfacher Weitergabe des Stoffs erschöpfen. Doch dies wäre ihnen wohl am liebsten gewesen. Uwe Wesel hat über seine Lehrerfahrungen an der Humboldt-Universität einmal geschrieben, die Studenten würden das westliche Recht lernen als wäre es chinesisch, also

technisch und mit innerer Distanz. Dies ist eine interessante Beobachtung, erklärt aber noch nichts. Die Distanz ist sicherlich zum Teil politisch-lebensgeschichtlich begründet, genauso wichtig dürfte aber auch der Einfluß des bisher geübten Studienstils sein. Studenten berichteten häufig, daß Vorlesungen von westlichen Lehrern in der Regel weniger Mitschreiben und mehr Zuhören und Mitdenken verlangten. Sie waren eher an Definitionenpaukereien gewöhnt gewesen. Besonders die älteren Kommilitonen, die die Universität schnell mit handgreiflich verwendbarem Wissen verlassen wollten, haben diese Art der Lehre als überflüssigen Luxus empfunden. Sie wollten das hören, was sie abprüfbar mitnehmen konnten. Die Änderung der großen Perspektiven im Kopf stellten sie zurück. Aber was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Ganz anders die Erstsemester in den staatsrechtlichen Arbeitsgemeinschaften. Die meisten fühlten sich zwar etwas unterfordert, genauso wie die Anfänger im Westen in der Regel auch. Das Jurastudium beginnt eben nicht mit Prüfungen. Aber sie ließen die Gelegenheit zur Diskussion nicht ungenutzt. Jünger, merkwürdig unverbraucht und trotzdem ernsthafter als ihre westlichen Kommilitonen, ließen sie Frage-Antwort-Spiel und Drannehmen willig mit sich geschehen und machten gut mit. Beim eigenständigen Referieren von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts waren sie dann jedoch überfordert. Obwohl sie trotz eindringlicher Empfehlung wenig in der Bibliothek auftauchten, entwickelten manche von ihnen doch bald erstaunliche juristische Argumentationsfertigkeiten. Als gegen Ende des Semesters anlässlich des Golf-Krieges die möglichen verfassungsrechtlichen Grenzen eines Kampfeinsatzes der Bundeswehr diskutiert wurden, waren die meisten schon in der Lage, die politische und die juristische Seite der Problematik zu trennen. Dabei wurde kein Hehl aus den unterschiedlichen politischen Überzeugungen gemacht. Die kleine Minderheit der PDS-Anhänger versteckte sich nicht, wurde respektiert und argumentierte gut. Eine Studentin lud mich zu einer PDS-Veranstaltung ein, bei der allerdings der gute Wille, den Blick nach vorn zu richten und über die "Perspektiven einer linken Politik in Deutschland" zu reden, hinter dem Artikulationsbedürfnis der vorwiegend älteren Teilnehmer zurücktreten mußte.

### 10. Andere Fächer

Es ergab sich kaum, daß ich mittags mit einheimischen Kollegen essen ging. Ich wollte mich niemandem aufdrängen. So stieß ich zu einer kleinen Gruppe von westlichen Privatdozenten der Philosophie. Diese klagten regelmäßig über die trickreichen Benachteiligungen, denen sie ausgesetzt seien. Man hatte ihre Lehrveranstaltungen nicht angekündigt und nun saßen sie da, mit zwei oder vier Studenten, einer gar nur mit zwei Assistenten. Diese Begegnungen machten mir

den Unterschied zwischen den Fakultäten deutlich. Bei den Juristen hielten die westlichen Hochschullehrer zwar noch nicht die zentralen Veranstaltungen ab, sie wurden aber doch respektiert und zum Teil sogar hofiert. Eine scheinbare Symbiose hatte begonnen. Der Unterschied war wohl nicht nur zufällig. Bei den Philosophen hielt sich eine kleine Vorhut aus dem Heer der noch nicht versorgten Privatdozenten auf. Diese hatte es natürlich auch auf Stellen abgesehen. Bei den Juristen nahm man das wohl nur von mir an. Überhaupt lassen sich die Erfahrungen im Fach Rechtswissenschaft nur schwer verallgemeinern: Der Gegenstand war durch die Vereinigung weitestgehend ein anderer geworden, und Aufgabe wie Korpsgeist der Juristen erlauben wenig Rabatt für abweichend Qualifizierte.

### 11. Abwicklung I: Gefährliche Seilschaften?

Die Philosophen wurden schon nervös, weil nichts geschah, wollten beim Minister intervenieren, weil die alten Seilschaften weiter warteten, da wurde am 12. Dezember der Abwicklungsbeschluß bekanntgegeben. Er kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Gewiß, manchem hatte Böses geschwankt. Der Dekan der Juristen hatte sich gelegentlich ängstlich-betrübt an mich gewendet, er habe schon mehrfach um einen Termin beim Ministerium gebeten und keine Antwort erhalten. Er hatte zusammen mit Kollegen Konzepte zur Erneuerung der Sektion entworfen und diese auf Kongressen vorgetragen und veröffentlicht. Man hatte höflich zugehört und sich abwartend verhalten. Diverse an der Fakultät tätige westliche Hochschullehrer hatten derweil den Minister diskret beraten. Es ist später gelegentlich das Bild gezeichnet worden, die Juristen an der Karl-Marx-Universität seien ideologisch besonders hartnäckig und verbohrte gewesen, zur Selbsterneuerung weder willens noch in der Lage. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Im Monat vor der Abwicklung redete man inzwischen sogar mit mir über die Stärken und Schwächen der einzelnen Kollegen, eine homogene Abwehrfront war gar nicht mehr zu erkennen. Jeder wollte nur noch seine eigene Haut retten, und die Mehrheit wäre auf jedes nur einigermaßen vertretbare Angebot des Ministeriums zur Umstrukturierung eingegangen.

### 12. Abwicklung II: Die Alten und die Jungen

Die Demoralisierung der Sektionsangehörigen zeigte sich deutlich bei den Beratungen über das weitere Vorgehen. Da zur Vollversammlung aller Mitarbeiter gebeten wurde, betrachtete auch ich mich als eingeladen. Eine kleine Minderheit wollte Widerstand leisten, zusammen mit den Studenten. Die "Fakultät" sollte gegen ihre Abwicklung gerichtlich klagen, kein Mitarbeiter sollte einen der angebotenen Arbeitsverträge für die Zeit vom 1.1. bis 28.2.1991 unterschreiben. Hauptvertreter der Abwehrfront waren die Professoren Bönninger und Schön-

rath, beides keine bornierten Ideologen sondern Männer mit (auch im Westen anerkanntem) begründetem Selbstbewußtsein und Rückgrat. Sie gehörten zu den ältesten Mitgliedern der Sektion und identifizierten sich mit ihr ("noch nie in ihrer ganzen langen Geschichte geschlossen worden") und waren von der Rechtswidrigkeit des Beschlusses auch innerlich überzeugt. Anders die Jüngeren und andere Kollegen: Man solle doch die Verträge unterschreiben, denn eine Klage könnte übelgenommen werden und die Chancen für eine spätere Wiedereinstellung gefährden. Es war ein klägliches Schauspiel. Respekt hatte ich vor den beiden Alten, obwohl ich ihnen in der Sache nicht zustimmen konnte. Ich bin davon überzeugt, daß sie auch dann dasselbe gesagt hätten, wenn sie persönlich mehr zu verlieren gehabt hätten. Aber sie übersahen zu viel bei ihrer Argumentation. Aus dieser Diskussion wie auch aus sonstigen Beobachtungen habe ich weitergehende Schlüsse gezogen: Die Generation der Fünfunddreißig- bis Fünfundfünfzigjährigen ist, natürlich nicht zufällig, die rückgratranke Generation der DDR. Sie wurde nicht, so wie die Älteren, vom zweifellos in manchen Kreisen vorhandenen Enthusiasmus der ersten Aufbaujahre geprägt, sie wurde auch nicht rechtzeitig in die leitenden Stellungen gelassen. Sie bekam im Gegenteil die Überzeugungen der Älteren noch lange direkt und manchmal schmerzlich zu spüren, schmerzlicher als die Generation der unter Fünfunddreißigjährigen. Die mittlere Generation ist versauert. Bei den Juristen werden es wohl nicht viele schaffen, sich an der Universität zu behaupten.

### 13. Abwicklung III: Die Studenten

Nicht die unmittelbar betroffenen Mitarbeiter, sondern die Studenten trugen den Widerstand gegen "die Abwicklung". Manche von ihnen mögen auch aus Angst um die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums hierzu motiviert worden sein. Den meisten aber ging es ums Prinzip. "Wir lassen uns doch nicht so ohne weiteres abwickeln", war das Grundgefühl. Die studentischen Aktionen verliefen diszipliniert und machten deutlich, daß man sich nicht von den diskreditierten Kadern vor den Karren spannen lassen wollte. Als besonders beeindruckend bleibt mir in Erinnerung, wie der Minister kurz vor Weihnachten zu einer Diskussion in den prall gefüllten größten Hörsaal der Universität kam und man ihn dort lange reden und immer ausreden ließ, ohne ihm danach in der Sache etwas zu schenken. Nachdem der Minister den Studenten dann später verschiedene politische Zusagen gemacht hatte - insbesondere das Versprechen einer individuellen fachlichen Überprüfung für jeden Mitarbeiter - beendeten diese ihre Aktionen. Die Jurastudenten hatten sich interessanterweise kaum beteiligt, am ehesten noch die Erstsemester, die sich gegen eine vermeintliche Ungerechtigkeit glaubten wehren zu müssen. Als ehemaliger Student der Freien Universität Berlin, der die hysterisch-gewaltsamen Ausläuferaktionen der achtundsechziger

Studentenbewegung von 1977 bis 1981 erlebt hatte, stand ich nach dem Leipziger Jahreswechsel 1990/91 studentischen Protestaktionen wieder aufgeschlossen gegenüber.

### 14. Der linke Ruf nach Recht und Ordnung

Kurz vor Weihnachten hat mich die Gruppe "Komm Rum" ins Szene-Café "Nationale Front" ("NATO") eingeladen, damit ich als Jurist an einer Podiumsdiskussion zu Sicherheitsfragen mitwirke. Mit dabei sind auch zwei leitende Vertreter der Polizei. Verkehrte Welt: Die linke Szene, insbesondere Hausbesetzer aus dem Stadtteil Connewitz (dem Leipziger Kreuzberg), beklagt sich in schrillen Tönen über die Untätigkeit der Polizei. Ständig kämen rechte Skins und würden "Terror machen", Wohnungen zertrümmern und Menschen auf offener Straße zusammenschlagen. Die Verantwortlichen sind zerknirscht, können aber auch nur darauf aufmerksam machen, daß in der Halbmillionenstadt Leipzig zu keinem Zeitpunkt mehr als 50 Polizisten Streife gehen würden. Und man müsse doch Verständnis dafür haben, daß die Kollegen ihren Kopf nicht hinhalten wollten, wenn die Gewalttäter offenkundig überlegen seien.

### 15. Golfkrieg

Das Semesterende steht im Zeichen des Golfkriegs. Ich führe engagierte und leidenschaftliche Diskussionen. Fast alle sind gegen die Aktionen der amerikanischen und verbündeten Streitkräfte. Schulkinder demonstrieren auf den Straßen. Viele, deren Weltbild durch den Zusammenbruch im Osten erschüttert wurde, wittern die Gelegenheit, endlich wieder einmal auf der richtigen Seite zu stehen. Charakteristisch auch der Ausbruch des bislang nur notdürftig verhüllten Antiamerikanismus. Identifikation mit Israel spielt keine große Rolle, eher im Gegenteil. In Leipzig studieren Palästinenser. Bei den Jurastudenten sind die Leidenschaften etwas geringer. Die Erstsemester kennen mich inzwischen so gut, daß sie mir mein Eintreten für die Aktion der Alliierten nicht allzu übel nehmen. Ich lade beide Gruppen zum Semesterabschluß nach Hause ein. Es wird viel getrunken und viel gesungen. Wieder fällt mir auf, daß wir in Westdeutschland nicht mit Liedern aufgewachsen sind.

### 16. Zwischenbilanz

Zu Beginn des Sommersemesters war dann klar, daß im Wintersemester eine Epoche zu Ende gegangen war. Ich blieb noch in Leipzig, ein weiteres ereignisreiches, aber völlig andersartiges Semester lang. Für mich war das Wintersemester aufregend und bedrückend zugleich gewesen. Aufregend, weil ich in einer Welt lebte, die mir fremdartiger war als Amerika aber gleichzeitig innerlich näher

als das süddeutsche, neudeutsch-satte Heidelberg. Die Zeit war bedrückend, weil ich mich der allgemeinen Atmosphäre der Lähmung, der Niedergeschlagenheit und des Mißtrauens nicht entziehen konnte und wollte. Aber vielleicht begann damals auch gleichzeitig ein Aufstieg aus Ruinen.

**Günter Eiselt**

### **“Gewerkschaft Wissenschaft” - ein Modell für Deutschland?**

**Die vertane Chance einer gebündelten Gewerkschaftsvertretung für den Bereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung**

Den Vorsitz der DDR-Gewerkschaft Wissenschaft hatte ich inne vom 27. Januar 1990 (außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz, im folgenden Text “Erneuerungskonferenz”) bis 31. Oktober 1990, dem auf der zentralen Delegiertenkonferenz am 29. September 1990 (im folgenden Text “Auflösungskonferenz”) beschlossenen Auflösungsstermin. Ich fragte mich anlässlich dieses Artikels natürlich, ob das denn wirklich noch jemanden interessieren würde, von dokumentensichernden Historikern einmal abgesehen. Dann erinnerte ich mich aber der von einigen der damaligen Mitstreiter geäußerten Auffassung, man sollte doch jemanden finden, der das, was Mitglieder, Vorstände, Partner, Kritiker in den eigenen Reihen und von außen damals bewegen wollten, einmal aufschreibt. Diesem stattzugeben, aber auch, um heute bereits nachzulesenden Erfolgsberichten über die erfolgreiche und nunmehr so gut wie “abgeschlossene Erneuerung der Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern” einen angemessenen zeitlichen Abstand anzuempfehlen, habe ich mich dann doch zu diesem Beitrag entschlossen.

#### **Vorgeschichte**

Als die DDR-Bevölkerung massenhaft aufbrach, sich in Montagsdemonstrationen, Kundgebungen und Meetings friedlich das Recht auf Gründung neuer politischer Gruppierungen zu erzwingen, war dies von vielen, auch widerstreitenden Hoffnungen und Vorstellungen begleitet. Was heute schon als eine seltene historische Glückskonstellation für die Demokratisierung der Gesellschaft und Revision der unglückseligen Teilung Deutschlands gewürdigt wird, war damals eine vage Hoffnung.

Ein Aspekt für das Individuum war, daß es sich darauf besann, daß es, falls im Arbeitsprozeß stehend, fast automatisch Mitglied im "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB" war und sich nach Aufdeckung der Privilegienpatronage in den verschiedenen Hierarchieebenen getäuscht, betrogen, belogen und mißachtet fühlte. Einerseits gedieh kollegiale Nähe, manchmal sogar wahre Mitmenschlichkeit am Arbeitsplatz trotz der von oben verordneten Wettbewerbspläne (für die man unter sich sowieso nur noch Spott und Camouflage bei der Berichterstattung hatte). Oder man verballhornte sprachlich einfallslose Begriffe, z.B. "Ökonomisch-Kultureller Leistungsvergleich" zu "Ökulei".

Es stimmt: der Förderung durch Gelder des FDGB erfreuten sich Hochschulorchester, Amateurfilmstudios, Keramikzirkel, Laienkabarets, Folklore-Ensembles, Abonnentenringe für Theater und Konzerte, vielfältige sportliche Gruppierungen - nun beschlich so manchen der Verdacht, daß das auch mit der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens im Inneren, sprich der stillen Befriedung aufmüpfiger kultureller und politischer Neugier in der falschen Richtung zusammenhing. Schließlich konnte sich kaum einer mit einer brauchbaren Ausrede der monatlichen "Marxistisch-Leninistischen Weiterbildung" entziehen (zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen waren alle Angehörigen des lehrenden Personals verpflichtet), und nur, wenn ein halbwegs moderater Kollege mit dieser unbeliebten Aufgabe betraut war, konnte man wenigstens etwas "Dampf ablassen".

Richtig ist: dieser FDGB hatte einen umfangreichen Feriendienst, förderte Kinderferienlager und private Urlaubsaustauschprogramme mit ausländischen Partnerhochschulen und Forschungsinstituten, besaß sogar ein luxuriöses Kreuzfahrtschiff. Wie dessen Mitreisende ausgewählt wurden, war unter uns schon immer spöttische Kommentare wert, aber nun erfuhr man, daß sich die Spitze eben dieses FDGB in bestbewachten Häusern an exzellenten Standorten, ausgerüstet mit allen gesundheitsfördernden Apparaturen, erlesene Speisen auf Meißener Porzellan servieren ließ, dazu frisch gepreßten Orangensaft und Krimsekt trank und dabei sicher keine Tischgespräche über eine bessere Interessenvertretung der Werktätigen = Mitglieder führte. Denn eines war dieser FDGB mit Sicherheit nicht: ein Gegengewicht gegenüber den Mächtigen.

Als sich im Herbst 1989 in den Arbeitskollektiven der Unmut in Protestschreiben Bahn brechen wollte und man dies nach ganz oben präzise zu adressieren versuchte, erinnerte man sich auch daran, daß man Mitglied einer Einzelgewerkschaft, z.B. der Gewerkschaft Wissenschaft, war. Ironischerweise mußte ich bei einer derartigen Initiative die Hilfe des Bezirksvorsitzenden in Anspruch nehmen, um den Namen des Vorsitzenden (ein Prof. Rinke) und die Adresse des Zentral-

vorstandes zu erfragen, denn die kannten keiner der vielleicht zwanzig am Tisch sitzenden Gewerkschaftsmitglieder.

So widerwärtig sich der damalige Vorsitzende des FDGB, Tisch, einer Auswechselung zu entziehen versuchte und jede Bewegung bremste - in den Einzelgewerkschaften hatte man begriffen, daß man wenigstens mit einem Auswechseln der ersten durch die zweite Reihe Bewegung vorzeigen mußte. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft (im folgenden nur noch GW genannt) initiierte eine außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz für Ende Januar 1990. Die zweite Reihe der Funktionäre des Zentralvorstandes schwärmte ins Land aus, um den Wahlmodus für die Delegierten an Ort und Stelle zu erläutern, Anregungen für die zu erörternden Probleme aufzunehmen und nicht zuletzt gehörig Imagepflege für die eigene Person zu betreiben. In der Technischen Universität Dresden erlebte ich die Vorbereitung der außerordentlichen zentralen Delegiertenkonferenz so:

Am 9. Januar 1990 tagte eine turbulente Delegiertenkonferenz in der Sektion Informationsverarbeitung: die alte FDGB-Sektionsgewerkschaftsleitung wurde zum Rücktritt gezwungen. Als kritische Geister innerhalb der Belegschaft bekannte Kolleginnen/Kollegen stellten sich einer geheimen Wahl, und geheim erfolgte auch die Wahl der Delegierten zur Delegiertenkonferenz an der TU Dresden. Am 17. Januar 1990 stellten sich in der TU-Delegiertenkonferenz alle Kandidaten mit ihrer Biographie vor. Eine Anfrage nach früherer SED-Mitgliedschaft war ausdrücklich zugelassen, und schließlich wurde etwa die Hälfte der Kandidaten als Delegierte zur Erneuerungskonferenz in Berlin bestätigt.

### Aufbruch

Die Erneuerungskonferenz begann am 26. Januar 1990 im neuerbauten FDGB-Haus am Märkischen Ufer in Berlin. Die aufs Äußerste gespannte Atmosphäre entlud sich das erste Mal an der Tagesordnung. Man wollte den Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden nicht hören. Die schriftlich vorliegende Fassung in den Kongreßpapieren "reichte" den Anwesenden. Allenfalls ein kurzes Statement wurde dem Vorsitzenden Rinke bewilligt. Dann liefen heftige Debatten über eine neue Satzung, gläserne Kassen, Aufdeckung von Machtmißbrauch und um ein Programm einer erneuerten GW, das diesen Namen auch verdiente.

Den Abend beschloß eine Zusammenkunft der jeweiligen Bezirksdelegationen mit der Kandidatensuche für den Hauptvorstand, den Vorsitzenden sowie zwei Stellvertreter.

Der zweite Konferenztag wurde offenkundig von Pressevertretern und Gästen aus den DGB-Gewerkschaften "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (im folgenden GEW) und "Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" (im folgenden ÖTV) besonders gespannt verfolgt. Ich wußte zu diesem Zeitpunkt nichts mit dem Interesse einer Lehrgewerkschaft GEW und ebenso wenig mit dem Interesse einer als "Müllmännergewerkschaft" beleumundeten ÖTV an den Geschicken der Beschäftigten in den Universitäten, Hochschulen, Ingenieurhochschulen, Ingenieurschulen, Fachschulen, der Institute der Akademie der Wissenschaften, der wissenschaftlichen Bibliotheken und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen (so der Organisationsbereich der GW) anzufangen. Ob die Gäste zu diesem Zeitpunkt bereits Auseinandersetzungen um ein altes Organisationsprinzip der Gewerkschaften: "Ein Betrieb, eine Einrichtung - eine Gewerkschaft!" im Zuge der acht Monate später zu bewältigenden Gewerkschaftervereinigung voraussahen, ist eine interessante Frage an die damaligen Augenzeugen. Der hier verwendete Begriff "Gewerkschaftervereinigung" scheint schwerfällig und wird zur Absetzung von einer "Vereinigung der Gewerkschaften" eingeführt. Zu letzterem ist es im Zuge des deutschen Einigungsprozesses de facto nur in einem Fall annähernd gekommen.

Soviel jedenfalls hatten die Delegierten schon gelernt: dieses Prinzip "eine Einrichtung - eine Gewerkschaft!" wollten sie hochhalten. Relativ ruhig erfolgte die geheime Wahl des Hauptvorstandes. (Besser: Sie war eine durch das Gremium in geheimer Abstimmung erfolgende Bestätigung der Kandidatenvorschläge aus den Bezirksdelegationen. Dieses Verfahren wurde als das derzeit bestmögliche akzeptiert, um den Hauptvorstand unter dem Aspekt einer gleichmäßigen regionalen Vertretung zu bilden.)

Spannend wurde es dann noch einmal bei der Wahl von Vorsitzendem/ Stellvertretern. Die Zurückhaltung bei Kandidaturerklärungen brachte die Situation, die das "Szenario der Zweiten Reihe" bei "Erneuerungskongressen" in anderen DDR-Gewerkschaften nach meinen Beobachtungen häufig aufgehen ließ und auch hier probiert wurde. Wie es in diesen bewegten Zeiten nicht selten vorkam, wurden nun spontan aus dem Gremium weitere Kandidatenvorschläge gemacht. Diese würdigten zumeist eine lebhafteste Teilnahme an den vorausgehenden Debatten, waren aber nichtsdestoweniger auf absolute New-comer gerichtet. So wurde im Falle der Kandidatur für den Vorsitzenden wenigstens die Auswahl aus einer Zweierliste möglich. Bei der Wahl von zwei Stellvertretern mußte allerdings eine Dreierliste ausreichen. Dabei schaffte es dann einer aus der "zweiten Reihe", was ich zuerst für vorteilhaft hielt, weil wenigstens dieser "den Laden von innen kannte" und sich an Ort und Stelle für loyal gegenüber dem

neugewählten Vorsitzenden und der 1. Stellvertreterin erklärte. Ob der Nutzen schließlich den Schaden überwo, will ich hier nicht allein beurteilen.

Das neue Gespann war nun:

Vorsitzender der GW: Dr.-Ing. Günter Eiselt, Technische Universität Dresden, Sektion Informationsverarbeitung;

1. Stellvertretende Vorsitzende: Dr. phil. Larissa Klinzing, Humboldt-Universität Berlin, Sektion Marxismus-Leninismus;

2. Stellvertretender Vorsitzender: Dr. phil. Wolfgang Mallock, Referatsleiter im Zentralvorstand der GW in Berlin.

An das aus dem Stand von mir zu haltende Statement erinnere ich mich insofern, als ich Zustimmung zum Programm der Entwicklung der GW zu einer ernstzunehmenden Interessenvertreterin ihrer Mitglieder, zum Bekenntnis zu den Grundzügen einer von dieser Erneuerungskonferenz beschlossenen vorläufigen Satzung, zu einer neuen Beitrags- und Finanzordnung erhielt. Jedoch erntete ich merklichen Mißmut bei dem ausgedrückten Willen, auf eine Gewerkschaftseinheit in Deutschland hinzuwirken. Gern würde ich mir einige Passagen der Mitschnittbänder dieser zwei Tage noch einmal anhören, doch sie sind verschollen...

### **Lernen, was Gewerkschaftsaufgaben sind**

Im Zusammenhang mit derzeit laufenden Beurteilungen der Selbständigkeit der DDR-Einzelgewerkschaften nach deren Erneuerungskongressen ist es delikater, daß sich die Gewerkschaft Wissenschaft noch vor dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß des FDGB zu einer selbständigen, finanz- und tarifautonomen Gewerkschaft für den bereits oben beschriebenen Organisationsbereich erklärte.

Der einer Erneuerung des FDGB gewidmete außerordentliche Gewerkschaftskongreß vom 31.1./1.2.1990 war von den Initiatoren offenbar recht mangelhaft vorbereitet worden. Weniger in der Organisation, der Unterbringung und Verpflegung. Die klappten vorzüglich. Aber schon bei den Präliminarien drohte das Scheitern des Kongresses, da von einigen Delegierten die Feststellung der rechtmäßigen Mandatserlangung aller Delegierten gefordert wurde. Bei dieser war offensichtlich mit rechtmäßiger Akkuratess vorgegangen worden. Da man den Schaden eines Abbruchs jedoch für größer hielt, wurde zähneknirschend fortgesetzt. Der Vortrag des Berichtes der Untersuchungskommission über die Machenschaften der FDGB-Oberen bis Oktober 1989 wurde mit lähmendem Entsetzen zur Kenntnis genommen. Entsprechend heftig forderten dann die

Diskussionsredner die völlige Offenlegung des Vermögens des FDGB und dessen Übergabe an die durch neugewählte Vorstände legitimierten Einzelgewerkschaften. Der FDGB sei fürderhin nichts anderes als ein Dachverband nach dem Vorbild des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Das neue Führungsgremium des Dachverbandes solle aus den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, einem auf diesem Kongreß zu wählenden neuen Vorsitzenden und wenigen ebenso zu wählenden Ressortinhabern bestehen. Der riesige Apparat des FDGB sei umgehend drastisch zu verringern und der Feriendienst als selbständige Organisation abzutrennen. So wurde es beschlossen, und so konnte sich die Gewerkschaft Wissenschaft zum Dach des FDGB bekennen.

Die klugen Kritiker von heute halten uns vor, eine Selbständigkeit der Gewerkschaft Wissenschaft sei allenfalls durch ihren sofortigen Austritt aus dem FDGB deutlich zu machen gewesen. Damals hätte sich kein Mitglied zur damit verbundenen Aufgabe von Vermögensansprüchen an den FDGB bekannt. Dieses Vermögen wird heute "Altvermögen" genannt und ist auf Grund einer von der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR behaupteten Zwangsmitgliedschaft der FDGB-Mitglieder zur Einziehung durch die Treuhandanstalt bestimmt. Zudem ist der Aufbau einer gewerkschaftlichen Infrastruktur ein Gewalttritt, der ohne massiven Einsatz von Finanzmitteln und bestens geschultem Personal gar nicht begonnen werden konnte und, wenn sofort begonnen, seine Zeit gedauert hätte. Die DGB-Gewerkschaften haben das dann exerziert.

Auf dem Kongreß erschien die Forderung nach einem Gewerkschaftsgesetz als eine tolle Errungenschaft. Wir konnten gar nicht verstehen, warum uns DGB-Gäste in Pausengesprächen beschworen, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Etwas später begriffen wir, daß die Wirksamkeit einer Gewerkschaft auf der Stärke der Willensbekundung und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder und gesetzlich allenfalls auf der im Grundgesetz verbrieften Tarifautonomie besteht. Darüber hinaus bitte keine Gesetzesschranken! Sollte sich damals jemand das Gewerkschaftsgesetz als goldenen Käfig eronnen haben? Bestens funktionierte das "Zweite-Reihe-Szenario" bei den Ressortinhabern. Sie versorgten wenig später ausgehebelte Funktionäre mit Stellen als Verwaltungsspezialisten. Wer also bei der Erneuerung einer Einzelgewerkschaft nicht zum Zuge gekommen war, offerierte ihr dann wenige Wochen später gepfefferte marktwirtschaftliche Preise für Mieten und Dienstleistungen namens der Vermögens- und Treuhandgesellschaft des FDGB.

Es klemmte bei einem Kandidaten für den Vorsitzenden. Wer dann über Nacht die bedauernde Helga Mausch als einzige Kandidatin aus dem Hut zauberte,

ist auch heute noch eine Frage wert. Bedauernd empfand ich sie, als sie mir Wochen nach ihrem Amtsantritt bei einem Spaziergang durch den Friedrichshain ihre Gewissensnöte bei dem schrecklich drastischen Personalabbau im FDGB schilderte. Ich hatte sie aus dem "Tischkasten" (Berliner Jargon für das noble FDGB-Haus am Märkischen Ufer), wie sie sagte, zum ersten Male wieder tagsüber an die frische Luft gebracht. Sie war die Gefangene im Zirkel derer, die ein genaues Konzept für das Überleben hatten.

In die letzte Phase des Kongresses war die Ankündigung des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow wie eine Bombe geplatzt, daß sich die Regierung um eine Konföderation mit der BRD bemühen werde. Das war der letzte verzweifelte Versuch, die DDR als eigenständigen Staat noch eine Weile zu retten. Die Motive werden ziemlich von denen verschieden gewesen sein, die die Bürgerbewegungen für ebendiese Konföderation erwärmten. Das Erlernen der Demokratie an den verschiedenen Runden Tischen hatte etwas rührend Hoffnungsvolles an sich. Als ich Gerd Poppe am Abend seiner Ernennung zum Minister für besondere (gedacht aber vielleicht für gar keine) Aufgaben spontan zu Hause gratulierte, empfand ich seinen Stolz, nun endlich zur Kenntnis genommen zu werden. Der war ihm zu gönnen. In Wahrheit war die Stimmung auf den Straßen schon vom "wir sind das Volk" in das "wir sind ein Volk" übergegangen. Das hatte ich als Augen- und Ohrenzeuge der Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl am 21.12.89 vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden deutlich mitbekommen. Doch wer konnte ahnen, daß der Weg zur staatlichen Einheit so schnell würde beschritten werden können? Und wer konnte ahnen, was uns die durch die weltpolitische Situation angeratene Eile an Unvollkommenheiten im Einigungsvertrag für Jahre danach an Fußangeln gelegt hatte.

Aber dies ist ein Vorgriff. Die erste Hauptvorstandssitzung der GW nach Erneuerungskonferenz und außerordentlichem FDGB-Gewerkschaftskongreß am 10.2.90 fixierte als dringendste Aufgaben: Neuwahlen in allen Gewerkschaftsgruppen und Einrichtungen, wo dies noch nicht geschehen war; Ausarbeitung der neuen Satzung; Umstellung der Beitragskassierung auf Listenkassierung mit sofortigem Verbleib von 60% des Beitrags in den Gewerkschaftsgliederungen der jeweiligen Einrichtung; Anlegen einer Mitgliederkartei; Ausgabe neuer Mitgliedskarten; Öffentlichkeitsarbeit; Schaffung von Bezirksgeschäftsstellen und damit Wegfall einer Funktionärebene. Dementsprechend waren die früheren Referatsleiter beim Zentralvorstand als Angestellte des Geschäftsführenden Vorstandes zur Sacharbeit verpflichtet worden. Innerhalb der ersten drei Wochen tat sich Phänomenales: Wen das Gewissen plagte, an der Malaise des FDGB mitschuldig zu sein, ging in seinen alten Beruf zurück oder wagte einen

beruflichen Neuanfang. Das verdiente meine Achtung. Wer sich dazu nicht durchringen konnte, hatte dennoch verstanden, daß für ihn wohl die Tage im Keller anbrechen würden und suchte die Geborgenheit bei seinen früheren Freunden, die es verstanden hatten, ihren Platz im Licht zu behaupten. Und dieses Licht strahlt für manche noch heute.

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden gesucht und eingestellt. Sie begannen zum Teil mit großem Engagement ihre Posten auszufüllen. Eine ganze Weile dauerte es aber noch, bis der verdeckte Mitarbeiter der "Firma Horch und Guck" (DDR-Deutsch für Ministerium für Staatssicherheit) nach massiver Kritik an seinem Organisationstalent und der Liebe zum Alkohol aufgab. Ich wüßte gern, ob sich das kurzlebige Nachfolgeamt für Nationale Sicherheit, das Modrow zu errichten sich nicht verkniff, wozu er aber möglicherweise auch massiv bedrängt wurde, jemals für mich interessiert hat. Gemessen an den Qualitäten dieses Spezialisten muß der frühere GW-Zentralvorstand ziemlich unverdächtig gewesen sein.

In den Februarwochen fanden in den Hochschulen, den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin Belegschaftsversammlungen statt, in denen der GW die Mithilfe bei der Kappung alter Seilschaften abgefordert wurde. Nicht überall hatte man so viel Courage, an den betriebsinternen Runden Tischen Rücktritte belasteter Leiter zu fordern und durchzusetzen. Ich empfand diese Wochen als eine Zeit unerhörter Freiheit. Die Demokraten der Tat und nicht des Palavers hätten sie wirklich revolutionär und dennoch unblutig nutzen können, wenn sie nicht so erschütternd wenige gewesen wären. Ich erinnere mich noch an meine stehende Redensart: "Ihr selbst seid die Gewerkschaft, nur was an der Basis durchgesetzt und durchgestanden wird, zählt! Habt Mut, probiert es, wer soll Euch jetzt daran hindern?". Ich erinnere mich an meine erste Mitarbeiterversammlung nach der Wahl in der heimatlichen Sektion. Gegen solche Töne hatten einige Glücksritter aus der Vergangenheit schnell das Lied von der akademischen Unantastbarkeit der Ordinarii auf den Lippen. Dabei waren sie selbst, und wußten es, mit Einervorschlag und richtigem Parteibuch nach SED-abgesegneten Kaderentwicklungsplänen berufen worden. Nun waren sie schnell parteilos geworden, gewissenlos waren sie eh schon gewesen. Aber auf ihre Ordination pochten sie und besetzten die entscheidenden Plätze in den neu gewählten Fakultätsräten, Senaten und Institutsleitungen. Sie nutzten ihre alten internationalen Verbindungen als Reisekader, um sich mehrwöchige, ja ganzjährige Studienaufenthalte im westlichen Ausland zu sichern. Die Kolleginnen und Kollegen fragten sich ohnmächtig, wer das vorbereitet, beschlossen und schließlich auch bezahlt hat.

Ein Jammer, daß wir den Aufbruch des Herbstes 1989 so wenig verinnerlicht hatten und schon müde wurden, bevor wir so recht munter geworden waren.

Die GW nahm Verbindung zur Kammer der Technik, der Berufsorganisation der Ingenieure, auf. Thema: wer vertritt welche spezifischen Interessen der Mitglieder, und wie lassen sie sich benennen und abgrenzen. Einige Wochen später war ein ranghoher Vertreter des Vereins deutscher Ingenieure VDI in Düsseldorf sehr darüber überrascht, von mir nach vereinten Aktivitäten von VDI und DGB gefragt zu werden.

In der zweiten Hälfte des Monats Februar kamen die ersten Kontakte mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands (im folgenden GV) der GEW zustande: Freundlichkeiten gepaart mit nützlichen kleinen Geschenken an Sekretariatstechnik. Nach dem "Erneuerungskongreß" der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) am 24./25.2.1990, einem Musterbeispiel des "Zweite-Reihe-Szenarios", das ich als Gast ebenso wie Gäste der GEW beobachten konnte, wurde die Haltung der GEW-Spitze zur GW merklich anders als zur GUE. Diese sah sich bald den Attacken einer Mitgliederabwerbung hin zu GEW-Gründungen OST ausgesetzt. Etwa zur gleichen Zeit hatte die ÖTV Mitglieder der GW in ihr Schulungsheim am Wannsee eingeladen, ohne vorher auch nur Kontakt zur GW-Führung zu suchen. So begann der Seitanz in die Vereinigung der Gewerkschafter, ob freundlich oder kühl.

Die nun schon dritte Hauptvorstandstagung der GW am 9./10. März 1990 einigte sich darauf, daß bis 1. April durch die neugewählten GW-Vorsitzenden in den Einrichtungen und die in der Region beheimateten GW-HV-Mitglieder die Personalauswahl für die Bezirksgeschäftsstellen getroffen würde. Die Entscheidungen fielen oft nur mit dünnster Mehrheit. Nach Hause geschickt wurde am Ende keiner. Nur an der Leipziger Universität wurden zwei alte Kameraden schlichtweg vergessen, da sie schon lange krank oder von der neuen GW-Leitung der Universität ignoriert worden waren. Die fällige Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses wurde verabsäumt, ob bewußt oder unbewußt, war nie herauszubekommen. So fanden sich die beiden im Spätsommer als noch zu Kündigende auf der Liste wieder, zum Groll des Vorsitzenden und der Leipziger Mitstreiter in Sachen GW-Erneuerung.

Nach ihrer Bestätigung als Angestellte des GW-HV fiel es den ehemaligen Bezirksvorsitzenden teilweise sehr schwer, ihre neue Rolle in Bescheidenheit zu spielen. Leider gaben einige ihre Loyalität zum HV auf, um ihr persönliches Glück in der sofortigen Übernahme als Gewerkschaftssekretäre in eine DGB-Gewerkschaft zu suchen.

Die Wahlen zur (dann letzten) DDR-Volkskammer am 18. März 1990 klärten, wohin die politische Entwicklung unter Führung der Block-CDU gehen würde, wenn auch nicht, wie schnell. Eine längere Wirkungsperiode der GW war nun zu bezweifeln. Dennoch übernahmen wir ein Schulungsheim in Feldberg/Mecklenburg, in dem bald die ersten neu gewählten Personalräte staunend in ihre Rechte und Pflichten von erfahrenen Westkollegen der GEW eingeführt wurden. Nach einer Pressekonferenz des Vorsitzenden der GEW, Dieter Wunder, in Ostberlin kam es zur ersten Begegnung mit dem Vorsitzenden der GW. Kurze gegenseitige Statements zur Absicht, sich kennenlernen zu wollen, waren der Anfang eines Dialogs.

In der guten Absicht, den neuen Landesverbänden der GEW Ost im Hochschulbereich zu helfen, kamen die ersten persönlichen Ost-West-Treffen von GEW-GW-Mitgliedern zustande. Wir erfuhren nun, wie aus der 68er Studentenbewegung die Bundesassistentenkonferenz seinerzeit den Anschluß an die GEW, eine aus dem Deutschen Lehrerverein hervorgegangene Gewerkschaft, gefunden hatte und daß der Bereich Hochschule und Forschung sich bis heute schwertut mit dieser noch immer im feeling einer Standesvereinigung verhafteten Organisation. Jetzt wurden auf einmal Chancen sichtbar, als Bereich Hochschule und Forschung eine eigenständige gewerkschaftliche Vertretung zu schaffen.

Die ÖTV sah das ganz anders. Mit der GEW über einen in Berlin (West) abgebrochenen Streik der Beschäftigten in Kindertagesstätten im Hader, erklärte sie aus dem Mund ihrer Vorsitzenden, Monika Wulf-Mathies, im Ostberliner Büro: wir können das allein, wozu die GEW?

Schließlich besuchten mich honorige Herren der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft DAG. Warum nicht eine gewerkschaftliche Vertretung außerhalb des DGB anstreben? Der Vorsitzende der DDR-Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen, Sigmar Treibmann, schlug dies seinem Hauptvorstand vor und scheiterte. Er trat zurück. Der Versuchsballon einer Befreiung aus etablierten Strukturen, auch aus dem FDGB, war geplatzt.

Die GW versuchte immer wieder, ihren Mitgliedern die Vorzüge einer Gewerkschaft für den Organisationsbereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung zu vermitteln. Dazu nutzte sie die Schulung von Personalräten zu Fragen der Mitbestimmung, zur Frauenförderung und zur Tarifpolitik. Wir erkannten, daß wirksame Interessenvertretung in diesem für Gewerkschaftsarbeit eher untypischen Bereich sehr wohl dann möglich ist, wenn hochschul- und forschungspolitische Sachkompetenz vorhanden ist. Dann ist eine Gewerkschaft auch als Bündnispartner der akademischen Selbstverwaltungsgremien akzeptiert und hilft, die Kräfte im immerwährenden Kampf um effizientere Hochschulsatzungen,

zeitgemäße Hochschulgesetze und vor allem um das liebe Geld zu bündeln. Je mehr wir Einblick in die Verhältnisse der überlaufenen westdeutschen Hochschulen erhielten, je deutlicher uns wurde, daß große Überschreitungen der Regelstudienzeiten und hohe Abbrecherquoten auch durch die Studienbedingungen zu erklären waren, um so besser verstanden wir, daß das westdeutsche Hochschulsystem von unseren westdeutschen Kollegen (und nicht nur Gewerkschaftern!) als dringend reformbedürftig angesehen wurde. Wir lernten engagierte Menschen kennen, die in höchste Hochschulämter gewählt oder bestellt worden waren und die gewerkschaftliche Aktivitäten durchaus z.B. mit ihrem Präsidentenamts an einer Universität zu vereinbaren wußten.

### **Der Weg zur Gewerkschaftseinheit**

Gewerkschaftseinheit wird hier als dritter Begriff für die Aufgabe der Vereinigungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht eingeführt. Das zeigt indirekt, wie schwierig das Metier damals war und wie verschieden es angepackt wurde.

Auf Initiative der GW saßen Ende März die Vorsitzenden aller DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum ersten Male an einem Tisch, um ihre Verhandlungen mit der ÖTV zu koordinieren. Gegenstand von Beratungen im Ostberliner Büro der ÖTV oder beim HV in Stuttgart waren praktische Schritte zum mittelfristigen Hinüberwachen der DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in eine gesamtdeutsche ÖTV. Nach den mehr oder weniger gelungenen Erneuerungsprozessen hatten die Einzelgewerkschaften der DDR noch erstaunlich große Mitgliederzahlen. Verglichen mit den Mitgliederzahlen der Westgewerkschaften drohte eine Majorisierung durch Ostmitglieder, sollte es zu einer Vereinigung der Gewerkschaften durch Zusammenschluß kommen. Ob wir verlässliche Verhandlungspartner aus Sicht der ÖTV seien, darüber wird man wohl im GV der ÖTV in Stuttgart oft gestritten haben. Denn man fuhr eine Doppelstrategie: in den Bezirksstädten der DDR wurden Büros der ÖTV eröffnet, die die Gewerkschafter aufnehmen sollten, die von den, wenn auch erneuerten, DDR-Gewerkschaften nichts mehr hielten. Diesem verständlichen Ziel und der wünschenswerten Verbreitung dessen, was eine DGB-Gewerkschaft kann und will, näher zu kommen wurden aber zum Teil auch Mitgliederabwerbeaktionen mit zweifelhaften Methoden gestartet. Die Parallelstrategie des Hinüberziehens der Mitglieder in die ÖTV sollte nach hinreichender Zeit die DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von selbst verschwinden lassen. Dann hatte man die Mitglieder und brauchte keinerlei Zugeständnisse an die Übernahme von Funktionären zu machen. Mir machte bei den Verhandlungen vor allem Sorge, daß der Organisationsbereich Hochschule und Forschung innerhalb der riesigen

ÖTV einen recht niedrigen Stellenwert hatte und sich das durch Beitritt von Mitgliedern der GW nicht entscheidend ändern würde. Selbstverständlich gibt es auch in der ÖTV kompetente Persönlichkeiten aus diesem Bereich. Doch für das Maß an Aufwand gilt die Zahl an Mitgliedern innerhalb der Gesamt-ÖTV. Ein solcher Proporz wird diesem so sensiblen Bereich nicht gerecht.

Die Parallelstrategie wurde dann durch die Schnelligkeit der Entscheidungsfolge zur Herstellung der Einheit Deutschlands ineffizient, ja ironischerweise drängten schließlich einige Vorsitzende von DDR-Öffentlicher Dienst-Gewerkschaften in einer kritischen Pressekonferenz den GV der ÖTV zur Eile beim Aufbau der Strukturen im Osten. In der Situation des August 1990 die gewerkschaftliche sommerliche Arbeitsruhe wie in anderen Jahren zu pflegen, das konnten wir nicht verstehen. In Stuttgart galt die Aufforderung als das Äußerste an Aufmüpfung der "Partner" im Osten.

Tatsächlich ist es später nur in Ausnahmefällen den Erneuerungsträgern in den DDR-Gewerkschaften gelungen, höhere Positionen in den dann gesamtdeutschen DGB-Gewerkschaften zu erringen. Der Weg einer Gewerkschaftsvereinigung wurde nur von der IG Chemie versucht, und zwar im Sommer 1991 (!) unter dem im DGB als rechts stehend geltenden Hermann Rappe.

Die Zusammenarbeit mit der GEW im Bereich Hochschule und Forschung gestaltete sich nach vielen Einzelbegegnungen auf der Ebene der Partnerländer wie auch des GEW-Fachgruppenausschusses Hochschule und Forschung bald vertrauensvoll-partnerschaftlich, ja freundschaftlich. Man "konnte miteinander", mochte sich, lernte zuhörend und im Streit. Hier beflügelte Optimismus unsere Schritte in die Zukunft. Ein gemeinsamer Arbeitsausschuß GEW/GW zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit beriet den Weg zu Organisationsformen der gesamtdeutschen gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Hochschul- und Forschungsbereich. Unermüdlich in seiner Antriebskraft und mit immer neuen Ideen hat Gerd Köhler, Referatsleiter Hochschule und Forschung und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, in Frankfurt/Main die gemeinsame Sache vorangebracht. Unser Vertrauensbonus bei der GEW war vor allem groß genug, daß wir aus den Querelen der GEW-Landesverbandsgründungen Ost mit der DDR-Lehrergewerkschaft Unterricht und Erziehung herausgehalten wurden.

Zur gewerkschaftlichen Vereinigungspolitik auf der Ebene FDGB - DGB sei hier nur wenig vermerkt. Den Ergebnissen des FDGB-Erneuerungskongresses mißtraute man in Düsseldorf zutiefst. Da ein Wechsel des DGB-Vorsitzenden bevorstand, der reguläre nächste DGB-Kongreß für Mai 1990 lange vor dem Herbst 89 einberufen worden war, und intensive Vorbereitungen bis hin zu einer

Diskussion der Organisationsstruktur des DGB liefen, verwunderte die abwartende Haltung des DGB zunächst nicht. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit traf sich mehr aus Höflichkeit mit der neuen FDGB-Spitze.

Fahrt kam erst dann in die Sache, als der auf dem Erneuerungskongreß ausgebliebene Umsturz nachgeholt wurde, indem sich die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften der Bevormundung durch die Ressortinhaber im Dachverband und der von diesen kaltgestellten Vorsitzenden Helga Mausch politisch entledigten und einem "Sprecherrat der Gewerkschaften" die Leitung des Dachverbandes übergaben. Alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften wurden danach von Ernst Breit zum DGB-Gewerkschaftstag nach Hamburg eingeladen und endlich kamen auch Gespräche über die Grenzen der Partnergewerkschaften hinaus zustande. Der Kongreß hatte jedoch nicht die Kraft, neue Organisationsstrukturen und den Vereinigungsprozeß im Zusammenhang anzupacken. Das Erste wurde von der Tagesordnung genommen und verschoben, es stellt sich heute als immer dringender werdende Aufgabe dar. Das Zweite wurde mit der damals allgegenwärtigen Unsicherheit in der Beurteilung der zeitlichen und inhaltlichen Konsequenzen aus der Situation der sich Bahn brechenden deutschen Einigung "andiskutiert".

Hätten aber nicht wenigstens die Vorsitzenden von ÖTV und GEW ein Zeichen setzen können und den Organisationsbereich Hochschule und Forschung nach jahrelangen fruchtlosen Ansätzen in der Zuordnung regeln können? Eine solche Vision schwebte den inzwischen leidenschaftlich für eine starke gewerkschaftliche Organisation eintretenden aktiven Kräften der erneuerten GW vor. Die Verantwortlichen von ÖTV und GEW konnten nicht über ihren Schatten springen. Natürlich: es mußte schnell gehen, der 3. Oktober 1990 markierte das bevorstehende Ende der DDR und danach standen gewaltige soziale Probleme an. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften standen bei den DDR-Bürgern unter einem gewaltigen und sicher auch schon unerfüllbaren Erwartungsdruck. Dieser wurde von ÖTV und GEW bereits durch die Unfähigkeit enttäuscht, ein Fundamentalprinzip der Gewerkschaftsarbeit, eben jenes "eine Einrichtung - eine Gewerkschaft!" zu achten. Strukturen nach diesem Prinzip in dieser einmaligen Situation in allen Bundesländern endlich herzustellen, war die historische Chance für GEW und ÖTV für den Organisationsbereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung. Sie ungenutzt verstreichen zu sehen, war eine bittere Erfahrung für die Mitglieder der GW.

Zur Hauptvorstandstagung der GW am 15./16. Juni in Feldberg folgten Dieter Wunder, Vorsitzender der GEW, und Wolfgang Warburg, stellvertretender ÖTV-Vorsitzender und zuständig für den Wissenschaftsbereich, der Einladung der

GW, gemeinsam über die Gewerkschaftseinheit zu beraten. Herauskam, daß jeder die traditionellen Vorzüge seiner Gewerkschaft darstellte. Mit dem Werben um Mitglieder war damit das Schlachtfest der GW eröffnet. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Britta Naumann, eine anerkannte Praktikerin der Gewerkschaftsarbeit, sagte danach, es sei schon gar nicht mehr interessant, in welche der beiden Gewerkschaften die GW-Mitglieder gingen, wenn sie nur überhaupt Gewerkschafter blieben. Die heutigen Mitgliederzahlen bestätigen ihre unterschwelligen Befürchtungen. Mehr noch: Gewerkschafter der GW, die in Hochschulen und Forschungsinstituten die ersten Personal- bzw. Betriebsratswahlen souverän gegen DAG und freie Listen aufgrund ihres hervorragenden Kandidatenangebots auf einer mehr formal so benannten GEW-ÖTV-Gemeinschaftsliste gewannen, sehen sich heute einer zumeist von Stuttgart aus entschiedenen Konkurrenzsituation mit allen damit verbundenen hämischen Anwürfen ausgesetzt, die selbst alte Freundschaften zerbrechen läßt. Eine gemeinsame Liste dagegen würde eine Personenwahl bringen. Ein so gewähltes Personalratsmitglied darf sich sicher sein, daß es seinen Sitz ausschließlich durch das Vertrauen der Kollegen errungen hat. Getrennte Listen entstehen in ihrer Reihung unter Berücksichtigung ganz anderer Aspekte. Treue zur Gewerkschaftslinie und Belohnung mit einer zeitweiligen Unkündbarkeit sind nicht die letzten...

#### **Praktische Gewerkschaftsarbeit in den letzten Monaten der DDR**

Die unmittelbaren Ansprechpartner der de Maizière-Regierung für die GW waren Bildungs- und Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer, zuständig sowohl für die Schulen wie für die Hochschulen, und Forschungsminister Frank Terpe, zuständig insbesondere für die in der Akademie der Wissenschaften konzentrierte Forschung.

Gegenüber Minister Meyer entwickelte die GW bald Gedanken zu einem Sozialtarifvertrag, der die zu erwartenden Folgen eines drastischen Personalabbaus in Hochschulen und Forschungsinstituten für die Betroffenen mildern sollte, selbstverständlich für die aus der Vergangenheit Unbescholtenen. Die Regierung beschloß zuerst die Abwicklung der Sektionen für Marxismus-Leninismus. Deren Angehörige hatten flächendeckend in alle Wissenschaftsbereiche die "einzig wissenschaftliche Weltanschauung" und den gesellschaftspolitischen Optimismus der "Sieger der Geschichte" hineinzutragen. Kein Promotionsverfahren lief ohne Nachweis des Studiums von tausenden Seiten der "Klassiker" und Prüfungen darüber. Ein Nichtbestehen riskierte keiner der Aspiranten, er wäre dann selbst mit der besten Dissertation etwa in Quantenphysik nicht zum Zuge gekommen.

Die "Fachkräfte" aus der ML-Sektion verabreichten auch die monatliche Rotlichtbestrahlung des Lehrkörpers, genannt ML-Weiterbildung. Kurz: sie waren als Institution gründlich verhaßt. Aus westdeutschen linken GEW-Kreisen wurde die Abwicklung damals vollmundig als Neuauflage der Berufsverbotspraxis gegen Kommunisten im Öffentlichen Dienst an den Pranger gestellt. Dem konnte der größte Teil der GW-Mitglieder nicht folgen und sah mit Entsetzen, daß sich dann beim Übertritt in eine der beiden Gewerkschaften GEW oder ÖTV eine politische Spaltung an dieser Argumentation festmachte. Ich hoffe, daß es heute an den ostdeutschen Universitäten noch immer möglich ist, einen Philosophen anzutreffen, der die Marx'sche politische Ökonomie und Lenins Revolutionstheorie lehrt. Für international renommierte philosophische Koryphäen war ja wohl die Abwicklung der ML-Sektionen nicht gedacht. Wie sich aber viele von deren Mitgliedern flugs noch vor Beginn der Abwicklung in andere Sektionen flüchteten, das demonstrierte den Überlebenswillen der Betroffenen.

Die GW saß mit am Ministertisch, als von akademischen Berufsverbänden die generelle Abberufung aller DDR-Professoren gefordert wurde. Eine solche blinde Radikalität lehnten wir, wie der Minister, ab. Daß es sehr schwierig werden würde, objektive Kriterien für schuldhaftes Verhalten in der Vergangenheit zu entwickeln, war allen am Thema Beteiligten klar. Uns schwebten Ehrengerichte akademischer Gremien vor, auch Regelüberprüfungen auf Staatssicherheitsdienst-Zu- und -Mitarbeit. Heute sind die Hauptpersonalräte, und damit Gewerkschaftsvertreter, auch an Kündigungsverfahren in Fällen, die eine weitere Beschäftigung im Öffentlichen Dienst nicht mehr zumutbar erscheinen lassen, beteiligt. Heute müssen sie eine übereifrige Ministerialbürokratie bremsen, die nicht verstehen will, daß ein Arbeitsrichter im Kündigungsprozeß beweiskräftige Fakten fordert. Dieselbe Ministerialbürokratie plant aber Millionen für Gerichtskosten ein und ist bereit, Vergleichen mit hohen Geldbeträgen zuzustimmen. Was dabei herauskommt, spricht jedem Bemühen Hohn, Recht und Gerechtigkeit unter einen Hut zu bekommen.

Der neugewählte Präsident der Akademie der Wissenschaften, der Mediziner Horst Klinkmann, bedankte sich bei der GW, die anläßlich einer internationalen Tagung die Öffentlichkeit durch ein Protestmeeting auf die Lage der Akademieinstitute aufmerksam machte. Das mag dazu beigetragen haben, daß sich nach anfänglicher Rede von der "Wissenschaftswüste DDR" die Kaltschnäuzigkeit einiger einflußreicher westlicher Evaluatoren bremsen ließ.

Die leiseren Stimmen der um Objektivität bemühten Fachleute äußerten sich nach ihren Evaluationen z.T. erstaunt über das Niveau von Methodik, Handwerkszeug und Improvisationskunst. Das Moratorium zur behutsamen Umstruk-

turierung und teilweisen Abwicklung der Akademie der Wissenschaften war ein greifbarer kleiner Erfolg. Das Eingliederungsprogramm von AdW-Mitarbeitern in die Hochschulen war ohne die Rechnung der künftigen Wirte, der Landesfinanzminister, gemacht worden. Bis heute ist kein Rektor aus freien Stücken bereit, eigene Kräfte zu entlassen, um ehemaligen AdW-Mitarbeitern Versprechungen der letzten DDR-Regierung zu erfüllen.

Die GEW war auch geladen, als Anfang Juli (!) 1990 die DDR-Rektorenkonferenz zum ersten Male nach der Wende und zum letzten Male während ihres Bestehens an "traditionsreicher Stätte" in Gosen bei Berlin (in der ehemaligen zentralen Schule der Stasi) zusammentrat. Es war eine Konferenz, die in ihrer Zusammensetzung und ihrem Gestus so konservativ war, daß von ihren Köpfen wahrlich keine Hochschulerneuerung erwartet werden konnte. Das kann nicht nur am "genius loci" gelegen haben: in diesem Gremium war bis dahin wirklich so gut wie nichts passiert. In Erinnerung geblieben ist mir die Ansprache des Vorsitzenden der westdeutschen Rektorenkonferenz, Hans-Uwe Erichsen, der eine großzügige Geste der Aufnahme ostdeutscher Rektoren noch vor der Einheit offerierte. Und ich erinnere mich an geistvoll-ironische Redebeiträge des neugewählten Rektors der Ingenieurhochschule Mittweida, Reinhard Schmidt. In Mittweida hatte ein beherzter Lehrkörper und eine aufgeweckte Studentenschaft gehandelt, noch ehe sie von oben dazu aufgefordert waren. Im besten Sinne erwarben sie sich damit das Vertrauen, mit dem sie bereits im Sommer 1991 den Aufbau der ersten Fachhochschule auf ehemaligen DDR-Boden beginnen konnten.

Die etablierten Wissenschaftsvertreter waren damals so gut wie alle aus dem Holz kalt berechnender Karrieristen geschnitzt, wie sie natürlich auch im Westen zu finden sind. Bei schnell heruntergespielter politischer Verantwortlichkeit für den Zustand von Hochschulen und Wissenschaft verstanden sich diese Herren schnell, vollständig und gründlich. Sie waren Webmeister für das Netz der ost-westdeutschen Seilschaften, das es offenbar vielen Kompromittierten auch in Zukunft noch möglich machen wird, ihre Karrieren ohne Knick fortzusetzen. Von persönlicher Integrität, von Einsichtsfähigkeit in ihre Verstrickungen in das vergangene System, gar von stiller Scham und einem Bemühen um Gesten der Wiedergutmachung will ich gar nicht reden angesichts einer politisch führenden Klasse, die von Börgerende bis Oberammergau sehr großzügige Ansichten von Vorteilsnahme und Verantwortung vor den Bürgern äußert.

Wir wußten: es wird zu massiven Entlassungen auch unbescholtener Fachleute aus Gründen von Stellenstreichungen kommen. (Die sprachliche Fassung "aus Mangel an Bedarf" ist so widerwärtig und heuchlerisch angesichts von Überlast

und Anonymität des Massenbetriebs an den deutschen Universitäten, daß ich hier den genialen Deuter sprachlicher Vernebelung, Victor Klemperer, zitiere. Sein Motto war: "Sprache, die für dich dichtet und denkt...", Goethe.) Die GW handelte mit den Tariffachleuten der zuständigen Ministerien einen Sozialtarifvertrag unterschriftsreif aus. Die Unterzeichnung wurde am letztmöglichen Tag, dem 30. Juni 1990, vom DDR-Innenminister Reichenbach untersagt. Einen Tag später galt infolge des Inkrafttretens der Währungsunion bereits BRD-Tarifrecht. Es dauerte dann bis Sommer 1992, daß Komponenten unseres damaligen Vorschlages in einen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst Ost einfließen, z.B. Abfindungen.

Auch Koalitionen wurden gesucht. Die GW brachte im Mai 1990 das erste Treffen von Vertretern der DDR-Volkskammerfraktion der SPD mit Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften in der DDR zustande.

Die Reserviertheit der Ost-SPD gegenüber den erneuerten DDR-Gewerkschaften war massiv. Es lockerte sich erst gegen Ende ihrer Existenz anläßlich des Vereinigungsparteitages der SPD im September 1992 in Berlin.

Ich erinnere mich auch gern an einen Abend in Königswinter, wo ich mit Ulf Fink, dem Vorsitzenden der Christlichen Sozialausschüsse und dann schon stellvertretendem DGB-Vorsitzenden, im Kreise von Gründungsmitgliedern solcher Ausschüsse aus der DDR aktuelle Gewerkschaftsarbeit diskutierte.

Mit dem damaligen Gastprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, Kurt Biedenkopf, tauschte ich Gedanken zur Mitbestimmung in einer reformierten Hochschullandschaft aus. Zur verabredeten Fortsetzung des Dialogs kam es nicht mehr, da war er bereits aussichtsreicher Kandidat für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Und die GW machte auch noch erste Erfahrungen in Tarifverhandlungen. Die Gesprächsführung oblag bereits der ÖTV, die das böse Spiel getrennter Tarifverhandlungen für Ost / West hinnahm. Auch hier liegt eine Zeitbombe für den sozialen Unfrieden, die von den Gewerkschaften schleunigst entschärft werden sollte, und sei es um den Preis einer schlimmen Prozentrelation in der unterschiedlichen Bezahlung Ost/West. Aber gemeinsam verhandelt und sofort für jedermann vergleichbar!

### **Das Ende und doch noch kein Ende**

Am 29. September 1990 tagte die Zentrale Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft als Auflösungskonferenz. Die Gäste von GEW, Dieter Wunder, und ÖTV, Wolfgang Warburg, fanden freundliche Worte für das Er-

reichte. Die Vergabe unseres bescheidenen Neuvermögens fiel leicht: Sachwerte an die neuen GEW-Landesverbände Ost, Geldspenden für Kinder aus Tschernobyl, alles andere in Geldwerten an die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung zur Förderung arbeitsloser DDR-Wissenschaftler, Rückforderung des der GW zustehenden Vermögensanteils des FDGB.

Heutiger Stand: die GW in Liquidation ist von der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Sequester gestellt. Die Treuhandanstalt muß jeden finanziellen Geschäftsvorgang genehmigen. Beide sind der Ansicht, daß der GW kein Altvermögen des FDGB zusteht und das restliche Geldvermögen erst freigegeben wird, wenn die Verrechnung mit Zahlungen, die die Vermögens- und Treuhandgesellschaft des Dachverbandes FDGB an die GW 1990 geleistet hat, stattgefunden hat. Dieses Geschäft verläuft langsam, was hauptamtliche Liquidatoren verständnisvoll hinnehmen, die ehrenamtlichen Liquidatoren der GW aber immer mehr verärgert, schwindet doch dadurch die Substanz dahin.

### **Rückblick und Ausblick**

Die große Chance, 1990 eine einheitliche Gewerkschaftsstruktur für den Wissenschaftsbereich zu schaffen, wurde vertan. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Wissenschaftsbereich wurde entscheidend geschwächt.

Kommt es zur Organisationsreform des DGB, so plädiere ich für eine *einzigste Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes*, deren Säulen dann relativ selbständige Sektoren wie kommunale und bundesstaatliche Ämter, Bahn, Post, Schulen, Forschungsinstitute, Universitäten, kommunale Dienstleistungen u.ä. sind (Vorbild: Österreich). Auf dem Weg dahin wünschte ich mir eine GEW, die sich vom Hickhack ums procedere, von lächerlichen Kleinkriegen zwischen den Angehörigen der vier Säulen der GEW (Lehrer, Wissenschaftler, Sozialpädagogen, Weiterbildungsmitarbeiter) trennt und ihre tonnenschwere Berichtsflut eindämmt. Und ich wünschte mir eine bedeutend weniger zentralistische ÖTV, die nicht mehr in Stuttgart darüber entscheidet, ob an der TU Dresden DGB-Schwester-gewerkschaften bei Personalratswahlen zusammenarbeiten sollen.

## **DIE MINISTER**

**Interview mit Hans-Heinz Emons,  
DDR-Bildungsminister  
von November 1989 bis April 1990**

*Herr Professor Emons, wir möchten Sie zu Ihrer Arbeit als Minister in der Modrow-Regierung interviewen. Angenehm wäre, wenn Sie sich zunächst vorstellen könnten, uns sagen, wer Sie sind, in welcher Disziplin Sie arbeiten oder gearbeitet haben, bevor Sie Minister wurden, und wo Sie heute arbeiten.*

**Emons:** Mein Name ist Hans-Heinz Emons, Jahrgang 1930. Von Haus aus bin ich Chemiker, speziell für die Gebiete der anorganischen und anorganisch-technischen Chemie. Nach einer kurzen Lehre studierte ich an der damaligen TH in Dresden, wobei ich das Studium eine gewisse Zeit unterbrechen mußte und in einem Betrieb in Gölzau gearbeitet habe. Ich war dann zunächst in Dresden Assistent, promovierte 1957 und war anschließend kurze Zeit in Dresden Oberassistent am Anorganischen Institut sowie Abteilungsleiter des Fernstudiums Chemie der TH. Am 1. 1. 1959 ging ich an die damals ja noch recht junge TH Leuna-Merseburg. Dort habe ich mich 1962 habilitiert und wurde im gleichen Jahr Dozent für anorganische Chemie. Dann wurde das Gebiet Chemie und Technologie der Mineralsalze frei, ohne daß es einen unmittelbaren Nachfolger gab. Ich bin ein Jahr in die Kali-Industrie gegangen, wo ich u.a. als Betriebsleiter an der Werra gearbeitet habe. Anschließend kam ich nach Merseburg zurück, habe das Institut übernommen und wurde 1965 zum Professor mit Lehrauftrag berufen. Von 1968 bis 1988 war ich ordentlicher Professor für anorganische bzw. anorganisch-technische Chemie, bis Herbst 1975 in Merseburg und von 1975 bis 1988 an der Bergakademie in Freiberg. Ich war von 1966 bis 1968 Dekan der Fakultät für Stoffwirtschaft und von 1968 bis 1975 Rektor. Danach habe ich den entsprechenden Wissenschaftsbereich in Freiberg geleitet und war 1982 bis 1988 Rektor in Freiberg. 1988 wurde ich zum Vizepräsidenten für das Wissenschaftliche Leben der Akademie der Wissenschaften gewählt und berufen. In diesem

Amt war ich bis November 1989 tätig. Ja, und dann wurde ich innerhalb von zwei Stunden Minister für Bildung.

Das war also eine Blitzgeburt. Am Abend vorher lief ja noch der Name eines anderen Kandidaten über den Bildschirm, der für diese Funktion vorgesehen war - Dr. Posner. Was sich dann alles abgespielt hat, kann ich nicht sagen. Jedenfalls bekam ich nachts einen Anruf, daß ich bitte - es war freitags - am Sonnabendfrüh um sieben Uhr in Berlin sein möge. Dort wurde mir kundgetan, daß der bisherige Vorschlag nicht ginge. Die FDJ-Fraktion protestierte sehr stark gegen die Ablehnung ihres Vorschlages. Um neun Uhr begann die Volkskammersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der damalige Volkskammerpräsident, Herr Maleuda, einen Brief des Ministerpräsidenten bekannt, in dem er diesen Wechsel dem Hohen Haus unterbreitete. Das Amt übte ich - wie Sie wissen - vier Monate aus, inoffiziell noch einen Monat als amtierender Minister. Im Anschluß habe ich mich wieder zu meiner Arbeitsgruppe an das noch existierende Zentralinstitut für anorganische Chemie der Akademie zurückgezogen. Das war sowieso vorgesehen. Die Arbeitsgruppe war schon im Aufbau, aber natürlich etwas auf Sparflamme, da ich in den anderen Aufgaben recht neu war. Durch den Einigungsvertrag mit der Auflösung der AdW bin ich nun seit dem 31.1.1992 verkappter Arbeitsloser, sprich im Altersübergangsgeld. Das wäre so ganz schnell dazu gesagt.

*Das hört sich also alles wie eine Bilderbuch-DDR-Karriere an. Heißt das, daß Sie Mitglied der SED waren?*

**Emons:** Ich war Mitglied der SED, jawohl, seit 1952, und seit 1950 Kandidat. Parteifunktionen hatte ich in der Regel in Verbindung mit meinen staatlichen Funktionen. Ich glaube, ich bin nicht einmal in ein Gremium gewählt worden, wenn es nicht mit der staatlichen Aufgabe gekoppelt war, die ich gerade hatte, war z.B. auch auf keiner Parteischule. Ich stamme aus keiner Familie, wo das Proletarische Vorgabe war. Sondern ich bin 1950 aus Überzeugung, auch infolge unserer Tätigkeit nach 1945 im Antifaschistischen Jugendausschuß und in der FDJ, in die Partei gegangen. Das war für mich nie ein einfacher Weg, wofür zeitweilige Exmatrikulation, Parteistrafe u.ä. sprechen würden. Aber ich bin nicht dafür, heute über diese Schwierigkeiten zu reden, sonst denken manche, man wolle ein Wenn und Aber, vielleicht eine innere Gegnerschaft daraus ableiten. Das wäre falsch, aber jede Gesellschaft hat ja mit Intellektuellen und Individualisten so ihre Probleme, auch wenn sie mit der jeweiligen Ideologie grundsätzlich konform gehen.

Ich würde dennoch in Anspruch nehmen, daß das wenigste der Karriere - das mag bei der einen oder anderen Funktion anders gewesen sein - etwa nun

primär die Frage der Parteizugehörigkeit war. Sie haben gesehen, ich habe sehr zeitig bei exzellenten Leuten in Dresden diplomiert, promoviert, habe mich sehr zeitig habilitiert, bin also mit 32 Jahren Hochschullehrer geworden. Das war in der Chemie nun nicht unbedingt so üblich, aber auch nicht einmalig und hatte mit Partei nichts, sondern vielleicht doch etwas mit Können zu tun. Dabei habe ich stets die Synthese zwischen Theorie und der Praxis gesucht, bin also fast in jedem oder nach jedem Abschnitt - selbst als Dozent noch einmal - in die Praxis gegangen. Das erste Mal war es nicht freiwillig. In vierzig Jahren gehört es dazu, daß es auf und ab geht. Nicht unbedingt immer so hart. Und wenige Monate, bevor ich zum Rektor in Freiberg gewählt wurde, wollten einige Leute, daß ich ein Verfahren wegen meines Verhaltens zu meinen "Westkontakten" bekomme. Aber das ist unwichtig. Die Probleme ergaben sich einfach aus meiner sehr frühen internationalen Akzeptanz. Ohne es überbewerten zu wollen, ich habe etwa 300 Veröffentlichungen in internationalen und nationalen Zeitschriften publiziert, habe über 30 Patente, bei denen ich das Glück hatte, daß auch einige realisiert worden sind. Ich habe zehn, zwölf Bücher bzw. Monographien mit Kollegen und Mitarbeitern geschrieben, was übrigens generell gilt. Es gibt sehr wenige Arbeiten, über denen nur mein Name steht. Das führte dazu, daß ich schon Mitte der 60er Jahre, als die Kaliindustrie in Kanada aufgebaut wurde, von den Kanadiern für einen längeren Zeitraum eingeladen wurde. Das klappte damals nicht.

Mein Bestreben war - sowohl persönlich als auch gemeinsam mit meinen Mitarbeitern - in den 40 Jahren etwas Gescheites, etwas Akzeptables zu machen, etwas zu leisten, was über den Zaun der entsprechenden Institution oder der DDR hinausging. Denn ich war und bin der Meinung - und ich glaube, das hat sich bestätigt -, daß das Maß aller Dinge das internationale Niveau bzw. die internationale Anerkennung ist und nichts anderes. Das war nicht sehr leicht unter unseren Bedingungen. Sicher, mit einigen Kompromissen konnte man, wenn man wollte, eine gewisse Sturheit besaß und vielleicht auch eine gewisse Konsequenz und Individualität demonstrierte, manches erreichen. Sicher nicht ohne Grund wurde ich zum Auswärtigen Mitglied der Norwegischen Akademie der Wissenschaften und Literatur, zum Mitglied der Königlich-Norwegischen Akademie der Wissenschaften und Künste Trondheim, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin - dann AdW der DDR - gewählt, erhielt Ehrendokorate in damals Leningrad, in Österreich und in Deutschland. Das kam auch nicht so spät. Ich war 45, als ich das erste Ehrendokorat verliehen bekam, und das hat natürlich einem selbst und der Arbeitsgruppe den Rücken freigehalten, so daß meine Leute auch weitergekommen sind. Ich habe etwa einhundert Doktoran-

den A und B zum Abschluß geführt. Ein großer Teil hat zeitweilig im Ausland gearbeitet, bei meinen Partnern. Das hat dann geklappt, wenn man konsequent war und die Leute genauso nach Moskau, Warschau, Prag, Bratislava oder Leningrad geschickt hat, und nicht nur immer darauf bestand, daß sie nach Oslo, Trondheim, Kopenhagen oder Clausthal gingen, wo sie auch waren. Das war so in etwa das Ergebnis.

Seit dem 1. Februar 1992 kombiniere ich "Privatgelehrter" und Hausmann. Ich war im Mai einen ganzen Monat zu Gastvorträgen und Vorlesungen in Amerika und bin jetzt auf dem Wege, das Herbstsemester mit acht Stunden wöchentlich speziell für Doktoranden und Postdocs am Institut für anorganisch-technische Chemie der TU Bratislava zu gehen. Wenn es klappt, werde ich im Frühjahr in Bulgarien und im Herbst dann das dritte Mal für ein Semester in Norwegen sein.

*War die Bereitschaft in der Verwaltung von Wissenschaft am höchsten Punkt, als Minister Verantwortung zu übernehmen, auch motiviert durch die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit Wissenschaft?*

**Emons:** Ja. Aber ich muß sagen, motiviert ist ein ganz gefährliches Wort an dieser Stelle. Für mich war das eine Entscheidung in knapp fünfzehn Minuten. Ich war mit meiner Frau gerade drei Wochen aus Norwegen zurück. Wir waren ein Vierteljahr in Norwegen gewesen und haben vieles, was hier stattgefunden hatte, nicht erlebt. Ich hatte noch am Donnerstag die Plenarsitzung der Akademie geleitet, wo es ziemlich lebhaft zugeht und wir auch die Rehabilitation u.a. von Havemann beschlossen. Am Freitagabend bin ich nach Hause gefahren. Dort kam, wie schon erwähnt, gegen elf, halb zwölf ein Anruf, daß ich am nächsten Morgen, dem 18. November, um sieben Uhr in Berlin sein sollte. Hier wurde mir eröffnet, daß ich diese Aufgabe übernehmen sollte. Hans Modrow war dafür, auch unter dem Aspekt, daß, falls kein Kandidat für den Minister für Bildung gefunden wird, der bei den sich nun doch etwas selbständiger demonstrierenden Parteien im Haus Zustimmung findet, es zu keiner komplexen Abstimmung über den Ministerrat kommt. Wie eine Einzelabstimmung gelaufen wäre, war nicht so sicher. Es waren ja in der ersten Runde - bis es dann im Dezember zu einigen Auswechslungen kam - noch mehrere Kandidaten aus der Stoph-Regierung dabei. Das war schon eine gewisse moralische Verpflichtung, denn Zeit für lange Personaldiskussionen gab es auf Grund der Gesamtsituation im Lande nicht.

Die zweite Seite war - das streite ich nicht ab - die Herausforderung bezogen auf das Ministerium für Bildung, das es ja in der DDR bis dahin nicht gegeben hatte. Ich hatte es als eine der negativen Situationen in der DDR empfunden, daß es kaum eine gemeinsame Sprache zwischen dem Ministerium für Volksbildung

und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gab. Da war weitgehend Funkstille. Es gab z.B. wenig Schwierigkeiten, Fachminister, Industrieminister oder den Staatssekretär der Plankommission nach Merseburg und später nach Freiberg zu Diskussionen einzuladen. Es ist jedoch nie gelungen, aus dem Bereich der Volksbildung dafür einen kompetenten Vertreter zu bekommen. Ich habe das oft versucht. Erst 1989 haben wir einen Vizepräsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften zu einer sehr interessanten Diskussion im Wissenschaftlichen Rat einladen können, übrigens kurz vor dem letzten Pädagogischen Kongreß.

Ich hielt es also für eine lohnende Aufgabe - wissend, daß es eine Übergangsaufgabe war, nichtwissend, daß es nur vier Monate werden sollten -, zu einer einheitlichen Leitung der Bildung zu kommen. Das heißt zur Integration von Volksbildung, Hoch- und Fachschulwesen und Staatssekretariat für Berufsbildung. Allerdings war ich dagegen, daß die Bereiche Jugend und Sport noch dabei sein sollten, weil das nicht paßte. Das ist ja dann auch durch die Bildung eines eigenen Staatssekretariats gelöst worden. Für mich war es eine herausfordernde Funktion, in dieser Situation vielleicht zur Lösung einer Reihe von Fragen beitragen zu können, mit meiner eigenen Erfahrung, mit meinen internationalen Kenntnissen, nicht mit radikalen Methoden. Das halte ich persönlich nicht für den Weg, ganz besonders nicht auf dem Bildungssektor mit seinen immanenten Langzeitwirkungen. Das hat aber nichts damit zu tun, daß es täglich wichtigste Dinge gab, die innerhalb von 24 Stunden geregelt werden mußten. Aber vielleicht neigt auch jemand, der sein ganzes Leben wissenschaftlich gearbeitet hat, nicht dazu, emotionale Entscheidungen über Nacht zu treffen, sondern abzuwägen. Was auf dem Gebiet der Bildung entschieden und was tragfähig wird, sind Grundlagen, die die Entwicklungen über Jahrzehnte bestimmen.

Die andere Seite ist, daß bei der Bildung, neben der Kultur - oder umgekehrt vielleicht sogar noch vor der Kultur, obwohl ich die Bildung zur Kultur eines Volkes rechne -, jeder glaubt, über alles mitreden zu können. Jeder hat ja selber irgendwann in einer Lebensphase Stufen dieses Prozesses durchlaufen und sich dabei eine Meinung gebildet. Später wird er in den Generationen seiner Familie wieder damit konfrontiert. So glauben viele, über die Schule reden zu können, über den Kindergarten, über die Hochschulen. Bei letzteren wird es etwas weniger, aber trotzdem reden da auch noch sehr, sehr viele bevorzugt emotional mit, ohne sich mit den Dingen intensiver beschäftigt zu haben. Das war ein Ausgangspunkt, wissend - ich betone das noch einmal -, daß wir eine Übergangsphase hatten.

*Darf ich da noch eine Frage nachstellen? Aus dem was Sie sagen, schlußfolgere ich also, daß Sie ein Kandidat der SED-Fraktion gewesen sind. Haben Sie eine Erklärung für die Akzeptanz Ihrer Person durch die anderen Fraktionen?*

**Emons:** Ich würde sagen, weil ich als ein international bekannter und erfahrener Wissenschaftler akzeptiert wurde. Ich glaube, hier stand - wie bei einer ganzen Reihe meiner damaligen, besonders auch neuen Ministerkollegen - die Frage der Fachkompetenz im Vordergrund, und diese konnten uns nur wenige absprechen. Das war eine ganz entscheidende Frage.

Ich hatte keine Erfahrung im Staats- oder Parteiapparat, war weder in einem Kreistag, in einem Bezirkstag noch Volkskammerabgeordneter oder im Volksbildungsausschuß. Da stand ich auch nie zur Debatte. Ich sah aber immer das "Sichstellenmüssen" in der Synthese des "leitenden Wissenschaftlers", so habe ich Funktionen verstanden und versucht, sie auszufüllen, mit allem Positiven und Kritischen. Als der Volkskammerpräsident das Schreiben mit dem Vorschlag verlas, gab es im Hause wirklich Beifall von links bis rechts - ohne das politisch zu werten. Die einzigen, die protestierten, waren die Mitglieder der FDJ-Fraktion. Aber sie protestierten nicht gegen den Kandidaten - das haben sie extra betont -, sondern dagegen, daß ihr Mann und sie nicht diese Position erhielten.

*Können Sie uns die wichtigsten Aufgaben nennen, die Sie seinerzeit als vorrangig anzugehen in dem Ministeramt empfunden und sicher auch formuliert haben?*

**Emons:** Ja, wir haben natürlich Schwerpunkte formuliert. Wir hatten insbesondere inhaltliche Ansprüche, die bei all unseren Aktivitäten orientierend sein sollten. Das waren folgende: die Demokratisierung aller Bildungsstufen und Bildungsebenen, die Humanisierung des Bildungsinhaltes sowie der Bildungs- und Erziehungsmethoden und -mittel, die Transparenz aller Schritte, Inhalte und Methoden der Bildungsreform, die Öffentlichkeit der Bildungspolitik und die Übereinstimmung von gesellschaftlichen Anliegen und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Das stand im Mittelpunkt aller Arbeiten. Nur so schien uns möglich, in Angriff zu nehmen, was wir vorhatten: die grundlegende Umgestaltung des Bildungswesens und die Vorbereitung einer umfassenden Bildungsreform.

Unsere inhaltlichen Orientierungen erforderten selbstverständlich, uns zu dem zu verhalten, was wir vorfanden. D.h. nötig war zunächst eine fundamentale politische, theoretische und praktische Kritik des alten Bildungssystems. Nötig war die radikale Überwindung der über Jahrzehnte betriebenen Bildungspolitik

und Bildungspraxis der DDR. Gleichzeitig hatten wir den Anspruch, Bewahrenswertes positiv aufzuheben. Wir wollten es mit der Bildungsreform in der DDR in den Prozeß der Einigung Deutschlands einbringen. Das wiederum sahen wir nicht als ausschließlich deutsche Angelegenheit, sondern schon als Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses.

*Sie haben vorhin gesagt, es gäbe bei Ihnen eine Neigung, Dinge längerfristig und durchdacht zu entscheiden, aber auf der anderen Seite gab es Dinge, die innerhalb von 24 Stunden zu entscheiden waren. Bezogen auf die Wissenschaft und die Hochschulen: Was waren die Dinge, die man in 24 Stunden entscheiden mußte?*

**Emons:** Kurzfristig war z.B. die Außerkraftsetzung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums und der militärischen bzw. ZV-Ausbildung. Das waren z.B. Entscheidungen, die gewissermaßen über Nacht, z.T. vor dem 18.11.1989 fielen. Auch die Ordnung zur demokratischen Mitbestimmung der Studenten als vorläufige Grundlage für die Bildung und Tätigkeit von studentischen Interessenvertretungen wurde kurzfristig ausgearbeitet und verabschiedet. Die Zulassung der Studenten und die Absolventenvermittlung wurden liberalisiert bzw. geändert. Wir behielten Zulassungsbegrenzungen nur noch in vier oder fünf Disziplinen bei. Alle anderen sind in der Übergangszeit geändert worden. Die dreijährige Arbeitsplatzbindung der Absolventen wurde aufgehoben. Was wir dafür aufgenommen haben, war ein zwölfmonatiger Kündigungsschutz nach Eintritt des Absolventen in den Beruf. Die Disziplinarverordnung wurde innerhalb von vierzehn Tagen geändert. Sämtliche subjektivistischen Entscheidungskriterien zu politisch-moralischen Verhaltensweisen, die enthalten waren, wurden herausgenommen.

Wir haben die ganze Frage der Stellung der Universität und der Eigenverantwortung der Universitäten bis zu den Fragen der im Ministerium zentral verwalteten Devisen, die wir sehr schnell in die Einrichtungen abgegeben haben, und damit auch die ganze Frage der Genehmigungspflicht von Auslandsaktivitäten usw. neu geregelt. Kriterien für die Besetzung von Leitungsfunktionen in den Universitäten wurden aus der Verantwortung des Ministeriums genommen und nur noch die Bestätigung des Rektors beibehalten, so wie das auch in der Bundesrepublik auf Länderebene der Fall ist. Dann hatten wir die Probleme der Rehabilitierungen, die sich schwer anließen. Sie konnten in der Regel nicht in Berlin entschieden werden. Das betraf nicht nur Hochschullehrer, sondern auch Studenten und Nichtstudenten. Auch mußte es für sofortige Entscheidungen gesicherte Gründe geben. Da kamen Schicksale auf den Tisch, die sehr

betroffen und beschämt machten, aber auch Dinge - na, kein Kommentar, übrigens unabhängig vom Qualifizierungsstand.

Wir haben die Auflösung der Abteilung 1, die es in all diesen Ministerien gab, also die Abt. "Sicherheit und Ordnung" - den genauen Namen weiß ich nicht mehr -, angeordnet. Jedoch die größten Probleme lagen im Volksbildungsbereich. Da wurde kurzfristig die Schulinspektion aufgelöst. Das waren über tausend Inspektoren, die dort beschäftigt waren. Das zweite war, daß die Geschlossenen Jugendhöfe sofort aufgehoben wurden, nachdem ich erfahren hatte, daß es so etwas gibt. Ich wußte das wirklich nicht. Das waren schwierigere Dinge als das Hochschulwesen.

*Um noch einmal auf den Übergang ins Ministerium und die 24-Stunden-Entscheidungen zu kommen. Die Punkte, die Sie vorgetragen haben, die da sofort auf der Tagesordnung standen, trafen ja nun auch Punkte, die zum Selbstverständnis des Hochschulwesens der DDR gehörten nach den verschiedenen Hochschulreformen. Also etwa die verbindlichen Lehrpläne für das Grundlagenstudium usw. Sie haben ein Ministerium mit einem funktionierenden Apparat übernommen. War die Situation in diesem ministerialen Apparat schon so, daß aus diesem Apparat heraus ein Verständnis für die Notwendigkeit dieser kurzfristigen Entscheidungen bestand, oder gab es da Widerstände?*

**Emons:** Beides. Es gab in den Ministerien - ich hatte ja drei Institutionen übernommen - eine ganze Reihe Mitarbeiter, besonders auch jüngerer, die darauf warteten, etwas verändern zu können, sowohl Partei- als auch Nicht-Parteiangehörige. Ich hatte mir vorgenommen - da gab es Kritik von der Presse - bis Ende des Jahres - und das war meiner Meinung nach schon ein kühner Vorsatz - eine neue Leitung für dieses neue Ministerium zu bilden. Ich hatte z.B. nach dem 1. Januar 1990 keinen Staatssekretär und stellvertretenden Minister aus dem damaligen Volksbildungsministerium, sondern habe Herrn Abend, einen Vertreter des Neuen Forums zum Stellvertreter für Volksbildung berufen lassen, um den es bekannterweise manchen Ärger gab. Ich will nicht sagen, was er - wie wir - gut oder schlecht gemacht hat. Mir ging es darum, die politische Breite zu erfassen. Er war ja Katholik und vorher einmal Direktor einer katholischen EOS in Berlin und besaß gute Kontakte zum Runden Tisch. Prof. Dr. Kallenbach von der NDPD wurde Stellvertreter für Hochschulen, Dr. Danzmann von der LDPD für die Fachschulen. Es gab nur einen einzigen Staatssekretär aus dem alten Apparat, den ich behalten habe - auch aus Unsicherheit für diesen Bereich -, den Stellvertreter für die Berufsbildung. Kindergärten und Sonderschulen haben wir in der Kürze der Zeit nicht definitiv besetzt, das Angebot stand an die CDU.

In der Berufsbildung haben wir begonnen, einen zweiten Fachmann heranzuziehen, der dann bei Herrn Meyer Staatssekretär wurde. Das heißt, wir mußten die übernommenen Häuser mit einer Größenordnung von etwa 2000 bis 2300 Leuten innerhalb von acht Wochen zu einem neuen Ministerium umbauen, für das bis Herbst 1990 noch etwa 850 Mitarbeiter vorgesehen waren. Das ist einfach notwendig zu sagen, weil wir zur Bewältigung - richtiger: zur Inangriffnahme dieser enormen Aufgaben zahlreiche neue Leute und eine neue Organisation brauchten, aber das geht nicht über Nacht.

Wir haben damals 34 Arbeitsgruppen gebildet aus allen nun in der DDR existierenden gesellschaftlichen Gremien. Zwei Kirchenleitungen haben mir damals geantwortet, daß sie erstmalig überhaupt angeschrieben worden sind, in Bildungsfragen mitzuarbeiten. Wir haben alternative Gruppen, die sich ja gerade zu Bildungsfragen gebildet hatten, mit eingeladen, um die Aktivitäten dieser Gruppen in bestimmte Themenkreise vom Kindergarten bis zu den Universitäten mit einfließen zu lassen. Die erste Beratung, die ich mit Vertretern durchgeführt habe, fand im Februar 90 statt. Wir mußten ja relativ schnell zum Zuge kommen, z. B. mit der Lehrerausbildung. Die drückte mich zu der Zeit nämlich viel mehr als die der Philosophen - nicht um die Philosophen zu unterschätzen, aber bei den Lehrern war der Umschlag ja viel schneller. Denken Sie an die ganze Ausbildungsrichtung "Pionierleiter + ein Fach". Was sollten wir damit machen? Da kamen dann die Vorstellungen über die Ausbildung von Freizeitpädagogen auf. So verkehrt war die Idee ja im Ansatz gar nicht, wenn auch nicht mehr viel davon übriggeblieben ist.

Eine andere Seite betraf die Hochschulen. Sie sollten unter starker Einbeziehung von Gästen umgestaltet werden, und zwar primär in den geisteswissenschaftlichen Bereichen. Erste, leider nur einzelne Berufungen konnten erfolgen. Der heutige Ministerpräsident von Sachsen hat - wenn ich mich nicht irre - in dieser Zeit seine Berufungsurkunde als Professor an die Universität Leipzig erhalten. Daneben kamen eine ganze Reihe Fachwissenschaftler, die uns auch kurzfristig sehr geholfen haben. Aber es kamen auch welche, die uns jetzt ihre Vorstellungen, die andernorts gescheitert oder nicht realisierbar waren, anboten. Ein weiteres Problem war das Promotionsrecht verschiedener Einrichtungen, z.B. der Partei- und der Gewerkschaftshochschule. Insgesamt betraf es fünfzehn bis zwanzig Institutionen, einschließlich wissenschaftlicher nichtuniversitärer Forschungsinstitute.

*Haben Sie allen diesen Einrichtungen das Promotionsrecht entzogen?*

**Emons:** Soweit kames nicht ganz. Einiges haben wir sofort verändert. Wir haben

den Hochschulstatus der Gewerkschaftshochschule, der Parteihochschule, der Juristischen Hochschule Potsdam, also die der Staatssicherheit, aufgehoben. Eine Institution oder Organisation kann eine Bildungseinrichtung haben. Aber das ist keine Hochschule. Schließlich habe ich dem Hoch- und Fachschulrat für eine Reihe weiterer, besonders nichtuniversitärer Einrichtungen - es waren so etwa 12 - vorgeschlagen, ihnen das Promotionsrecht zu entziehen. Für die Nachwuchswissenschaftler, die am Promovieren waren, sollte eine Übergangsregelung gefunden werden. Aber Promotionsrecht sollten nur noch die Universitäten und jene Einrichtungen behalten, die im echten Sinne Hochschulcharakter hatten. Das hat natürlich weitreichende Proteste ausgelöst. Ich habe auf der anderen Seite - auch nach einem Gespräch mit Bischof Rogge aus Görlitz - den kirchlichen Einrichtungen, die bis dahin nicht die paritätische Anerkennung zu den theologischen Fakultäten hatten, den Diplom-Abschluß als gleichberechtigten Abschluß zu dem der staatlichen Einrichtungen zuerkannt. Bis zur Promotion waren wir dort noch nicht gekommen, weil das ja auch eine Frage des Lehrkörpers gewesen wäre u.ä. Wir haben also sowohl das eine als auch das andere gemacht. Und das waren wahrlich keine billigen und beliebten Entscheidungen.

*Sie haben gesagt, Sie hätten versucht, Ihr neues Ministerium möglichst breit den dann vorhandenen verschiedenen Gruppierungen in der DDR gemäß zu strukturieren. Wie war Ihre Erfahrung mit den Menschen, die Sie da in das neue Ministerium geholt haben? Hat sich dieser Ansatz Ihren Vorstellungen entsprechend gestaltet und - was damit zusammenhängt - wie waren Ihre Beziehungen zum Runden Tisch?*

**Emons:** Punkt eins: Das hat sich für die kurze Zeit, für die ich sprechen kann, auf jeden Fall bewährt. Wobei ich genauso weiß, daß das in dieser Formgedachte Ministerium nur der erste Schritt der Umstrukturierung war. Der zweite wäre gekommen, wenn sich die gesamten Kompetenzen, z.B. die Verantwortung der Länder, längerfristig entwickelt hätten. Ich glaube, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit darin übereinstimmten. Das war im übrigen auch eine Linie von Hans Modrow im Ministerrat. Wir haben uns als ein Sach- und Fachkabinett verstanden und nicht als Repräsentanten bestimmter Parteien und Organisationen. Wir haben versucht, in der Zeit das Mögliche zu machen. Und wenn ich das auf meinen Bereich mit übertragen darf, dann bin ich heute noch froh, daß es uns geglückt ist, durch Entscheidungen, hinter denen ich nicht unbedingt in jedem Falle hundertprozentig stand, mit wenigen Ausnahmen die emotionalen Entwicklungen, die nicht immer nur friedlichen oder friedfertigen Charakter hatten, im Keime zu ersticken und besonders auch im Bereich der Kinder und Jugendlichen im Griff zu halten. Ich glaube, das konnten wir, weil wir versucht haben, von der

sachlichen Seite heranzugehen und z. B. nicht parteipolitische Aspekte hereinzutragen. Das hat es uns sicher überhaupt ermöglicht, eine partielle Akzeptanz zu sichern, die wir als Regierung in bezug auf die Legitimation nur bedingt hatten.

Zum Runden Tisch: Das war differenziert. Ich bin ja in einer Beratung des Zentralen Runden Tisches gewesen. Ich glaube, das war Streitbar, aber doch auch mit entsprechender Akzeptanz. Allerdings: Der Kontakt zum sog. Runden Tisch für Bildung war nur sehr kurz. Einen zentralen gab es erst am Ende unserer Amtszeit. Doch jedes Material, das bei uns zur Bestätigung vorbereitet wurde, haben wir dann über Herrn Abend an den Runden Tisch geleitet. Herr Abend ist mehrfach dort gewesen und hat diese Dinge vertreten und zur Diskussion gestellt.

*Sind Ihre Vorschläge am Runden Tisch mit Wohlwollen aufgenommen worden?*

**Emons:** Sie sind ja gar nicht mehr so zum Tragen gekommen, weil jeder wußte, die haben bald nichts mehr zu sagen. Aber sie haben doch eine relativ vernünftige Reaktion und Resonanz ausgelöst, weil ich glaube, es waren nie die radikalen Lösungen, wie sie sich manche vielleicht vorgestellt hatten. Manches wurde ganz einfach auch aus mangelnder Kenntnis, die auch ich am Anfang von manchen Prozessen hatte, nicht so ganz richtig gesehen, auch von den Möglichkeiten her. Aber ich glaube, sie waren keine schlechte Diskussionsgrundlage.

*Nur mal zur Nachfrage. Es ging also um die Thesen zur Bildungsreform, die Sie dem Runden Tisch zugeleitet hatten.*

**Emons:** Ja, auch.

*Können Sie die anderen Materialien nur mal benennen?*

**Emons:** Da gab es z. B. eine Reihe grundsätzlicher Aspekte, die mit der Schule zusammenhingen. Wir hatten ja doch sehr schnell Veränderungen wie z. B. Sprachunterricht, vierklassige Abiturstufe für das Schuljahr 1990/91 vorzubereiten, einschließlich solcher Eckgrößen wie die Stundenpläne für alle Schulformen. Das haben wir alles zur Diskussion gestellt.

*Das andere Problem, das Sie jetzt schon mehrfach angesprochen haben, ist ja der Umstand, daß spätestens Ende Januar so ziemlich deutlich war, daß die Eigenstaatlichkeit der DDR ihrem Ende zugeht, und daß in der letzten Phase Ihres Ministeriums und Ihrer Regierung generell klar war, daß diese Regierung demnächst nicht mehr sein würde. Hat das dazu geführt, daß zum einen kein*

*Bedürfnis mehr danach bestand, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, und auf der anderen Seite im Ministerium kein Bedürfnis mehr bestand, überhaupt zu arbeiten?*

**Emons:** Ich habe heute noch große Hochachtung vor dem überwiegenden Teil der Mitarbeiter nicht nur der obersten Leitung, sondern durchgehend im Haus über die Aktivität bis zur letzten Minute. Und auch darüber hinaus. Alle auf den Weg gebrachten Prozesse sind nicht unter dem Gedanken angefangen worden, daß spätestens Mitte April Schluß ist und wir nach der Wahl amtierend sein werden. Wir waren der Meinung, da sind Notwendigkeiten, und an denen arbeiten wir, solange wir daran arbeiten können. Genau wie der Ministerrat bzw. der amtierende Ministerrat bis zum letzten Tag mit sehr begrenzter Kompetenz ernsthaft gearbeitet hat. Wir haben noch in dieser Zeit des Amtierens die Lehrlingsvergütungen erhöht, um nur ein Beispiel zu sagen.

Was problematischer gewesen ist, war natürlich, daß die Fragestellung zum Strategischen, das Inhaltliche unter Zeitdruck kam. Denn wir sagten natürlich, was passiert nach dem Wechsel. Ich will nur ein Beispiel nennen. Kurz nach der Wahl der de Maizière-Regierung wurden - was mit uns nie passiert war - die einzelnen Minister im Fernsehen vorgestellt. Da wurde auch Herr Meyer gefragt, ob ich ihm noch ein Ei ins Nest habe legen wollen, denn die Thesen für die Bildungsreform waren kurz vorher noch herausgegeben worden. Herr Meyer hat sehr fair darauf reagiert - wie überhaupt die Übergabe sehr vernünftig und sachlich war. Er sagte, daß er die Thesen als ein Zwischenergebnis der in diesen Monaten geleisteten Arbeit sieht, wovon man eine Reihe Dinge weiter diskutieren kann. Aber er sagte genauso klar, daß die de Maizière-Regierung kein neues Bildungsgesetz schaffen wird. Das war ja für uns mal der Ausgangspunkt für die Thesen gewesen.

Die zweite Seite, die uns beeinflußt hat, waren die Unsicherheiten in der Frage der Kompetenzen: Wie lange haben die Bezirke noch etwas zu sagen, wann kommen die Länder. Das heißt, wir haben oft schon in Länderstrategien gedacht, obwohl es noch gar keine Länder gab. Wir hatten natürlich auch kaum Partner für diese Diskussion. Das heißt, erfahrene Partner hatten wir, aber nur aus der Bundesrepublik. Da gab es z. B. ein Problem, das die Hochschulen betraf. Wir hatten den direkten Kontakt Minister-Rektoren mit Rektorenberatungen und der Rektorenkonferenz. Ich habe mehrere Beratungen mit kleineren Gruppen durchgeführt. Dieser Prozeß seitens des Ministeriums, um die "Leine zu lockern", um zu einer "langen Leine" zu kommen, fing ja gerade erst an. Da gab es natürlich auch eine ganze Reihe von Dingen, wo man sich gewünscht hätte, daß sich mehr in der Wahrnehmung dieser eigenen Möglichkeiten tut.

*Eine ganz konkrete Frage: Gehörte Leipzig zu den letzteren?*

**Emons:** Das würde ich nicht sagen. Ich glaube, daß Horst Hennig [damals Rektor der Leipziger Universität] in seiner Zeit, soweit ich das einschätzen kann, doch versucht hat, Kontinuität in der Arbeit zu sichern, aber auch auf Veränderungen zu drängen. Hier hat sich manches bewegt. Was ich jetzt nicht einschätzen kann, ist, wie weit es zum Tragen gekommen ist - wiederum in dieser relativ kurzen Zeit. Das wäre vermessen von mir, das jetzt einzuschätzen. Man muß ja auch sehen, daß gerade Leipzig gerade durch seinen stark gesellschaftswissenschaftlich ausgerichteten Charakter natürlich auch ein besonders heißes Pflaster für diese Seite der Diskussion und der Veränderung war. Aber, damit wir nicht die Vergangenheit dabei vergessen, wir können das partiell nicht nur den einzelnen oder auch bestimmten Gruppen vorwerfen. Jede Kategorie Mensch und jede Kategorie Beruf ist in den 40 Jahren DDR geprägt worden, und das läßt sich nicht über Nacht wegschieben.

Ich war und bin auch nicht der Auffassung, daß das generell richtig wäre. Manche Diskussionen heute zu Bildungsfragen erinnern mich an frühere Aktivitäten, seien es die zwölfjährige Schule, die Einbeziehung einer praktischen Ausbildung, die Fachhochschulen - siehe früher Ingenieurhochschulen, die begrenzte konzentrierte Studienzeit, sprich die höhere Berufsausbildung, die Stellung Diplom - Promotion, ja, in der Chemie z.B. die aktuelle Diskussion über die Stellung der Analytik - in der alten BRD eindeutig unterbewertet, obwohl der Wirkungsbereich der Chemiker zu über 30 % in diesem Bereich liegt. Leipzig nahm hier einmal einen beispielhaften Platz ein, was heute neidlos geschrieben wird.

*Ich würde gern noch eine Frage stellen zu dem, was in den letzten zwei Jahren passiert ist: Wie ist eigentlich dieses massiv schlechte Bild der DDR-Wissenschaftslandschaft zustande gekommen, wer hat so geredet, wer war beteiligt, daß es dann doch eine ganze Reihe von Prozessen gegeben hat, die seit Herbst 1990 hier liefen und z.T. noch laufen?*

**Emons:** Leider haben ein großes Maß Anteil daran die akademisch Gebildeten der ehemaligen DDR selber.

*Können Sie das etwas konkretisieren?*

**Emons:** Es war schon vor der Wende so, daß immer sehr viel darüber diskutiert wurde, was alles nicht geht und nicht machbar ist, was andere können und wir nicht. Ich glaube, es wurde schon damals in manchen Kreisen weniger darüber diskutiert, was unter den gegebenen Bedingungen machbar war. Das ist für mich

ein Punkt, der nicht unbedingt zum besten Bild geführt hat. Der zweite Gesichtspunkt ist die Differenz zwischen einer nach meinem Empfinden absolut überzogenen Anspruchsformulierung während der DDR-Zeit, die ein Land mit 16 Millionen Menschen und dieser Wirtschaftskraft oder -Nicht-Kraft auf dem Gebiet der Wissenschaft und Bildung gar nicht realisieren konnte. Wenn ich etwa an die unqualifizierte Diskussion "Warum haben wir keinen Nobelpreisträger?" denke, die es immer wieder gab. Da wurde sich nicht damit befaßt, wer, z. B. auf meinem Gebiet, in den letzten Jahren die Nobelpreise erhalten hat. Da sind nämlich wenige Chemiker z. B. von einer Universität oder Hochschule dabei. Meist kamen die Preisträger aus den Forschungsinstitutionen wie den Max-Planck-Instituten bzw. aus Industrielaboratorien, oder sie arbeiteten in enger Verbindung mit solchen Einrichtungen. Und wenn es jemand aus einer Universität war, dann auf der Basis von Arbeiten, die schon zwanzig oder dreißig Jahre zurücklagen, und die jetzt verdienterweise zum Nobelpreis führten. Dabei lasse ich alle Subjektivitäten der Vorschlagsrechte und der Wahl völlig weg. Nur einfach von diesem Faktum her waren das z. T. Fehldiskussionen. Wenn Sie mal sehen - das ist jetzt auch formal, was ich sage, aber man kann es nicht vom Tisch wischen -, wo sind denn die Nobelpreisträger von Ländern mit einer etwa ähnlichen Wirtschaftskraft und -größe wie unserer in den letzten 25 Jahren? Das war so eine typische journalistische Diskussion.

Punkt 2: Wenn Sie sich die Geschichte einer Universität oder einer Fachdisziplin anschauen - und Sie tun ja sowas -, dann werden Sie immer finden, daß es zu allen Zeiten unsinnig war, darüber zu diskutieren, diese Universität sei eine bedeutende. Es waren immer zu bestimmten Zeiträumen bestimmte Disziplinen, die diese universitas geprägt und bestimmt haben. Und es waren nie über 100 Jahre dieselben. Das wird vergessen. Man neigt deshalb zu Pauschalurteilen und vergißt dabei, daß es auch in dieser ehemaligen DDR eine Reihe von Leuten gegeben hat, die in bestimmten Disziplinen international anerkannte wissenschaftliche Leistungen gebracht haben. Und es gab Disziplinen, wo sich sehr wenig tat. Das mußte aber nicht so bleiben. Das hätte sich dann vielleicht in einem Zeitraum mit neuen Leuten wieder geändert. Und es gab eine Reihe von Disziplinen, die von vornherein keine Chance hatten. Aber wie das in so einer Umbruchzeit ist, gibt es eine Reihe von Menschen, die das ehrlich sagen und ehrlich diskutieren. Aber es gibt auch eine gewisse Alibidiskussion.

Und es kommt noch ein Punkt hinzu. Vor der Einheit hat uns mancher Kollege freundschaftlich das Beste zugestanden. In dem Moment, wo die Ostdeutschen Konkurrenten um dasselbe Geld wurden, waren manche Diskussionen anders gefärbt. Es gibt also eine Vielzahl von Dingen, die man sehen muß. Wobei ich

Verständnis für diesen Umklappmechanismus im Herbst und Ende 1989 / Anfang 1990 habe. Lassen Sie mich zum Abschluß auf die sachlichen kritischen, aber doch sehr realen Stellungnahmen des Wissenschaftsrates über die Leistungen und Leistungsfähigkeiten der wissenschaftlichen Institutionen der ehemaligen DDR verweisen. Ich war von Inhalt und Form sehr beeindruckt, besonders auch von den vergleichenden Aussagen zum internationalen Niveau. So schlecht - wie leider oft unqualifiziert pauschalisiert - werden wir dort nicht beurteilt, meist sehr achtbar. Leider haben diese mit großem Engagement erarbeiteten Dokumente nur zu einem Teil die notwendige wissenschaftspolitische Umsetzung erfahren.

*(Das Interview wurde im September 1992 und im Februar 1993 geführt.  
Die Fragen stellten Sonja Brentjes und Matthias Middell.)*

## Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht

Es muß um 1950 gewesen sein, daß ich den Begriff "Kader" zum ersten Mal gehört oder gelesen habe. Aus Personalabteilungen wurden Kaderabteilungen, aus Personalchefs Kaderchefs. Das aus dem lat. *quadrum* stammende Wort hatte schon im Französischen nicht nur die abstrakte Bedeutung eines Rahmens, eines Bildes angenommen, sondern auch die eines militärischen oder auch politischen Führungskerns. Im Russischen entwickelte sich unter kommunistischem Einfluß dann der Begriff zu dem der politischen Führungsschicht schlechthin. Mein deutsch-russisches Wörterbuch, das 1953 in Leipzig als Nachdruck eines 1942 in Moskau herausgekommenen Wörterbuchs erschien, enthält zur Illustration das bemerkenswerte Stalinzitat: "Кадры решают всё", "Die Kader entscheiden alles", das übrigens später in Zeiten einer mürberen Parteiherrschaft Pate stand für den Titel eines systemkritischen DDR-Lustspiels. Eine solche Anspielung war natürlich nur möglich, weil die parteirussische Ausweitung des Kaderbegriffs voll ins DDR-Deutsch übernommen worden war. In dem vom Leipziger Bibliographischen Institut 1976 herausgebrachten einbändigen Meyers-Lexikon A-Z heißt es denn auch unter Kader: "planmäßig herangebildeter Stamm von Leitungs- und Nachwuchskräften des gesellschaftlichen Lebens (K. der Partei, des Staats- und Wirtschaftsapparates)". Womit wir denn auch schon bei wesentlichen Inhalten dieses ausgeweiteten Kaderbegriffs wären, nämlich erstens trotz des Plurals das Moment der Einheitlichkeit und Geschlossenheit - in der Definition des kleinen Ost-Meyer kommt dies durch den Gebrauch des altertümlichen patriarchalischen "Stamm" zum Ausdruck -, zweitens im Attribut der "planmäßigen Herausbildung" und schließlich drittens im instrumentalen Charakter der Kader, durch die Metapher von "Apparat", den diese Kader bilden. Diese Rolle als Instrument und Werkzeug ist es auch, die die Invariante bildet von "Apparat" und der einen völlig anderen technologischen Standard repräsentierenden "Schmiede". Und wenn auch die Bilder nicht zueinander zu stimmen

scheinen, so gehören doch zwei von diesen Bildern evozierte Eigenschaften dem Begriff und der Realität nach wesentlich zusammen, nämlich die der Willens- und Seelenlosigkeit eines Apparates und die der gnadenlosen Härte von Gegenständen, die in einer Schmiede erzeugt werden. "Apparat" paßt schließlich zusammen mit der Vorstellung der Gesellschaft als eines maschineartigen Systems, wie sie in dem bekannten Stalinschen Modell des Herrschaftssystems im real existierenden Sozialismus, also Stalins Verwirklichung des Marxschen Begriffs von der Diktatur des Proletariats, zum Ausdruck kommt, wonach allein die Partei der Motor sei, alles andere dagegen die Funktion von Transmissionsriemen habe. Daß Bildung und Bildungswesen in einer so konzipierten Gesellschaft nur die Aufgabe haben sollten, auf das modellgerechte gesellschaftliche Funktionieren vorzubereiten, liegt auf der Hand. In einem 1976 erschienenen reich illustrierten Werk "Die Humboldt-Universität zu Berlin. Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart" wurden die entscheidenden Schritte zu einem sozialistischen Bildungswesen wie folgt beschrieben; Originalton Ost:

"Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft und der Sicherung der Staatsgrenze gegenüber der BRD und Westberlin (gemeint ist der Mauerbau 1961) konnte in der DDR die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen werden. Das vom VI. Parteitag der SED (1963) beschlossene Programm legte auf dem Gebiet der Bildung und Kultur fest, die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten umfassend zu fördern und alle schöpferischen Potenzen des Volkes für den Sozialismus freizusetzen. Gemäß dem Auftrag des VI. Parteitages verabschiedete die Volkskammer der DDR 1965 nach einer breiten demokratischen Aussprache das 'Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem'. In ihm wird das Zusammenwirken aller Stufen des sozialistischen Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule bestimmt und seine künftige Entwicklung in organischer Verflechtung mit der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Volkswirtschaft, weit vorausschauend festgelegt.

Fußend auf den gewonnenen Erfahrungen und an die Vorschläge vieler Hochschulangehörigen anknüpfend (man beachte die satzeinleitende adverbiale Partizipialkonstruktion nach russischem Muster - H.J.M.), wurden 1965/66 die 'Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR' zur Diskussion gestellt. Ihre Ergebnisse faßte die IV. Hochschulkonferenz der SED 1967 zusammen.

Durch die seit 1968 durchgeführte Hochschulreform wurden an der Humboldt-Universität wie im gesamten Hochschulwesen der DDR wichtige Voraussetzungen für die weitere sozialistische Ausgestaltung der höchsten Bildungsstätten

geschaffen. Im Ergebnis einer umfassenden Aussprache mit allen Angehörigen der Universität wurden Maßnahmen zur Qualität der Ausbildung, zur Verstärkung der sozialistischen Erziehung der Studenten, zur engen Verflechtung der Ausbildung und Forschung mit der Volkswirtschaft und anderen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft sowie zur Einführung neuer Struktur- und Leitungsformen in Angriff genommen." (Seite 168 - 169)

Auch dem letzten Satz dieses Zitats scheint die Syntax des Parteirussisch durch alle Ritzen. Dennoch möchte ich zu diesem Text anmerken: Für alle Kenner der DDR-Geschichte weist er ziemlich eindeutig auf die Mitte der siebziger Jahre hin. Zur Zeit der sogenannten III. Hochschulreform, 1968, als Ulbricht noch an der Macht war, oder in den achtziger Jahren hätte er um Nuancen anders geklungen, wenn auch nicht sprachlich besser. Meine eigene Version der III. Hochschulreform ist naturgemäß von persönlichen Erinnerungen geprägt.

Die dritte Hochschulreform bedeutete die Zerschlagung der alten deutschen Universität, die ja zeitgleich auch im Westen zerstört wurde. Das Hauptziel im Osten war, um es im Parteideutsch zu sagen, ein kaderpolitisches. Nicht daß die überwiegende Mehrheit der Professoren sich anders verhalten hätte, als sich Professoren oder andere Menschengruppen hier oder irgendwo sonst in der Welt unter gleichen Machtverhältnissen zu verhalten pflegen: Die meisten arrangieren sich, um sich ihrer Arbeit und natürlich auch ihrem Fortkommen widmen zu können. Es ist wahr: In den Geisteswissenschaften, besonders in den staatswichtigen Fächern, waren schon nicht wenige anerkannte Fachgelehrte wegen ihrer Überzeugung oder ihrer Forschungen gedemütigt und vertrieben worden. Seit 1951 war Marxismus-Leninismus obligatorisches Studienfach. Aber für die meisten Fächer waren die Veränderungen so oberflächlich, daß sie über Nacht wieder hätten verschwinden können. Und auch jene Professoren, die aus Naivität oder Ehrgeiz die SED aktiv unterstützten oder in sie eintraten - und das war damals noch eine Minderheit -, waren in ihren Denkstrukturen und Verhaltensweisen überwiegend durch die akademische Tradition geprägt. Über den Mathematiker Schröder, Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre Rektor der Humboldt-Universität, sagte mir einer seiner jüngeren Fachkollegen, als wir uns über die Gründe und die Folgen der III. Hochschulreform unterhielten: "Auf dem Schreibtisch vom dicken Schröder ist so manche Kampagne gestorben. Er verstand einfach nicht, was man von ihm wollte." Im Jahre 1968 verlor auch mein Lehrer und Doktorvater Martin Lehnert, einer der profiliertesten deutschen Anglisten, sein Amt als Institutsdirektor. Die Philologien wurden in einer einzigen Sektion - dieser Begriff wurde damals eingeführt - zusammengefaßt, um diese unsicheren Kantonisten besser kontrollieren zu können. Im

Institut für Fremdsprachen, dem ich als Englischlektor angehörte, wurde jeder institutionelle Zusammenhalt der Anglisten aufgelöst, weil das einzige Parteimitglied unter ihnen selbst damals nicht mit der Leitung einer solchen Abteilung hätte betraut werden können. Zum Direktor der neuen Sektion Fremdsprachen wurde ein Mann gemacht, über den ich damals im vertrauten Kreis frei nach Talleyrands Wort, er kenne nur noch einen größeren Intriganten als Joseph Fouché und das sei der Herzog von Otranto, zu sagen pflegte, ich kenne nur noch einen größeren sprachwissenschaftlichen Ignoranten als - nennen wir ihn - N. und das ist der Direktor der Sektion Fremdsprachen.

Die III. Hochschulreform war auch die Zeit der Um- und Wegprofilierungen. Eines Tages begrüßte mich ein Kollege von einer anderen Einrichtung mit den Worten: "Sind Sie denn nun PG oder PL." Auf meinen verdutzten Blick hin erläuterte er: "Na, Profilierungsgeschädigter oder Profilierungsleiche." Fatalerweise kommt mir dies heute immer wieder in den Sinn, wenn ich es mit Strukturempfehlungen eines hohen Wissenschaftsrates zu tun habe. Natürlich wurden damals auf obrigkeitlichen Wink hin die akademischen Talare abgeschafft - für ungebildete Ideologen in Ost und West der sozusagen handgreifliche Beweis der Mittelalterlichkeit der Universität. Für viele bei uns war dies Ausdruck des Ungeistes der III. Hochschulreform, so daß wir nach der Wende - wie sich eine Westberliner Wissenschaftspolitikerin ausdrückte - eine "Renaissance der Tradition" erlebten. Trotz des unübersehbaren inneren Kopfschüttelns eine immer noch sehr freundliche Bemerkung, gemessen an der dümmlichen Süffisanz, mit der westliche Journalisten, die offenbar den würdelosen Massenbetrieb für den Nabel der Welt halten, glaubten sich dazu äußern zu sollen. Und nicht nur für mich assoziierten sich die deprimierenden Erfahrungen der III. Hochschulreform mit den gleichzeitigen Vorgängen an den Universitäten Westdeutschlands und Westberlins, als Chaoten in den Hörsälen die Herrschaft ergriffen, nach dem Vorbild Mao Tse-tungs "befreite Gebiete" proklamierten und lärmende Münchener Studenten eine Gedenkfeier für Hans und Sophie Scholl zum Platzen brachten, weil sie besser als der Vater Robert Scholl zu wissen glaubten, wer die Gedenkrede halten sollte. Nur wenige Meter von der Mauer entfernt, zogen Tausende durch die Straßen Westberlins mit dem Ruf "Kommt herunter vom Balkon, unterstützt den Vietkong".

Und noch ein Ereignis des Jahres 1968 hatte für uns diese Zeit geprägt und sich unauslöschlich in unsere Erinnerung eingegraben: Die gewaltsame Niederwerfung des Prager Frühlings. Mit ihm - so glaubte ich damals und mit mir wohl die meisten - war die letzte Hoffnung zerstört worden, noch zu unseren Lebzeiten eine Änderung der Verhältnisse zu sehen. Auch als ich Mitte der siebziger Jahre an der Dresdner Pastorsynode der Katholischen Kirche teilnahm, bestimmte

diese Überzeugung unsere Beratungen, daß wir als eine kleine und immer kleiner werdende Gemeinschaft auf unabsehbare Zeit das Licht der Hoffnung geduldig durch einen riesigen dunklen Raum tragen müßten.

Zehn Jahre später hatte sich die Situation gewandelt, auch an der Universität. Sie war nie, auch nicht unmittelbar nach der III. Hochschulreform, zu einer reinen Kaderschmiede geworden. Sie wurde übrigens meines Wissens auch in offiziellen Dokumenten allenfalls in bezug auf bestimmte Institutionen, jedoch nicht in ihrer Gesamtheit als Kaderschmiede bezeichnet; insofern enthält das Thema, das ich wählte, schon ein reißerisches Zugeständnis. Als Kaderschmiede wurden im allgemeinen nur Parteischulen bezeichnet - nicht etwa aus Respekt vor Eigenart und Eigenverantwortung der Universität (schon das Wort "akademische Selbstverwaltung" war ein Tabu bis zum Oktober 1989), wohl aber aus nüchterner Einsicht in die reale Lage. Denn wenn auch Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre der Anteil der Parteimitglieder in der Professorenschaft durch eine entsprechende Berufungspolitik systematisch erhöht worden war und auch danach Parteimitgliedschaft der akademischen Karriere sehr förderlich war, so kann ein solcher Kurs doch nicht ausschließlich und auf Dauer durchgehalten werden, wenn die Umstände dazu zwingen, sich um Leistung und Effizienz zu mühen. Mein Kollege Klaus Hansen mußte einfach, obwohl er kein Parteimitglied war und nicht als Marxist posierte, auf den Lehrstuhl unseres Lehrers Martin Lehnert berufen werden, weil diese Stelle nicht länger vakant bleiben konnte und niemand weit und breit zu sehen war, der Hansen das Wasser hätte reichen können. Es gab auch Parteimitglieder, denen es gegen ihre eigene akademische Ehre ging, daß Nichtgenossen gleicher wissenschaftlicher Leistung nicht berufen wurden und so ihre eigene Stellung als eine nichtwissenschaftlich motivierte diskreditiert werden konnte. Hier will ich dankbar meiner langjährigen Sektionsdirektorin Helga Wüsteneck gedenken - sie hat den von mir vorhin charakterisierten Herrn N. abgelöst -, die sich hartnäckig und schließlich erfolgreich für mich eingesetzt hat. Inzwischen ist sie im Vorruhestand.

Doch nicht solche personellen und persönlichen Dinge sind wichtig, um die Situation zu charakterisieren, die sich - jedenfalls nach meiner Erfahrung - in den 80er Jahren an den Universitäten in der DDR herausbildete, sondern die - wenn ich es einmal so ausdrücken darf - endzeitliche Stimmung, die resignative Grundhaltung unter solchen, denen der Sozialismus etwas bedeutete, die sich ihnen unabweislich aufdrängende Erkenntnis, daß es so nicht mehr lange weitergehen könnte, schließlich der verzweifelte Versuch, in Anlehnung an den Perestroika-Kurs Gorbatschows das Steuer herumzuwerfen, um einen neuen Anfang zu versuchen. Als im Winter 1988/89 durch das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" der Konflikt mit dem neuen Weg in der Sowjetunion gleichsam offiziell

wurde, waren diejenigen, die das Verbot in der Humboldt-Universität verteidigten, in der verschwindenden Minderheit. Von dem damaligen Rektor ist glaubhaft die Aussage bezeugt, er habe sich, als er in einer Sektion versuchte, diesen Schritt zu rechtfertigen, gefühlt, als spreche er in einem Eiskeller. Damit kein Mißverständnis entsteht: Nichts von dem hat die Wende herbeigeführt, aber es hat zu jener inneren Aushöhlung des Herrschaftssystems beigetragen, die zu erklären hilft, daß dieses nach den Ereignissen des 7. bis 9. Oktober 1989 faktisch kollabierte. Und nur so konnte die Wende friedlich verlaufen.

In der Humboldt-Universität selbst begann wie in den anderen Universitäten und Hochschulen der DDR die Wende erst nach dem 9. Oktober. Und sie ging - jedenfalls in der Humboldt-Universität - von den Studenten aus. Ich sehe mich noch in einem dichtgedrängten Hörsaal stehen - das Auditorium maximum hatte sich als zu klein erwiesen und die Organisatoren hatten beim Rektor durchgesetzt, daß in allen Hörsälen des Hauptgebäudes Parallelveranstaltungen durchgeführt wurden. Die FDJ-Kreisleitung wurde beiseite geschoben und durch einen basisdemokratisch gewählten Studentenrat ersetzt. Die Änderung der Universitätsstruktur und der Universitätsgremien verlief dagegen viel langsamer. In einigen Sektionen wurden der Sektionsrat und der Sektionsdirektor neu gewählt. In der Sektion Physik z. B. setzte der akademische Mittelbau durch, daß sie und die Professoren die Vertreter der beiden Gruppen gemeinsam wählten und daß alle Professoren kandidieren mußten. Auf diese Weise wurde erreicht, daß jene, die als primär politische Berufungen bekannt waren, in eklatanter Weise durchfielen. Ich hatte ein mehrseitiges Thesenpapier zur Hochschulerneuerung verfaßt und in Umlauf gebracht, erhielt auch im Kollegenkreis einige freundliche Zustimmung, erreichte aber keine wirkliche Aktion. Der einzig greifbare Erfolg war, daß ich Ende 1989 nach einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates, zu der ich gegangen war, obwohl ich diesem Gremium gar nicht angehörte, in die neugebildete Statutenkommission kam. An deren Beratungen, die sich bis zum Universitätskonzil Ende März/Anfang April hinzogen, nahm ich lebhaften Anteil, obwohl mein Engagement seit Frühjahr 1989 vor allem dem Wiedererstehen einer katholischen Laienbewegung in der DDR galt, für die ich dann auch seit November 1989 am Zentralen Runden Tisch als Beobachter teilnahm.

Beides - die Eindrücke, die ich am Zentralen Runden Tisch sammelte, noch mehr aber die Erfahrungen, die ich in der Statutenkommission der Universität machte - brachten mich - wenn auch widerwillig - zu der Einsicht, daß wir in der rasanten politischen Entwicklung, die bei uns und unseren östlichen Nachbarn verlief, keine Zeit hatten, aus eigener Kraft einen gleichgewichtigen Beitrag zu einem neuen geeinten Deutschland zu leisten, ganz einfach, weil niemand in

kurzer Zeit das an politischer Kultur und rechtsstaatlicher Kompetenz wieder schaffen konnte, was in Jahrzehnten zerstört worden war.

Da aber die DDR über längere Zeit keinen Bestand mehr haben konnte, erschien es mir unter den real gegebenen Möglichkeiten das Beste, das in vier Jahrzehnten erprobte Grundgesetz, die beste Verfassung, die in Deutschland je galt, als Rahmen und Grundlage zu akzeptieren, um in einem künftigen gemeinsamen Deutschland wenigstens eine Chance zur Gleichberechtigung zu haben. In all den Jahren davor wäre mir der Gedanke, die Einheit durch einen Beitritt zu erlangen, absurd vorgekommen. Aber in der kühlen Luft der Realität - Klopstock schrieb, als er den Zusammentritt der Etats Generaux begrüßte: "Die Morgenschauer dringen den Wartenden durch Mark und Bein" - da schien dies doch das Notwendige und Richtige, zu dem ich mich auch heute bekenne. Wenn ich auch nicht behaupten kann, wir hätten mit der desillusionierenden Schocktherapie seit dem Herbst 1990 gerechnet, so ist es doch schlicht journalistische Diffamierung, wenn heute behauptet wird, wir hätten unüberlegt und naiv gehandelt. Die Erklärung zu den Volkskammerwahlen, die ich für den Gemeinsamen Aktionsausschuß katholischer Christen, zu dessen Vorsitzendem ich im Februar 1990 gewählt worden war, schrieb, und die von diesem gebilligt worden war und von den katholischen Bischöfen übernommen wurde, ist jedenfalls ein Dokument der Nüchternheit.

Am 10. April, ich war einen Tag davor vom Konzil in den Senat der Humboldt-Universität gewählt worden, wurde ich zu Lothar de Maiziére gebeten, der mich fragte, ob ich bereit wäre, Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR zu werden. Er fügte hinzu, er wisse, daß dies eine Riesenaufgabe sei und es wohl zweier Generationen bedürfe, das Bildungswesen wieder in Ordnung zu bringen, aber wir müßten damit anfangen. Zu diesem Zeitpunkt war ich parteilos. Der CDU der DDR war ich zwar schon 1952, mit 16 Jahren, beigetreten, hatte diese Partei aber im Frühjahr 1961 wieder verlassen. Lothar de Maiziére kannte ich seit November 1989 durch ein Gespräch, das über die katholische Kirche zustande gekommen war, und dann durch unsere Begegnungen am Zentralen Runden Tisch. Nach den Wahlen vom 18. März hatte mich einer seiner Stellvertreter telefonisch gefragt, ob ich bereit wäre, Verantwortung im Bildungswesen zu übernehmen. Ich hatte geantwortet: "Ja, wenn ich wirklich etwas bewegen kann." Der Kommentar meiner Frau war: "Als was Verantwortung? Als Abteilungsleiter, als Staatssekretär, als Minister?" Vom Berliner Bischof und von einem seiner Vertrauten hörte ich dann, daß mein Name bei Gesprächen mit der Kirche tatsächlich genannt worden war. Ich war also auf die Frage nicht gänzlich

unvorbereitet und sagte ja. Zwei Tage später, am Gründonnerstag 1990, war ich Minister.

Was macht man, wenn man vor einer Riesenaufgabe steht und weiß, daß man sie nur beginnen kann? Überdies wußte ich, daß Bildung und Wissenschaft nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache ist, die eigentlichen Weichenstellungen also von den wiedererstehenden Ländern zu treffen seien. Daher konnte der Minister für Bildung und Wissenschaft auch nur, wie ich wiederholt betonte, Sachwalter der Länder sein.

Für das Hochschulwesen schienen mir vier Aufgaben besonders dringend. Die Entideologisierung der wissenschaftlichen Einrichtungen voranzutreiben, die Stipendien der Studenten zu erhöhen, die Demokratisierung der Universitäten zu unterstützen und diesem Prozeß eine - wenn auch vorläufige - rechtsstaatliche Grundlage zu geben und, last but not least, damit zu beginnen, das jahrzehntelange Unrecht bei den Berufungen abzubauen. Die Stellung des Marxismus-Leninismus als obligatorisches Studienfach war schon in der Modrow-Ära nicht mehr zu halten gewesen. Die bisherigen Sektionen Marxismus-Leninismus hatten daraufhin begonnen, sich neue Namen zuzulegen, wie z. B. Institut für Politikwissenschaften. Die wenigsten dieser Neubenennungen waren allerdings bisher bestätigt und so gut wie keine Umberufung vorgenommen worden. Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß mit dem Fortfall des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums auch alle sich darauf beziehende Berufsgebiete entfallen wären, und der Ministerrat beschloß auf meinen Vorschlag die Abberufung aller Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus. In den folgenden Monaten habe ich Hunderte von Abberufungen unterschrieben. Dabei war es nicht mein Ziel, Marxisten aus dem wissenschaftlichen Leben auszuschließen, wohl aber einen ersten wichtigen Schritt zu tun, um die staatliche Privilegierung einer Ideologie zu beenden. Zugleich wurden damit nicht unerhebliche Ressourcen freigesetzt, denn die Sektionen Marxismus-Leninismus waren in ihrer personellen und sachlichen Ausstattung immer bevorzugt gewesen. Drei Jahre lang hatten alle Studenten nicht geringe Zeit und Energie für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium aufzuwenden gehabt. Ich wußte auch, daß manche durch dieses Fach oder seine Lehrer in ihrem Studium gescheitert waren. Aber ich kannte auch Kollegen aus dieser Sektion, die ernsthafte Wissenschaftler waren und sich mutig für grundlegende Veränderungen eingesetzt hatten. Günter Rose, Prof. für wissenschaftlichen Kommunismus in Berlin, erklärte im Herbst 1988 nach einer USA-Reise öffentlich, die DDR müsse auf die Mauer verzichten und ihr Verhältnis zu Israel ordnen. Es war daher auch nicht meine Absicht, solchen Persönlichkeiten einen akademischen Neubeginn zu verwehren, wenn er sich auf wissenschaftliche Kompetenz stützen könnte.

Die zweite Absicht, die schon lange überfällige Erhöhung der Stipendien zu erreichen, erwies sich als eine innerhalb der Möglichkeiten der DDR unlösbare Aufgabe. Langwierige Verhandlungen mit Finanzminister Romberg brachten kein Ergebnis, konnten auch kein Ergebnis bringen, denn es erwies sich als unmöglich, rasch ein Steuer- und Abgabesystem aufzubauen, nachdem die Einnahmen aus dem sozialistischen Kommandosystem mit dessen Ende aufhörten. Es war nicht Rombergs böser Wille, er hatte buchstäblich kein Geld. Für mich war es bitter, den demonstrierenden Studenten, denen - wie ich sehr wohl wußte - durch die steigenden Preise das Wasser bis zum Halse stand, diese harte Wahrheit sagen zu müssen. Ich sehe mich noch vor der Volkskammer und bei nächtlichen Kundgebungen auf den Stufen des Berliner Doms mit den Studenten diskutieren, aber Worte ändern keine harten Fakten. Schließlich sah ich keinen anderen Ausweg, als Bonn zu bitten, die Bafög-Regelung schon zum 1. Januar 1991 bei uns einzuführen; dies war zu einem Zeitpunkt, als man noch mit der deutschen Einheit im Frühjahr oder Herbst 1991 rechnete. Bei den niedrigen Eltern-Einkommen bedeutete dies faktisch ein deutlich höheres Stipendium für fast alle Studenten. Mit Hilfe des immer verständnisvollen Staatssekretärs Fritz Schumann gelang eine solche Regelung schließlich, aber für die Studenten, die von mir sehr wohl wußten, wie wenig ich von dem bürokratischen Gestrüpp der Bafög-Regelungen und dem Prinzip der Elternabhängigkeit hielt und halte, war dies glatter Wortbruch. Dennoch blieb ich mit den Studentenräten im Gespräch. Und ich möchte für diese Auseinandersetzung und für wesentlich härtere, die noch folgen sollten, den Studenten in Berlin und Sachsen bescheinigen, daß sie in ihrer übergroßen Mehrheit auch in der Konfrontation fair blieben. Jedenfalls im Vergleich mit einigen (nicht allen) Lehrerdemonstrationen, die nach Jahrzehnten der Staatstreue von der DDR-Gewerkschaft Unterricht und Erziehung oder von ihrer Absetzung entgegensehenden Schulräten organisiert wurden. Übrigens: Am Schluß fand sich doch noch etwas Geld, um für die Übergangszeit die Stipendien wenigstens etwas aufzubessern.

Die dritte Aufgabe führte mitten hinein in das Spannungsfeld hochschulpolitischer Auseinandersetzung. Schon bald nach der Wende war das Hochschulrecht der DDR weithin beiseite geschoben worden, insbesondere auf dem Gebiet der Hochschulverfassung. Das Spektrum der von den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen vorgeschlagenen Statuten reichte weit - von radikal basisdemokratischen Modellen, die die Hochschullehrer noch unter die Drittparität von 1968 reduzierten und den Rektor zum nicht stimmberechtigten Vollstrecker der Senatsbeschlüsse machten bis zur fröhlichen Urständ der alten Ordinarienuniversität reinsten Prägung. Auch wer nicht den aussichtslosen Versuch machen wollte, zwischen diesen Extremen zu vermitteln, stand vor der Quadratur

des Kreises. Denn einerseits mußte es natürlich darum gehen, die akademische Eigenverantwortung und Selbstverwaltung wieder herzustellen und in diesem Rahmen den Professoren die Stellung einzuräumen, die nach dem bekannten Bundesverfassungsgerichtsurteil für die Freiheit von Lehre und Forschung notwendig ist, andererseits war es aber zunächst notwendig, die durch die Kaderpolitik der Vergangenheit systematisch zerstörten Grundlagen der akademischen Autonomie neu zu schaffen. Für jeden aufmerksamen Beobachter war nicht zu übersehen, daß so mancher, der jetzt akademische Autonomie praktizierte und einforderte, bis zur Wende darin bürgerliches Teufelszeug gesehen hatte. Auch war klar, daß die zu erarbeitende rechtliche Regelung nur einen vorläufigen Rahmen darstellen konnte. Es darf ja nicht vergessen werden, daß bis in den August hinein noch die Meinung vorherrschte, erst würden sich die Länder konstituieren und ihre Landtage und Landesregierungen ihre Tätigkeit aufnehmen, bevor die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrug und ihre noch verbliebenen zentralen Funktionen auf den Bund übergingen. Darum meinte ich, wir hätten mit der neuen Hochschulordnung, die ursprünglich als Gesetz geplant war, Zeit über die Sommerpause bis zum Herbstsemester, um dann auf dieser Grundlage überall dort Wahlen durchzuführen, die nicht bereits nach den gleichen Prinzipien durchgeführt worden waren. Wäre mir damals schon die viel kürzere Zeitperspektive klar gewesen, ich hätte - wie im Falle der Schulen - kurze Verordnungen vorgezogen, die wir - zum Entsetzen beratender Westjuristen - jeweils in einer Sitzung formulierten und rasch in Kraft setzten, um jedenfalls provisorisch neue Leitungsstrukturen zu schaffen.

Da ich meinem Hang zum Perfektionismus nachgab, geriet ich in ein Dilemma. Diejenigen an den DDR-Universitäten und -Hochschulen, denen ich mit einer solchen Ordnung eine verlässliche Grundlage geben wollte, sahen sich in ihrer neu gewonnenen Freiheit erneut durch die Zentrale eingeschränkt. Nach vier Jahrzehnten eines rigiden Kommandosystems gab es eine tiefe Abneigung gegen jede Art von Vorgabe, auch wenn diese von einer demokratisch legitimierten Autorität kam. Ich saß in diesem Punkte durchaus in einem Glashaus, denn noch vor wenigen Monaten hatte ich in der Statutenkommission der Humboldt-Universität ernsthaft die Frage aufgeworfen, ob denn die Wahl eines Rektors und die Berufung eines Professors auch in Zukunft von einem Minister bestätigt werden müßte. Übrigens hinderte die antiautoritäre und antizentralistische Grundhaltung viele, wenn nicht die meisten, überhaupt nicht daran, immer wieder im Einzelfall nach Eingriffen von oben zu rufen. Als einer meiner Söhne seine telefonischen Glückwünsche zum Ministeramt mit ähnlichen Anregungen verband, sagte ich zu ihm: "Junge, ich kann nicht wie der alte Fritz mit dem Krückstock durchs Land gehen und Recht schaffen. Das ist zwar effektiv, aber

letztlich doch ohne Wirkung.“ Ihm ist das längst klar durch eigene Erfahrung, aber vielen bei uns noch nicht. Dagegen machte den meisten westdeutschen Gesprächspartnern und Beratern eine Hochschulordnung nur Sinn, wenn sie eine Kopie des Hochschulrahmengesetzes der Bundesrepublik würde. Den Juristen, die ich im DDR-Ministerium vorgefunden hatte, leuchtete dies sofort ein. Der erste Entwurf war dann auch entsprechend.

Inzwischen wurde immer deutlicher, daß der Tag der deutschen Einheit rascher heranrückte, als dies zunächst angenommen worden war. Im Rahmen der deutsch-deutschen Bildungskommission, die im Mai installiert worden war, wie auch bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag machte ich jetzt eine ganz merkwürdige Erfahrung: Einerseits wurde - im Einklang mit der öffentlichen Diskussion und nach meiner Überzeugung überwiegend zu Recht - kritisch festgestellt, was dringend und grundlegend im Bildungswesen der DDR zu ändern war, andererseits wurde jeder konkrete Schritt, den wir zur Veränderung gehen wollten, beargwöhnt und behindert. Zunehmend gewann ich den Eindruck, man wolle gar nicht, daß sich die DDR auf dem Wege zur deutschen Einheit aus eigener Kraft erneuere, sondern Volkskammer und Regierung hätten allenfalls die Aufgabe, schon so viel wie möglich aus dem Rechtssystem der Bundesrepublik zu übernehmen. “Wie im Westen so auf Erden,” sollte Dieter Simon, aber auch erst nach einem gewissen Erkenntnisprozeß, dieses Vorgehen später einmal nennen.

Ich hatte von Anfang an gesagt: Bildung, Wissenschaft und Kultur sind die Gebiete, in denen nach dem Grundgesetz die Deutschen in der bisherigen DDR auch nach dem Beitritt zu eigenen Entscheidungen kommen können. Daher mußte das erste Ziel darin bestehen, diesen Freiraum eigener Gestaltung zu bewahren und darüber hinaus sicherzustellen, daß auch nach dem Beitritt der Weg in die Grundgesetzordnung von den wiedererstehenden Ländern im Osten Deutschlands gestaltet werden könnte, d. h. es galt, eine Übergangsfrist durchzusetzen. Unter Verweis auf die Tatsache, daß das Hochschulrahmengesetz auch in der alten Bundesrepublik den Ländern eine Frist von drei Jahren eingeräumt hatte, in der sie ihre Hochschulgesetzgebung anzupassen hatten, konnte ich erreichen, daß auch unseren neuen Ländern eine entsprechende Frist eingeräumt wurde. Nach Einigungsvertrag haben sie bis zum 3. Oktober 1993 Zeit, eine HRG-konforme Hochschulgesetzgebung inkraft zu setzen. Entgegen meiner ursprünglichen Absicht wurde dies zwar in einer Anlage versteckt, aber ich habe dafür gesorgt, daß es nicht unbekannt blieb. Zugleich war ich aber der Überzeugung, daß dadurch die Notwendigkeit einer vorläufigen Hochschulordnung nicht aufgehoben war. Erstens konnten wir nicht mehr damit

rechnen, daß die DDR-Regierung den neuen Landesregierungen ordnungsgemäß die Geschäfte übergeben könnte. Zweitens aber war die Annahme absurd, die neuen Landesregierungen und Landtage würden als erstes die Hochschulgesetzgebung in Angriff nehmen. Daher war ich fest dazu entschlossen, trotz anhaltender Proteste aus Bonn und aus den westdeutschen Ländern die Hochschulordnung noch auf den Weg zu bringen, damit sich die neuen Ländern ihrer bedienen könnten, solange sie dies für richtig hielten, längstens jedoch bis zum 3. Oktober 1993. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Hans-Ludwig Schreiber, früher Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium und unter den Juristen, die ich kenne, einer der wenigen, die sich die Lösung einer neuen Aufgabe nicht nur mit Hilfe alter Formeln vorstellen können, sondern die Freude daran haben, eine neue Formel aufzustellen, veränderte ich den bisher sehr HRG-konformen Entwurf in folgenden Punkten:

- Die Zusammensetzung des Konzils blieb dem Satzungsrecht vorbehalten, das natürlich vom zuständigen Minister zu bestätigen war, um der konkreten hochschulpolitischen Situation Rechnung zu tragen und eine Dominanz alter Kräfte zu verhindern.
- Aus dem gleichen Grund erhielt für eine Übergangszeit der zuständige Minister weitgehende Bestätigungs- und Interventionsrechte bei der Besetzung akademischer Wahlämter.
- Die Rechte des akademischen Mittelbaus in der Selbstverwaltung wurden erhöht; es wurde vorerst kein sogenanntes Hausberufungsverbot formuliert, weil dies den älteren Habilitierten im akademischen Mittelbau jede Chance genommen hätte.
- Es wurde ein generelles Recht formuliert, Berufungsgebiete neu zu definieren und auf dieser Grundlage die Kompetenz der entsprechenden Professoren zu überprüfen; bei dieser Bestimmung hatte ich eine Liste im Auge, die ich mir hatte zusammenstellen lassen und die alle Berufungsgebiete enthielt, die die Begriffe “marxistisch-leninistisch” oder “sozialistisch” enthielt, wie z.B. sozialistisches Staatsrecht oder marxistisch-leninistische Philosophie.

Trotz aller unserer Bemühungen hatten wir jedoch die Hochschulordnung erst in den Ministerrat einbringen können, nachdem der Einigungsvertrag bereits unterschrieben war. Da in diesem auch das weiter geltende Recht festgeschrieben wurde, bedeutete dies eine Abstimmungsrunde mit Bonn und der Kultusministerkonferenz, die zeitweilig eine unüberwindbare Hürde schien. Durch persönliche Intervention L. de Maizières bei Bundeskanzler Kohl gelang es, das Bundesbildungsministerium, das seinen Beamten zuvor jede Mitwirkung an der vorläufigen Hochschulordnung untersagt hatte, zur Kooperation zu bewegen; die Länder, die ohnehin keine geschlossene Front gebildet hatten, waren, wenn auch einige

unter Protest, bereit, sich noch einmal mit uns an einen Tisch zu setzen. Schließlich gab die Vertragsrunde unter dem Vorsitz Schäubles und Krauses dem Ganzen seinen Segen, wenn auch nur bis zum 31. 12. 91, was dann - nachdem ich den Saal schon wieder verlassen hatte - auf Verlangen Wolfgang Clements auf eine Frist bis zum 30. 6. 91 verkürzt wurde. Trotzdem war dies ein wichtiger Erfolg und, wie ich richtig vorher gesagt hatte, ein notwendiger Schritt. Nicht nur, daß die fünf Länder eine vorläufige Rechtsgrundlage hatten. Inzwischen ist die Hochschulordnung in wesentlichen Teilen in die für die Phase bis zum 3. Oktober 1993 durch die Landtage beschlossene Hochschul- bzw. Hochschulemeuergesetze übernommen worden bzw. weiter in Kraft. Als ich am Tag nach der letztlich doch erfolgreichen Abstimmungsrunde wieder in meinem Berliner Ministerium war, erhielt ich dort eine Pressemeldung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft mit blau-gelber Umrandung: Endlich sei es dank BMBW erreicht worden, das sozialistische Hochschulrecht der DDR außer Kraft zu setzen. Auch das war für mich eine nützliche Lektion.

Ungleich bitterer waren die Erfahrungen, die ich mit meiner Absicht machte, wenigstens ein Teil des Unrechts in der Berufungspolitik der Vergangenheit zu korrigieren. Um die folgende Geschichte zu verstehen, muß man wissen: In der DDR als einem zentralistischen Staat gab es pro Jahr zwei Termine für die Berufung von Hochschullehrern: im Februar für die Berufung von Hochschuldozenten, die in der DDR auch unbefristet waren, und im September für die Berufung von Professoren. Der Februar-Termin für die Dozenten war 1990 entfallen, wohl weil der damalige Bildungsminister sich über das mangelnde Vertrauen in die vom Zentralen Runden Tisch grundsätzlich nur als "geschäftsführend" bezeichnete Regierung Modrow im klaren war. Andererseits gab es schon bald nach der Wende in vielen Hochschulgremien energische Bemühungen, bisher verhinderte oder verschleppte Berufungen endlich durchzusetzen. Sicher wollte auch der eine oder andere nur noch rasch sein Schäfchen ins Trockene bringen, doch wäre es angesichts der großen Bewegung der Hochschulen abwegig zu behaupten, dies sei für diese Berufungsvorschläge typisch gewesen. Wie immer dies auch im Einzelfall gewesen sein mag: Es gab einerseits ein großes Bedürfnis, neue, wirklich neue Berufungen zu erreichen, und andererseits ein nicht unbeträchtliches Mißtrauen.

In dieser Situation formulierte ich in meiner Rede anläßlich der Investitur des neu gewählten Rektors der Berliner Humboldt-Universität mein Modell: Alle Vorschläge müßten neu beraten werden. Die auf dieser Grundlage beschlossenen Namen müßten dann öffentlich bekannt gemacht werden, und jeder, der aus wissenschaftlichen oder aus politischen Gründen (d. h. wegen Amtsmißbrauch oder Verletzung von Menschenrechten) Einwände gegen die Vorschläge hätte,

sollte diese der Hochschule oder dem Ministerium zur Kenntnis bringen. Vorrang sollten alle jene Vorschläge haben, die eindeutig darauf abzielten, Unrecht der Vergangenheit wiedergutzumachen. Auf diese Weise hoffte ich, den sich für die Erneuerung einsetzenden Kräften einen konkreten Ansatzpunkt für ihre Bemühungen zu geben. Hier mußte ich aber eine Erfahrung machen, die sich leider in der Folge noch wiederholen sollte, daß nämlich die Kräfte der Erneuerung in den Hochschulen das bedrückende Erbe der Vergangenheit zwar eindringlich als Problem darstellen können, aber oft nicht sehr wirkungsvoll sind in der Verfolgung realistischer Ziele. So erhielt ich zwar beeindruckende Schilderungen der mir wohlbekannten Methoden und Resultate stalinistischer Kaderpolitik in den Hochschulen, aber kaum konkrete Hinweise in bezug auf falsche oder notwendige Berufungsvorschläge. Einige solcher Hinweise wurden jedoch dem Bundesbildungsminister zur Kenntnis gebracht, offenbar, weil man diesen im Sinne eines zentralistischen Systems für die höhere Stelle hielt, die durch die Entscheidung von oben Wandel schaffen sollte, so wie ich gelegentlich den Eindruck habe, daß mancher bei uns heute den Wissenschaftsrat mit ähnlichen Augen anblickt wie früher das ZK. Auch wenn der Bundesbildungsminister damals nicht Jürgen W. Möllemann gewesen wäre, hätte er wohl dieser Versuchung, das Mißverhältnis von Tatendrang und Kompetenz zu verringern, nicht widerstehen können. Vielleicht hätten andere jedoch wenigstens dafür Sorge getragen, daß die Aufforderung, doch keine Berufungen mehr vorzunehmen, mich auf dem Postwege nicht erst geraume Zeit, nachdem der Brief in den Zeitungen gestanden hatte, erreicht hätte. Wie immer dem auch sei, ich antwortete ihm wie folgt:

"Mit einigem Erstaunen habe ich Ihren Brief zu Berufungen in der DDR gelesen, nachdem ich diesen mehrere Tage nach seiner Veröffentlichung in der Presse erhalten habe.

Ich denke, wir können uns sehr rasch darüber verständigen, daß diese Frage außerhalb Ihrer Kompetenz als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft liegt. In diesem Punkt besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen Ihrem Ministerium und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der DDR, das derzeitig uneingeschränkt die volle Zuständigkeit für dieses Ressort im Osten Deutschlands ausübt. Richtig ist, daß die Kulturhoheit künftig - in gleicher Weise wie jetzt bei den Ländern der Bundesrepublik - bei den ostdeutschen Ländern liegen wird. Diese Länder werden aber durch die DDR wieder errichtet, die bis zum Beitritt mit gleicher demokratischer Legitimation die Rechte und Interessen dieser Länder wahrnimmt. Zu keinem Zeitpunkt wird die Kulturhoheit der ostdeutschen Länder von irgendjemand anderem wahrgenommen werden.

Nun bin ich selbstverständlich jederzeit gern bereit, sachkundigen Rat in uns gemeinsam bewegenden Anliegen gründlich zu bedenken. Leider enthält Ihr Brief Formulierungen, die mich zweifeln lassen, ob man Sie in dieser Angelegenheit korrekt informiert hat. Zunächst ist mir absolut unverständlich, worauf sich Ihre Bemerkung bezieht, daß von den geplanten Berufungen 'offenbar ein beachtlicher Teil sogenannte Umberufungen sind'. Wenn wir - wovon ich wohl ausgehen darf - diesen Begriff im gleichen Sinne verwenden, sind Sie schlicht falsch unterrichtet. Ihr Lob, ich hätte 'bislang auf Berufungen gänzlich verzichtet', macht deutlich, daß Ihnen der bisherige Berufungsmodus in der DDR völlig unbekannt ist. Ich will Ihnen dies gern erklären:

Die Berufungen auf freie Dozenten- bzw. Professorenstellen wurden jeweils im Februar und im September eines jeden Jahres vorgenommen. In diesem Jahr entfiel unter der Modrow-Regierung der Februartermin. Im April legte ich fest, daß alle vorliegenden Vorschläge zur Berufung von Professoren und Dozenten von den inzwischen weithin neugewählten akademischen Gremien erneut zu beraten waren. Überdies machte ich jede Prüfung von Berufungsvorschlägen davon abhängig, daß alle Vorschläge publiziert werden, so daß jedermann die Möglichkeit hatte, im Verlauf von zwei Monaten gegen die Kandidaten wissenschaftliche oder rechtsstaatlich begründete politische Einwände zu erheben.

Diese Abweichung von der üblichen akademischen Praxis, die jedoch durch die politische Situation in der DDR voll gerechtfertigt ist, hat nun leider dazu geführt, daß von interessierter Seite, insbesondere in Westberlin, massiv nach einem generellen Berufungsstopp gerufen wird, offensichtlich um die Ostberliner und ostdeutschen Universitäten und Hochschulen zur Dispositionsmasse für künftige Karrieren zu degradieren. Als Argument dient die diffamierende Behauptung, im Eilverfahren würden noch alte Kräfte in akademische Positionen geschoben. Selbstverständlich liegt es auch nicht in unserem Interesse, durch extensive Besetzung aller Stellen künftige Strukturreformen zu erschweren. Daher werde ich Berufungen nur in einer begrenzten Anzahl von Fällen vornehmen, insbesondere, wenn es darum geht, akademische oder politische Zurücksetzung abzustellen. Es gibt keinen Grund, warum der demokratisch legitimierte Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR dies nicht tun sollte, zumal er auf diesem Gebiet auch über die notwendige akademische Erfahrung und Kompetenz verfügt."

Für mich war es eine Sache der Ehre und der Selbstachtung, daß wir - so lange es die DDR gab - das Unsere taten, um auf den schwierigen Weg zu einer freien Gesellschaft voranzukommen. Mich empörten auch die negativen Pauschalurteile über Wissenschaft und Wissenschaftler in der DDR, die damals - leider nicht nur von Journalisten - an jeder Straßenecke wohlfeil angeboten wurden. Dies schien mir um so grotesker, als ich vorher jahrelang aus dem Westen mir unbegreifliche Lobeshymnen auf das DDR-Bildungssystem hatte hören und lesen können. Außerdem drängte sich mir der Verdacht auf, man wolle ohnehin das Hochschulwesen im Osten kräftig reduzieren, und da wären neue Berufungen nur eine zusätzliche Erschwernis. Das schien mir besonders die Situation in Berlin zu zeigen. Hier hatte die Humboldt-Universität in der Tat eine stattliche Vorschlagsliste aufgestellt; allerdings waren darunter viele Vorschläge, Dozenten oder habilitierte wissenschaftliche Mitarbeiter zu außerordentlichen Professoren aufzuwerten. Unter den Vorschlägen für die ordentlichen Professoren befand sich auch mein Name. Ich war seit 1985 außerordentlicher Professor, und die Fakultät hatte mich im Frühjahr, als an einen Minister Meyer nicht zu denken war, auf die Liste gesetzt, und dieser Vorschlag war nun bestätigt worden. Alles andere wäre ja auch eine Brückierung gewesen. Obwohl ich sofort öffentlich erklärte, daß ich mich natürlich nicht selbst berufen würde, wurde dies bei dem Westberliner Trommelfeuer in den Monaten Juli bis September, um die Humboldt-Universität sturmreif zu schießen, immer wieder eingesetzt. Ich entsinne mich noch gut einer Meldung in einer großen Westberliner Tageszeitung, an der Humboldt-Universität seien schon wieder Stasi-Leute unter den Hochschullehrern enttarnt worden (sie waren übrigens von meinem Ministerium enttarnt und von der Humboldt-Universität entlassen worden, aber das schrieb die Zeitung natürlich nicht), jetzt wolle sie noch weitere Hochschullehrer berufen und darunter sei auch der Meyer.

Ich hielt an meinem Entschluß fest. Um im eigenen Haus jeden Einfluß alter Kräfte auf die Berufung auszuschließen, holte ich einen Wissenschaftler aus dem Mittelbau, der sich in einer Initiativgruppe zur Hochschulerneuerung hervorgetan hatte, speziell dafür ins Ministerium. Wir taten alles, um die Vorschläge zu überprüfen, wobei uns zustatten kam, daß das Ministerium über eine beträchtliche Anzahl von Personalakten von Hochschulangehörigen verfügte, die in der Modrow-Zeit nicht gereinigt waren. Schließlich wurde aus den Vorschlägen eine begrenzte Zahl ausgewählt - viel weniger, als Stellen frei waren, und ein Bruchteil der Zahl, die ich abberufen hatte. Aber die Kampagne hatte ihre Wirkung getan. Als Professor Hans Ludwig Schreiber etwa drei Monate später einem Bekannten erzählte, er würde mich beraten, sagte dieser: "Den Meyer. Der soll doch noch in letzter Minute die ganzen alten Genossen berufen haben."

Als dieser schöne Satz gesprochen wurde, war ich schon in Dresden. Am 8. November hatte mich Kurt Biedenkopf zum sächsischen Minister berufen. Kurze Zeit darauf stand ich bei der Feier zum 250jährigen Jubiläum der Bergakademie im alten Rektoratsgebäude neben einem Bild des Akademiegründers, des sächsischen Oberberghauptmanns und späteren preußischen Ministers von Heinitz, und sagte, ich empfände das Bild als eine gewisse Ermutigung für mich, der ich umgekehrt von Preußen nach Sachsen gegangen wäre. An der Reaktion der Umstehenden bemerkte ich, daß ich da einen Punkt berührt hatte. Zu diesem Zeitpunkt umfaßte das gesamte Wissenschaftsministerium sechs Personen. Morgens versammelten wir uns um den großen Tisch in meinem Arbeitszimmer, um die Post zu ordnen, die wir hofften, später einmal bearbeiten zu können. In die ersten Wochen nach der Regierungsbildung fiel auch die Entscheidung über die Abwicklung. Diese Möglichkeit war während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag konzipiert worden, als noch angenommen wurde, die DDR-Regierung würde ihre Kompetenzen schrittweise auf die Landesregierungen übertragen. Dabei sollten die letzteren entscheiden, welche Behörden und Institutionen sie übernehmen wollten und welche nicht. Letztere müßten dann - rechtstechnisch ausgedrückt - abgewickelt werden. Dabei war an Bildungseinrichtungen allenfalls nur unter anderem gedacht worden. Als es dazu kam, daß der Beitrittstermin noch vor den Termin unserer Landtagswahlen gelegt wurde, erhielt ich Hinweise darauf, daß die für die bisherigen Bezirke und künftigen Länder eingesetzten Beauftragten offenbar von dem einen oder anderen aus dem Westen den Rat erhielten, sich doch während des Interregnums dessen, was als institutionelle Überlast angesehen wurde, zu entledigen. Wohlgermerkt, dieser Rat ging an Personen, die über keinerlei eigene Legitimation verfügten. Ich machte Fritz Schaumann auf diese Gefahr aufmerksam, und er war auch hier hilfreich. Möglicherweise trug dies dann zu der sogenannten Fußnotenregelung bei, durch die die Entscheidungsfrist bis zum 31. 12. 90 verlängert wurde.

Faktisch hatten wir also einen knappen Monat zur Verfügung. Ich wußte, es war ein harter Schritt, ein Urteil über Gerechte und Ungerechte, über Kompetente und Inkompetente. Andererseits hatte die Hochschulordnung schon eine vergleichbare Regelung in bezug auf die Berufsgebiete vorgesehen. Die Abwicklung schloß das gesamte Personal ein und bot die Chance eines völligen Neuaufbaus. Voraussetzung war allerdings, jedenfalls nach unserem Verständnis, daß die neue Einrichtung auch eine neue wesentliche Aufgabe erfüllen würde. Diesen Nachweis glaubten und glauben wir, für Gebiete wie Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften jederzeit liefern zu können. Aus der Kompetenz für sozialistisches Staatsrecht folgt eben nicht automatisch die Kompetenz für Staatsrecht im Geltungsbereich des Grundgesetzes. Der Zustimmung der breiten Öffentlichkeit

konnten wir sicher sein, der Zustimmung der Studenten nicht. Darüber ist viel oberflächliches Zeug geredet und geschrieben worden, weil viele von ihrer eigenen Perspektive oder - was meist das gleiche ist - vom allgemeinen Vorurteil ausgingen. Bei Journalisten scheint dies eine Berufskrankheit zu sein. Die protestierenden Studenten bestritten keineswegs die Notwendigkeit der Reform, aber sie wollten nicht, daß ein Landtag oder eine Landesregierung oder wer immer ohne ihre Zustimmung beschließt, ob und vor allem wie reformiert wird. Mit anderen Worten, es ging nicht nur um Mitwirkung, sondern um einvernehmliche Regelung. Ich will ausdrücklich hinzufügen, daß nach Jahrzehnten eines rigiden und zentralistischen Kommandosystems eine solche Haltung nur zu verständlich war, ja, daß wir alle, wann immer wir selbst betroffen waren, diese Haltung mehr oder weniger ausgesprochen vertraten. Innerhalb weniger Wochen bestand aber nicht die Spur einer Chance dafür, diese Zustimmung zu gewinnen, wenn sie überhaupt jemals bestanden hätte. Denn: Die protestierenden Studenten standen in ihrer Mehrheit links, was nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch nach Lage der Dinge nicht anders zu erwarten war, und sie mißtrauten den Absichten der Regierung. Auf eine Kurzformel gebracht lautete der Vorwurf: Ihr wollt eine rote Universität durch eine schwarze ersetzen.

In dieser Situation gab es überhaupt keine andere Chance für die Regierung als die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und den Entschluß ausschließlich allein zu fassen. Auf die Ansätze zur Selbstheilung zu vertrauen, schien vermessen, sie scheinbar zu ignorieren war gleichwohl hart und für den Einzelnen wohl ungerrecht. Ich machte mir daher keine Illusion über das, was folgen würde, auch wenn ich die erste Studentendemonstration vor dem Landtag mit den Worten begrüßte: "Ihr hättet mir eigentlich Blumen mitbringen müssen." Die Studenten sahen dies natürlich anders, obwohl sie mir nachträglich noch einen Minikaktus schenkten. In den folgenden Auseinandersetzungen mußte mein Ziel ein doppeltes sein, nämlich, erstens, am einmal gefaßten Grundsatzbeschuß festzuhalten, und zweitens, in geduldigen Gesprächen den Studenten zu vermitteln, daß es uns nicht um Kahlschlag, sondern um Neuaufbau ging und daß dieser Neuaufbau ihre berufliche Zukunft sichert. Allein an der Universität Leipzig waren dies zwei jeweils mehr als vierstündige Versammlungen in überfüllten Hörsälen, ein vierstündiges Gespräch am Vormittag des 24. 12. mit hungerstreikenden Studenten, ein achttündiges Gespräch mit Vertretern des Studentenrates, des Rektoratskollegiums und des Mittelbaus am 29. Dezember. Im Ergebnis der Gespräche war den Studenten deutlich, daß der Beschluß unumstößlich war, daß sie aber die Arbeit der neuen Gründungskommissionen in angemessener Weise mitprägen könnten. Nun mußte es darum gehen, möglichst rasch angesehene und erfahrene Hochschullehrer als Gründungsdekane zu gewinnen und Gründungskom-

missionen einzusetzen. In den meisten Fällen rief ich die künftigen Gründungsdekane einfach über den einzigen direkten Westanschluß, über den die Sächsische Regierung damals verfügte, zu Hause oder in ihren Hochschulen an, übrigens meistens erfolgreich. Trotz mancher Unzulänglichkeiten sind die Neugründungen in den vergangenen Monaten vorangekommen, und im Dezember letzten Jahres konnte ich die ersten Berufungsschreiben unterzeichnen.

Doch erfassen die Neugründungen auf geistes- und sozialwissenschaftlichem Gebiet nur den kleineren Teil der Universität. Eine personelle Reform war und ist für alle wissenschaftlichen Gebiete notwendig, wobei sich die Notwendigkeit nicht in erster Linie aus einer veränderten Aufgabenstellung ergibt, wohl aber aus der politischen und ideologischen Deformierung der Kriterien, nach denen wissenschaftliches Personal, insbesondere Hochschullehrer, in der DDR ausgewählt wurden, sowie aus der Verwicklung so mancher in die Dienste der Staatssicherheit. Unter den Kriterien der persönlichen Integrität und der fachlichen Kompetenz sind also Entscheidungen im Einzelfall zu fällen, und dies auf rechtsstaatlicher Grundlage, d. h. aufgrund nachweisbaren Amtsmißbrauchs, nachweisbarer Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, und es muß geprüft werden, welche Stellenbesetzung der Vergangenheit nicht primär fachlich, sondern politisch motiviert waren.

Damit das Ergebnis unserer Bemühungen eine wirklich innere Erneuerung unserer Hochschulen sein wird, hat das Hochschulerneuerungsgesetz dafür zwei Arten von Gremien geschaffen - die Personalkommission und die Fachkommission, bei denen die gewählten Vertreter der Hochschule und ihrer Mitgliedergruppen zusammenwirken mit Vertretern der Öffentlichkeit bzw. mit auswärtigen Hochschullehrern. Es ist ein mühseliges Werk, das nur langsam, viel zu langsam vorankommt. Die größte Belastung ist das wechselseitige Mißtrauen, das uns die Staatssicherheit als schreckliches Erbe hinterlassen hat, und die Fixierung vieler darauf, möglichst viel über die Verwicklung in die Staatssicherheit aufzudecken, statt sich offensiv und rasch mit dem auseinanderzusetzen, was offen zutage liegt - nämlich mit dem Amtsmißbrauch und den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und den dafür Verantwortlichen.

Gleichzeitig müssen wir unsere Hochschulen und unsere Hochschullandschaft neu ordnen und dabei aus eigener Einsicht und Verantwortung den rechten Weg finden zwischen schönen, aber unrealistischen Träumereien und dem Reißbrettdenken des Wissenschaftsrates. Dies alles - die personelle und die strukturelle Reform der Hochschulen in kurzer Frist, wäre schon Aufgabe genug. Diese Aufgabe muß aber geleistet werden in einem vorgegebenen Haushaltsrahmen, der sich - da wir vom finanziellen Transfer abhängig sind - nach den in den

alten Bundesländern üblichen Parametern richten muß. Dies wird noch in diesem Jahr zu einem Personalabbau führen, wie er in der deutschen Hochschulgeschichte einmalig ist. Niemand, der bei Sinnen ist, wird behaupten wollen, ein solcher Abbau träfe nur oder auch nur überwiegend Belastete und Inkompetente. Für viele, die so alt sind wie ich oder älter, bedeutet dies zugleich das Ende jeder beruflichen Chance. Es ist meine Überzeugung, daß Sachsen in naher Zukunft wieder einen ehrenvollen Platz im Hochschulwesen Deutschlands einnehmen wird. Hätte ich diese Überzeugung nicht, dann wüßte ich nicht, wie ich für all die harten und bitteren Entscheidungen einstehen könnte, die notwendig oder - was nicht das Gleiche ist - unvermeidlich sind. Und es ist unsere feste Absicht, im künftigen sächsischen Hochschulgesetz die akademische Eigenverantwortung und Selbstverwaltung umfassend auszugestalten. Hätte ich diesen Vorsatz nicht, wüßte ich nicht, wie ich die derzeitige Praxis der stark reduzierten Hochschulautonomie vor mir selbst rechtfertigen könnte. Denn das professorale Hemd ist mir noch immer näher als der ministerielle Rock, und das wird hoffentlich auch so bleiben. Dennoch: Trotz unserer Gewißheit, daß wir den begonnenen Weg entschlossen bis zum Ende gehen müssen und daß die Ziele wohl erwogen sind, sind viele bedrückt und enttäuscht. Auch wenn es uns, wie wir hoffen, im Verlauf dieses Jahres gelingt, durch die Personal- und Fachkommissionen das Ansehen unserer Universitäten und Hochschulen wieder herzustellen; auch wenn wir die Grundlagen einer neuen Hochschulstruktur schaffen, so wird dies doch für Tausende, deren Integrität und Kompetenz unbestritten ist, keine Chance mehr bieten. Geschichte ist kein Lesebuchtext. Auch Gutes und Richtiges fordert seinen Preis. Bei uns zahlen viele mit dem Ende ihrer beruflichen Chance für ein funktionstüchtiges und finanzierbares Hochschulwesen. Für sie kam die Wende zu spät, war die Bereitschaft, die Teilung durch Teilen zu überwinden und die ungleiche Last der Vergangenheit durch ein Zurückstellen eigener Lebensverbesserung zu mindern, zu gering. Daran zu erinnern ist für mich, der im engen Rahmen des Machbaren politische Entscheidungen zu verantworten hat, ein Gebot des Anstandes.

**DRAUFSICHTEN**

## Über Bedingungen politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenenschaft 1989/90

Es scheint Konsens darüber zu herrschen in der deutschen journalistischen und wissenschaftlichen Publizistik, daß die "Studenten in der DDR keineswegs die Speerspitze der Revolte" gewesen sind.(1) Als im Juni 1990 Tausende von StudentInnen vor der Volkskammer in Berlin für die Erhöhung ihrer Stipendien und den Erhalt des elternunabhängigen Berechnungsverfahrens demonstrierten, hieß es in der *FAZ*: "Das bot den Passanten erstmals seit langem Gelegenheit, Studenten in größerer Zahl aus der Nähe anzuschauen. Im vergangenen Herbst und auch in den unruhigen Monaten danach ließen sie sich kaum blicken auf den Straßen der DDR." (2) Ein halbes Jahr später titelte die *taz* einen Artikel über die aufkeimenden Proteste gegen die sogenannte Abwicklung, daß die "StudentInnen in der Ex-DDR aufgewacht" seien - "reichlich spät", wie die Schreiberin auf den ersten Zeilen hinzufügte. (3)

Dieser Konsens muß mit einer differenzierteren Bewertung der politischen Rolle der Studierenden durchbrochen werden. Er kommt zustande, weil die Urteile auf einer schwachen (oder gar keiner!) empirischen Basis gefällt werden und weil begrifflich unsauber argumentiert wird. Während sich etwa breite Teile der Forschungsnation mit all' ihren Analysemethoden über "die Wende in der DDR" hermachen und um einen adäquaten Begriff für die in Deutschland ablaufenden "Transformationsprozesse" ringen, weiß Lepenies, daß es eine Revolte war. Ich will versuchen, das widersprüchliche Engagement von Studierenden im DDR-Umbruch anhand mir vorliegenden empirischen Materials differenzierter zu beleuchten.

Meine Thesen lauten, daß die Studierenden den gesellschaftlichen Impuls zur Demokratisierung in den Universitäten aufgenommen haben. Sie erstritten gegen den Alleinvertretungsanspruch der FDJ eine demokratische, unabhängige Form der Selbstorganisation: den Studentenrat (StuRa). Im StuRa strebten engagierte Studierende mit dem Anspruch der politischen Selbstbestimmung

weitergehende Reformen in den Universitäten an. Ihre intendierten Ziele erreichten die StuRas dabei nicht, weil sie massenhaften Rückhalt bei den Studierenden nicht erlangen konnten und weil deren basisdemokratische Konstruktion problematisch war. Hinzu kommt, daß die staatliche Angliederung der DDR erhebliche systemische Anpassungszwänge ausübte, die eigene Entwürfe der Menschen als politische Subjekte nicht zuließ. Der studentische Emanzipationsschub scheiterte vor allem an den ProfessorInnen, die im Umbruch an den Unis die Rolle der Agenten des vorauseilenden Gehorsams spielten. Die "Abwicklung" zielte auf die ProfessorInnen.

Die Studierenden, das sei von vornherein gesagt, gibt es nicht. Die Ausdifferenzierung in dieser Population läßt einfache Schematisierungen nicht zu. Sie waren zu 95 % in der FDJ organisiert und sie erhielten alle eine Stipendium - und dennoch haben sie sich im Umbruch ganz unterschiedlich verhalten. Der Satz: "Bei der Revolution hielten sich die Hoch- und Fachschüler auffallend zurück"(4), er zum Beispiel stimmt ebensowenig, wie die Aussage Uli Heubleins die ganze Wirklichkeit trifft: "Jeder Student hat im Durchschnitt an vier Demonstrationen teilgenommen, jeder Fünfte sogar an sechs und mehr."(5) Genau betrachtet war es so, daß 48 % der StudentInnen in der Umfrage "Student 90" antworteten, sie hätten an bis zu zwei Demos teilgenommen. Knapp 20 % wären öfter als fünfmal auf der Straße gewesen, sagten sie.(6) Und wie kann man nun verallgemeinern? Daß die Studis sich zurückgehalten hätten oder daß sie denn doch die aktivsten DemonstrantInnen während des Umbruchs waren?

Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte, sondern sie ist anders. Um sie zu beschreiben, korrigiere ich drei Behauptungen Lepenies':

I. "Weder Künstler noch Wissenschaftler, weder Studenten noch Professoren agierten - von wenigen Ausnahmen abgesehen - als die Vordenker oder Vorläufer der deutschen Novemberrevolution."(7)

Dazu ist zu sagen, daß gerade Leipzig das schlagende Gegenbeispiel dafür ist: Wie vielleicht nirgendwo sonst in der DDR, läßt sich in der Pleißestadt über Jahre hinweg die Spur intellektuellen Protestes verfolgen, der auch von Studierenden initiiert und getragen wurde. Dies geht bis hin zu den Montagsdemonstrationen, die wohl unschwer als die entscheidenden Auftritte der Menschen während des DDR-Umbruchs erkannt werden können. Anders als Lepenies es für Osteuropa konstatiert, kann man in Leipzig aber keineswegs des Intellektuellen "heroisches Comeback auf der politischen Bühne" (8) bestaunen. Den Intellektuellen gibt es schon in westdeutschen Landen kaum, im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat hatte er einen noch schwereren Stand. Hier wollte man eine "sozialistische Intelligenz", und es ist kein Wunder, daß sie in den Universitäten,

wo sie erzogen und ausgebildet wurde, ganz besonders repressive Bedingungen zu gewärtigen hatte.

Wer die Berichterstattung über die Entwicklung der DDR im Jahre 1989 verfolgte, der sah auch vom Westen aus, daß sich in Leipzig etwas tat. Am 9. Mai 89 berichtete etwa die *Süddeutsche Zeitung* von einem Protestaufzug in Leipzig, bei dem "120 Teilnehmer mindestens vorübergehend festgenommen" worden seien.(9) Einen Tag später stand an gleicher Stelle zu lesen, unter "den am Montag Festgenommenen sind auch einige namentlich bekannte Theologiestudenten."(10) Das war die *Außerperspektive*. Was mußte da erst an Widerständigkeit, an Protestbereitschaft, an Erneuerungswillen zu entdecken sein, wenn man es aus der Nähe betrachtete?

Im nachhinein stellt sich die Leipziger Situation so dar, daß sich bereits über Jahre hinweg ein kritisches Milieu gebildet hatte. Das Jahr 1989 brachte für Leipzig eine ganze Kette von Ereignissen und Daten, an denen sich das aufgestaute Protestpotential entladen und zugleich wieder neu entzünden konnte. Dazu zählen die Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar; die mehrere Tage währenden Proteste nach der Kommunalwahl am 7. Mai, für deren systematische Überprüfung in Leipzigs bürgerbewegten Gruppen eine "monatelange Kampagne" gelaufen war.(11) Ab "8. Mai begann das allmorgentliche Szenario einer großen Polizeipräsenz bei den Friedensgebeten in der Nikolaikirche"(12); der Pleißegedenkmarsch zum Weltumwelttag im Mai; das Straßenmusikfestival am 10. Juni, eine unpolitische Veranstaltung, bei der es dennoch zu Festnahmen kam und gleichermaßen zu Solidarisierungen durch die Bevölkerung; der sächsische evangelische Kirchentag am 8. und 9. Juli, der ein kritisches Forum per se darstellte, ohne daß es zu Demonstrationen kommen mußte.

Die wesentlichen daraus zu ziehenden Schlüsse sind: Der Protest trägt deutliche Züge *intellektueller Kritik*.(13) Er wird hauptsächlich getragen von jungen Menschen, darunter Studierende. Seine Wirkkraft entfaltet diese Art Protest erst dann, wenn es ein Publikum gibt, an das er adressiert werden kann und das bereit ist, sich mit den Kritikübenden zu solidarisieren.

Die Montagsdemonstrationen selbst waren, so gesehen, nur die logische Folge dessen, was sich in Leipzig angebahnt hatte. Für uns hier von Bedeutung ist momentan nur, daß es junge Leute waren, die "nicht mehr angepaßt nach außen leben, sondern diese Entfremdung beenden" wollten, wie Friedrich Magirus schreibt.(14) Und aus der Perspektive des Augenzeugen der ersten Montagsdemonstration mit massenhafter Beteiligung am 25. September 1989 kann man sich vorstellen, wie der Bann der repressiven Kräfte in Leipzig gebrochen wurde und

wer dafür verantwortlich war. "Ungehindert konnten sich die jungen Leute, viele Studenten darunter, im ganzen wohl 2000, zum Protestzug formieren, sich unterhaken oder händeklatschend nun endlich ihr politisches Anliegen skandieren, das in der Kirche nicht erklingen durfte: 'Neues Forum zulassen'." (15)

Ein Aspekt der entscheidenden Montagsdemonstration war der sogenannte "Aufruf der Sechs". Drei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und drei SED-Funktionäre mahnten in der hochbrisanten Situation des 9. Oktober - auf der einen Seite Zehntausende, die nicht mehr wollten; auf der anderen Seite ein hochgerüsteter Sicherheitsapparat, von dem keineswegs klar war, daß er nicht mehr könne - zur Besonnenheit. An dieser Stelle zeigt sich, wie unterschiedlich das Verständnis von Intellektuellen und Intelligenz in den Systemen ist. Natürlich trug der auf Betreiben des Gewandhauskapellmeisters Kurt Masur zustandgekommene Appell jenes emphatische Moment des "mêler directement aux affaires de la cité". (16) Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler lassen ihr Werk sinken, um sich - wie einst Emile Zola um der Gerechtigkeit willen - mit dem kritischen Wort an das große Publikum zu wenden. Aber im Grunde kommen wir mit dem westlichen Begriff des Intellektuellen nicht weiter, wenn wir die "normale Situation" der Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft analysieren wollen.

Die Intelligenz hatte sich, dem ideologischen Verständnis des Marxismus/Leninismus nach, fest an der Seite der Arbeiterklasse aufzuhalten. (17) Die politische Macht zog sich seit der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten eine eigene, sozialistisch orientierte Intelligenz groß. Sie wachte mit einem weiten Feld subtiler bis knallharter Sanktionsmaßnahmen darüber, daß diejenigen, die mit dem gesprochenen und geschriebenen Wort umgingen, es nicht zur Kritik der bestehenden Verhältnisse oder der herrschenden Ideologie "mißbrauchten". Eine unabhängige, eine "sozial freischwebende Intelligenz" (18), um das klassische Wort Mannheim/Webers aufzunehmen, war nicht vorgesehen.

Natürlich auch nicht an den Universitäten, jenen Orten, an denen die "sozialistisch orientierte" Intelligenz ausgebildet wurde. Dort sorgte ein engmaschiges Sicherungsnetz dafür, daß keine vom rechten Weg des Marxismus/Leninismus abkam. Zu ihm gehörten, als die bestimmenden Institutionen, die Kreisleitung der SED an der Uni, deren Chef mehr zu sagen hatte als der Rektor; der FDJ-Kreis mit seinen vielen Grundorganisationen in den Sektionen bis hinunter in die FDJ-Seminargruppe; die Stasi an der Uni. Ein Student berichtete in einem Gruppeninterview über eine Initiative zur Gründung einer eigenen Zeitschrift an der KMU. Es habe alles abgeseignet sein müssen, sonst wären die "üblichen Schwierigkeiten" mit der Staatssicherheit entstanden: "Und davor hatten wir natürlich ein

bißchen Angst. Denn wir wollten ja alle weiterstudieren und waren insofern in unserem Protest ziemlich gebremst." (19)

Ich will mich hier als Wessi nicht ergehen in der Schilderung von Zuständen, die die KommilitonInnen aus der DDR viel besser kennen. Aber ich darf kenntlich machen, daß ich noch Monate nach der Wende, als ich mich in Leipzig und Ost-Berlin zu einem Gaststudium einschrieb, eine groteske Atmosphäre der Verhinderung meiner Studienfreiheiten empfand. Marginalien im Grunde. Etwa der Hinweis an der Pforte des Leipziger "Weisheitszahns" auf das obligate Vorzeigen des Studentenausweises. Oder die Unmöglichkeit in der Bibliothek ein Schließfach zu bekommen, ohne registriert zu werden. Summa summarum ein Eindruck der Überwachung, der Unfreiheit, der Unmündigkeit.

Ich glaube, diese persönlichen Eindrücke verbinden zu dürfen mit einem objektiven Befund. Die ideologische Einbindung in FDJ und SED - so wenig sie bei den einzelnen verdingt -; die soziale Absicherung durch Stipendium, Wohnheimplatz und - auf die Zukunft gerechnet - durch die Absolventenvermittlung; die Aussicht auf Relegation bei unbotmäßigem Verhalten; die kleinen universitären Abartigkeiten des vormundschaftlichen Staates - dies alles hat insgesamt Kritik erheblich erschwert und zum anderen korrumpierende Effekte ausgeübt. Der Studierende hatte als *junger Intellektueller* seinen Platz nicht an der Universität. Alles dies war dort *nicht*: "Es ist die Freiheit, diese Unabhängigkeit, diese Chance für die Wahrheit des Ganzen, für die Kritik des Weges, den die Gesellschaft geht, und für den Entwurf des Weges, den die Gesellschaft gehen sollte." (20)

Von daher ist es umso bemerkenswerter, was Studierende in ihren Universitäten erreicht haben.

II. "Im Gegensatz zur Tschechoslowakei waren Künstler und Studenten in der DDR keineswegs die Speerspitze der Revolte." (21)

Was Lepenies hemdsärmelig eine "Speerspitze der Revolte" nennt, würde ich unter den Begriff der sozialen Innovation fassen wollen. Deren Akteure bringen neue Themen oder Ansichten auf die Tagesordnung, schaffen dem freien Wort einen Raum der Auseinandersetzung und organisieren schließlich diesen Raum, um das Neue oder die Kritik am Alten umzusetzen.

Haben Studierende in Leipzig so agiert?

Am 5. Oktober 1989 formulierten Studenten eine Stellungnahme "über die Ereignisse der letzten Wochen". Eine politische Lösung bedürfe "Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsäußerung für alle beteiligten Seiten", es sei "umfas-

sende Information über die Ereignisse der letzten Zeit nötig". Neue Themen wird man vergeblich suchen. Das *politische* System in der DDR war zu diesem Zeitpunkt bereits vollkommen gelähmt. Es agierte nurmehr als repressiver Apparat der Dialogunterdrückung. Die Studierenden forderten, diesen "bloßen Einsatz von Polizeigewalt und die Kriminalisierung der Demonstranten in den Medien" zu beenden. "Ohne Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das heißt Dialog mit allen Bürgern auf einer neuen Ebene, wird eine Gesundung und ein Fortschritt unseres sozialistischen Staates nicht möglich sein."(23)

Wenige Tage später, genau: am Tag nach der Montagsdemonstration vom 9. Oktober, wandten sich die Medizinstudierenden in einem Appell an ihre Professoren. "... wenden wir uns an Sie und fordern Sie auf, ihrer Pflicht als Hochschullehrer und Wissenschaftler gerecht zu werden und zum derzeitigen gesellschaftlichen Zustand Stellung zu nehmen."(24)

Das sind Zeugnisse intellektuellen Engagements, die zugleich zeigen, wie grotesk verriegelt das politische System und wie verfahren die Situation bereits war. Es ging allein um die Verhinderung schierer Gewalt und den Wunsch, überhaupt ins Reden zu kommen.

Einer der Autoren äußerte sich zum Zustandekommen dieser Briefe. Nach den Sommerferien, während derer Zehntausende vor den politischen Verhältnissen davonliefen, hätte er mit einigen KommilitonInnen begonnen zu überlegen. "Ohne überhaupt irgendeine Grundlage zu haben, was man überhaupt machen könnte", hatten sie "dann also angefangen, irgendwelche Dinge zu schreiben." Dabei sei jedes Wort stundenlang diskutiert worden. "Und dann haben wir angefangen, Versammlungen zu machen. Ganz schüchtern eigentlich und auch nicht in der Hoffnung, daß es irgendwie was bringen würde." Dazu seien dann schnell 200 - 300 Leute gekommen. "Es war noch kein Rezept da, es wurde einfach gejammert; es wurde kritisiert. Und dann wurde diskutiert ... Gegen die FDJ. Wir müssen was machen, weil wir gegen die FDJ sind. Es wurde keine eigene Linie entwickelt, sondern es wurde aus Opposition gegen diese Alleinvertretung [agiert, cif]." (25)

Die Möglichkeiten (und auch der Mut), *eigene* Veranstaltungen durchzuführen, entstanden erst nach der entscheidenden Montagsdemonstration. Eine Woche darauf diskutierten Studierende in der Sektion Psychologie über die Frage: "Wie verhalten sich die Studenten bei der Montagsdemonstration?" Bei den Theologen fand, ebenfalls am 17. Oktober, ein Treffen von Studenten verschiedener Sektionen statt. Gemeinsam war diesen Veranstaltungen, daß sich relativ schnell

herausstellte: Die FDJ ist nicht mehr tragbar; es muß eine eigene, unabhängige Studentenvertretung geben.

Zur Komplettierung des historischen Prozesses sei noch gesagt, daß es eine Reihe weiterer Treffen gab. So am 18. Oktober bei den Wirtschaftswissenschaftlern, wo es um den "Sozialismusbegriff" gehen sollte, tatsächlich dann aber ebenfalls Studentenvertretung das Thema war. Bei diesem Treffen wurde eine "Koordinierungsgruppe" eingesetzt. Am 24. Oktober trafen sich Studierende erneut bei den TheologInnen. Dort wurden Modelle für eine Studentenvertretung außerhalb der FDJ diskutiert. Abgestimmt wurde ein vorläufiges Modell am 26. Oktober; die eigentliche Konstituierung des StuRa erfolgte am 9. November, einem also auch für Leipzig "historischen" Datum. Kurz danach verzog sich der StuRa zu einem Arbeitswochenende in eine Jugendherberge, "um den StuRa-Satzungsentwurf zu schreiben."(26)

Wesentlich erscheint mir, einige Aspekte der Gründungsphase des StuRa herauszuheben. Die Masse der Studenten interessierte sich von Anfang an kaum für den StuRa. Das Modell zeigte in seiner "Verfassungswirklichkeit" schnell Abschließungserscheinungen. Seine Bildung war begleitet von geschäftsordnungsmäßigen Kleinkariertheiten.

Auch wenn an den jeweiligen Treffen Hunderte von Studierenden teilnahmen. Die politisch Interessierten blieben bei diesen Treffen mehr oder weniger unter sich. Umfrageergebnisse des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) bestätigen diesen für die Uni selbst nur schwer quantifizierbaren Befund. Zwar sprachen sich 97 Prozent der Studierenden für den StuRa als Organisationsmodell aus. Aber nur 30 Prozent zeigten sich an einer Mitarbeit überhaupt interessiert. Tatsächlich arbeiteten weniger als 10 Prozent im StuRa mit. (27)

Der Kern der Bewegung für eine unabhängige Studentenvertretung zeigte sehr schnell die Tendenz, sich von den anderen Studierenden abzuschließen.

Das am 24. Oktober bei den TheologInnen favorisierte Modell zeichnete sich durch ein deutliches "legislatives" Übergewicht und seine Offenheit aus. Der Studentenrat sei die Versammlung der Sektionssprecher der KMU. Er verhandle erstinstanzlich die Interessen der Studierenden. Von *Sprechern* des StuRa war erst im sechsten von sieben Punkten die Rede. Ihre Vereinbarungen mit anderen Instanzen erlangten erst dann Gültigkeit, "wenn ein entsprechender Beschluß von Studentenrat oder Vollversammlung oder per Urabstimmung angenommen worden ist." (28) Prinzip des StuRa solle sein, so heißt es in dem Entwurf, daß er "keine administrative Gewalt ... gegenüber der Studentenschaft" habe.

Außerdem wurde den Studierenden in den Sektionen ein scharfes Kontrollrecht in die Hand gegeben: jeder Sprecher sei "jederzeit abwählbar/ersetzbar".(29)

Die auf dem Arbeitswochenende erarbeitete Satzung stärkte das exekutive, administrative Moment im StuRa. Es wurde eine sogenannte "Koordinierungsgruppe" in die Satzung aufgenommen, die aus zwei SprecherInnen und drei KoordinatorInnen bestehen sollte. Man kann aus diesem der Studentenschaft zur Diskussion vorgelegten Satzungsentwurf deutlich das Unbehagen über dieses Moment herauslesen. "Die Koordinierungsgruppe hat lediglich die Aufgabe, die Arbeit des StudentInnenrates zu organisieren. Sie hat keine inhaltliche Richtlinienkompetenz"(30), wurde die Position der Sprecher in dem Satzungsvorschlag relativiert.

Freilich handelt es sich dabei nur um Nuancierungen auf der normativen Ebene, die für die Verfassungs*wirklichkeit* nicht viel aussagen müssen. Indes war es bereits bei der Bildung des StuRa Usus geworden, "Koordinierungsgruppen" einzusetzen. Dies mag den Beteiligten für den Fortgang der Dinge in der teilweise unübersichtlichen Situation, bei den vielen hektischen Debatten usw. als nicht anders machbar erschienen sein. Die Einsetzung solcher Gruppen konterkariert allerdings erheblich die in der Satzung betonte Offenheit.

Wenn etwa die erste, am 18.10.89 gewählte Koordinierungsgruppe darüber informierte, daß sie für die Vollversammlung der Seminargruppensprecher den Rektor eingeladen habe; daß sie ein Telegramm an den LDPD-Politiker Manfred Gerlach gesandt habe; daß sie "vorläufig" die Bildung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Thematiken "beschlossen" habe - dann macht das nach außen hin den Eindruck, da werkelten ein paar Leute vor sich hin. Wie eine Ausschließung muß es freilich wirken, wenn dann auch noch buchstäblich von einem "Einlaßdienst" die Rede ist, der gewährleisten werde, "daß in der Ratsversammlung tatsächlich nur die Studentenvertreter der Seminargruppen sitzen."(31) Ich bin mir bewußt, daß dies auch ein Reflex auf die Legitimationsdebatten und die Geschäftsordnungsspielchen der FDJ und ihres Umkreises war. Motivationschübe auf die eh unpolitische Studierendenschaft konnten davon allerdings schwerlich ausgehen.

Überhaupt scheint der Kampf um eine demokratische Studentenvertretung sehr schnell alles andere als mitreißend gewesen zu sein. Die eben zitierte Information trug in Klammern am Fußende den Vermerk: "Laut Aushang-Ordnung der Uni wurde dieses Schreiben der FDJ-KL zur Kenntnisnahme vorgelegt." Als nach mehrwöchiger Debatte über die Art der Selbstorganisation die konstituierende Sitzung des StuRa stattfand, passierte laut Protokoll folgendes: "Unter Umge-

hung der Tagesordnung wurde ein Katalog von Sofortforderungen von einem StuRa-Mitglied verlesen. ... Diskussion und Beschlußfassung darüber wurden in den entsprechenden Tagesordnungspunkt verwiesen."(32)

Die junge Studentenbewegung lähmte sich mit ihrem eigenen, aber mißverstandenen Ziel: einem pedantischen Anspruch an Demokratie. Es sei zu Beginn der Bewegung nicht um den Sturz des Systems gegangen, meinte einer der Teilnehmer der Gruppengespräche, sondern um seine Reformierung; darum, daß man in erster Linie "demokratische Strukturen" hereinbrächte. "Da wollte man das von Anfang an so richtig schön demokratisch machen. Es wurde ständig versucht, das in allen Handlungen durchzuhalten."(33) Das war ein hoher Anspruch, der hier nicht geringgeschätzt werden soll. Meine Antwort soll ein anderer Studi geben, zitiert nach einer der Gruppendiskussionen: Sind wir denn legitimiert, für irgendjemanden zu sprechen? Das sei auf jeder "blöden Versammlung" das Thema gewesen. "Das war eigentlich eklig." Warum? "Weil es in dem Moment nicht so sehr darauf ankam, eine Legitimation für sich selbst zu finden, sondern was zu bewegen."(34)

Die junge Studentenbewegung *wurde* natürlich auch mit diesen, ihren eigenen Mitteln geschlagen. Die Verächter des Parlamentarismus kennen seine Spielregeln sehr genau, wenn sie ihn blockieren wollen. In einer Streitschrift stellte ein gewisser "Florian" (u.a.) zu der oben zitierten Abwählbarkeit der Sektionssprecher die Frage, "auf wessen Antrag, in welcher Form, mit welcher Mehrheit dies geschehen kann. "Ich vermisse auch hier", fuhr er fort, "verehrte Mitglieder der Koordinierungsgruppe, Eure vielgepriesenen Mechanismen zur Verhinderung der Machtkulminierung ..."(35)

Die Organisationsfrage war zu Beginn bedeutsam, aber sie wirkte gewiß nicht motivierend. Ihre Kehrseite war die Themenlosigkeit der ersten Versammlungen. Die Formal- und Strukturdebatten selbst seien inhaltliche Debatten gewesen, meinte einer, der von Anfang an dabei war. "Das muß man schon mal sehen, daß das Spaß macht, ... sich darüber streiten zu können, wie tatsächlich demokratische Strukturen aussehen." Dem sei hier nicht widersprochen. Aber wo waren die anderen Themen?

Bei Themen denke ich vor allem - neben anderen Lehr- und Lernformen, in denen mehr Selbstbestimmung möglich ist; neben neuen Lehrinhalten; neben der Frage, wem und wozu Forschung dienen sollte; neben der Frage nach der Rolle der Uni in der Gesellschaft - an die ProfessorInnen, an die Aufarbeitung ihrer Rolle. Die ProfessorInnen wirkten sich m.E. in doppelter Weise negativ auf die studentische Politik an der Uni aus. Und damit wären wir bei Lepenies' dritter These.

III. Die StudentInnen würden, wie die künstlerische und wissenschaftliche Intelligenz, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR "für den *politischen* Wiederaufbau zunächst keine entscheidende Rolle spielen."(37)

Aus der Sicht der StudentInnen ist die Frage der politischen Rolle ohne den Faktor ProfessorInnen (im folgenden: Profs) nicht beantwortbar. An den Profs scheiterten die Studierenden. Die Profs verschafften der sich ankündigenden Übermächtigung durch die Bundesrepublik eine frühe Wirkung. Letztlich wegen der Profs wurden die Universitäten bzw. Teile von ihnen abgewickelt.

Bereits vor zwei Jahren hatte sich abgezeichnet, was nun erst zögerlich stattfindet. Eine konsequente Aufarbeitung der professoralen Vergangenheit. "Befragen sie ihre Lehrer", ermahnte Konrad Weiß in einer Rede die Erstmatriculierten der Humboldt-Universität im Oktober 1990. "Lassen sie sich nichts von Leuten einreden, die sie vor einem Jahr für das, was sie nun selbst lehren, exmatrikiert oder an den Staatssicherheitsdienst verraten hätten. Sie haben das Recht, von ihren Lehrern Rechenschaft zu verlangen; nehmen sie es wahr."(38) Ich fürchte, das ist nicht geschehen. Und so bewahrheitete sich der Satz von Carola Ritter, gerichtet an die Adresse der Studierenden auf der gleichen Veranstaltung: Die "Aufarbeitung wird nur so konsequent geführt werden, wie ihr sie einfordert."(39)

Die paritätische Mitbestimmung in den Gremien der Universität stand allenthalben auf den Forderungskatalogen der Studierenden. Dagegen votierten die Profs frei nach dem Motto: Warten auf das Hochschulrahmengesetz, warten auf die per Verfassungsgerichtsurteil garantierte Mehrheitsposition in den Uni-Gremien. "Eine nur formale Übernahme vorhandener Modelle aus der Bundesrepublik", verlautbarte die Senatskommission "Autonomie und Demokratie an der Universität" Leipzig, "ist nicht zu befürworten." (40) Und schlug vor, in den Fakultäten eine Art Drittelparität einzurichten. Aber im Senat sollte gelten - das HRG läßt grüßen - 6:2:2:1. Da war sie wieder, die entscheidende Stimme Professorenmehrheit.

Die sollte aber auf keinen Fall den "nach altem DDR-Recht ernannten Hochschullehrern" zugute kommen. So schamhaft umschrieb die in Berlin tagende "Ständige Konferenz der Kultusminister" die ProfessorInnenschaft der DDR. Ganz richtig vermutete man in ihren Reihen Professoren mit mehr ideologischer als wissenschaftlicher Kompetenz, solche, die für politische Relegationen verantwortlich waren und andere. Aber für eine *differenzierte* Aufarbeitung aus den Universitäten heraus sahen die Kultusminister und deren Bürokraten ebensowenig eine Chance, wie sie Lust darauf hatten, "daß die noch nach altem Recht ernannten Hochschullehrer [in den Organen der Hochschulen] über die Mehrheit verfügen." (41) Also, so die Empfehlung, sollten die Bundesländer "von der

Abwicklungsalternative *vorsorglich* Gebrauch machen [Hervorhebung, cif]." (42)

Verkürzt gesagt, heißt das: Die Studierenden hätten sich mit einer konsequenten Politik der Vergangenheitsbewältigung vor allem in den Reihen der ProfessorInnen ihre politische Handlungsfähigkeit erhalten können. Vielleicht. So aber wurde die Abwicklung in Gang gesetzt, vor allem *wegen* der Profs, wenn man die nichtöffentliche Kultusministerempfehlung für bare Münze nehmen darf. Die Abwicklung aber ist die Holzfällermethode gegen das bestehende politische System. Es wird durch die dominierende Gesellschaft "aufgesogen." (43) In dieser dann systemisch dominierten Transformation bleibt für die Individuen, für das politische Subjekt Mensch kein Spielraum mehr. Wenn man absieht vom wütenden bis verzweifelten Protest, wie er ja auch in Leipzig stattfand.

#### Anmerkungen:

- (1) Wolf Lepenies, "Fall und Aufstieg der Intellektuellen in Europa", Neue Rundschau, 102 (1991), H. 1, S.13
- (2) Monika Zimmermann, "Studenten unterm Hammer", FAZ, Nr. 131, 8.6.90, S. 4
- (3) Ve[ra Gaserow], "StudentInnen in der Ex-DDR aufgewacht", die tageszeitung, 12.12.90, S. 6
- (4) Zimmermann, "... unterm Hammer", S. 4
- (5) Ulrich Heublein, "Heißer Herbst an den Hochschulen?", Das Parlament, Nr. 38, 14.9.90, S. 10
- (6) Das sind Ergebnisse der vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) durchgeführten Studie "Student 90". Ich bedanke mich bei Ulrich Heublein und seinen Kollegen, daß sie mir die Grundauszählung von "Student 90" zur Verfügung stellten.
- (7) Wolf Lepenies, "Wir sind kein besiegt Land", Die Zeit, Nr. 48, 23.11.90, S. 77
- (8) Lepenies, "Fall und Aufstieg...", Neue Rundschau, S. 12
- (9) "Fast alle Demonstranten in Leipzig wieder frei", Süddeutsche Zeitung, Nr. 105, 9.5.89, S. 1
- (10) "Wieder Protestzug in Leipzig", SZ, Nr. 106, 10.5.89, S. 1
- (11) Fania Carlsson u.a., "Aufbruch ins eigene Land", Die Zeit, Nr. 40, 29.9.89, S. 19 (17-20)
- (12) Albrecht Döhnert und Paulus Rummel, "Die Leipziger Montagsdemonstrationen", Leipzig im Oktober: Kirchen- und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, hg. Wolf-Jürgen Grabner u.a. (Berlin: Wichern, 1990), S. 148
- (13) Im theoretischen Teil meiner Diplomarbeit habe ich "meinen" Intellektuellenbegriff ausgeführt, was hier nicht geschehen kann. Dort finden sich auch die Belege für die verwendeten AutorInnen. Folgende Aspekte scheinen mir wesentlich. Die Figur des Intellektuellen ist bestimmt durch sein kritisches Eingreifen, das eine politische Wirkung

entfaltet. Intellektuelle kritisieren mit dem geschriebenen oder gesprochenen Wort. Ihre Kritik ist "inkompetent" oder "kompetenzfrei". Das kritische Eingreifen des Intellektuellen nimmt Bezug auf allgemeine Werte und richtet sich an ein Publikum. Durch Kritik entsteht Öffentlichkeit. Eine "sozial freischwebende" Stellung und Bildung begünstigen intellektuelle Kritik. Christian Füller, "Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990", (Diplomarbeit FU Berlin, 1991), S. 10-43; S. 96-98

(14) Friedrich Magirus, "Wiege der Wende", Leipziger Demontagebuch: Demo - Montag - Tagebuch - Demontage, 3. Auflage (Leipzig und Weimar: Gustav Kiepenheuer, 1991), S.10

(15) Jochen Steinmayr, "Unglaubliches ist geschehen": Zum ersten Mal behinderte die Polizei einen Protestzug nicht", Die Zeit, Nr. 40, 29.9.89, S. 7

(16) Dieses direkte Eingreifen in die Angelegenheiten der Stadt, der Gesellschaft, ohne dafür formal zuständig zu sein, ist eine Besonderheit des französischen Intellektuellenbegriffes; Bernhard-Henri Lévy nennt sie "autoproclamation", "mandat sans élection": Bernhard-Henri Lévy et Jean Lacouture, "Et le siècle inventa les intellectuels", Le Nouvel Observateur, 14.-20. Mars 1991, S. 133. Masur habe sich geweigert, mit dem Gewandhausorchester zu proben, während draußen ein Massaker stattfinden könne. Alexander Smoltczyk, "Feuert's Magazin leer bis zur letzten Mumpell!", die tageszeitung, 24.10.89

(17) Manfred Lötsch, "Zur Entwicklung der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik", Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft. Autorenkollektiv (Berlin: Dietz, 1980), S. 9

(18) Karl Mannheim verweist darauf, der Begriff stamme aus "Alfred Webers Terminologie", Ideologie und Utopie, 7. A (Frankfurt/M.:Klostermann, 1985), S. 136

(19) Aus einer Gruppendiskussion mit Leipziger StudentInnen aus dem StuRa; die Abschriften der Gespräche sind dokumentiert im Anhang meiner am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin vorgelegten Diplomarbeit: Füller, "Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990", Berlin 1991, Anhang II: GrDiskL1, S. 5

(20) Walter Dirks, "Die Verantwortung des Studenten für Volk und Staat", Die Verantwortung der Universität (Würzburg: Werkbund, 1954), S. 56

(21) Lепенies, "Fall und Aufstieg...", Neue Rundschau, S. 13

(22) "Stellungnahme", Brief an Zentralrat der FDJ u.a., Leipzig, den 5.10.89, "Die Studenten des 4. Studienjahres am Bereich Medizin der KMU" [Originaldokument aus der "Wendezeit", das bislang in keiner Veröffentlichung erscheint; eigene Recherchen, cif]

(23) ebd.

(24) "Brief an die Hochschullehrer ...", Leipzig, den 10.10.1989. Die Studenten des 4. Studienjahres am Bereich Medizin der Karl-Marx-Universität Leipzig", [Originaldokument aus der "Wendezeit", das bislang in keiner Veröffentlichung erscheint; eigene Recherchen, cif]

(25) Aus einem Gruppengespräch mit Leipziger Studenten; GrDiskL2, S. 2

(26) Eine Uni wendet sich: Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. textsammlung, unkommentiert, hg. StudentInnenrat der Uni Leipzig, Leipzig 1991, S. 3

(27) diese Zahlen stammen aus der Untersuchung "Student 90"; Vgl. Anmerkung 6

(28) "Koordinierungsgruppe zur Gründung einer Studentenvereinigung an der KMU Leipzig. Leipzig, den 25.10.1989", zit. nach: Eine Uni wendet sich..., S. 13

(29) ebd.

(30) "Satzung des StuRa der KMU Leipzig", Ohne Filter: Studentenzeitung, Nr. 5, [Beilage der UZ] Universitätszeitung Karl-Marx-Universität, Nr. 46, 15.12.89, S. 4

(31) "Information über die Arbeit der Koordinierungsgruppe" vom 23.10.89

(32) Peer Pasternack: Konstituierende Tagung des Studentenrates der KMU am 9.11.89. Wandzeitungsartikel. Zit. nach: Eine Uni wendet sich..., S. 16.

(33) GrDiskL1, S. 12

(34) GrDiskL2, S.3

(35) "Pro und Contra: Streitschrift für Studenten der Karl-Marx-Universität Leipzig. Erstausgabe von Freitag, dem 27.10.89, Florian", S. 3

(36) GrDiskL21, S. 12

(37) Lепенies, "...kein besiegt Land", Die Zeit, Nr. 48, 23.11.90, S. 77

(38) Konrad Weiß auf dem Festakt für die Neuimmatrikulierten am 17.10.90, zit. nach: UnAufgefordert, Nr. 16, 31.10.90, S. 4

(39) Carola Ritter, ebd., zit. nach: UnAufgefordert, Nr. 16, 31.10.90, S. 3

(40) Entwurf der Senatskommission Autonomie/Demokratie [der Karl-Marx-Universität], S. 3

(41) Entwurf für einen Beschluß der Kultusministerkonferenz, zit. nach: die tageszeitung, 12.1.91, S. 5

(42) ebd.

(43) Gert-Joachim Glaebner, Referat auf dem "Bremer Symposium über DDR- und Deutschlandforschung", zit. nach: Deutschland-Archiv, 23 (1990), 1867

(44) siehe "Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig, hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollen (leipzig: seilschaftenverlag, 1991)" (sic!)

## Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit

Den StudentInnen in der ehemaligen DDR wurde und wird verschiedentlich vorgeworfen, sich nicht für die Umgestaltung engagiert, sich zurückgehalten zu haben. Sie seien eher konservativ gewesen, sozusagen dem alten Regime verfallen. Auf der Straße jedenfalls, bei den großen Demonstrationen im Frühjahr 1989, hätte man sie jedenfalls nicht gesehen.

Ich glaube, daß man mit einem solchen Urteil oder besser Vorurteil der Studentenschaft nicht gerecht wird. Die Situation der Studierenden war weit vielschichtiger und verdient eine differenziertere Betrachtung. Unsere Untersuchungen unter StudentInnen seit Mitte der achtziger Jahre (insbesondere STUDENT 89) [1] bilden die damalige ungeheure politische Sensibilität der DDR-Studentenschaft ab, ihre sich rapide verändernden politischen Einstellungen und die eindeutige Kritik der StudentInnen an der politischen Machtausübung in der DDR. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED (im Jahre 1977 noch 32 %) war 1989 auf 7% gefallen, die mit der FDJ auf 2% (1977: 36 %). Die große Skepsis Studierender gegenüber den Herrschenden kam wohl auch in der Beteiligung einiger (weniger) StudentInnen am Versuch einer Wahlkontrolle im Mai 1989 zum Ausdruck, der zum Teil noch Restriktionen und Verfahren gegen sie zur Folge hatte.

Man hatte - insbesondere nach der brutalen Niederschlagung der Studentenaufstände in China - einerseits Angst, andererseits herrschte eine große Übereinstimmung darin, daß es so wie bisher in der DDR nicht weitergehen könne.

In unseren damaligen empirischen Analysen notierten die StudentInnen eine Fülle von Vorschlägen und Wünschen zur Veränderung der Situation in der DDR. Sie bezogen die durch Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion erreichten Ergebnisse auf ihr Land und knüpften daran die Folgerung: "Wir brauchen Perestroika und Glasnost für die DDR."

Ein Philosophie-Student schrieb Anfang 1989 in einer unserer Untersuchungen: *"Die DDR verfällt. Veränderungen sind dringend nötig, ehe weiteres kaputt geht und das Vertrauen ganz verspielt wird. Oder sind wir dazu gar nicht mehr fähig?"* Ein Medizinstudent schrieb bezogen auf Gorbatschow: *"Gott schenke ihm ein langes Leben und einen Bruder in der DDR."*

Spätestens seit Mitte der 80er Jahre belegen empirische Analysen unter DDR-Jugendlichen einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß, einen "Mentalitätswandel der Jugend" [2]. Bei StudentInnen vollzog sich der geistige Umschlag etwas später bzw. etwas sanfter, dramatisch allerdings dann im Verlaufe des Jahres 1988, und er erhielt mit dem "Sputnik"-Verbot den entscheidenden Impuls. Spätestens hier wurde den meisten StudentInnen schlagartig klar, daß man sich mit diesem politischen System und seinen absolutistischen Repräsentanten nicht identifizieren kann.

Der Tatbestand, daß StudentInnen sich etwas später vom stalinistischen System der Machtausübung in der DDR verabschiedeten, als die übrigen Jugendlichen (etwa Schüler, Lehrlinge, junge Facharbeiter), hängt mit mindestens drei Faktoren zusammen:

a) einem selektiven Moment

StudentInnen bildeten den leistungsstärksten, politisch-ideologisch "positivsten", gesellschaftlich engagiertesten Teil der jeweiligen Jugendlichen eines Jahrganges.

b) einem adaptiven Moment

StudentInnen dachten und wünschten Veränderungen innerhalb einer (sozialistischen) DDR, innerhalb derer sie in aller Regel auch ihre persönliche Entwicklung planten, für deren künftige bessere Gestaltung sie sich einbringen wollten.

c) einem identifikatorischen Moment

Aus den oben genannten Faktoren erklärt sich das Bestreben der StudentInnen nach Reformen, nach einer wohl eher evolutionären gewünschten Entwicklung denn "Straßenkampf". Zunehmend auf der Straße aktiv wurden StudentInnen Ende 1989/Anfang 1990 und dabei meist gegen "rechts".

Der Wunsch nach eher behutsameren Veränderungen schließt jedoch nicht aus, daß die DDR-StudentInnen die stalinistische Machtausübung ablehnten, politische und gesellschaftliche Veränderungen dringend wünschten und sich für sie engagierten, zum Beispiel indem sie die sozialistische Utopie "beim Wort" nahmen. Fast alle Studierenden (95 %) wollten sich im November 1989 mit aller Kraft für die Erneuerung der DDR-Gesellschaft einsetzen, und die meisten von ihnen hatten auch die Hoffnung, daß die Erneuerung gelingt. Die überwiegende Mehrzahl der StudentInnen war sich damals auch sicher, weiterhin in der DDR

zu leben, das Land nicht zu verlassen. 70 % waren sich dessen ganz sicher, und ein weiteres Viertel wollte wahrscheinlich bleiben (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Beabsichtigter Verbleib von StudentInnen in der DDR

Frage:		Werden Sie weiterhin in der DDR leben?			
		1	2	3	4
		1 Ich bleibe auf jeden Fall hier.			
		2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben.			
		3 Ich werde wahrscheinlich ausreisen.			
		4 Ich werde auf jeden Fall ausreisen.			
%		1	2	3	4
	November 1989	70	27	2	1
	Februar 1990	43	54	2	1
	Mai 1990	41	56	2	1

Die StudentInnen nahmen eine kritische aber dennoch differenzierte Bewertung des in der DDR Geschaffenen vor. Das drückte sich insbesondere in der Achtung vor den Leistungen der älteren Generation und in der Hoffnung auf eine DDR-Perestroika aus. Die StudentInnen wollten grundlegende Veränderungen, und sie wollten an diesen mitwirken, freiwillig, aus eigenem Entschluß, unter niemandes Diktat.

Ein Student der Tierproduktion antwortet Mitte Oktober 1989 auf die Frage: "Wenn Sie an die gegenwärtige Situation in unserem Land denken, was bewegt Sie da?" gleichsam exemplarisch:

*"Tatendrang. Ich will mitwirken an den notwendigen Veränderungen. Wut über die Ignoranz in den 'oberen Partei- und Staatsorganen'. Bestürzung über den nicht endenden Fluchtwillen vieler Menschen. Empörung über den Versuch der weiteren Einschränkung der Freiheit der Leute, die noch hier bleiben und hier arbeiten wollen (Schließung der Grenze zur CSSR - wo doch sowieso jeder rauskommt, der will). Hoffnung."*

Ein anderer Student schreibt:

*"Tatendrang, Unsicherheit, Optimismus, Ungeduld, Unverständnis, Veränderungswillen, mitwirken wollen, Betroffenheit."*

Gleichzeitig bekundeten die Studierenden allerdings auch Angst. Angst, daß die Erneuerung in den Anfängen steckenbleibt, Angst vor einer eventuellen "chinesischen Lösung", Angst vor zunehmendem Rechtsradikalismus und zunehmender Gewalt, Angst vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und einer sozialen Katastrophe.

Die durch die StudentInnen zur Zeit der Wende angestrebten Veränderungen, für die man sich in besonderem Maße engagierte, betrafen in erster Linie globale Probleme (Frieden, Umwelt, Not in den Ländern der dritten Welt) und gesamtgesellschaftliche Probleme der DDR (etwa: die Informationspolitik; den eingeschränkten Reiseverkehr; den Mangel an Demokratie, Offenheit und Toleranz; die Bevormundung der Bürger und deren Unmündigkeit; Warenangebot und Warenverteilung sowie Dienstleistungssektor; Preispolitik; Bürokratismus einschließlich Beamtenwillkür; Mangel an Flexibilität in Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Politik; Struktur, Aufbau und mangelnde Effektivität der Wirtschaft; Eigenlob der DDR, Verschleierung von Problemen, Planmanipulationen, Kritiklosigkeit; keine Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung; geringes Verantwortungsbewußtsein, Passivität und mangelnde Arbeitsdisziplin vieler Bürger u.a.m.).

Die bis zur Wende und danach nachweisbare starke DDR-Identität von StudentInnen (noch im Sommer 1990 fühlten sich 60 % der Studierenden in der DDR mit ihrem nicht mehr lange bestehenden Staat verbunden, das waren nur 8 % weniger als im Frühjahr 1989) war für sie keine Farce sondern Resultat der eigenen Sozialisation in diesem Land, dessen effektivere, demokratische Gestaltung sie herbeiwünschten und mit bewirken wollten, gegen dessen Enge und Borniertheit seines Machtsystems sie zwar zunehmend opponierten, das sie aber nicht gänzlich über Bord werfen wollten.

Ihre Haltung zur gesellschaftlichen Erneuerung haben die Studierenden viele Monate über die Wirren der Zeit bewahrt. Das hat wesentlich ihren Beitrag am gesellschaftlichen Umbruch bestimmt und drückte sich relativ lange in einem klaren Plädoyer für eine eigenständige, demokratische DDR aus. Zum Ende des Jahres 1989 war die Mehrzahl von ihnen strikt gegen eine Wiedervereinigung als bloße Angliederung an die BRD, als - wie es sich in einer Antwort auf die oben genannte Frage liest - "billige Vereinnahmung".

Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten bewegte freilich die StudentInnen insbesondere mit Beginn des Jahres 1990 stark und auf andere Art als früher. Man konnte sich nun schon ein Zusammenwachsen vorstellen. Mehr und mehr sahen die Studierenden die Zukunft der beiden deutschen Staaten in einem friedlichen

europäischen Haus, vorbereitet durch enge gleichberechtigte Beziehungen der beiden deutschen Staaten.

Im Februar hatte sich die Haltung der StudentInnen schon deutlich im genannten Sinne verändert, etwas mehr als die Hälfte (52 %) plädierten für einen Staatenbund, in dem die DDR und die BRD eng zusammenarbeiten, aber politisch selbständig sind (Konföderation). Zwei Drittel (65 %) schlossen eine "sofortige" Vereinigung von DDR und BRD aus. Nach und nach zerschlug sich bei den Studierenden auch diese Illusion. Und im Mai 1990 bekundeten nur noch 6% energisch, gegen die Wiedervereinigung zu sein (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Einstellung zur Vereinigung von DDR und BRD

Frage:	Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?			
	1	2	3	4
1 Ich bin sehr dafür.				
2 Ich bin eher dafür als dagegen.				
3 Ich bin eher dagegen als dafür.				
4 Ich bin sehr dagegen.				
%	1	2	3	4
November 1989	4	16	30	50
Februar 1990	25	40	22	13
Mai 1990	34	34	26	6

Das vorgelegte Tempo der Vereinigung war allerdings den meisten auch jetzt noch zu schnell (62%), nur ein knappes Viertel hielt es für "gerade richtig" (23%). Die Einheit wünschte man sich bis Ende 1991 (27%), bis Ende 1992 (21%) oder erst später (31%). Viele Studierende ahnten wohl, daß die Vereinigung zweier so unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme dramatische Konsequenzen haben würde, befürchteten Schwierigkeiten und Konflikte einer schnellen Vereinigung ohne zu wissen, wie man ihnen begegnen könnte.

Im Herbst 1990, wenige Tage nach dem Beitritt der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, schreibt eine Mathematikstudentin auf unsere schon genannte und erneut gestellte Frage: "Wenn Sie an die gegenwärtige Situation in unserem Land denken, was bewegt Sie da?":

*"Es ist viel geschehen. Deutschland ist wieder eins, und vieles, was noch vor 18 Monaten unerreichbar schien, ist erreicht. Wir sind den Weg von einer Diktatur zu einer Demokratie gegangen. Ich denke, dies wird im Moment zu oft vergessen. Andererseits sind Hoffnungen unerfüllt, die Vereinigung wurde überhastet vollzogen und soziale Probleme nehmen zu. Die Konsum- und Leistungsgesellschaft hat uns praktisch überrollt."*

Und ein anderer Mathematikstudent formuliert im Oktober 1990:

*"Mich bewegt die Ignoranz vieler Leute; die Veränderungen, die eingetreten sind, aber größtenteils psychologisch nicht bewältigt wurden und es auch nicht werden;*

- persönlich ungute Erfahrungen mit der rechtsradikalen Szene;
- sehr starke Tendenzen von Rechtsradikalismus und Verhärtung.

*Mich bewegt, daß die vielbesagte 'Talsohle' noch nicht erreicht wurde; d. h. es geht (wirtschaftlich) noch bergab, was nicht ohne psychologische zwischenmenschliche Veränderungen abgeht.*

*Es muß klargemacht werden, daß wir so nicht leben können, daß ein Umbau der Gesellschaft (vor allem in ökologischer Hinsicht!) unbedingt erreicht werden muß, da es diesmal uns alle betreffen wird.*

*Weg vom Konsumdenken, Transparenz in der Gesellschaft; wirkliches Vertrauen zwischen Regierung und Volk. Hinwendung auf die globalen Probleme der Menschheit (3. Welt, Ökologie, Abrüstung) und somit auch Lösung der eigenen Probleme."*

Ein Rufer in der Wüste? Vielleicht. "Konservatismus" scheint mir jedenfalls nicht die treffende Bezeichnung für diese und ähnliche studentische Auffassungen zu sein. Vielleicht trifft eher der Begriff "Verantwortungsbewußtsein".

Im Sommer 1991, fast ein Jahr nach dem Vollzug der deutschen Einheit, wurden in einer Analyse von Leipziger Jugendlichen auch Studenten der Universität Leipzig einbezogen.

Die Mehrzahl der StudentInnen blickt optimistisch in die Zukunft (88%). Ein Viertel sagt das ohne Einschränkung (jeder dritte Student, aber nur jede fünfte Studentin, vgl. Tabelle 3). Der Zukunftsoptimismus der Studierenden ist damit wieder etwas verhaltener geworden als unmittelbar nach der Vereinigung (November 1990), wo fast die Hälfte von ihnen (jeder zweite männliche und jede dritte weibliche StudentIn) einschränkungslos Optimismus bekundeten.

Zweifellos wird die eigene Zukunft im Zusammenhang mit der konkreten Lebenssituation gesehen. Auch Studierende sind mit der Dramatik von Umbruch und

Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands unmittelbar konfrontiert. Fast die Hälfte der StudentInnen (43%) hat im Sommer 1991 in seiner nächsten Verwandtschaft Menschen, die arbeitslos sind. Von einem Drittel der Studierenden sind die Väter in Kurzarbeit, auf Warteschleife, im Vorruhestand oder arbeitslos und fast die Hälfte der Mütter. Eine charakteristische Befürchtung einer Mathematikstudentin lautet:

*"Ich habe Angst, daß meine Familie die Arbeit verliert und ich aus finanziellen Gründen mein Studium nicht beenden kann."*

Tabelle 3: Zukunftsoptimismus Studierender

Frage:	Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?			
	1	2	3	4
1 optimistisch				
2 eher optimistisch als pessimistisch				
3 eher pessimistisch als optimistisch				
4 pessimistisch				
%	1	2	3	4
Februar 1990	14	50	31	5
Mai 1990	22	51	24	3
November 1990	45	45	8	2
Juni 1991	26	62	11	1
männlich	33	59	7	1
weiblich	19	65	16	0

Dennoch hat die Mehrzahl der StudentInnen nicht die Absicht, die Hochschule/ Universität zu wechseln und in den Westen zu gehen. Zwei Drittel wollen das nicht, ein knappes Fünftel ist unentschieden, und jeder fünfte Studierende will bestimmt oder wahrscheinlich wechseln (hat es inzwischen vielleicht schon getan).

Wahrscheinlich hängt der Entschluß ostdeutscher Studierender, im Osten zu bleiben, (noch) mit ihrer spezifischen Identifikation mit dem östlichen Deutschland zusammen. Hier ist man aufgewachsen, hier hat man Freunde (die für Studierende höchst bedeutsam sind), fühlt man sich zu Hause. Hier wünscht man sich Aufgaben, Arbeit. Hier soll es vorangehen. Hier möchte man gebraucht werden.

Dabei wird die neu mögliche Mobilität schon gelebt, für ein Jahr, für ein Semester - (noch) mit dem Ziel, zurückzukommen.

Auch hier könnte man vorschnell ostdeutsche StudentInnen des Provinzialismus zeihen. Für mich wäre das nicht die überzeugende Erklärung. Denn gleichzeitig läßt sich auch in unseren jüngsten Untersuchungen durchaus die gewohnte globale Sicht Studierender belegen, ihr Nachdenken über die Situation in der dritten Welt, ihr ökologisches Problembewußtsein. Gerade dafür sieht man wohl im Osten Deutschlands bzw. vom Osten Deutschlands aus genügend und bedeutsame Betätigungsfelder.

### Anmerkungen:

- [1] Der Beitrag stützt sich auf Ergebnisse der folgenden Untersuchungen:
- STUDENT 89, eine Befragung von 3.905 DDR-StudentInnen im Frühjahr 1989;
  - drei Meinungsumfragen im November 1989 (M 1 = 1.012 StudentInnen der Universitäten Leipzig und Jena, der PH Dresden und der HfV Dresden), im Februar 1990 (M 2 = 608 StudentInnen der Universitäten Leipzig und Jena, der HfV Berlin und der HfV Dresden) und im Mai 1990 (M 4 = 650 StudentInnen der Universitäten Leipzig und Jena, der HfV Dresden und der PH Zwickau). Die eingesetzten Fragebögen entsprechen denen der jeweiligen DDR-repräsentativen Meinungsumfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig zum gleichen Zeitraum.
  - zwei qualitative Analysen bei StudentInnen der Universität Leipzig im Oktober/November 1989 (220 StudentInnen) und im Oktober/November 1990 (130 StudentInnen). Den StudentInnen wurden drei offene Fragen gestellt, zu denen sie sich ausführlich äußern konnten, darunter die Frage: "Wenn Sie an die gegenwärtige Situation in unserem Land denken, was bewegt Sie da?"

Zu den hier genutzten Untersuchungen liegen keine Gesamtberichte zu StudentInnen vor. Die Auswertung des Materials ist noch im Gange. Das betrifft auch die Untersuchung STUDENT 90 (schriftliche Befragung von 1.500 DDR-StudentInnen im Frühjahr 1990 im Vergleich mit StudentInnen der damaligen BRD).

[2] Friedrich, Walter: Über zeitgeschichtliche Mentalitätswandlungen der Jugend in der ehemaligen DDR. - In: Lehrbriefe für das Hochschulforschung. Hrsg. Zentralstelle für das Hochschulforschung Dresden 1990. - Best.-Nr. 02 5215 09 0

**Matthias Middell**

**Überstanden?**

**Einige Nachbetrachtungen zur "IV. Hochschulreform" der DDR aus der Perspektive des Jahres 1993**

Gegenüber den Zeitzeugen, deren Erlebnisberichte aus Ministerstuben, von Runden Tischen, Studentenratssitzungen und unendlich vielen Kommissionen hier neben den Resultaten früh einsetzender soziologischer Begleitforschung versammelt sind, haben die nachfolgenden Überlegungen den Vor- und Nachteil eines schon fast historischen Abstandes. Zum Wintersemester 1993/94 melden die ostdeutschen Hochschulen voller Vorfreude mindestens halben Besatz an Neuberufenen. Die Übergangsvorschriften in den Ländergesetzen sind zum 3. Oktober verschwunden. Von der Akademie der Wissenschaften redet kaum noch jemand, es sei denn, in ihrer neuen Berlinisch-Brandenburgischen Gestalt - aber die geht wohl zumindest die Ostdeutschen für eine ganze Weile wenig an. Bei fast allen, die auf dem 1991/92 immer schneller in Fahrt gekommenen Personalkarussell "Wissenschaft" geblieben sind, stellt sich so etwas wie Erleichterung ein. Die Rausgeworfenen, die zu Unrecht Gedemütigten und auch die "Uneinsichtigen", liefern ebenfalls keine Schlachten, sondern allenfalls Vergleichs-Wettkämpfe vor den Arbeitsgerichten erster und zweiter Instanz. Die Studiosi zeigen sich mit den sozialen Bedingungen ihres akademischen Aufstiegs vom Grund- zum Hauptstudium unzufrieden, aber lassen wiederum auch wenig Sehnsucht nach den "wilden Zeiten" der Wende erkennen. Der Revolution zweiter Teil, die zähe Ausgestaltung der neuen Verhältnisse zwischen Sparswang und einstmals gehegten Illusionen steht auf der Tagesordnung. Wenn es in einem Prozeß wie der Hochschulumgestaltung überhaupt Gewinner geben kann, dann sind dies hier wohl die Mitglieder einer Koalition aus visionslosen Pragmatikern und Überlebenskünstlern, die der Blaupause mehr vertrauen als eigenen Entwürfen.

Man könnte sich also fragen, ob die Rückbesinnung auf das Jahr 1989/90 mehr bieten kann als Seelentherapie für ein paar versprengte Nostalgiker, denen sich heute viele in Verkennung ihrer damaligen Haltung anschließen beim Ruf nach der guten alten Zeit zwischen Honecker und Kohl. Und andererseits: Ist aus der melancholischen Stimmung des *Danach* überhaupt ein gerechter Blick auf die Phase der basisdemokratischen Selbstenthusiasmierung deutscher Oktoberrevolutionäre möglich? Gewappnet mit dem Wissen um das Unzureichen ereignisfrischer Revolutionshistoriographie wenige Jahre nach früheren *fêtes révolutionnaires*, gefangen in den "Illusionen der Epoche", wollen wir es vorläufig bei den gegenüberstellenden Bezügen von Beteiligtenwissen und Retrospektive belassen. [1]

Die heute nur noch Spekulationen wagende Historiker aufregende Frage, ob dem DDR-Wissenschaftssystem (ausreichende) Erneuerungspotenzen innewohnten, ist der Kern der hier zu erörternden Vorgänge. Zahlreiche Pauschalant-

worten sind gegeben worden, in der Mehrheit negativ, jedoch mit einer zunehmenden Tendenz zur Differenzierung und zur Mahnung, die Frage der systemischen Innovationskapazität nicht mit der nach individueller Leistungsfähigkeit zu verwechseln. Da nicht anzunehmen ist, daß dieses Problem im Moment seiner praktischen Entscheidung an gegebenen Kräfteverhältnissen erledigt ist, sondern in einem längeren Prozeß der Identitätsbildung der ostdeutschen Wissenschaft immer wieder hochkommen wird, sollen im folgenden einige Beobachtungen (d. h. also jenseits allen Vollständigkeitsideals!) zusammengetragen werden zu den Krisenmomenten, den Reformkonzepten und den Akteuren der Reformversuche. Dabei kann die Wirkungsmacht der geprüften wie der ungeprüften Vorurteile m. E. gar nicht überschätzt werden in einem Transformationsprozeß, der zwar von führenden Beteiligten mit bemerkenswertem Machtinstinkt inszeniert, jedoch wie ein Blindflug ohne Bordcomputer und Kontakt zu den Bodenstationen ausgetragen worden ist. Die Handelnden setzten sich zuweilen mit Realitäten auseinander, nicht selten reagierten sie indes reflexartig auf den letzten Denunziationsartikel oder mehr als hastig verallgemeinerte individuelle Erfahrungen. Wer diese Art von "Bewältigung der Einheit" erlebt hat, kann nicht anders als voller Bewunderung auf die trotzdem erreichten Ergebnisse schauen, das Hohelied von der Trägheit der Strukturen singen, ein "hoffentlich Überstandenes" hauchen und - soweit er den Traum von rationaler Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen immer noch nicht aufgegeben hat, auf ein Neues hoffen.

Der vielleicht irritierende Titelbezug auf die Hochschulreformen der DDR will keineswegs jene provozieren, die die (teilweise von schlechtem Gewissen geplagte) Erinnerung an die III. Hochschulreform der DDR als Negativfolie ihrer heutigen Reformvorstellungen benutzen, und auch nicht einfach akademisch-spielerisch darauf hinweisen, daß die Minister Emons, Meyer und Terpe im schon fast vergessenen 41. Jahr der DDR agierten. Gegen eine finalisierende Sicht, die nur den immer stärkeren Einfluß westdeutscher Konzepte und Entscheidungsträger wahrnimmt, soll vielmehr gefragt werden, wieviel Kontinuität zur Unzufriedenheit in der späten DDR, wieviel ostdeutsche Prägung der Hochschul- und Wissenschaftsumbau entgegen dem oft betonten Anschein westdeutscher "Kolonialisierung" erfahren hat. Immerhin waren die Reformer wie die Reformgegner schon rein zahlenmäßig weit überwiegend Ostdeutsche, sozialisiert in einem System, auf das Wissenschaftsratsempfehlungen wie Asteroiden von außen treffen, und das doch auch einen Bezug zur internationalen scientific community unterhielt. Der Problemhorizont kennt also eher Schattierungen als grelle Schwarz-Weiß-Verwerfungen.

Nicht erst im Rückblick erweist sich das DDR-Wissenschaftssystem als dringend transformationsbedürftig. Über die Notwendigkeit von Reformen wurde auch vor 1989 nicht gestritten, über deren Richtung jedoch ebenfalls kaum. Eine beinahe allgemeine Unzufriedenheit paarte sich mit Ratlosigkeit über Wege und Subjekte des Wandels. Mehr und mehr unverbindliche Reformwilligkeit stand so neben einer Reformunfähigkeit, die sich aus der Blockade infolge konträrer Interessenlagen der Beteiligten und Betroffenen ergab. Die für viele bereits langandauernde Erfahrung der systematischen Unfähigkeit zu einer Reform, die das Niveau kosmetischer Retuschen überstieg, hatte die meisten resignieren lassen und zum Rückzug auf die Hoffnung, personale Veränderungen an der Gesellschaftsspitze mögen demnächst Handlungsspielräume öffnen, geführt. Das trotzdem vorhandene Bewußtsein der Mängel des Wissenschaftssystem der DDR erklärt die gebrochenen Reaktionen im Moment des überraschend ausgebrochenen Wandels: Einverständnis mit den Kritikern trat neben die Unfähigkeit, in den gebotenen Fristen eigene Konzepte zur Krisenbewältigung auf den Weg zu bringen. Die Unsicherheit über den eigenen Standort führte in die Zustimmung zur Evaluierung von außen.

Die weitverbreitete Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in Akademie und Hochschulen der DDR machte sich vor allem an den folgenden Tendenzen fest.

1. Vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Reproduktionsschwäche, die in der deutlich zu niedrigen Akkumulationsrate gründete, unterblieben notwendige Investitionen auch im Wissenschaftssystem. Dies stärkte den Trend zur personalintensiven und technikarmen Wissenschaft. [2] Neue Aufgaben, wie sie sich der Wissenschaft ständig stellen, mußten unter den personalpolitischen Prämissen des DDR-Hochschulwesens, das ein hohes Maß an unbefristeten Arbeitsverhältnissen auch im Bereich der Qualifizierungsforschung ohne die entsprechenden Stimulierungsmechanismen für Leistung kannte, zu zusätzlichen Neueinstellungen ohne die Verringerung des nicht mehr benötigten Potentials führen. Da die Zahl der Professoren nach einem massiven Berufungsschub Anfang der siebziger Jahre nur noch unbedeutend anstieg, führte die Personal-erweiterung zu einem vergrößerten Mittelbau, der entweder jahrelang überqualifiziert in Oberassistenten- und Mitarbeiterstellen verharrte oder sich mit der Fixierung auf Lehraufgaben zufriedengab. Diese Personalstruktur war weithin ein Element konservativen Beharrens. Die Anpassung an das westdeutsche Wissenschaftssystem, dessen akademischer Mittelbau mehr und mehr pulverisiert war, verschärfte das schon in der DDR aufgelaufene Problem, wie mit dieser Personalstruktur umgegangen werden sollte, gestattete aber gleichzeitig, die Lösung dem Eingriff von außen zu überlassen. [3]

2. Die Abkopplung von der internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit behinderte die Standortbestimmung innerhalb des Wissenschaftssystem entscheidend. Je länger sie wirkte, desto klarer traten die negativen Folgen zu Tage. [4] Zwar stand die ausländische Forschungsliteratur - wenn auch nur unter unbequemen Konditionen und häufig nur in einem Exemplar - in gewissen Grenzen zur Verfügung. Aber dies ermöglichte lediglich individuelle Rezeption des Forschungsstandes, verzögert wenigstens um die Druckfristen und bibliothekarischen Bearbeitungszeiten. Eine Konfrontation der eigenen Arbeitsergebnisse mit der avancierten Forschung des Auslandes blieb äußerst beschränkt auf die Reisekader. Und selbst denen, die von den Nichtprivilegierten beneidet wurden, stand zumeist nur die Teilnahme an Konferenzen, weit seltener die für wissenschaftliche Sozialisierung wichtige Zusammenarbeit in Labors oder Studienzentren offen. Die Unzufriedenheit über dieses System war beinahe allgemein, ebenso allgemein aber auch die Resignation vor dem Kontrollapparat, der die Reiseprivilegierung nach rational nicht nachvollziehbaren Kriterien verteilte. An dieser Stelle wurde die Fremdbestimmtheit des Wissenschaftssystems, die Ohnmacht selbst der Funktionsträger in Akademie und Universitäten vielleicht für jeden am schmerzhaftesten deutlich. Die "Mitwirkung" von Universitätsangehörigen an der Auswahl der Reisekader durch Unbedenklichkeitsbescheinigungen oder denunziationsähnliche Einschätzungen, durch Unterdrückung oder forcierte Weiterleitung von Anträgen usw. zeigte die Korruptierbarkeit bereits durch einen Schatten von Macht.

Die lange Abkopplung von Alltagserfahrungen mit anderen Wissenschaftssystemen hatte erhebliche Negativfolgen für ein mögliches Alternativdenken in den Reformvorstellungen. So wurde gerade Ende 1989/ Anfang 1990 zwar viel über die Nutzung ausländischer Erfahrungen geredet, solche Gegenentwürfe zum mainstream der Anpassungsstrategie an westdeutsche Strukturen fanden jedoch kaum Konkretisierung. Vielmehr wurde das Argument von der doch bekannten Anschauung altbundesdeutscher Universitäten zur Waffe in der Hand positionssicherer Ordinarien gegen kritische Perspektiven in der hochschulpolitischen Diskussion. Das Fehlen von Maßstäben für die interne Leistungsbewertung konnten eher jene für sich nutzen, die sich qua Amt in die Evaluierpose schlangen, denn jene, die erst mühsam nach den Bibliographien mancher Professoren suchen mußten. [5]

4. Der Verlust an Leistungsfähigkeit im Wissenschaftssystem der DDR wurzelte in Rekrutierungsmechanismen und der Abkopplung von einer permanenten direkten Konfrontation mit der internationalen Wissenschaftslandschaft. Er hatte aber auch mit Reaktionen auf die Instrumentalisierung der Wissenschaft in der

DDR zu tun. Gegenüber der Aufgabenzuweisung an die Wissenschaft, für wirtschafts- und sozialpolitische Ziele oder Legitimationsinteressen des Systems Wissen zu produzieren, spalteten sich die Wissenschaftler. Ein Teil verstand sich wohl einfach als Parteiarbeiter an der Hochschule und problematisierte die Spannung von Politik und Wissenschaft überhaupt nicht oder erst sehr spät unter dem Eindruck der Erosion des politischen Systems. Unter denen, die wissenschaftliche Seriosität und den moralischen Anspruch auf Wahrhaftigkeit in ihrer Arbeit zum Ausgangspunkt wählten, bildeten sich idealtypisch zwei Gruppen. Während die einen teilweise die Verteidigung/ Rückgewinnung wissenschaftlicher Autonomie in einer Politikberatungsfunktion anstrebten, den Grundsatz gesellschaftlicher Nützlichkeit in einer tendenziell technokratisch werdenden Gesellschaft voranstellten und gegen die strukturellen Hindernisse für die akzeptierten Aufgaben angingen, als handele es sich um individuell überwindbare Schwierigkeiten, verweigerten sich die anderen soweit möglich durch Rückzug aus den staatlich gestellten oder von der SED formulierten Aufgaben. Da dem System lediglich Zugangsverweigerung und Bestrafung für politische Vergehen als Sanktionsmechanismen zur Verfügung standen, liefen die ersteren häufiger Gefahr, die sprichwörtlich gewordenen "jähen Wendungen" in der Politik entweder grundsätzlich und gewollt zu verfehlen oder nicht rechtzeitig zu erfassen und sich den Vorwürfen von "Revisionismus", "Opportunismus" oder "Linkssektierertum" ausgesetzt zu sehen. Wer den Zugang zum Wissenschaftssystem geschafft hatte, konnte dagegen in der zweiten Gruppe relativ unbehelligt leben, soweit er sich mit den eingegrenzten Wirkungsmöglichkeit und dem beschnittenen Anspruch auf Verwirklichung des eigenen Wissenschaftsideals abfand.

"Im Konfliktfall hatte die wissenschaftliche Überzeugung der Parteiideologie zu weichen", lautet die Beobachtung von außen. [6] Die hier bezeichneten Gruppen gingen mit dieser Einsicht verschieden um. Die einen hofften, "im Konfliktfall" wissenschaftliche Ergebnisse soweit wie möglich durchsetzen zu können, die anderen vermieden den Konfliktfall. Die dritten schließlich setzten an den Hochschulen und Akademieinstituten die Parteiideologie gegen die wissenschaftliche Überzeugung, die sie nicht hatten oder teilten, durch. Es wird sofort klar, daß dies eine idealtypische Gruppenbildung ist, der Einzelne sich in der Wirklichkeit ständig zwischen diesen Verhaltensweisen entscheiden mußte. Hinzu tritt eine Brechung dieser Fraktionierung durch das Generationenschema der DDR-Gesellschaft, da jede Generation ihre eigene Initiation im Fachkonfliktverhalten mit den Schlüsseldaten 1951/53/56, 1968, 1976 und 1985 erfuhr. In einer merkwürdigen Zyklicität ließ die DDR-Führung Konfliktbereitschaftspotentiale wachsen, um sie dann in einem traumatisch wirkenden Ereignis auszuschal-

ten und damit eine nächste Kohorte in der Technik der Konfliktvermeidung auszubilden. Erst 1989 gelang dies in einer exzeptionell zugespitzten Situation nicht mehr. Reformeifer, der gerade zähes Konfliktverhalten impliziert, blieb damit schwach. Erst der Zusammenbruch des Gegners setzte Reformenergien frei, die vorher als Unzufriedenheit jeder operationalisierbaren Formierung entraten hatten. Im selben Moment setzte aber die Notwendigkeit ein, die eigene Reformidentität gegen den Anpassungsdruck als künftiges "Beitrittsgebiet" zu behaupten - von ausgeprägter Konfliktfähigkeit war wenig zu vermerken, was angesichts der vorherigen Sozialisierung auch kaum verwundert.

Tendenziell wirkte das Verhalten der drei oben beschriebenen Typen darauf hin, die bestehenden Defizite des DDR-Wissenschaftssystems zu zementieren bzw. zu verstärken. Weder die auf die tendenzielle Durchsetzung der Vernunft der Herrschenden setzende noch die zurückgezogen integrierte Gruppe formulierte eine grundsätzliche Kritik. Beide Gruppen konnten tatsächlich vorhandene Ansätze zu einer gegenkulturellen Praxis zu den Wirkungsmechanismen von politischer Vereinnahmung der Wissenschaft nicht ausbauen. Vielmehr blockierten sich beide Gruppen gegenseitig, da in ihrer Wahrnehmung die jeweils andere die Defizite, wenn nicht verursachte, so doch mittrug und vertiefte. Der Gegensatz bildete sich nicht selten in der Gegenüberstellung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften ab. Zweifellos ist es so, daß Vertreter des individuellen Rückzugs häufiger in den Naturwissenschaften, vor allem aber in der Medizin anzutreffen waren, wohingegen die Vertreter des gesellschaftlichen Engagements für eine Verwissenschaftlichung der Politik eher in den Sozial- und Kulturwissenschaften anzutreffen waren. Indes handelt es sich bei der unbedingten Polarisierung eher um ein von allen Seiten akzeptiertes Selbststilierungsmodell, wie ein Blick in die Bereitschaftserklärungen von Medizinern zur Gesundheitspolitik ebenso bestätigt wie die Erfahrung an gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen, in denen Rückzug auf faktisch private Forschungsinteressen gleichfalls nicht selten begegnete (und heute zuweilen als subtile Form des Widerstandes präsentiert wird). Der Typus des willigen Parteiarbeiters verteilte sich einigermaßen gleichmäßig auf alle Fächer, spielte jedoch zumindest in den Akademieinstituten und an den Universitäten keine wirkliche entscheidende Rolle, sehen wir von der des Denunzianten oder des Funktionärs ab, der wissenschaftlicher Tätigkeit durch die Übernahme ständig neuer "Verantwortung" im eher wissenschaftskontrollierenden als wissenschaftsleitenden Apparat entging.

5. Die anteilmäßig sehr hohen Personalkosten im Wissenschaftssystem der DDR reduzierten das zur Verfügung stehende Budget für Anreize, den vorherrschenden Immobilismus zu überwinden. Im Arbeiter- und Bauernstaat sank zudem auch

das Prestige wissenschaftlicher Arbeit in dem Maße, wie die von ihr produzierten Güter keinen Tauschwert in der Schattenwirtschaft aufwiesen. Das politische Mißtrauen gegenüber der Intelligenz und die Unfähigkeit der Intellektuellen, gesellschaftliche Probleme vordenkend zu artikulieren, taten ein übriges für den Absturz des Sozialprestiges. Dies bildet einen deutlichen Unterschied zu den fünfziger Jahren, als "Spezialisten" bedeutende Wertschätzung erfuhren und durch Einzelverträge hohe Bleibeprämien unter den Bedingungen der offenen Grenze erhielten. Die soziale Differenzierung innerhalb des Wissenschaftssystems nahm erheblich zu. Ende der achtziger Jahre sprachen jüngere Wissenschaftler angesichts ihres Gehaltspegels, ihrer seit langem ungelösten Wohnungsprobleme, fehlender Arbeitsmöglichkeiten und der Verschlechterung der öffentlichen wissenschaftlichen Infrastruktur offen von der Marginalisierung in der Gesellschaft. Vor allem für die Generation der knapp Vierzig- bis Fünfzigjährigen war absehbar, daß der erreichte Qualifikationsstandard nicht in einen, ihrer Lehrergeneration vergleichbaren Statusgewinn umzumünzen war. Die Versorgung mit mäßig dotierten Wartestellungen, in denen an den Universitäten die Masse der Lehrbelastung zu tragen war, konnte das Ausbleiben sonstiger Förderung, besonders beim Zugang zur internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, nicht kompensieren.

6. Ungeachtet der zahlreichen Hindernisse für kreative und international konkurrenzfähige Forschung und eine darauf aufbauende moderne universitäre Lehre weist die Leistungsbilanz der DDR-Wissenschaft eine Reihe von Ergebnissen auf, die tatsächlich Anerkennung in der Fachwelt fanden. Im Zeichen einer internationalen Normalisierung der Wissenschaftsbeziehungen wurden Kongresse in die DDR vergeben, eine Reihe von erfahrenen Wissenschaftlern, die im letzten Drittel ihrer akademischen Laufbahn standen, in Leitungsfunktionen internationaler Gremien gewählt, Arbeiten von DDR-Forschern zunehmend zur Kenntnis genommen. Der berechtigte Stolz von Professoren, die die Anerkennung der scientific community fanden, paarte sich mit der Frustration, zu Hause in einer Linie mit sogenannten Weltspitzenleistungen genannt und gegebenenfalls honoriert zu werden, die alles andere als das waren, wofür sie ausgegeben wurden. Tatsächliche Spitzenleistungen führten weder zu Mobilisierungen des Mittelmaßes noch zu verstärktem Konkurrenzdruck über die bevorzugte Vergabe von Forschungsfonds.

Die Politik der Personalausweitung ohne entsprechenden wissenschaftlichen Gegenwert hatte längst den Immobilismus der Strukturen so verstärkt, daß Reformeifer in Resignation umgeschlagen war.

7. Dem wenig leistungsfördernden Klima unter den Beschäftigten korrespondierte das Prinzip einer geplanten Akademikerproduktion, das sich in einer - im Vergleich zu westeuropäischen Gesellschaften - sehr niedrigen Immatrikulationsrate pro Geburtsjahrgang, einer äußerst niedrigen Rate vorzeitiger Exmatrikulation sowie einer Arbeitsplatzgarantie für die Absolventen niederschlug. Außerwissenschaftliche Kriterien, die bei der Abwehr oder "Steuerung" des Interesses der Studienbewerber eine Rolle spielten und massive "Umlenkungen" in Fächer, deren Abschluß vergleichsweise geringes Sozialprestige verhieß (vor allem die Lehrerberufe) führten ebenso zu Demotivationen auf Seiten der Studierenden, die bemerkten, daß Leistung im Studium zumindest nicht unverzichtbar ist, wie auf Seiten der Lehrkräfte.

Kritik am Prinzip der Arbeitsplatzgarantie für jeden Absolventen wurde zwar von Fall zu Fall laut, blieb aber mit Blick auf die "unsozialen Folgen" einer Alternative stumpf. Hochschulangehörige befanden sich hier in jenem Dilemma, das sich auch anderswo stellt: In dem Maße, wie für die Durchlässigkeit der akademischen zur nichtakademischen Ausbildung und Beschäftigung eingetreten wird, stellt man die Exklusivität der eigenen Institution, der eigenen Stellung und des eigenen Bildungsweges in Frage. Die Hochschulen verteilten auch in der DDR über Bildung Karrierechancen.

8. Eigene, wissenschaftsfremde Fertigungskapazitäten (wie der sog. wissenschaftliche Gerätebau u. ä.) wurden an den Hochschulen und Instituten aufgebaut, um die Defizite des unterentwickelten Dienstleistungssektors aufzufangen. Mit Stolz verwiesen die Mitarbeiter dieser Einrichtungen auf ihren Erfindungsreichtum beim Umgang mit einer Mangelwirtschaft. Dies ändert jedoch kaum etwas daran, daß die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in dem Maße, wie sich die ökonomische Krise verschärfte, immer weniger den Regulierungsmechanismen einer Planwirtschaft gehorchte. Das Verhältnis zur Industrie blieb - gerade wegen der von Zeit zu Zeit kampagnenhaften Inszenierung des Zusammenwirkens - hochgradig konfliktuell, weil das Außerkraftsetzen von Marktmechanismen über die Definition von "politischen Preisen" zur Nichmeßbarkeit von Aufwand und Nutzen auf beiden Seiten führte.

9. Die institutionelle Differenzierung des Wissenschaftssystems in den Akademiereich, die Universitäten und drittens die Gruppe von fachhochschulähnlichen Technischen Hochschulen, Ingenieurhochschulen, Pädagogischen Hochschulen u. ä. war Ende der sechziger Jahre im Zuge der III. Hochschulreform mit eindeutigen Funktionszuweisungen für jede Sphäre vorgenommen worden. Gegenüber dem Bild von der Trennung zwischen Lehre und Forschung entlang der Linie Akademie-Hochschulen wurde jedoch das Scheitern eines solchen

Differenzierungsmodells an wenigstens zwei Tendenzen bereits in den siebziger und frühen achtziger Jahren deutlich: Im Unterschied zum sowjetischen Vorbild erwies sich die DDR schon räumlich als zu klein, um ernsthaft eine strikte Trennung von Akademieforschung und universitärer Lehre durchzusetzen. Die Prägung durch die deutsche akademische Tradition, die sich an der Berufung auf Humboldts Ideal ausrichtet, blieb stärker als es strukturelle Änderungen erwarten lassen. Die Akademieinstitute lehnten die ihnen zugeordnete Funktion von Leitinstiuten für jeweils eine oder mehrere (Sub-)Disziplinen ab. Der real existierende Unterschied zwischen Organisationsmodell und wirklichen Beziehungen, die unter dem Druck knapper Ressourcen eher von Spezialisierung und Schwerpunktbildung als durch Hierarchie gekennzeichnet waren, blieb ungeregelt. Dem eher chaotischen als planmäßigen Zusammenwirken von Akademieinstituten und Universitätsforschung, dem die Wissenschaftsadministration durch die Bildung von Beiräten verschiedener Art beizukommen suchte, entsprang kein Reformmodell für eine effiziente Arbeitsteilung, die für beide Seiten attraktiv sein mochte. Dies erklärt zum Teil, warum es zur raschen Entsolidarisierung der Wissenschaftlertgemeinschaft der DDR kam, in der jeder auf seine Weise gegen das Zerrbild von der an die Akademie ausgelagerten Forschung ankämpfte. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Forschungsleistungen in Bereichen, die nicht von der apparativen Ausstattung der AdW-Institute abhingen, eher einen Vorsprung der Universitäten, zumal diese den Zugriff auf den qualifiziertesten Nachwuchs bewahrt haben. Der Umstieg von einer Wissenschaftsstruktur, die sich auf die gesamte DDR bezog, zu einer föderalen Gliederung in den neu gebildeten Ländern, mußte den Universitäten, deren regionale Verankerung niemand bestritt, einen Überlebensvorsprung gegenüber der Akademie geben. Es scheint symptomatisch, daß die Frage, was mit dem Wissenschaftspotential der AdW-Institute werden sollte, in der Debatte um die Hochschulreform 1989/90 kaum anders denn als soziales Problem der dort Beschäftigten aufgeworfen wurde. In dieser Frage fehlte offenkundig jeder Vorlauf.

Problematischer für die Leistungsfähigkeit als das Verhältnis zwischen Akademie und Universitäten wurde das Auseinanderfallen von universitärem Sektor und sonstigen Hochschulen in der DDR angesehen. In den zumeist neu gegründeten oder in ihrem Status gravierend aufgewerteten Einrichtungen fehlte das Gegengewicht zu den bereits genannten strukturellen Defiziten in Form eines institutionell vererbten Leistungsanspruchs.

10. Während Politik und Gesellschaft dem Wissenschaftssystem eine Reihe struktureller Defizite induzierten, erwies sich das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft auch auf der methodischen Ebene für das Selbstverständnis

der Wissenschaften als konfliktr​chtig. In soweit Wissenschaft sich mit der sie umgebenden gesellschaftlichen Realit​t befaßte oder die eigene Rolle in der Gesellschaft thematisierte, stand sie im Spannungsfeld dogmatischer Schließung oder empirischer Öffnung, je nachdem, ob sie Realit​tswahrnehmung oder die argumentative Absicherung der "reinen Lehre" bevorzugte, die Beobachtungsergebnisse ernstnahm oder sie nach dem gewünschten Resultat modellierete. Es versteht sich von selbst, daß der Empiriker heute alle Sympathien genießt, zumal er meist Blessuren aus den Auseinandersetzungen mit den DDR-Gewaltigen vorweisen kann, die nicht glauben mochten, was die Expertise besagte. Dafür erscheinen die drapierenden Marx-Engels-Lenin-Zitate als läßliche Sünden. Es wäre nun gewiß falsch, die Mühen gering zu schätzen, in der DDR bei den vier Grundrechenarten zu bleiben. [7] Allerdings heißt empirische Öffnung eben noch nicht analytischer Durchbruch. Empiriegesättigte Untersuchungen erschöpften sich methodisch nicht selten in einem reinen Empirismus, der seine Sprengkraft erst entfaltet hätte, wenn er in theoretischen Schlußfolgerungen aufgegriffen worden wäre. Hier lag aber die Grenze, an der die Ideologiewächter zu Drohgebärde oder Repression griffen. Im Ergebnis präsentierte sich theoretische Innovation in den Gesellschaft reflektierenden Wissenschaften zumeist als innermarxistische Neuerung. Die Maskerade war jedoch nicht nur listig, sondern zugleich kontraproduktiv. Für viele Leser inner- und außerhalb des Landes, die des genauen Hinschauens auf ein anders verwendetes Klassikerzitat leid waren, verstärkte sich der Eindruck völlig mangelnder Pluralit​t und theoretischer Unvoreingenommenheit. Deduktive Ansätze verloren damit immer stärker an Attraktivit​t, vorgeblich induktives Denken verharrte nicht selten in bloßer Faktenhuberei, die zudem gleichfalls verdeckt formuliert wurde, wo die Fakten unliebsam waren oder zu werden schienen. Ein Verlust der Orientierungsfunktion der Wissenschaft war das schwerwiegendste Ergebnis. Aber auch die innerwissenschaftlichen Diskurse wurden immer weniger konfrontativ. Stattdessen bildete sich eine komplementäre Diskursform heraus, in der der einzelne Wissenschaftler, seiner Individualit​t entkleidet, auf einen Beitrag zur kollektiven Weltkenntnis reduziert wurde. Damit verloren wissenschaftliche Diskussionen ihren Reiz für den Nicht-Insider. Theoretische Weiterentwicklung erfolgte mehr und mehr im Monolog oder - wo möglich - in einem grenzüberschreitenden Gespräch, weniger jedoch in fruchtbaren Debatten innerhalb der DDR. Dies alles verschärfte den Eindruck zunehmender Sterilit​t und hatte gleichfalls die Blockierung der Formation von Reformsubjekten zur Folge.

Das Wissenschaftssystem war Teil der Gesellschaft und grundsätzlich in den gleichen Widersprüchen gefangen, die die Gesellschaft insgesamt an ihrer

Reformierung hinderten. Die Krise, in die die DDR spätestens seit Anfang der achtziger Jahre als Folge weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Verschiebungen geraten war, erzeugten ebenso eine wachsende Unzufriedenheit wie eine zunehmende Unfähigkeit, die wahrgenommenen Ursachen innerhalb des Systems zu beseitigen. Erst der Aufbruch des politischen Systems setzte Neuordnungenergien frei, die jedoch höchst unterschiedlich gerichtet waren.

Wie andere Bereiche der DDR-Gesellschaft geriet auch das Hochschulwesen in einer ersten Etappe primär von außen und nicht durch Konfliktpotential von innen unter Reformdruck. Allerdings muß gegen das Bild von den Eliteschulen, die aus ihrer privilegierten Position erst nach den Demonstrationen des Oktober behäbig auf Reformkurs schwenkten, festgehalten werden, daß eine Fülle von Einzelprotesten an den Universit​ten besonders seit 1987 [8] eine erhebliche Destabilisierung herbeigeführt hatten. Zwar gelang es den Kreis- und Bezirksparteileitungen mit der gewohnten Mischung aus Drohgebärde, endloser Versammlung und Bestrafung Einzelner einen Flächenbrand immer wieder zu verhindern. Ratlosigkeit, wie auf die als berechtigt akzeptierten Fragen der Studenten in einer selbstblockierten Gesellschaft geantwortet werden soll, machte sich aber auch an der Basis der SED breit. Legitimationsschwund der Parteigruppen und Zerfall der Loyalit​tsstrukturen bereiteten den Boden für einen raschen Zusammenbruch des Systems an den Hochschulen, als der Druck von außen - zuerst in Form der Massenflucht, dann in Form der Demonstrationen - zunahm.

Anfang Oktober hörten immer mehr Studenten auf, auf Antworten an der Hochschule zu warten. Die Sprachlosigkeit der meisten Hochschullehrer ließ nach Artikulation in den Demonstrationen suchen. Die Hochschulen haben *a/s Institutionen* zweifellos keine Rolle in den Oktobertagen gespielt - weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Dieser Verlust jeglicher Initiative löste auf individueller Ebene die bestehenden Loyalit​ten besonders in den Großst​tten Leipzig und Berlin immer mehr auf, so daß zahlreiche Hochschulmitglieder, vor allem Studenten, an den Demonstrationen teilnahmen. Als die Universit​ten ab Mitte Oktober durch Gesprächsangebote an die Bevölkerung und an die eigene Mitgliedschaft wieder die Initiative zurückgewinnen wollten, war das Band bereits zerrissen. [9] Eine aktive Minderheit von Studierenden trieb nun die Veränderungen voran, indem sie auf der Entmachtung der FDJ und der Bildung von Selbstverwaltungsorganen (StudentInnenr​ten) bestand. Die Universit​tsleitungen und die Hochschullehrer begrüßten diese Entwicklung nach einer Phase der Unsicherheit. Als das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen in Berlin am 1. 11. in einem Brief an die Rektoren der FDJ als gesetzlich anerkannter Studentenvertretung mehr Rechte einzuräumen empfahl, war die Realit​t über den Kenntnisstand der B​rokratie längst hinausgeschritten. Der Versuch, auch

schon vor 1989 ungeliebten ideologischen Ballast abzuwerfen, betraf die am meisten diskreditierte, weil im Alltag der Studenten präsente Organisationsstruktur. Daß die FDJ nur eine Legitimation besitze, wenn sie sich von der "Kampfreserve der Partei" zur tatsächlichen Studentenvertretung wandle, war schon weit vor dem Herbst 1989 verbreitete Meinung in den Hochschulen. Der Apparat erwies sich jedoch mehrheitlich als unfähig, dies Problem überhaupt zu begreifen. So war der Weg zu einer Gegenründung vorgezeichnet.

Eine knappe Phase des Wettbewerbs zwischen FDJ und StudentInnenräten in Berlin und Leipzig zwang die Studierenden, ihre Gegenpositionen so präzise wie möglich zu formulieren. Auflösung ging hier mit Kreativität einher, und es nimmt im Rückblick nicht wunder, daß die StudentInnenräte den Trubel der vergangenen drei Jahre überlebt und Eingang in die Hochschulgesetzgebung gefunden haben. Sie bilden eine auf Erfahrung gründende Identifikationsgröße der ostdeutschen Studierenden - und sie trafen zwar die korporatistisch organisierte DDR-Universität, nicht aber das westliche Organisationsmodell von Hochschule ins Zentrum.

Ende Oktober und in den ersten Novembertagen kam die Debatte unter den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern über die Reform des Hochschulwesens in Gang. In Leipzig entzündete sie sich an der Forderung nach einem rasch einzuberufenden Konzil, das auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren sollte. [10] Hierauf erbat der Rektor Stellungnahmen aus allen Bereichen zum Änderungsbedarf, die den Problemhorizont verdeutlichen, der den Akteuren damals bewußt war. Während die Verwaltung naturgemäß im allgemeinen Chaos zuerst die Aufstellung eines Jahresplanes 1990 gefährdet sah, der das Funktionieren der Universität sichern könnte, äußern sich Naturwissenschaftler zur notwendigen Statusaufwertung der Wissenschaften und Wissenschaftler in der Gesellschaft, zu neuen Rekrutierungsmechanismen für die Mitarbeiter und die Studenten, weisen den Führungsanspruch der Akademie der Wissenschaften bei der Forschungsplanung im Lande, wie er auch in deren Erklärung vom 31. Oktober 1989 zum Ausdruck gekommen war, zurück und fordern eine weitgehende Selbstverwaltung in Verantwortung der Ordinarien. Beinahe allen Stellungnahmen ist die Schuldzuweisung an die Bürokratie gemeinsam, aktuellen Sparzwängen sollte durch einen drastischen Abbau der Verwaltung begegnet werden. Die Einsicht, daß zahlreiche Mitarbeiter notwendigerweise anzulegenden Leistungskriterien nicht genügen, findet sich in mehreren Stellungnahmen. Vorschläge zum Umgang mit diesem Problem sucht man vergebens. Die Theologische Fakultät verlangt mit einem von politischer Vorsicht diktierten Bekenntnis zur sozialistischen Pluralität lediglich

kosmetische Veränderungen an der Literaturbeschaffung und beim Dienststreikrecht. Die Sektion Marxismus-Leninismus sieht vorrangigen Bedarf in einem attraktiveren marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, nicht jedoch in dessen Ersatz durch ein weltanschaulich-methodisch plurales Bildungsangebot.

Schärfer formulieren andere Vertreter der Gesellschaftswissenschaften, die den Legitimationsverlust wahrnehmen und zum Ausgangspunkt ihrer Vorschläge machen. Die Forderung nach einem gründlichen Personalwechsel in der politischen Führung des Landes und nach Autonomie der Hochschule gegenüber dem Ministerium und der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED ist aber in dieser Phase keineswegs Allgemeingut.

Radikal mit den Systemgrundlagen geht ein Positionspapier vom 31. 10. 1989 aus dem medizinischen Bereich ins Gericht, das den Führungsanspruch der SED zurückweist, nach den Verantwortlichen für die Krisensituation im Land fragt, Neuwahlen, Verfassungsänderung und eine Beschränkung des MfS auf die äußere Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Reise- und Demonstrationfreiheit verlangt. Erkennbar ist der Bezug auf die Forderungen der politischen Opposition, die zu diesem Zeitpunkt wesentlich konsistenter formuliert als die Intelligenz an der Hochschule.

Die Disparität der Forderungen, die gleichwohl das hohe Unzufriedenheitspotential spiegeln, verweist auf die Unfähigkeit zu zielgerichtetem Reformhandeln. Die Überlegungen fließen in eine Taktik der kurzfristigen Unfallvermeidung ein, nicht in eine Strategie des selbstbestimmten Umbaus der Universitäten und Hochschulen. Weder die Hochschulleitungen noch die Hochschullehrer in den einzelnen Bereichen bestimmen Tempo und Richtung der Veränderungen, sondern werden zu Getriebenen.

Mitte November findet das Ministerium die Sprache wieder und unterbreitet - gewissermaßen als letzten Rettungsversuch, der wohl eher der zweiten Reihe der Administration als der politischen Führung zuzurechnen ist - ein Grundsatzpapier zur weiteren Entwicklung der Hochschulen. Bewerbungsfreiheit für alle Aspiranten auf einen Studienplatz, eine Absage an das reglementierte Studium zugunsten von individuellen Studienplänen [11] und Einschreibungsfreiheit, Selbstverwaltung für die Studentenwohnheime, Prüfungsfreiheit, Anwendung des "Lehrprogramms 'Grundlagen des Marxismus-Leninismus' mit größter Flexibilität" und Verzicht auf das Teilgebiet "Wissenschaftlicher Sozialismus", die Abschaffung eines obligatorischen Fremdsprachen- und Sportunterrichts waren Stichpunkte dieses Programms, die auf zentrale Forderungen der Studierenden nach

einer Neuordnung ihres Studiums durch den Verzicht auf jede Regelungskompetenz reagierten. Die Diskriminierung der Ausgereisten, die bis dahin mit der Aberkennung ihrer akademischen Abschlüsse praktiziert wurde, fand ein Ende.

Betont wurde, daß ein neues Ausbildungskonzept über die "seit Beginn der 80er Jahre eingeleiteten Bestrebungen zur Neugestaltung von akademischer Lehre und Studium hinauszukommen [habe], die letztlich nur Einzelaspekte betrafen und deren Wirkungen durch das Festhalten an den herkömmlichen Strukturen der Hochschulbildung und ihrer Leitung gedrosselt wurden". Hierzu müßte die Grundlagenforschung an den Universitäten und Hochschulen wieder den ihr zukommenden Rang erhalten, den Hochschullehrern die Verantwortung für Lehr- und Forschungsplanung überlassen bleiben, Interdisziplinarität und Öffnung zur internationalen Forschung betrieben werden sowie die Verknappung der für die Universitäten zur Verfügung stehenden Ressourcen ein Ende finden.

Sowohl die Universitäten als auch das Hochschulministerium hatten ihre Subjektrolle in den anstehenden Reformprozessen bereits im Oktober verspielt. In der etwa vier- bis sechswöchigen Phase, in der die Systemdelegitimation noch nicht in der massiven Diskreditierung beinahe aller Führungspersonen kondensierte, beschreiben sie die Kalamitäten eines reformbedürftigen Hochschulwesens, beseitigen Hemmnisse besonders auf Druck der Studierenden dort, wo es kaum negativ Betroffene gibt, vermeiden jedoch eine offene Debatte über personelle Konsequenzen aus den aufgelaufenen strukturellen Defiziten. Die Ursache dürfte weniger in einem demonstrationsinduzierten Trauma oder der Trauer über den absehbaren Verlust einer gewohnten Gesellschaft zu suchen sein, sondern in der weitverbreiteten Unfähigkeit zu konfliktuellem Verhalten und einer Verweigerungshaltung gegenüber der Einsicht, daß die allseits geforderte Reform auch konkrete Opfer kosten würde. Erst mit dem vollständigen Zusammenbruch der Legitimationsgrundlagen des Ancien Régime in der Phase des Runden Tisches zeichnete sich ab, daß die Universitäten und Hochschulen, die nicht zum Subjekt der gesellschaftlichen Umwälzung geworden waren, nun zum Schauplatz interner Auseinandersetzungen um die Kosten der Veränderungen werden würden. Diese Tendenz verstärkte sich massiv nach den Wahlen vom März 1990 und dem nun einsetzenden Druck durch das Hochschulministerium, das selbst wiederum in den Vereinigungsverhandlungen unter Zeitdruck für seine eigenen Reformziele geriet. Jetzt formierten sich in den Hochschulen "Initiativgruppen für die Erneuerung", die besonders die personellen Veränderungen betrieben, entstanden neben den StudentInnenräten auch Gruppenvertretungen des

akademischen Mittelbaus und Personalvertretungen, die sich in der hochschulpolitischen Diskussion profilierten.

Blickt man auf die Arbeit an den Universitäten dieser Etappe zurück, so scheint es ein Moment der Selbstbesinnung zu sein, in dem sich vor Ort inhaltliche Neuorientierungen regten. Im Bewußtsein des Provisorischen entfaltete sich die Kreativität Einzelner, während zugleich der Rechtfertigungsdruck lähmen konnte. Diese Phase der mühsamen Suche nach neuen Konzepten erscheint heute in den meisten Darstellungen lediglich als letzter verzweifelter Versuch alter Eliten, ihren Machtbereich zu sichern. Dies hat es zweifellos auch gegeben. Das Verlangen nach Ehrlichkeit und Offenheit in einem Gespräch, dessen auch die akademische Gesellschaft zu lange entraten hatte, wurde nicht selten enttäuscht. Über diesen Perspektiven, die sich stärker auf personelle und strukturelle Erneuerung denn auf deren inhaltliche Ausgestaltung konzentrieren, sollten für eine noch zu schreibende Geschichte der Wende im Hochschulwesen nicht die vielen Begegnungen mit der internationalen Wissenschaft, die Gastvorträge, Kolloquien und kleinen Gemeinschaftspublikationen vergessen werden, deren wissenschaftlicher Ertrag sicherlich langfristig nicht allzu hoch zu veranschlagen ist, die aber halfen, die Folgen jahrelanger Abschottung zu mindern und die Fähigkeit zur Selbstgestaltung der Universitäten zu stärken. Zugleich war es eine Phase hochgradiger Politisierung, in der das Bewußtsein für die gesellschaftskritische Rolle von Wissenschaft gestärkt werden konnte.

Die Debatte um ein Hochschulgesetz, das schließlich kurz vor Toresschluß am 18. September 1990 lediglich noch auf dem Verordnungsweg das Licht der Welt erblickte, mobilisierte ein zweites Mal - analog zum November 1989 - die Hochschulöffentlichkeit. Der akademische Mittelbau konnte sich durch Engagement und erworbene Kompetenz zeitweise einen gewissen Einfluß auf die Hochschulerneuerung sichern, der bis in die Formulierung der Hochschulerneuerungsgesetze auf Länderebene hineinreichte. Die Universitäten als Ganzes hatten dagegen die Zeit nicht genutzt, um sich neben den direkt vom Ministerium abhängigen Rektoraten handlungsfähige Selbstvertretungen zur Verteidigung und Ausgestaltung der verbal beanspruchten Autonomie zu geben. Ebenso erwies sich die Rektorenkonferenz kaum als geeignetes Gegengewicht zur zentralistischen Handlungsvollmacht des Ministeriums. Diese blieb ein Kennzeichen des DDR-Hochschulwesens bis zum Untergang der DDR und vererbte sich auf die Nachfolgeländer.

Im Sommer 1990 zeichnete sich eine Phasenverschiebung bei der Behandlung von Akademieinstituten und Hochschuleinrichtungen ab, die den Universitäten

eine längere Phase der Selbstorganisation zu geben schien. Die damit einhergehende Entsolidarisierung zwischen Akademiemitarbeitern und Hochschulangehörigen wurden oben schon erwähnt. Zugleich aber erkannten die Universitäten am Ende der "IV. Hochschulreform", die in die Eingliederungsphase des ostdeutschen in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem hinüberwuchs, nicht den enormen Zeitdruck, unter dem sie selbst bei einer selbstbestimmten Erneuerung standen. Am Ende setzte sich die Abwarte-strategie jener Hochschullehrermehrheit durch, die die Universitäten immer wieder auf die von außen und oben kommenden Reformimpulse reagieren ließ.

Anfang Oktober 1990 waren die Defizite des Wissenschaftssystems der DDR nicht behoben, so daß dies in der Folgezeit unter den Bedingungen des Rechts- und Verwaltungssystems der Bundesrepublik weiterverfolgt werden mußte. Der schwierige Weg vom Objekt zum Subjekt der Reform war höchstens zur Hälfte zurückgelegt. Ein System gab so unter dem Druck der Verhältnisse seine Selbstbestimmung auf, ohne die Hausaufgaben, die ihm eine Revolution aufgegeben hatte, zu machen. Es darf darüber spekuliert werden, ob auch stärkere Bemühungen, die Aufgaben der Hochschulreform zu formulieren und anzugehen, am raschen Sog zur Beendigung der ostdeutschen Separatstaatlichkeit gescheitert wären.

## Anmerkungen

[1] Des Betrachters Blick ist dabei sicherlich getrübt durch die Provinzperspektive (die sich von der Berliner unterscheidet, wie auch manche Pressekontroverse der letzten Jahre lehrte), durch den universitären Fokus (dem die Filter Akademie und Industrieforschung fehlen) und die Brille derer, die den Prozeß seit 1990 ein wenig "von oben" und zugleich "von innen", hier: im Senat der Leipziger Universität und diversen Kommissionen, erlebt haben. Es scheint mir notwendig, dies voranzustellen, um dem Vorwurf zu begegnen, in einer Situation (gewollter?) Unübersichtlichkeit etwas vergessen und übersehen zu haben, das anderen zum Grundsätzlichen zu gehören scheint. Für frühere Momentaufnahmen im laufenden Prozeß, die hier nicht resümiert werden sollen, vgl. meine Beiträge "Ostdeutsche Hochschulen zwischen Abwicklung und Integration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft - Einige Erfahrungen und Vermutungen eines Leipziger Historikers", in: B. Muszynski (Hrsg.), Wissenschaftstransfer in Deutschland, Opladen 1993, S. 11-24; "Ministerielle Machtfülle und legislative Inkohärenz - Problemlösungsstrategien im sächsischen Hochschulreformgesetz", in: H. Schramm (Hrsg.), Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Berlin 1993, S. 110-114; spezieller zur Geschichtswissenschaft: Geschichtswissenschaft im Übergang. Zu den Krisenmomenten der DDR-Historiogra-

phie beim Sprung in die neuen Verhältnisse, in *hochschule ost* 2/92, S. 22-31 und Vom Umschreiben der Geschichte, in: *UNESCO-Kurier* 1993 (im Druck).

[2] Daß dieser Trend natürlich seine Vorzeige-Gegenbeispiele kannte, bestätigt ihn auf die gesamte DDR bezogen, da Projekte wie die legendäre Mikrochipproduktion u. ä. - zu spät begonnen, um auf dem Weltmarkt mehr als zweiter Sieger zu sein - als reiner Nachvollzug westlicher Entwicklungen enorme Investitionen verschlangen, ohne entsprechenden Gegenwert zu erbringen.

[3] In einem "Positionspapier zur Neuprofilierung des Fachbereiches Geschichte der Universität Leipzig" vom Januar 1991 z. B. wird deutlich, daß die "Bereinigung" der Personalstruktur die Spaltung zwischen Professoren und Mittelbau vertiefen mußte: Bei 27 Hochschullehrern (18 ordentlichen Professoren und 9 Dozenten) und 51 Mitarbeitern, von denen 10 habilitiert waren, formulieren die Professoren, die für sich selbst eine Reduzierung allein auf dem Weg der Emeritierung, Vorruhestandsregelung und des Ausscheidens infolge von Invalidisierung und Abwicklung annehmen: "Ein äußerst schwieriges Vorhaben wird die Herstellung von Personalstrukturen für den Mittelbau, die sich denen in den westlichen Bundesländern annähern ... Vorstellungen über die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Zukunft müssen sich in erster Linie an den Erfordernissen der Lehre nach einer vollständigen Auslastung der Hochschullehrer richten." (Ms., S. 13) Lösungen werden allein in der Gewährung von "Stipendien zum Abschluß einer Qualifizierung" gesehen, für sich selbst sehen die Verfasser des Papieres keinen Handlungsbedarf.

[4] "In den fünfziger und sechziger Jahren wuchs eine Wissenschaftlergeneration heran, die in ihrer Entwicklung kaum eine andere Universität im Lande kennengelernt hatte. Nur wenige studierten im Ausland, wenn dies der Fall war, dann ausschließlich in der UdSSR ... Die Fremdsprachenkenntnisse blieben, von Ausnahmen abgesehen, bescheiden. Nur in Ausnahmefällen wurde eine Kommunikationsfähigkeit in einer anderen Sprache erreicht." (Positionspapier ..., S. 3).

[5] Ein vereinzelt Beispiel solcher interner Evaluierungsbemühungen von unten: [StudentInnenrat], Die Lehrkräfte der Sektion der Sektion Politikwissenschaft/ Soziologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig [September] 1990, 45 S.

[6] W. Schluchter, Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, in: *hochschule ost*, 8/93, S. 35.

[7] Der Schriftsteller Christoph Hein nannte bekanntlich die Geschichtswissenschaft der DDR ob ihres allzu häufig getrübt Verhältnisses zur Realität eine fünfte Grundrechenart.

[8] Von Wichtigkeit für die politische Diskussion waren hier das symbolhaft Perestrojka-Ablehnung dokumentierende Verbot der Zeitschrift *Sputnik*, die im *Neuen Deutschland* veröffentlichten "Thesen zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution" und der unbefriedigende Ausgang des Pädagogenkongresses, die keinerlei Flexibilität bei der Interpretation der Vergangenheit und im Bildungskonzept erkennen ließen.

[9] Die Analyse eines Leipziger Prorektors vom 25. Oktober 1989 stellt schonungslos fest, daß die SED die Kontrolle über die Jugend eingebüßt habe, durch die Sprachlosigkeit der Führung die intellektuelle Hegemonie im Lande verloren und mit Einzelmaßnahmen dies auch nicht zu reparieren sei. Der Ruf, nun schneller als die Opposition zu sein, entstandene "Breschen zu verengen und auszufüllen", blieb in seiner Spannung zum vorherigen Eingeständnis der Niederlage denn auch kaum operationalisierbar.

[10] Vgl. *Leipziger Volkszeitung* v. 2. November 1989, S. 4

[11] Dieses Instrument der Flexibilisierung genormter Studienpläne, bei dem für leistungsstärkere Studierende an die Stelle kollektiv verbindlicher nun individuell ausgehandelte Studienpläne traten, wurde seit etwa 1984 an den Universitäten eingeführt. Die Erfahrungen wurden jedoch niemals systematisiert und auf ihre Konsequenzen für die Organisation der Hochschulen durchdacht.

## **Auswahlbibliographie:**

### **Wissenschaftsumbau in Ostdeutschland 1989 - 1993**

## 1989

SCHMIGALLA, HANS/JACOBS, HANS-JÜRGEN/MOEK, ECKART/KNAPPE, JOACHIM/FELBER, CHRISTINA/ ENGEL, GERHARD/ SCHULZ, HANS-JÜRGEN: *Die Universitäten und Hochschulen in der Erneuerung des Sozialismus - Vorschläge und Überlegungen zu einer grundlegenden Hochschulreform*. Erarbeitet im Auftrag der Rektoren der Universitäten und Hochschulen der DDR. Berlin 1989. 16 S.

## 1990

BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.): *Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik* (Materialien zur Lage der Nation). Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1990. 712 S.

BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER BdWi (Hrsg.): *Evaluation der Evaluation* (Dossier Forum Wissenschaft 4/90). BdWi-Verlag, Marburg 1990. XXIV S.

DEUTSCHER HOCHSCHULVERBAND (Hrsg.): *Hochschullehrerverzeichnis*. 4. Auflage. Band 3: *Universitäten und Hochschulen der DDR* [Redaktionsschluß: 1.4.1990]. Jackwerth & Welker Verlag, Bonn 1990. 346 S.

EISENMANN, PETER/SCHMIRBER, GISELA (Hrsg.): *Deutsche Hochschulen und Europa. Das Zusammenwachsen der deutschen Hochschulen im Rahmen der europäischen Einigung* (Zeitgeschehen - Analyse und Diskussion, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Bd. 3) [Beiträge zur Situation an den ostdeutschen Hochschulen, zur DDR-Philosophie sowie zu Perspektiven von und Erwartungen an deutsch-deutsche Wissenschaftskooperation]. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1990. 200 S.

*Forschung in der DDR. Institute der Akademie der Wissenschaften, Universitäten und Hochschulen, Industrie. Aktuelle Sonderveröffentlichung der VADEMECUM-Redaktion in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR.* Dr. Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1990. 222 S.

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): *Umbrüche - Aufbrüche? Gespräche über die Zukunft der Wissenschaften in Deutschland. Dokumentation der 10. GEW-Sommerschule 1990* (GEW Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung 65). Frankfurt a.M. 1990. 117 S.

HÖRNER, WOLFGANG: *Bildung und Wissenschaft in der DDR. Ausgangslage und Reform bis Mitte 1990*. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1990. 52 S.

LESZCZENSKY, MICHAEL/FILATEROW, BASTIAN: *Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick*. Hrsg. von HIS Hochschul-Informationssystem, Hannover o.J. (1990). 126 + VIII S.

MEYER, HANSGÜNTER (Hrsg.): *Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR*. de Gruyter, Berlin/New York 1990. 250 + XIV S.

MEYER, HANS JOACHIM: *Reden zur Hochschulpolitik*. Hrsg. vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft [der DDR]. Berlin 1990. 23 S.

WIEDMANN, ROLAND (Bearb.): *Die Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens der DDR seit der Wende vom Herbst 1989. Dokumentation anhand der zentralen Tagespresse, der Bezirkspresse und der Universitäts- und Studentenzeitungen (Auswahl). Teil I: Oktober 1989 bis Januar 1990*. Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1990. 295 S.

ZAPF, WOLFGANG / THURN, GEORG (Hrsg.): *Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR: Wissenschaftliche Interessen, Forschungserfahrungen, Strukturprobleme, Kooperationswege. Konferenzbericht*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin 1990. 88 S.

ZENTRUM INTERDISZIPLINÄRE FRAUENFORSCHUNG ZIF AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (Hrsg.): *ZiF Bulletin Nr. 1* [Themenheft zu Frauenforschung in der DDR: Situation und Perspektiven von Frauenforschung in der DDR, Frauenforschungsthemen/-projekte, Anschriften der Frauenforscherinnen u.a.]. Berlin 1990. 76 S.

ZENTRUM INTERDISZIPLINÄRE FRAUENFORSCHUNG ZIF AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (Hrsg.): *Netzwerk. Sonder-Bulletin* [Frauenforscherinnen und ihre Projekte in Ostdeutschland: gegliedert nach Wissenschaftsdisziplinen und nach Forschungsthemen, Adressenverzeichnis u.a.m.]. Berlin 1990. 76 S.

## 1991

BECKER, JOHANNES M.: *Ein Land geht in den Westen. Die Abwicklung der DDR* (Dietz-Taschenbuch 41) [Tagebuch über Gastdozentenerfahrungen an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität]. Verlag J.H.W.Dietz Nachf., Bonn 1991. 143 S.

BROCKE, RUDOLF HORST/ FÖRTSCH, ECKART: *Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989 - 1991. Ausgangsbedingungen und Integrationswege in das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem*. Hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW an der Universität Erlangen-Nürnberg. Dr. Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1991. 238 S.

BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT (Hrsg.): *Geglückter Neuanfang? Hochschulbilanz nach einem Jahr. 16. Bildungspolitisches Forum 21. Oktober 1991 Leipzig*. Bonn 1991. 85 S.

BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): *Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Bundesländern* (Bildung Wissenschaft Aktuell 7/91). Bonn 1991. 31 S.

BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): *Förderung von Bildung und Wissenschaft in den neuen Ländern*. Bonn 1991. 35 S.

BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hrsg.): *Deutsche Einheit in Forschung und Technologie*. Bonn 1991. 63 S.

BURRICHTER, CLEMENS/ FÖRTSCH, ECKART (Hrsg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme*.

*Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräche in Bonn (7. bis 9. November 1990)* (Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft abg 2/1991, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW an der Universität Erlangen-Nürnberg). Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V. Erlangen, Erlangen 1991. 164 S.

DAHLKE, ERNST/ BECKER, HOLGER/ BLUDAU, BERND (Hrsg.): *Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR. Eine Dokumentation*. Berlin 1991. 160 S.

DEUTSCHER HOCHSCHULVERBAND (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Erneuerung des Geistes. Eine Dokumentation. Teil I* (Forum Heft 54). Bonn 1991. 153 S.

DREWS, JÖRG / LEHMANN, CHRISTIAN (Hrsg.): *Dialog ohne Grenzen. Beiträge zum Bielefelder Kolloquium zur Lage von Linguistik und Literaturwissenschaft in der ehemaligen DDR* (Bielefelder Schriften zur Linguistik und Literaturwissenschaft, Bd. 1). Aisthesis Verlag, Bielefeld 1991. 174 S.

GESSNER, WILFRIED (Hrsg.): *Umstrittene Geschichte. Beiträge zur Vereinigungsdebatte der Historiker* (Heft 2/1991 der Zs. *Berliner Debatte INITIAL*). Berlin 1991. 230 S.

HAMMER, HILDEGARD/ REINIRKENS, PETER (Hrsg.): *Der Mittelbau an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Informationsaustausch über Aufgaben, Perspektiven und Kooperationsmöglichkeiten am 9.-10. November 1990 im Wissenschaftlichen Kommunikations- und Konferenzzentrum der Humboldt-Universität zu Berlin (DDR)*. Hrsg. von der Bundesvertretung Akademischer Mittelbau BAM. Berlin 1990. 90 S.

HEUBLEIN, ULI/ KAZEMZADEH, FOAD: *Studieren in den neuen Ländern 1991. Eine Untersuchung der Studienbefindlichkeit unter strukturell veränderten Bedingungen* (HIS Hochschulplanung Nr. 90). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1991. 160 S.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (Hrsg.): *Streitsache: "Abwicklung" in Ostdeutschland* [Bestandsaufnahme der Situation des ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems Anfang 1991]. Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1991. 162 S.

JAHN, HEIDRUN: *Entwicklungsperspektiven der Wissenschafts- und Hochschullandschaft im Land Brandenburg* (Manuskripte Bd. 63). Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf. Düsseldorf 1991. 67 S.

KAZEMZADEH, FOAD/ SCHACHER, MARTIN: *Zum Erneuerungsprozeß des Hochschulstudiums in den neuen Ländern - Fakten und Daten* (HIS Kurzinformation A 11/91). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1991. 47 S.

KÖHLER, GERD (Hrsg.): *Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost*.

Teil 1: *Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. April 1991 Zwischenbericht* (GEW Dokumentation).

Zusammengest. und bearb. von Matthias N. Winter. 29 S.

Teil 2: *Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentral-*

einrichtungen wie Sport, Sprachen usw.). Mai 1991 Zwischenbericht (GEW Dokumentation).

Zusammengest. und bearb. von Matthias N. Winter. Frankfurt a.M. 1991. 24 S.

STUDENTINNENRAT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG (Hrsg.): *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90 / Jan. '91 in Leipzig. hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten. seilschaften verlag leipzig.* Leipzig 1991. o.S. (100 S.)

SEKRETARIAT DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.): *Dokumentation der Hochschulgesetze der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.* Bonn 1991. 175 S.

STUDENTINNENRAT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG (Hrsg.): *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. textsammlung. unkommentiert.* Leipzig 1991. 100 S.

WISSENSCHAFTSRAT: *Empfehlungen und Stellungnahmen 1990.* Köln 1991. 657 S.

## 1992

ADLER, H. / APPELRATH, H.J. / HEBENSTREIT, R. / ZIMMERLING, R.: *Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR.* Hrsg. vom Fakultätentag Informatik, Arbeitskreis "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen". Oldenburg 1992. 69 S.

ARBEITSKREIS HOCHSCHULPOLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT (Hrsg.): *Ausgegrenzt oder mittendrin? Frauen in der Ost-Wissenschaft* (Heft 12/92 der Zs. *hochschule ost*). Leipzig 1992. 92 S.

ARBEITSKREIS HOCHSCHULPOLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT/KONFERENZ DER STUDENTINNENSCHAFTEN KDS (Hrsg.): *Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen? Anhörung zu den Inhalten einer anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes* (Heft 3/92 der Zs. *hochschule ost*). Leipzig 1992. 60 S.

BEST, HEINRICH (Hrsg.): *Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum* Hrsg. vom Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin, Berlin 1992. 557 S.

BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER BdWi (Hrsg.): *"Wegen mangelnder persönlicher Eignung". Diskussion über die "personelle Erneuerung" im Osten* (Dossier Forum Wissenschaft 3/92). BdWi-Verlag, Marburg 1992. XII S.

BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): *Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung. Stand: Juli 1992* (Bildung Wissenschaft Aktuell Band 16/92). Bonn 1992. 44 S.

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*) Heft B 51/52-1992 [Themenheft zur Integration der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft]. Bonn 1992. 51 S.

BUSCH, FRIEDRICH W./ RÜTHER, BEATE/ STRAUBE, PETER-PAUL (Hrsg.): *Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft* (Sammlung Wissenschaft und Gegenwart) [Materialien einer Tagung von ost- und westdeutschen Hochschulforschern am Oldenburger Fachbereich Erziehungswissenschaften im November 1990 insbesondere zum Erziehungsauftrag von Hochschulen in der DDR und im allgemeinen]. Isensee-Verlag, Oldenburg 1992. 277 S.

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*) Heft B 17-18/1992 [Themenheft zur DDR-/ostdeutschen Geschichtswissenschaft]. Bonn 1992. 43 S.

DRECHSLER, WOLFGANG (Hrsg.): *Reforming Higher Education and Research in Eastern Germany* (volume 154, "Summer 1991" der Zs. *World Affairs*). Heldref Publications, Washington D.C. 1992. 43 S.

ECKERT, RAINER/ KÜTTLER, WOLFGANG/ SEEBER, GUSTAV (Hrsg.): *Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90.* Klett-Cotta, Stuttgart 1992. 493 S.

FACHBEREICH SOZIALWISSENSCHAFTEN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (Hrsg.): *Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR - Eine kritische Bilanz* (Heft 3-4/1992 der Zs. *Berliner Journal für Soziologie*). Akademie Verlag, Berlin 1992. 116 S.

FISCHER, ANDREAS: *Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992. 176 + XII S.

FORSCHUNGSAGENTUR BERLIN (Hrsg.): *Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer 1992. Ein Handbuch.* Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt 1992. 431 S.

GAUGER, JÖRG-DIETER (Hrsg.): *Die Zukunft von Forschung und Lehre in den neuen Ländern. Beiträge von Theodor Berchem - Volker Knoerich - Norbert Lammert - Johannes Mehlig - Horst Pätzold - Hans-Ludwig Schreiber - Bernhard Vogel* (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Heft 20). Bonn 1992. 71 S.

GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE GBM/ RICHTER, WOLFGANG (Hrsg.): *Unfrieden in Deutschland. WEISSBUCH. Diskriminierung in den neuen Bundesländern* [u.a. 50 Seiten unter dem Titel "Kahlschlag der Wissenschaft" und 60 Seiten unter dem Titel "Wehe den Besiegten im öffentlichen Dienst"]. Berlin 1992. 489 S.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER BIOMEDIZINISCHEN FORSCHUNG E.V. (Hrsg.): *Wissenschaft auf dem Prüfstand. Evaluation und Erfolgskontrolle* (Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung der biomedizinischen Forschung H. 1/2 1992) [zur Hochschulmedizin in den ostdeutschen Bundesländern]. Leipzig 1992. 47 S.

GRUHN, WERNER: *Die Transformation des ostdeutschen Wissenschaftssystems. Eine annotierte Bibliographie zum Zeitraum 1990/91* (Analysen und Berichte abg 1/1992, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW Erlangen) [Bibliographie von Zeitschriften- und Zeitungsartikeln]. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1992. 124 S.

HELLRIEGEL, BERTOLD/ HERRMANN, CLAUDIA/ HOHLFELD, HARTMUT/ SCHILKE, EVA-CHARLOTTE: *Forschungslandschaft "Ex-DDR" 1992. Ein Spiegelbild.* Hrsg. von der Forschungsgesellschaft Berlin. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1992. 187 S.

HERZBERG, GUNTOLF/ MEIER, KLAUS: *Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts* [H.Linde, H. Fink, I. Starke, L. Sprung, N. Langhoff, P. Voigt, M. Seidel, M. Riedel, U. Heukenkamp, Chr. Rempel, H.-J. Fischbeck, H.-P. Krüger, J. Reich]. Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 1992. 444 S.

HOLM, KNUT: *Das Charité-Komplott.* SPOTLESS-Verlag, Berlin 1992. 107 S.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN (Hrsg.): *Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel.* Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1992. 199 S.

*Jahrbuch für Internationale Germanistik* Jahrgang XXIII / Heft 2, 1991 [im Mittelpunkt: "Abhandlungen zum Rahmenthema XXVII 'Die Germanistik in der einstigen DDR - Leistung und Kritik' Erste Folge"]. Verlag Peter Lang, Bern 1992. 140 S.

*Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß.* Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M./New York 1992. 325 S.

KARAU, GISELA: *Die "Affäre" Heinrich Fink.* SPOTLESS-Verlag, Berlin 1992. 99 S.

KLEMM, KLAUS/ BÖTTCHER, WOLFGANG/ WEEGEN, MICHAEL: *Bildungsplanung in den neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche.* (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung Bd. 16). Hrsg. von der Max-Traeger-Stiftung. Juventa Verlag, Weinheim und München 1992. 209 S.

KONFERENZ DER STUDENTINNENSCHAFTEN KdS (Hrsg.): *Hochschulrahmengesetz (HRG) - Genesis im Westen und Wirkung im Osten.* Berlin 1992. 22 S.

KULTUSMINISTERIN VON MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.): *Strukturpläne für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute des Landes Mecklenburg-Vorpommern* (Mitteilungsblatt der Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Sondernummer 2/1992). Schwerin 1992. 29 S.

KULTUSMINISTERIUM VON MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.): *Hochschul-Entwicklungsbericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.* Schwerin 1992. 83 S.

LANDESHOCHSCHULSTRUKTURKOMMISSION BERLIN: *Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen.* Berlin 1992. 434 S.

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG DES LANDES SACHSEN-ANHALT (Hrsg.): *Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt.* Magdeburg 1992. 88 S.

*Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation* (Heft Januar 1992 der Zs. *UTOPIE-kreativ*). Berlin 1992. 189 S.

PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG BERLIN-KARLSHORST (Hrsg.): *Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Situationsbericht.* Berlin 1992. 66 S.

RICHTER, EDELBERT/ WIPPERFÜRTH, CHRISTIAN: *Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern.* Hrsg. von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. o.O., o.J. (Strasbourg, 1992). 24 S.

STEIN, ROSEMARIE: *Die Charité 1945 - 1992. Ein Mythos von innen.* Argon Verlag, Berlin 1992. 271 S.

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST (Hrsg.): *Landeshochschulplan Thüringen* [erarbeitet von der Thüringer Hochschulstrukturkommission]. Erfurt 1992. 91 S.

WEEGEN, MICHAEL: *Eckdaten für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag der GEW.* Hrsg. von der GEW. Frankfurt a.M. 1992. 36 S.

WISSENSCHAFTSRAT: *Empfehlungen und Stellungnahmen 1991.* Köln 1992. 301 S.

WISSENSCHAFTSRAT: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR.*

Bd. 1: *Allgemeiner Teil + Charakteristika der Forschungssituation in der ehemaligen DDR und künftige Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Fachgebiete.* 159 S.

Bd. 2: *Agrarwissenschaften.* 455 S.

Bd. 3: *Ehemalige Bauakademie der DDR.* 123 S.

Bd. 4: *Geo- und Kosmoswissenschaften.* 170 S.

Bd. 5: *Biowissenschaften und Medizin.* 144 S.

Bd. 6: *Chemie.* 131 S.

Bd. 7: *Physik.* 161 S.

Bd. 8: *Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik.* 100 S.

Bd. 9: *Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.* 78 S.

Bd. 10: *Geisteswissenschaften + Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin.* 206 S.

Köln 1992.

WISSENSCHAFTSRAT: *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin*

[Bd. 1: Allgemeines, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Lehrerbildung, Universität Erfurt, Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen, Fachhochschulausbildung im Bereich Design/Gestaltung. 296 S.

Bd. 2: Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen), Fachbereich Sozialwesen an einer Fachhochschule in Potsdam, Fachhochschulen allgemein, Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen, Agrar-, Gartenbau-, Forst-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften sowie Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin. 328 S.

Bd. 3: Hochschulmedizin. 240 S.

Bd. 4: Geisteswissenschaften, mathematisch-naturwissenschaftliche Fachbereiche. 130 S.]

Köln 1992.

WISSENSCHAFTSSOZIOLOGIE UND -STATISTIK E.V. BERLIN (Hrsg.): *Transformationsprozesse in der Wissenschaft: Wissenschaftstransfer* (Heft 1 der Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin). Berlin 1992. 114 S.

1993

BARKLEIT, GERHARD (Hrsg.): *Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation* [befaßt sich fast ausschließlich mit Dresdner Hochschulen]. Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hellaer-Verlag, Dresden 1993. 211 S.

BRANDENBURGISCHE LANDESKOMMISSION FÜR FACHHOCHSCHULEN (Hrsg.): *Fachhochschulen im Land Brandenburg. Empfehlungen der Brandenburgischen Landeskommision für Fachhochschulen*. Potsdam 1993. 88 S.

BUCK-BECHLER, GERTRAUDE/ JAHN, HEIDRUN: *Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Inhaltlich-strukturelle Entwicklungen*. Mitarb.: Dirk Lewin, Gerhard Schreiber. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1993. 111 S.

GREVEN, MICHAEL TH./ KOOP, DIETER (Hrsg.): *War der Wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft*. Leske + Budrich, Opladen 1993, 180 S.

MUSZYNSKI, BERNHARD (Hrsg.): *Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft*. Leske + Budrich, Opladen 1993. 379 S.

PRESSEREFERAT DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT (Hrsg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993. 45 S.

PDS-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN (Hrsg.): *Quo vadis Hochschule? Protokoll der Konferenz "Ausgangspunkte, Inhalte und Wege alternativer Hochschulpolitik und Vorstellungen zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG)" am 21./22. November 1992 in Berlin*. Berlin 1993. 106 S.

RICHTER, EDELBERT/ WIPPERFÜRTH, CHRISTIAN: *Zur Neustrukturierung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft*. Hrsg. von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. o.O. o.J. (Strasbourg 1993). 17 S.

SCHRAMM, HILDE (Hrsg.): *Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln*. Hrsg. im Auftrag der GEW. BasisDruck Verlag, Berlin 1993. 459 S.

Zusammenstellung: Peer Pasternack

## Autoren

**Christian Dahme**, Dr. rer.nat. Mathematiker an der Humboldt-Universität zu Berlin, vertrat in der Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des Zentralen Runden Tisches das Neue Forum.

**Günter Eiseit**, Dr.-Ing., Automatisierungstechniker und Prozeßinformatiker, war 1990 Vorsitzender der Gewerkschaft Wissenschaft in der DDR, bis Dezember 1992 an der Fakultät Informatik der TU Dresden und ist Hauptausschußmitglied der GEW.

**Hans-Heinz Emons**, Prof. Dr.sc. nat. Dr. h.c. mult., Chemiker, war von November 1989 bis April 1990 Minister für Bildung der DDR, lebt heute in Goslar.

**Christian Füller**, Politikwissenschaftler und Journalist in Berlin, hat 1991 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin mit einer Arbeit zum Thema "Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990" diplomiert.

**Helmut Haberlandt**, Dr. rer.nat., seinerzeit Chemiker an der Akademie der Wissenschaften, vertrat in der Arbeitsgruppe "Wissenschaft" das Neue Forum.

**Hermann Klenner**, Prof. Dr. jur., Rechtsphilosoph, war 1990 Moderator des Runden Tisches der Akademie der Wissenschaften der DDR.

**Horst Klinkmann**, Prof. Dr. med. Drs. h.c., Internist und Nephrologe, seinerzeit Institutsdirektor an der Universität Rostock, war letzter Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR.

**Hans Joachim Meyer**, Prof. Dr. phil., Anglist, war in der Regierung de Maizière letzter Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und ist seit November 1990 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst.

**Matthias Middell**, Dr. phil., Historiker, vertrat bzw. vertritt seit 1989 den Akademischen Mittelbau der Leipziger Universität in zahlreichen Gremien, u.a. im Akademischen Senat.

**Georg Nolte**, Dr. jur., wiss. Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg, und war 1990 - 1992 Gastdozent an der Universität Leipzig.

**Peer Pasternack**, Politikwissenschaftsstudent in Leipzig, war 1990/91 Studierenden-sprecher der Universität Leipzig und sächsischer Landesstudentensprecher.

**Uta Starke**, Doz. Dr. phil., Soziologin, leitete das Laboratorium für Studentenforschung an der Universität Leipzig.

# hochschule

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

# ost

*hochschule ost* informiert zweimonatlich berichtend, analysierend und dokumentierend über die Prozesse des Umbaus des ostdeutschen Wissenschaftssystems. Dazu gehört der Blick zurück auf die Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR wie der Blick nach vorn auf das Wissenschafts- und Hochschulsystem der vergesamtstaatlichten Bundesrepublik Deutschland. Seit dem Oktober 1991 wird mit *hochschule ost* ein Informations- und Diskussionsforum geboten, das den Anspruch erhebt, aus der Beschäftigung mit vergangenen wie gegenwärtigen Prozessen und Strukturen Beiträge zu leisten, um Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

#### **bisherige Schwerpunktthemen:**

Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* DDR-Wissenschaftsgeschichte \* Hochschulstruktur in Sachsen \* Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit \* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Fortsetzung zum "Fall Fink" \* Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung \* Europa-Universität Frankfurt/Oder \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Streitsache Latinum \* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler \* Frauen in der Ostwissenschaft \* Tagung des SPD-Wissenschaftsforum \* Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe \* Vorschläge zur Hochschulreform \* Methodologische Wende? \* Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht \* Verbände (-Schicksale) im Osten \* Zwischen Scylla und Charybdis: Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach \* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft \* Die ostdeutschen Archive \* Forschung und Technologie in Osteuropa \* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus \* Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

Zweimonatlich ca. 140 Seiten. Einzelheft DM 9,50 zzgl. Versand. Jahresabo (6 Ausgaben) DM 65,-. PrivatabonentInnen DM 37,-. Nichtverdienende DM 25,-. (Abogebühren incl. Inlandsversand) Kostenloses Probeheft und Bestellungen über Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig